Das

Königreich Westphalen.

Sieben Jahre französischer Fremdherrschaft im Herzen Deutschlands, 1807 — 1813.

Nach den Quellen dargestellt

von

Dr. Rudolf Goecke,

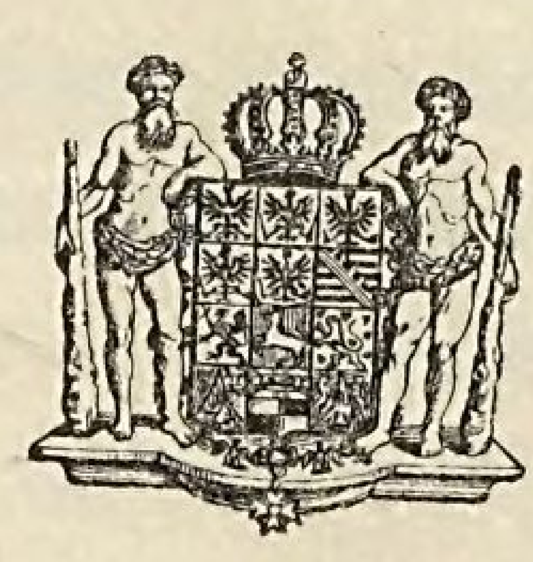
Kgl. Preuß. Staatsarchivar.

Vollendet und herausgegeben

von

Dr. Theodor Ilgen,

Königl. Archivar.



Druck und Verlag von L. Voß & Cie., Kgl. Hofbuchdruckern in Düsseldorf.

1888.

Vorwort.

Dem engen Kreise der Fachgelehrten nicht nur, sondern den Gebildeten des ganzen deutschen Volkes möchte Verfasser dieses Buch gern zum Nutzen gereichen sehen. Es ist nicht Anmaßung, was ihn zu diesem Wunsche verleitet, sondern — wenn es erlaubt ist, dies von sich selbst zu sagen, — warme, aufrichtige Liebe zum Vaterland. Ist ja doch wohl neben den handelnden Staatsmännern der Historiker vor allen in der Lage, die starken und schwachen Seiten eines Volkscharakters aus dessen Geschichte zu erkennen, so wie jene aus dem praktischen Leben. Oft sind sich im Laufe der deutschen Geschichte Zeiten tiefen Verfalls und mächtigen strahlenden Aufschwungs aufeinander gefolgt. Aber naturgemäß mußte auch das Umgekehrte eintreten; auf Zeiten glorreichen Aufschwungs folgte matte energielose Stagnation und, was uns immer gekennzeichnet hat, — der Bruderzwist, „der Hödur des deutschen Völkerfrühlings".

Welche Parteiungen augenblicklich das deutsche Reich und seine Vertretung im Reichstage erfüllen und zertrennen, nach außen hin steht Deutschland in nie erreichter Größe da. Sein Kaiser und Kanzler halten ihre schirmende Hand über Europa. Diese Hand ist eine Friedenshand. Wie anders ließ Napoleon I. seine eiserne Faust die Völker fühlen. Und dennoch haben ihm im Herzen Europas, im Herzen Deutschlands einst Tausende zugejauchzt. Ja, im Herzen Deutschlands! Es ist geschehen, und ich wenigstens bin nicht der Mann, in meiner Darstellung dies verschleiern oder ent-

kräften zu wollen. Nein, dies eben diene uns zur Lehre, wie schwach das deutsche Staatsbewußtsein ist, wie es immer wieder der Aufmunterung bedarf, wie sehr es einer energievollen Persönlichkeit benöthigt, um die zur Absonderung vom großen Ganzen geneigten einzelnen Theile zusammenzuhalten. Freilich waren ja die Zeiten damals andere, als heute, wie man denn wohl behaupten darf, daß völlig sich ähnliche Zeiten in der Geschichte der Menschheit niemals wiederkehren. Aber es scheint damit zu sein, wie mit dem einzelnen menschlichen Individuum, das in seiner äußern Beschaffenheit täglich wächst und sich verändert, dessen Haupteigenschaften aber trotzdem dieselben bleiben; und schwer — sehr schwer — tritt unter sozusagen elementarem Zwange hierin eine Veränderung ein.

Also möge das deutsche Volk sich nicht in Abscheu abwenden von jener Zeit, die noch nicht ganz 80 Jahre hinter uns liegt, sondern wie im Spiegel sich selbst darin schauen, das eigne Fleisch und Blut — unsere Großväter — darin erkennen, und daraus lernen, nicht wieder in die alten Fehler zu verfallen, welche freilich keineswegs nur dem Volk als solchem — wenn man darunter die Masse der minder Gebildeten und minder Begüterten verstehen wollte — sondern auch den auf einer höheren sozialen und Bildungsstufe Stehenden, dem deutschen Adel und selbst den deutschen Fürsten eigenthümlich gewesen sind und zum Theil noch sind.

Zur Entschuldigung, zur Erklärung der Handlungsweise einzelner Persönlichkeiten kann stets viel gesagt werden; es ist subjektiv wie objektiv ein schweres Unrecht, wenn man einzelnen Personen das aufbürden will, was die Schuld einer ganzen Generation, einer ganzen Nation ist. Auch ist es nicht Aufgabe des Historikers, zu tadeln, sondern zu erklären, die Umstände, die Thatsachen selbst reden zu lassen. Im Zusammenhang der Dinge betrachtet, nimmt sich Manches anders aus, als wenn es aus demselben herausgerissen seine Existenzberechtigung für sich beweisen soll. Alles aber, was existirt hat, hat in der geschichtlichen Betrachtung eine gewisse

Berechtigung, nämlich das Recht auf Darstellung und zuvor auf kritische Untersuchung.

Es ist in den einzelnen Kapiteln dieses Buches von mir das Prinzip befolgt worden, Forschung und Darstellung in der Weise zu verbinden, daß ich versucht habe, den Leser selbst an der erstern zu betheiligen, soweit es das nothwendige Verständniß des Textes erforderte. Die lästige Beigabe der Anmerkungen ist auf diese Weise fast gänzlich vermieden, ohne daß, wie ich hoffe, der wissenschaftliche Ernst der Darstellung darunter eine Einbuße erlitten haben wird. Ueber die benutzten Quellen glaube ich im Allgemeinen an dieser Stelle keine weiteren Bemerkungen anknüpfen zu sollen, als daß das Geheime Staatsarchiv zu Berlin, die Staatsarchive zu Hannover und Marburg, sowie die ständische Bibliothek zu Cassel handschriftliches Material zu dieser Arbeit geliefert haben. Das in Händen der Franzosen vom Jahre 1813 her gebliebene Material ist großentheils gedruckt in den gelegentlich citirten Werken zur napoleonischen Literatur. Ueber das Königreich Westphalen liegen eine ganze Reihe gleichzeitiger deutscher Schriften aus dem Anfange unseres Jahrhunderts vor. Eine zusammenfassende objektive Geschichte dieses Zeitraums gab es bisher nicht.

Wetzlar, im April 1886.

Der Verfasser.

So hatte Goecke in warmer Begeisterung für das geeinte Deutschland im April 1886 geschrieben und damit schon die Beendigung seines Werkes, das Resultat mehrjähriger entsagungsvoller Arbeit, in nächste Aussicht genommen, als ihn am 23. Juni 1886 ein plötzlicher Tod mitten im besten Mannesalter dahinraffte.

Ein sonderbares Geschick hat über der Geschichtschreibung dieser Zeit französischer Fremdherrschaft im Herzen Deutschlands

gewaltet. F. Cramer, Geschichte des Königreichs Westphalen, I. Theil, Magdeburg 1814, hat sein Buch nur bis zum Schluß der ersten Versammlung der Reichsstände im Jahre 1809 geführt. Karl Lynker nahm den Gedanken, das Königthum Jerome Napoleons in Deutschland geschichtlich darzustellen — die Geschichte der Insurrektionen wider das westphälische Gouvernement ist aus seinem Nachlaß herausgegeben — unausgeführt mit in das Grab. Und Goecke war es nur vergönnt, die Geschichte dieser Zeit bis zum Schluß des Jahres 1808 (Abschnitt VI) in seiner Darstellung zu vollenden. In Briefen an den Verleger hatte er den Plan für das Gesammtwerk kurz angedeutet; das Material für dasselbe lag in wohlgeordneten Auszügen aus handschriftlichen und gedruckten Quellen und der einschlägigen Literatur in großer Vollständigkeit vor.

Daß ich trotzdem, von allen sonstigen Erwägungen zu geschweigen, nur mit schweren Bedenken an die Fortsetzung der Arbeit eines Anderen herangetreten bin, brauche ich wohl kaum zu versichern. Der Wunsch, die Frucht fleißiger archivalischer Studien des Verstorbenen nicht ungenutzt liegen zu lassen, und zugleich das Bestreben, das Andenken an den liebenswürdigen älteren Kollegen, mit dem zusammen ich mehrere Jahre am Staatsarchiv in Düsseldorf thätig gewesen bin, in Ehren zu halten, haben mich schließlich bestimmt, die Vollendung und Herausgabe des Werkes zu übernehmen. Hierzu kam noch die Erwägung, daß sich wohl nicht so leicht ein anderer Forscher in nächster Zeit an die Bearbeitung dieses unerquicklichsten Abschnittes deutscher Geschichte heranwagen dürfte. Es ist in der That eine förmliche Aufgabe, dieser Mißachtung aller Volks- und Menschenrechte gegenüber, wie sie in dem Königreich von Napoleons Gnaden geübt wurde, den Ton ruhiger Geschichtserzählung festzuhalten. Hat doch auch das Königreich Jeromes in seiner ephemeren Existenz, da mit der Wiederherstellung der alten Dynastien äußerlich seine Spuren wie mit einem Windstoße verwischt wurden, für die Geschichte des deutschen Volkes nur einen sekundären Werth. Und

der wichtigste Theil der Geschichte desselben, dessen Einrichtung und Organisation, war bereits von Goecke in der Darstellung vollendet. Denn in der direkten Uebertragung der Errungenschaften einer fortgeschrittenen staatlichen Entwickelung, die der französischen Revolution verdankt wird, auf deutschen Boden liegt doch zweifelsohne die hauptsächlichste Bedeutung dieser Schöpfung. Freilich ist die Einwirkung der westphälischen Neuerungen im Staatswesen, in Verwaltungs- und Gerichtspflege auf die Weiterbildung der im Königreich vereinigt gewesenen deutschen Staaten und besonders auch auf die Reorganisation des preußischen Staates im Einzelnen schwer nachweisbar. Bekannt ist aber, daß der Minister von Hardenberg denselben beständig die größte Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Goecke ist leider nicht dazu gekommen, die Bedeutung des Königreichs Westphalen nach dieser Richtung hin zu würdigen, wie er auch in richtiger Schätzung der großen Schwierigkeiten darauf verzichtet hat, die Bildung desselben gegenüber der Mißwirthschaft einer stagnirenden Feudalherrschaft, wie sie in einzelnen deutschen Staaten bestanden hatte, gleichsam als eine historische Nothwendigkeit nachzuweisen. Vielleicht, daß er in einem Schlußworte kurz darauf zurückzukommen gedachte. Mich nöthigte schon die Kürze der Zeit, die mir zur Vollendung des Buches blieb, jeden derartigen Versuch von vornherein aufzugeben. Ich konnte es, um nicht auch die Goecke'sche Geschichte des Königreichs Westphalen als Torso in die Welt hinausgehen zu lassen, nur als meine Aufgabe ansehen, in der Kürze zu zeigen, wie trotz der unleugbar trefflichen Constitution, die dem Lande gegeben war, trotz vieler anerkennenswerthen Verbesserungen in der Verwaltung und Rechtsprechung das Königreich in Folge der äußeren und inneren Schwierigkeiten, die vor allem in der Stellung zu seinem Schöpfer Napoleon und in der Person des Herrschers selbst lagen, zu keiner gedeihlichen Entwickelung kommen konnte. Daß ich auch hierfür noch der Nachsicht der Kritik bedarf, fühle ich nur zu gut.

Meine Darstellung habe ich der Goecke'schen möglichst anzupassen gesucht; die Aufnahme einzelner Quellenbelege in Auszügen in dieselbe mußte beibehalten werden. Eine gewisse Ungleichmäßigkeit ist dadurch herbeigeführt, daß die Parthien der Geschichte des Königreichs, für die von Goecke neu gehobenes archivalisches Material vorhanden war, im Verhältniß zu anderen ausführlicher behandelt sind. An den dem Verleger von dem Verstorbenen bereits als druckfertig übergebenen sechs ersten Abschnitten habe ich nur Weniges ändern zu dürfen gemeint. Der erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres erschienene erste Band des Briefwechsels der Königin Katharina gab nur zu verhältnißmäßig geringfügigen Nachträgen Veranlassung; den zweiten Band konnte ich noch für die letzten Bogen benutzen, für die auch der Vortrag von Dittenberger über die Geschichte der Universität Halle in den Jahren 1806—1814 zur Verwendung kam.

Schließlich muß ich noch dem Verleger, der Goecke persönlich nahegestanden hat, öffentlich den Dank dafür aussprechen, daß er die Veröffentlichung der Geschichte des Königreichs Westphalen auch unter den veränderten ungünstigeren Umständen übernommen hat.

Münster i. W., im November 1887.

Der Herausgeber.

Inhalts-Uebersicht.

Berichtigungen.

S. 83, Anm. Memoiren statt Memoires.

S. 110, 111, 112, 145, 148, an mehreren Stellen Goethe statt Göthe.

S. 116, Anm. Denkwürdigkeiten statt Merkwürdigkeiten.

S. 131, Georg statt Glorg.

Erster Abschnitt.

Die französische Occupation.

Wenn von dem „Königreich Westphalen“ gesprochen wird, ist man in weiten Kreisen gewohnt, darunter sich das ehemalige Kurfürstenthum Hessen während der französischen Occupation 1806—1813 vorzustellen. Daß ein großer Theil des preußischen Staates, Hannover, Braunschweig und andere kleinere deutsche Gebiete, dazu gehörten, ist fast vergessen. Es ist allerdings zum Theil durch die Wahl Cassels als Landeshauptstadt für das Königreich Jerome Napoleons erklärlich, daß Hessen als das Hauptland in den Vordergrund gestellt worden ist, daß die Fürsten Hessens hauptsächlich als Vorgänger und Nachfolger des Königs betrachtet worden sind, daß hessische Geschichtsschreiber sich am meisten mit der westphälischen Zeit beschäftigt haben. Es war aber nicht nur die Wahl Cassels als Hauptstadt, sondern auch die außerordentlich plötzliche Art und Weise, mit welcher Napoleon am 31. Oktober 1806 dem hessischen Staate ein Ende machte, wodurch das Königreich Westphalen gewissermaßen doch wieder als die Forterxistenz dieses so plötzlich eliminirten Staatswesens erschien. Freilich ist ja auch Braunschweig neben Hessen damals verschwunden, aber jenes war um soviel kleiner als dieses und trat deshalb zurück. Preußen, soviel es auch verlor durch den Frieden von Tilsit, und so erhebliche Theile des westphälischen Königreichs aus preußischen Gebieten nebst Hannover bestanden, blieb als selbstständiger Staat bestehen, war alles in allem immer nicht so hart betroffen wie Hessen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, hier die Schuld Kurfürst Wilhelms I. zu untersuchen, welche ihn aus seinem Staate vertrieb. Das Doppel=

spiel, welches er zwischen Preußen und Napoleon zu spielen unternahm, die bewaffnete Neutralität, trug für ihn jedesfalls unheilvolle Früchte. Nicht Bignon, dem bekannten französischen Geschichtsschreiber und damaligen Gesandten des Kaisers Napoleon am Casseler Hofe, sondern dem Fürsten Wittgenstein, dem Vertreter des verschwägerten preußischen Hofes, schrieb nachmals Wilhelm I. die Schuld an seinem Unglück zu. Der Fürst war nach der Flucht des Kurfürsten aus Cassel demselben nach Hamburg, dann nach Schleswig gefolgt. Er behielt ihn unausgesetzt im Auge, weil er von ihm fürchtete, daß er sich mit Napoleon im Rücken Preußens verbinden würde, beziehungsweise demselben die vorläufig entlassene hessische Armee von 12 000 Mann zur Verfügung stellen könnte, eine Befürchtung, welche durch die Erklärung des 27. Bulletins der großen Armee vom 4. November, daß Napoleon ein hierauf bezügliches Angebot abgelehnt habe, keineswegs gegenstandslos wurde.

Die Berichte des Fürsten Wittgenstein und des ihm untergebenen preußischen Legationsraths von Greuhm an König Friedrich Wilhelm III. aus den Jahren 1806—8 befinden sich im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin. In einem derselben, vom 27. November 1806 aus Hamburg datirt, ist eine umfängliche Schilderung der Flucht des Kurfürsten enthalten, welche die Folge von einer Eröffnung des Marschalls Mortier an den hessischen Oberstlieutenant von Ochs war, dahin gehend, daß ersterer den Kurfürsten als Kriegsgefangenen behandeln würde, falls er ihn in Cassel noch träfe. Ebenso bewahrt die Landesbibliothek zu Cassel eine handschriftliche Aufzeichnung, welche von einem Lieutenant von Webern herrührt, Sohn des gleichnamigen Generals des Kurfürsten Wilhelms I., und welche die kopflose Handlungsweise des letzteren in klarem Lichte erscheinen läßt. Auf der Durchreise durch Arolsen bei dem Fürsten von Waldeck entschloß er sich erst, nicht nach Berlin zu Napoleon, sondern auf eigne Hand nach Hamburg zu gehen. Ja, Niemand anders als Wittgenstein hat ihn hierzu vermocht, und darum der Groll, welchen diesem der Kurfürst nachtrug. Damals, als er auf Zureden Wittgensteins die Ereignisse noch abwarten zu können gedachte, klagte er in einer eigenhändig verfaßten Rechtfertigungsschrift (14. Dezember 1806), seine besten Absichten und Entschließungen seien von den beiden Generalen von Wurmb und von Webern, den Ministern von Baumbach

und von der Malsburg mißverstanden und hintertrieben oder absichtlich halb nnd schlecht ausgeführt worden. Der General von Webern war Edelmann genug, diesen Schimpf nicht auf sich sitzen zu lassen, und machte dem Kurfürsten darüber Vorstellungen, welcher nun versprach, seiner Schrift keine weitere Verbreitung geben zu wollen.

Nebst dem Marschall Mortier rückte der König Louis Bonaparte von Holland am 1. November in Cassel ein. Letzterer hatte die Höflichkeit, der Kurfürstin seinen Besuch zu machen, und soll derselben das Versprechen gegeben haben, sich beim Kaiser für sie oder ihren Gemahl zu verwenden. Der Kurfürst befand sich inzwischen in Schleswig, wo sein Bruder Landgraf Carl als dänischer Statthalter residirte, in sehr trauriger Stimmung. Er ließ sich selbst die Gerechtigkeit widerfahren, schreibt Wittgenstein, „daß er das Talent gehabt habe, es auf allen Seiten zu verderben“. Dreimal schrieb er in sehr demüthigem Tone an Napoleon ohne Erfolg. Seines Bleibens war übrigens nicht allzulange in Schleswig, oder vielmehr auf Schloß Luisenlund bei Schleswig, weil er von einer Gräfin Schlotheim sich nicht trennen konnte, und er durch diesen Umgang seinen Verwandten Anstoß gab. Es sei dies deshalb hier erwähnt, um daran zu erinnern, daß Mißwirthschaften in dieser Beziehung am Casseler Hofe nicht erst durch Jerome eingeführt worden sind.

Die Proklamation des Marschalls Mortier, welche derselbe als Generaloberster von der Garde Sr. M. des Kaisers der Franzosen und als Oberbefehlshaber des achten Corps der großen Armee an das hessische Volk erließ, entsprach den unmittelbaren Intentionen Napoleons. Ueberhaupt hatte letzterer die Besitznahme Hessen-Cassels augenscheinlich von langer Hand her vorbereitet oder wenigstens bei sich beschlossen. Darauf weist die Instruktion hin, welche er am 23. Oktober von Wittenberg aus dem Marschall Mortier ertheilt hatte. Er sagt darin, indem er zugleich die aus dem Kabinet des Kaisers hervorgegangene Note, welche St. Genest in Cassel überreichte, mitschickte: „diese Note werden Sie an meinen Geschäftsträger in Cassel durch einen Adjutanten gelangen lassen, mit dem Befehl, sie zu überreichen, wenn Sie sich eine kleine Strecke von Cassel befinden. Dort angelangt, lassen Sie alle Waffen und Kanonen nach Mainz transportiren. Sie entwaffnen sämmtliche Truppen und schicken die Obersten, Oberstlieutenants, Majors und Hauptleute unter

guter und sicherer Bewachung als Geißeln nach Luxemburg. Wenn der Fürst und der Erbprinz von Hessen-Cassel an Ort und Stelle bleiben sollten, machen Sie beide zu Kriegsgefangenen und schicken sie unter guter und sicherer Eskorte nach Metz, wo sie im Palais dieser Stadt wohnen können. Frau und Kinder lassen Sie machen, was sie wollen. Der Fürst und der Erbprinz von Hessen-Cassel werden als preußische Generale arretirt. Unmittelbar nachher lassen Sie die hessischen Wappen abnehmen. Sie besetzen den Platz Hanau. Sie lassen Siegel an die Kassen und Magazine legen. Sie ernennen den Divisionsgeneral Lagrange zum Gouverneur des Landes. Sie lassen in meinem Namen die Einkünfte empfangen und die Justiz verwalten. Verschwiegenheit und Schnelligkeit sind die großen Mittel, wodurch Sie reussiren werden. Ich überlasse Ihnen, ob Sie von Fulda oder von Eisenach aus in das Land dringen wollen. Heute ist der 23. Wenn ich rechne, daß Sie am 28., 29. oder 30. dort sind, müssen Sie unter Ihren Befehlen 2 Divisionen von je 4000 Mann haben. Denn die Avantgarde der Nordarmee muß in Marsch sein, um sich von Wesel nach Göttingen zu begeben, wo sie den 26. oder 27. sein muß. Diese Avantgarde besteht aus 10000 Mann. Wenn Sie derselben zu bedürfen glauben, so haben Sie hiermit die Ordre für den kommandirenden General. Wenn Sie die hessischen Truppen entwaffnet haben, und Hanau Widerstand leisten sollte, so lassen Sie einige Kanonen von Mainz kommen und belagern dasselbe sofort. Meine Intention ist, daß das Haus Hessen-Cassel aufgehört haben soll zu regieren und aus der Zahl der Mächte ausgelöscht wird. Ich glaube nicht, daß Hessen-Cassel mehr als 500 oder 600 Mann zusammen hat. In Mainz giebt es viele Detachements Cavallerie, welche unberitten sind; organisiren Sie hieraus 1000 Mann mit Flinten; das wird eine Verstärkung für Ihre Colonnen sein, und Sie geben ihnen die Pferde der hessischen Cavallerie, wodurch ich ebensoviele meiner Truppen montirt erhalte. Ich rechne auf Beweglichkeit und Schnelligkeit bei dieser Operation. Sie werden eine Proklamation erlassen, worin Sie Jedermann vorschreiben, ruhig zu bleiben. Sie werden das ganze Land entwaffnen, und ich wünsche sehr, daß, ausgenommen was zur Aufrechterhaltung der Polizei im Lande nöthig sein wird, Ihr Corps vor dem 5. November disponibel ist, um sich nach Hannover zu begeben.

Das Prinzip Ihrer Operation ist, kein hessisches Corps sich bilden zu lassen und die vorhandenen aufzulösen, weil, wenn ein oder zwei Regimenter sich bildeten und uns in den Rücken fielen, dies immer ein kleiner Gegenstand der Beunruhigung sein würde. In diesem Falle hätten Sie sie zu verfolgen, bis sie aufgerieben sind. Dem General Lagrange empfehlen Sie, täglich mit dem General-Stabs-chef (Berthier) zu correspondiren. Ein Revüen-Inspektor mit dem Titel und den Funktionen eines Intendanten wird nach dort geschickt werden. Ordnen Sie an, daß Jedermann, welcher nach dem Befehl der Entwaffnung noch Waffen behält, erschossen werden wird."

Diese ausführliche und nach Napoleons Manier alle Eventualitäten ins Auge fassende Ordre blieb selbstverständlich vorläufig geheim. Sie ist gedruckt in der auf Befehl Napoleons III. herausgegebenen Correspondenz des Kaisers.*) Ebendaselbst finden wir einen Brief an den König von Holland, datirt von Berlin, den 31. Oktober 1806, worin der Kaiser die Hoffnung ausspricht, daß, nachdem einmal der Kurfürst entfernt und die Miliz entwaffnet sei, alles zu Ende sein würde. „Da die Mission gegen Hessen-Cassel", fährt er fort, „etwas delikat ist, bilde ich mir ein, daß Sie sich persönlich nicht gern damit befassen." Es war dies indessen wahrscheinlich weniger Zartgefühl, als weil er seinem Bruder nicht Schneidigkeit genug zutraute, diese Aufgabe als Hauptperson so auszuführen, wie der Marschall Mortier es verstand. Derselbe publizirte nach seinem Einrücken in Cassel die ihm von Napoleon vorgeschriebene Proklamation in deutscher und französischer Sprache. Darin hieß es: die Besitznahme des hessischen Landes sei das einzige Mittel, um den Einwohnern desselben die Gräuel des Krieges zu ersparen. Letztere seien Zeugen gewesen von der Verletzung ihres Territoriums durch die preußischen Truppen, sie hätten sich ärgern müssen über die gute Aufnahme, welche der Kurfürst den Preußen bereitet habe. Da außerdem ihr, der Hessen, Landesherr und dessen Sohn in preußischen Diensten ständen, müßten beide den Befehlen des Oberbefehlshabers der preußischen Armee gehorchen. Die Würde eines Landesherrn sei mit derjenigen eines Offiziers im Dienst einer anderen Macht und mit der Abhängigkeit von fremden Kriegstribunalen un-

*) Bd. 13. Paris 1863.

verträglich. Wir gehen auf die lügenhafte Fiktion, welche die letzten Sätze enthalten, nicht ein, sondern heben den Schlußpassus der Proklamation hervor, welcher wörtlich lautete: „Eure Religion, Eure Gesetze, Eure Sitten, Eure Privilegien sollen respektirt werden, die Disziplin wird gehandhabt werden. Ihr Eurerseits haltet Euch ruhig, setzt Euer Vertrauen auf das Große Oberhaupt, von dem Euer Schicksal abhängt, dann werdet Ihr nichts als Verbesserung erfahren!"

Um diese „Verbesserung" herbeizuführen, stellte sich eine vorläufige Organisation des in Besitz genommenen Landes als nothwendig heraus. Gemäß der Anweisung Napoleons wurde der Divisionsgeneral und General-Inspektor der französischen Gendarmerie Lagrange am 4. November zum Gouverneur von Hessen ernannt. Derselbe erklärte, daß er sein möglichstes thun werde, die Ordnung zu handhaben und das Land blühend zu machen. Er würde sich glücklich schätzen, wenn er dieses Ziel erreichen würde. Dagegen sei die Pflicht der Bewohner Hessens: Gehorsam gegen die Befehle und Verfügungen des Gouverneurs, pünktliche Befolgung alles dessen, was ihnen vorgeschrieben werden würde. Dies sei zur Erreichung des Endzweckes nöthig, „der uns gemeinschaftlich sein muß, und mit dem Euer Glück und Eure Ruhe unzertrennlich verbunden ist." Die ersten Maßregeln, welche das Gouvernement wiederum entsprechend den Anweisungen Napoleons ergriff, bestanden darin, daß die Erhebung aller Einkünfte des Kurfürstenthums Hessens und die Verwaltung der Justiz in demselben künftighin im Namen Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen und Königs von Italien zu geschehen habe, ferner daß die Verwaltung durch dieselben Richter, Beamten der Finanz-, Polizei- und anderer Behörden weiterzuführen sei. Selbst die Ministerien und das Kriegskollegium in Cassel blieben bestehen, indessen hatte der Gouverneur die Anordnung von Ausgaben und Zahlungen aus den Staatskassen sich allein vorbehalten. Die in Cassel und Marburg bestehenden gesonderten Regierungen, welche unter den Ministerien standen, hatten in Gemeinschaft mit besonders eingesetzten Kriegskommissionen, — diese für das Oberfürstenthum, jene für das Niederfürstenthum — hauptsächlich die Einquartierungslasten zu regeln. Während in Ausführung des kaiserlichen Erlasses durch ferneren Befehl des Gouverneurs Lagrange die Abnahme sämmtlicher kurhessischer Wappen im Lande angeordnet war, be-

hielten diese Regierungen und die Casseler Centralbehörden während der ganzen Zeit dieser provisorischen Verwaltung merkwürdigerweise die Siegel mit dem hessischen Löwen, der Kurfürstenkrone und der Umschrift: Churfürstlich Hessen-Casselsche Kanzlei u. s. w. bei.

Die gänzliche Entwaffnung des Landes war ein Punkt, worauf Napoleon mit aller Energie, wie wir sehen, drang, und welche auch rücksichtslos ins Werk gesetzt wurde. Wer seine Waffen nicht ablieferte, sollte erschossen werden, mit Ausnahme von Standespersonen und der Offiziere, welchen das Tragen derselben ausdrücklich zugestanden werden würde. Diese Maßregel wurde im Lande von den tapferen hessischen Truppen, die ihr Gewehr niederzulegen gezwungen waren, bevor sie es gebraucht hatten, sehr hart empfunden. Auch Wittgenstein schrieb von Hamburg aus: „Das Benehmen des französischen Gouverneurs in Cassel ist äußerst hart. Alles Eigenthum des Kurfürsten und des Kurprinzen wird theils verkauft und theils nach Mainz gebracht. Geschütze, Gewehre und alle Waffen werden fortgenommen. Ein großer Theil der Kostbarkeiten und des Silbergeschirrs, welche in den Lustschlössern Wilhelmshöhe und Sababurg eingemauert waren, sind verrathen worden.“ An baarem Gelde habe der Kurfürst nicht 100 000 Thlr. gerettet. Die Obligationen und Schuldverschreibungen hingegen seien geborgen. Alle hessischen Stabsoffiziere bis auf die Generale seien nach Mainz geführt worden.

„Man begriff sich selbst und andere nicht“, sagt der Lieutenant von Webern in der oben angeführten Aufzeichnung, „daß man das alles bei der vorwaltenden Stimmung und Spannung so habe können geschehen lassen.“ Eine große Theilnahme in Stadt und Land zeigte sich für das herbe Schicksal der Armee. Jüngere Offiziere in Cassel versammelten sich in nach hinten gelegenen Zimmern ihres alten Casinos, um zum Theil höchst abenteuerliche Pläne zur Befreiung Hessens, zu einer demnächstigen allgemeinen Verbindung und Erhebung Deutschlands gegen französische Zwingherrschaft zu besprechen. Die Kecken und Kühnen erschienen, statt in den abgelegten Uniformen, in Jagd- und Reisekleidern, trugen Dolche und Pistolen bei sich, hatten die Zöpfe abgeschnitten. Viele der Offiziere reisten trotz der Abführungsordre Napoleons nach England, Oesterreich, Ostpreußen, Süddeutschland, speziell Württemberg, Baden und Nassau ab.

Die gemeinen Soldaten konnten es nicht so machen wie ihre bemittelteren Vorgesetzten. Sie zerschlugen ihre Gewehre fluchend und wuthknirschend vor den Augen der französischen Kommissarien. In einem hessischen Kalender vom Jahre 1863 liest man nicht ohne Antheil eine Darstellung, wie ein rauher Hauptmann, Vater Benning genannt, damals (1806) thränenden Auges seine „Kinder" entließ. Ein Gefühl beispielloser Schmach und Erniedrigung kochte in allen Herzen. In Cassel lag nach dem baldigen Abzug des Reichsmarschalls Mortier und der holländischen Truppen nur eine Handvoll ungeübter französischer Truppen mit 4 Geschützen. Sie aus dem Lande zu jagen, würde ein einziges althessisches Regiment ausgereicht haben. So sprach der seines Vaters würdige junge von Webern seinen Unmuth aus.

In den kleinen Städten und auf dem Lande hatten die Amtmänner bei Todesstrafe für die Widerspenstigen die Entwaffnung vornehmen müssen. Im Staatsarchiv zu Marburg sind viele Berichte über dabei sich ereignende Umstände erhalten. Man muß es den hessischen Ortsbehörden nachrühmen, daß sie mit einem großen passiven Muth dem Unglück, welches über das Land hereinbrach, sich entgegenstellten und mit großer Kaltblütigkeit alles zu vermeiden gesucht haben, was unnöthigerweise ihre Lage hätte verschlimmern können. Ein Amtmann Mühlhausen zu Kirchhain empfahl am 4. November wegen der erwarteten Ankunft von Franzosen in seinem Amte den Ortsvorständen höfliches Betragen, den Gemeinden Reinlichkeit und Bereitwilligkeit bei Einquartierungen. „Vorzüglich haben die Ortsvorgesetzten", hieß es weiter, „den beurlaubten hessischen Soldaten bei Vermeidung der strengsten Strafe anzubefehlen, daß sie sich aller unbesonnenen Reden, die doch jetzt zu nichts Besserm aber viel Schlimmerm dienen würden, enthalten und gegen jeden Franzosen sich höflich betragen sollen. Sodann ist diesen einzuprägen, daß sie sich aller Thätlichkeiten zu enthalten haben, zumal durch so ein unvernünftiges Betragen eine ganze Gemeinde in ein entsetzliches Unglück gestürzt werden könnte. Jeder Unterthan muß bedenken, daß unser gnädigster Kurfürst bisher alles zum Wohl seiner ihm so lieben Unterthanen gethan hat, daß er auch jetzt noch immer wirkt, um alle Uebel des Krieges, welche fast ganz Europa betroffen haben, wovon wir aber durch seine weisen Vorkehrungen bisher frei waren, so gut als möglich abzuwenden."

Die Regierung zu Marburg erkannte, daß die Stimmung der in ihre Heimath entlassenen kurhessischen Soldaten nicht nur über einzelne Gemeinden, sondern über das ganze Land unabsehbares Unglück bringen könnte. Doch wenn sie zum „Vertrauen auf die bisher schon so oft erprobte weise Fürsorge des durchlauchtigsten Landesherrn" aufforderte (3. November), so glaubten die beurlaubten Soldaten eben durch ihren mehr oder minder versteckten Widerstand gegen die Franzosen ihr Vertrauen zu beweisen. Dazu kam, daß, wo diese ohne Widerstand ihre Waffen ablieferten, sie der Verachtung der Bürger anheimfielen. So berichtet der Amtssekretär Martini aus Neustadt (8. November): „Kaum war die traurige Ordre an den bei mir im Quartier gelegenen General-Major von Lepel eingegangen und kund geworden, so ästimirte man das Militär gar nicht mehr, und mehrere Bürger jagten sie sogar hinaus. Man bestahl die Rüstwagen mit den abgelieferten Waffen auf dem öffentlichen Markt, und wie dies die dort stehenden Jäger nicht mehr hindern konnten, so machten sie es selbst nicht besser. Kam ein Offizier, der ein Ordonnanzpferd oder Vorspann zum Wegbringen der Waffen verlangte, so wurde es ihm verweigert, und wenn er darüber hitzig wurde, so ging man mit Mistgabeln auf ihn ein, und er mußte fortgehen, wie er gekommen war."

Durch das 27. Bulletin der großen Armee ließ Napoleon Europa die Besitznahme des Kurfürstenthums Hessen verkünden. Dasselbe strotzt von Uebertreibungen. Das Verhalten des Kurfürsten zu Anfang des Kriegs und seine schwankende Haltung zwischen Preußen und Frankreich wird als „Raserei" (frénesie) bezeichnet, und der Verlust seiner Staaten gewissermaßen als Strafe hierfür ausgesprochen. „Es giebt in Deutschland kein Haus", heißt es wörtlich weiter, „welches anhaltender Frankreich feindlich gewesen ist. Seit vielen Jahren verkaufte es das Blut seiner Unterthanen an England, um gegen uns in zwei Welttheilen Krieg zu führen, und diesem Handel mit seinen Truppen verdankt der Fürst die Schätze, welche er aufgehäuft hat, und wovon man sagt, daß ein Theil derselben in Magdeburg eingeschlossen ist, ein anderer in's Ausland gebracht worden ist. Dieser schmutzige Geist hat die Katastrophe seines Hauses herbeigeführt, dessen Existenz an unseren Grenzen unverträglich mit der Sicherheit Frankreichs ist. Es ist endlich Zeit, daß

man aufhört, sich ein Spiel daraus zu machen, 40 Millionen Menschen zu beunruhigen, und sie in Aergerniß und Verwirrung zu setzen. Immerhin mag es den Engländern gelingen, noch einige Fürsten mit Gold zu bestechen, allein der Verlust ihrer Throne wird die unfehlbare Folge für diejenigen sein, welche es annehmen. Die Verbündeten Frankreichs werden prosperiren und sich vergrößern, seine Feinde werden gestürzt und entthront. Die Einwohner von Hessen-Cassel werden glücklicher sein als bisher. Entlastet von ihren großen militärischen Frohndiensten, werden sie sich friedlich der Kultur ihrer Aecker widmen können; entlastet von einem Theil ihrer Steuern, werden sie nach großmüthigen und liberalen Grundsätzen regiert werden, nach denselben Grundsätzen, welche die Verwaltung Frankreichs und seiner Verbündeten leiten. Wenn die Franzosen geschlagen worden wären, würde man in unsere Provinzen eingefallen sein und sie vertheilt haben; es ist billig, daß der Krieg auch ernsthafte Chancen für die Herrscher hat, welche ihn unternehmen, damit sie reiflicher in ihren Conseils darüber rathschlagen, ehe sie ihn beginnen." Man sieht aus der Fassung dieser Kundgebung Napoleons, daß bei demselben gewissermaßen die Empfindung vorhanden war, seine Handlungsweise vor Europa entschuldigen zu müssen. An Daru, als General-Intendanten der Armee, schrieb er unter demselben Datum (4. November), daß ein Steuererheber für seine Rechnung fortfahren solle, die bisher bestandenen Steuern zu erheben; von einem Nachlaß, womit er vor Europa prunkte, war also keine Rede. Er wiederholte nachdrücklich, daß Hessen-Cassel nicht mehr regieren solle. Pferde und Sättel des Fürsten sollten zur Montirung der in Mainz befindlichen französischen Truppen dienen.

Tags darauf gab er dem General Lagrange direkte Weisung, in der Vermuthung, daß Mortier schon nach Hannover sei. „Ich bilde mir ein", schreibt er, „daß dieser Ihnen je ein französisches und ein italienisches Regiment zurückgelassen hat. Ein anderes italienisches Regiment langt am 6. November in Mainz an, rufen Sie es herbei, damit Sie Verstärkung haben. Lassen Sie die Festungswerke zu Marburg von Grund aus zerstören. Lassen Sie die Festungswerke von Hanau so in die Luft sprengen, daß der Platz rasirt wie eine Hand erscheint. Lassen Sie alle Möbeln, Statuen und Effekten aus den fürstlichen Palästen nach Mainz trans-

portiren. Verlangen Sie alles, was die Fürsten von Nassau-Usingen an Menschen liefern können, und geben Sie ihnen Flinten. Verlangen Sie auch 2000 Mann von Hessen-Darmstadt. Entwaffnen Sie das Land durchaus, daß nicht eine Kanone, nicht eine Flinte darin bleibe. Im übrigen kann man das Land mit Milde behandeln, allein, wenn sich die geringste Bewegung irgend welcher Art zeigt, geben Sie ein fürchterliches Beispiel. Das erste Dorf, welches sich muckst, soll geplündert und verbrannt werden; die erste Ansammlung soll zerstreut und die Anführer einer Militärkommission übergeben werden. Kein Prinz des hessischen Hauses, mit Einschluß der Frauen, soll im Lande bleiben; geben Sie ihnen Pässe, um sich wegzubegeben. Verabschieden Sie alle Diener derselben. Führen Sie alles dieses mit Genauigkeit und Festigkeit aus, zugleich aber mit aller französischen Artigkeit und den Rücksichten für das weibliche Geschlecht."

Und noch einmal wiederholte er, daß das Betragen Lagranges sich seinen Plänen anpassen müsse, welche dahin gingen, dieses Haus vollständig zu entthronen, dessen Existenz am Rhein unverträglich mit der Sicherheit Frankreichs sei. Auch sei es wünschenswerth, daß Lagrange sich bald mit 1000 Mann begnügen könne, und seine Maßnahmen danach träfe. Als einen geeigneten Weg hierzu wirft er zuletzt die Frage auf, ob es nicht etwas gäbe, was man zum Nutzen der Bevölkerung und um dieselbe zufrieden zu stellen thun könne, zum Beispiel die Unterdrückung irgend einer lästigen Gerechtsame, welche dann Napoleon nichts gekostet haben würde. Doch war vorläufig davon weiter keine Rede.

Zum großen Unglück der Hessen sollte eine Anordnung Napoleons vom 6. November gereichen. Außer dem Befehl zur unverzüglichen Demolirung der Festung Ziegenhain enthielt dieselbe die kategorische Aufforderung an den Gouverneur Lagrange, in Hessen ein Corps für den König von Neapel auszuheben. Er autorisirte den General dazu, Offiziere und Unteroffiziere der ehemaligen hessischen Truppen zu nehmen, selbst solche von dem kurfürstlichen Leibregiment. Zum Versammlungsort des Corps sollte Hagenau dienen. Dasselbe sollte zu 3 Bataillonen in französischer Weise gebildet werden. „Mein Hauptzweck", erklärte Napoleon dabei, „ist, mich dieser Leute zu entledigen; sie werden mit hessischen Flinten bewaffnet". Und dann bittet er sich aus, über den Grad der Anhänglichkeit unter-

richtet zu werden, welchen die höheren Militärs dem regierenden Hause etwa bewahrten. Denn stets solle Lagrange im Auge behalten, daß Hessen ihm keine Beunruhigung verursachte, für den Fall, daß er geschlagen würde.

Unabhängig von diesem zu bildenden hessischen Corps, erhielt Berthier am 10. November die Ordre wegen der Formation von 8 provisorischen Bataillonen aus französischen Conscribirten, von denen das 4. und 5. Bataillon sich sobald als möglich in Cassel sammeln und die Ruhe im Kurfürstenthum aufrecht erhalten sollte. Die übrigen sollten ihre weitere Ausbildung und Ausrüstung in Magdeburg erhalten, welches inzwischen in die Hände des Marschalls Ney gefallen war.

Nur wenige hessische Offiziere traten in französische Dienste über, darunter ein Major von Müller, welcher sich dem Gouverneur für die Bildung des neuen Regiments, dessen Bestimmung er hoffentlich selbst nicht kannte, bereitwillig zur Verfügung stellte.

Der Gouverneur erklärte am 11. November dem Kriegskollegium in Cassel, daß „in Rücksicht der großen Menge von hessischen Soldaten, welche, da sie ihren Sold verloren haben, jetzt um ihren Unterhalt verlegen sind", dieses Infanterie-Regiment von 3 Bataillonen sowohl in Ansehung der Bezahlung als Einrichtung ganz auf dem Fuß der französischen Regierung errichtet werden würde; bezügliche Militärpersonen sollten sich melden; in Cassel sollte nur der Anfang dieses Corps gemacht werden, welches in der Folge zu Hagenau im Elsaß an der Rheingrenze völlig in Stand gesetzt werden sollte. Wegen Präsentation, Auswahl und Ernennung zu Offizieren und Unteroffizieren hätte man sich an das kurhessische Kriegskollegium, resp. den dazu speziell ernannten Major von Müller zu wenden.

Die Herren von Wurmb und Engelhard vom Kriegskollegium brachten diese Ordre zu „Jedermanns Wissenschaft". Auch diese waren ihres Eides vom Kurfürsten so wenig wie die übrigen Beamten entlassen. In dieser Hinsicht liegt ein Extrakt des französischen Occupationsprotokolls d. d. Cassel 7. November 1806 vor, worin es heißt, daß, wenn eine anderweite Verpflichtung der Dienerschaft gefordert werden sollte, und diese mit Beziehung auf die Serenissimo Electori geleistete, mithin auch von Höchstdemselben zuvor zu erlassende Pflicht nicht abgelehnt werden könnte, in diesem äußersten

Fall jedem Diener nach seinem Gewissen und den individuellen Umständen seiner Lage das weitere überlassen bleiben müsse. Es war nun in der That ein Glück, daß die meisten Angehörigen der Landesbehörden, auch nachdem die Eidesleistung für Napoleon durch Beschluß des Gouverneurs (vom 30. November) vorgeschrieben war, in Thätigkeit blieben. Dieser Beschluß war die Folge eines kaiserlichen Dekrets, welches schon am 3. November im Hauptquartier Berlin über die provisorische Verwaltung der eroberten Lande erlassen worden war. Im Artikel VII schrieb dasselbe die Eidesleistung vor, und zwar hatte diese in die Hände der Militär-Kommandanten und zu dem Zweck ernannter Intendanten stattzufinden. Man ging bei dieser Eidesleistung sehr weit. Nicht nur die Mitglieder der Landeskollegien zu Cassel und Marburg, sämmtliche herrschaftliche Justizbeamte in den Aemtern (Verwaltungsdistrikten), sämmtliche Beamte, Gerichte und Magistrate und andere herrschaftliche Diener, — jedoch mit Ausnahme der Geistlichkeit und der Kirchenbedienten, — ferner die Justitiare und Forstbedienten der Adeligen und sämmtliche Subalternen, — insofern dieselben in ihrem Dienst bleiben wollten, — hatten den Eid, und zwar schriftlich, abzulegen. Es ist nicht uninteressant, sich die Formel zu vergegenwärtigen, durch welche so und soviele deutsche Beamte nun auf einmal als Diener des Kaisers der Franzosen dastanden und von diesem ihre Besoldung zu empfangen schienen. Die Schwurformel lautete deutsch folgendermaßen:

„Ich schwöre, das mir von S. M. dem Kaiser der Franzosen und König von Italien anvertraute Amt (Auktorität) treu und redlich auszuüben, mich desselben nur allein zur Aufrechterhaltung der guten Ordnung und der öffentlichen Ruhe zu bedienen, aus allen meinen Kräften zur Vollführung der für den Dienst der französischen Armee anzuordnenden Maßregeln zu wirken, und keinerlei Einverständniß mit ihren Feinden zu unterhalten."

Der neu ernannte Intendant von Hessen, Martelliere, nahm die gesammelten Eidesleistungen von den Casseler Behörden und den Aemtern entgegen. Schwierigkeiten erhoben sich nur bei den Kontributionserhebern, Greben und Gerichtsschöffen auf dem Lande, welche zum Theil, so im Amt Niederaula, eher ihre Stellen niederlegen zu wollen, sich äußerten. Letzteres fand aber nicht den Beifall des

fungirenden Amtmanns Burchardi, welcher in einem Bericht vom 21. Dezember hervorhob, daß Jedermann doch zur Zeit der Noth einem bekannten, redlichen, in seinem Dienste grau gewordenen Vorgesetzten weit lieber folge, als einem neu Angestellten, im Dienste Unerfahrenen. Dieser Leute Eidesweigerung mache auch auf die übrigen Unterthanen, besonders die bisher widerspenstigen Militärpersonen, einen äußerst nachtheiligen Eindruck.

Unleugbar war nach Entwaffnung des hessischen Militärs eine große Erregung in diesen Kreisen und bei der ihnen nahestehenden bäuerlichen Bevölkerung vorhanden, welche Erregung die „zum churfürstlichen Ministerio des Innern verordneten" Wirklichen Geheimen Räthe von Baumbach und Waitz zu einem Antrag an den Gouverneur betreffs Errichtung einer bewaffneten Sicherheitsmannschaft bewog. Der Antrag wurde am 17. November genehmigt und die Sicherheitsmannschaft allmählich aus je 6 Personen für jeden Ort gebildet, außerdem wurden die Kassenbeamten noch mit Flinten versehen. Letzteres geschah, um dieselben mit größerer Autorität auszustatten, weil ein großer Theil der Bevölkerung sich nämlich der Zahlung von Abgaben an die öffentlichen Kassen entbunden glaubte. Zahlreiche Vagabunden drangen in das Land, und die Ansprüche der französischen Truppen, welche die quer durch Hessen führende Militärstraße von Frankreich zur großen Armee entlang zogen und theilweise recht lange, z. B. in Marburg, einquartiert blieben, erbitterten die Bevölkerung auf einen hohen Grad.

Die Regierung zu Marburg glaubte in letzterer Beziehung eine Warnung erlassen zu müssen, worin sie anerkannte, daß die lauten Klagen und das Murren der Unterthanen über die schweren Kriegsfuhren, Einquartierungen und Lieferungen sehr bedenkliche Folgen haben könnten. Indessen möchten die Unterthanen mit festem Muthe besseren Zeiten entgegensehen und sich ruhig halten, indem jede Beleidigung gegen Kaiserlich Französische Kriegsvölker oder Ungehorsam gegen obrigkeitliche Befehle auf das härteste an Leib und Leben gestraft werden würden.

Der wenig väterliche Ton dieser Ermahnung stach hart ab von den Berichten der Amtmänner über theils von französischen theils von holländischen Soldaten und Marodeurs begangene Ausschweifungen. Sehr viele Einwohner waren rein ausgeplündert, die Gemeinden

befanden sich in großer Angst und Verlegenheit und flehten um Schutz und Beistand. Diese Excesse wurden vom General Lagrange — die Gerechtigkeit erfordert es zu sagen — streng gerügt. Er verordnete durch Befehl vom 22. November, was die einzelnen französischen Soldaten, die sein Gouvernement berührten, von den Bewohnern Hessens fordern durften. In Ansehung der Herren Offiziere aber wollte der Gouverneur sich auf deren Diskretion verlassen. General Lesuire in Marburg machte von dieser Befugniß den weitgehendsten Gebrauch, und ebenso thaten es der Platzmajor und die Kriegskommissare, welche dort vorübergehend erschienen.

Durch Ordre des Generalstabs der großen Armee (12. November, Hauptquartier Berlin) war festgesetzt worden, daß Jeder als Marodeur bestraft werden sollte, der sich auf seinem Marsch zur Armee von dem ihm in seiner Marschroute vorgeschriebenen Weg entferne, ferner, wer Lebensmittel und andere Bedürfnisse außer an den zu Nachtlagern bestimmten Ortschaften und auf die vorgeschriebene Weise verlangen würde. Nun aber waren für das arme hessische Land auch die gestatteten Forderungen hoch genug, und sie wiederholten sich vor allem zu oft, so daß in der That alle Bedingungen für einen Volksaufstand gegeben waren.

Derselbe ist in Lynker's Geschichte der Insurrektionen wider das westphälische Gouvernement (Cassel 1857), freilich ohne Benutzung des erheblichen Aktenmaterials, welches im Staatsarchiv zu Marburg beruht, eingehend und im Großen und Ganzen richtig geschildert worden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß frühere hessische Offiziere, speziell der Hauptmann Ludwig Thielo von Uslar und ein Lieutenant Junck von Kirchhain den Aufstand organisirt haben. Und zwar haben dieselben dieses auf eigne Faust, wenigstens ohne sichtbare Ermuthigung durch den Kurfürsten gethan. Unterstützt wurden sie durch das unverständige Vorgehen des obengenannten Majors Müller, welcher am 14. Dezember angeordnet hatte, daß, wenn die ehemals hessischen Soldaten sich nicht sogleich bei ihren Kompagnien einfinden würden, sie durch ein Kommando abgeholt, und außer der Konfiskation ihres Vermögens nach Befinden mit Eisenstrafe belegt, thatsächliche Widersetzlichkeit aber ohnfehlbar, sowie aufrührerische Reden mit dem Tode bestraft werden sollten. Ein Unterbeamter in Vacha verstärkte den

Ton dieser ungerechten harten Verordnung noch durch die Erinnerung, daß auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen sämmtliche Bewohner eines sächsischen Dorfes vor etlichen Wochen niedergeschossen worden seien, weil sich einige unruhige und übelgesinnte Einwohner an französischen Soldaten vergriffen und thätliche Widersätzlichkeiten verübt hatten.

Die Provokationen seitens der provisorischen Regierung und ihrer Anhänger, nicht nur von der Fahne des Vaterlands abzufallen, sondern sich in den Dienst des Feindes zu stellen, ohne besiegt zu sein, beantworteten die genannten beiden Offiziere im Verein mit andern durch einen heimlich von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf an die braven Soldaten und Völker der Hessen gehenden Aufruf folgenden Inhalts: „Auf, Ihr braven Hessen, die Ihr noch teutsches Blut in Euern Adern habt, ergreift die Waffen, welche Ihr nur habt, gegen die schändlichen Franzosen, welche Euch in Sklaverei nach Frankreich führen und dorten allmälig ermorden wollen. Erwerbt Euch durch Muth und geschwinde Entschlossenheit Euren alten Ruhm und Eure Ehre wieder. Rächet Euch und fürchtet kein Sterben, denn süß ist es fürs Vaterland zu sterben. Sofort aber handelt und kommt, damit weder Zeit noch das Glück, was Euch, Ihr braven Hessen, jetzt günstig ist, noch Blut verloren gehe. Wenige der schändlichen Franzosen sind's nur, die Ihr jetzt leicht bekämpfen könnt. Sendet diesen Aufruf von Ort zu Ort, so schnell als möglich, aber immer an Soldaten und Unteroffiziers und durch Soldaten, und machts denselben, Euern Kameraden, bekannt, damit nichts verrathen werde. Hört die Stimme des Vaterlandes und kommt, Ihr braven Völker der Hessen."

Dieser Aufruf wurde am 22. Dezember 1806 auf dem Marktplatz zu Homberg gefunden, einem Städtchen, welches in der Geschichte der hessischen Insurrektionen wider das französische Gouvernement eine erhebliche Rolle spielt.

Ueberall erhoben sich nun die Bauern und die beurlaubten Soldaten, jedoch die Amtsvorstände und andere konstituirte Behörden unterstützten den Aufstand nicht. Sie mußten nachgeben, wenn ihnen die Gewehre und Kassen abverlangt wurden, aber freiwillig gaben sie sie nicht heraus. Man hat oft dieser aufständischen Bewegung Mangel an Organisation vorgeworfen, aber dieselbe war auf die

Mitwirkung der Magistrate berechnet. Uslar hatte zu Eschwege am 26. Dezember den Befehl ergehen lassen, außer der Einziehung der beurlaubten Soldaten auch eine Aushebung der jungen Mannschaft von der Konfirmation an bis zu reiferen Jahren hinaus vorzunehmen, und „sollen, wo 3 Mannspersonen im Hause sind, 2 genommen werden, und wo zwei sind, einer, und diese sollen für den Nothfall entweder mit Gewehr oder mit Heugabel und dergleichen immer versehen sein, um damit streiten zu können." Die Mannschaften sollten ferner mit Brod und Geld aus herrschaftlichen Kassen versehen werden. Dieses wurde indessen abgeschlagen. Frühere Sergeanten übernahmen in den einzelnen Orten den Oberbefehl und waren Uslar bei angedrohter Todesstrafe verantwortlich.

Die Vorgänge um und in der Stadt Marburg, die Erstürmung des Schlosses daselbst durch die Insurgenten während der letzten Tage des Jahres 1806, sind zu bekannt, als daß ich hierauf weiter einzugehen brauchte. Es ist erwiesen, daß falsche Vorspiegelungen mit Veranlassung zu diesem Gewaltakt gewesen sind, indem die Meinung verbreitet wurde, der Gouverneur von Wurmb in Cassel habe befohlen, daß alles Militär auf Marburg zusammentreten solle, und daß, da die Franzosen Marburg in Brand schießen wollten, die Bauern sich gesammter Hand dagegen vereinigen sollten.

Einerseits hatte man ja eine Berechtigung zum Zusammentritt durch die Bekanntmachung behufs Errichtung französischer Regimenter, man drehte den Spieß nur gegen die Franzosen, buchstäblich den Spieß. Wir haben eine dramatisch anschauliche Schilderung dieses Bauernaufstands von dem Amtmann in dem genannten Städtchen Homberg. „Am 29. Dezember", sagt er, „drang ein Trupp ehemals hessischer und preußischer Soldaten, auch Bauern, mit Gewehr, Degen, strack gemachten Sensen, Mist- und Heugabeln, deren Zinken meist eine strack gelassen, die andere krumm gebogen war, und mancherlei andern Mordgewehren bewaffnet, zum Thor hinein. Geheime Befehle, unterzeichnet „Churfürstlich organisirte Landesarmee" hielten sie zusammen. „Vivat der Churfürst" riefen sie aus und drohten jedem den Tod, der sich widersetzen würde. Wie ein Funke durchlief die Nachricht die Stadt. Alles, was Soldat und Bauer war, setzte sich in Bewegung. Man wollte die Franzosen gefangen nehmen und dann Cassel erobern. Die Sturmglocken läuteten überall in den

Dörfern des Landes. Vor der Festung Ziegenhain, deren Wälle die Franzosen abzutragen im Begriff waren, erschien ein früherer Unteroffizier Triebfürst, der im Geleite eines Trompeters und eines bewaffneten Haufens den französischen Kommandanten Chevallot zur Uebergabe der Festung aufforderte. Hier und da kamen Plünderungen vor, schlechtes Gesindel schloß sich den Aufständischen unzweifelhaft an. Trotzdem hatte die Erhebung nicht nur den Namen des „Landsturms“ sich beigelegt. Die Erbitterung ging tief in die Gemüther, nicht nur bei den Soldaten und Bauern, sondern auch theilweise bei den Beamten. So hatte der redliche Oberschultheiß Günther zu Ziegenhain, anknüpfend an die drückenden Fahrdienste, welche die Franzosen von den Bauern verlangten, sich dahin zu äußern gewagt, es seien dies „Ereignisse, welche den Bauer kopfscheu machen und dem Beamten es außerordentlich erschweren, die Bauern in Gehorsam zu halten, wenn sie den französischen Truppen Wagen stellen sollen. Und wenn dem Beamten selbst jeder Schlag in seinen Nerven nachtönet, welcher seinen Amtsuntergebenen so treulos versetzt wird, so ist es für denselben die empfindlichste Amtsverwaltung, wenn er dennoch die Unterthanen zum Gehorsam zwingen soll, um sich mißbrauchen zu lassen.“

Denn so war nun einmal die Lage, daß Niemand, weder Amtmann noch Bauer, wußte, wer der Herr des Landes sein würde, noch war. In Schmalkalden verlangten die Soldaten den gnädigsten Kurfürsten wieder und wollten sich nicht eher beruhigen, als bis derselbe wieder in Cassel wäre. Sie bemächtigten sich einiger Kanonen, welche von einer Eskorte Fürst Primas'scher Truppen umgeben waren. Schließlich aber beschloß man, eine Deputation nach Gotha zu schicken, wohin sich die Kurfürstin zurückgezogen hatte, um zu hören, „ob es deren gnädigster Wille und angelegentlichster Wunsch sei, daß die Unterthanen hiesiger Lande sich ruhig verhalten und in stiller Hingebung den Ausgang der Dinge erwarten möchten“.

Am 24. Dezember hatte der General-Gouverneur Lagrange schon durch eine Proklamation an die hessischen Soldaten den Aufruhr zu dämpfen gesucht. Darin heißt es: „Uebelgesinnte, wie ich vernehme, suchen Euch zu betrügen. Sie bringen Euch zur Empörung, zum Aufstand unter dem falschesten Vorwande. Soldaten! Ich war von Sr. Majestät dem Kaiser beauftragt, Hessens Truppen seine Dienste anzubieten. In Eurer Willkür steht es, sie anzunehmen

oder auszuschlagen. Niemand ist — Niemand wird dazu gezwungen. Rechnet auf das, was ich sage. Ich sage nur Wahrheit." Dieser Erklärung, welche leider zu spät kam, folgte 4 Tage darauf eine andere an die Bewohner Hessens, welche, man muß dies anerkennen, in ernstem, würdigem Tone auf die Gefahren der möglichen Folgen des Aufstands für die Bewohner aufmerksam machte: „Euch, Ihr Einwohner dieses Landes! — Euch muß daran gelegen sein, diese thörichten Menschen — die hessischen Soldaten —, die alle Eure Söhne, Eure Anverwandte, Eure Freunde sind, zu ihrer Vernunft zurückzubringen, indem Ihr ihnen begreiflich macht, daß sie es sind, die alles Unglück, alle Drangsale des Kriegs über Eure Person, über Eure Familie und kurz über alles, was Euch nur immer theuer sein kann, herbeiführen. Einwohner von Hessen! Sollten, was ich nicht glaube, alle Eure Versuche unnütz sein, bedenket wenigstens, wie viel Euch daran liegt, daß Ihr Euch nicht von ihnen in den Abgrund hineinreißen lasset, in den sie Euer Vaterland stürzen wollen. Hier, Bewohner und Soldaten von Hessen! — hier erhaltet Ihr von mir die letzte Warnung!"

In Marburg wurde die ersterwähnte Proklamation den Aufständischen ohne Erfolg von dem Regierungsdirektor Rieß vorgelesen. Das Ministerium zu Cassel ergriff noch besonders die Gelegenheit, das Volk aufzuklären. Einerseits, ließ sich dasselbe ungescheut heraus, würde die Bewegung dem Kurfürsten zwar Freude machen, andererseits aber die Rückkehr erschweren. Wenn man den Kurfürsten wirklich lieb habe, solle man auseinandergehen. Um so eher würde der französische Kaiser demselben sein Land zurückgeben und dieses mit Kriegslasten desto mehr verschonen. Die Minister von Baumbach und Waitz hätten der französischen Regierung keinen Eid geleistet, sie hätten „in Höchstdero Abwesenheit für das Beste des Herrn und des Landes zu sorgen". Man könnte ihnen also glauben. Und man glaubte ihnen. Dem „väterlichen" Ruf, welchen außerdem noch die Regierung zu Cassel erließ, und der gänzliches Vergeben und Vergessen alles bisher Vorgefallenen und Begangenen verhieß, gab man Gehör, nachdem es sich bestätigte, daß diese Stadt, wie fälschlich damals verbreitet wurde, nicht durch den Oberst von Heimrod für den Kurfürsten bereits eingenommen war. Am 31. Dezember theilte der Chef der Regierung zu Cassel Kunckell von

Löwenstein den ihm untergebenen Amtmännern mit: „Serenissimus Elector sind nun von dem unglücklichen Ereigniß unter Anlegung alles dessen, was von der Regierung und dem Kriegskollegium geschehen, aus höchstpreißlichem Geheimen Ministerio benachrichtigt, und zwar ist dieses am vorigen Montag frühe um 1 Uhr abgesendet; und durch ein besonderes Dekret oder Schreiben sind die beurlaubten Soldaten aus dem Geheimen Ministerio davon benachrichtigt und sie allzumal bedeutet worden, sich bis zu Einlangung der höchsten Resolution ruhig zu halten. Es wollen auch morgen frühe S. Excellenz der Herr Minister von Waitz selbsten in die Gegend der Werra fahren und sich bemühen, diese Insurgenten zum Auseinandergehen zu disponiren."

Dieses Schreiben ist dadurch wichtig, als in der That daraus hervorzugehen scheint, daß der Kurfürst dieser Unternehmung fremd gewesen ist. Wie Wittgenstein aus Hamburg an den preußischen Minister des Auswärtigen, Freiherrn von der Goltz, nach Berlin berichtete, war dennoch die Sache des Kurfürsten hierdurch zu Grunde gerichtet. Napoleon schnaubte Wuth, als er zuerst, ganz unbestimmt, von dieser Insurrektion hörte. Von Warschau aus schrieb er darüber an Lagrange (8. Januar 1807): „Ich hoffe, daß ich bald einen ausführlichen Bericht erhalten werde. Man sagt, daß die Rebellen einen Zug von 20 Stück Kanonen genommen haben und sich der Waffen aus mehreren Gemeindehäusern bemächtigt haben, unter andern in Hersfeld. Es war eine große Unklugheit, Waffen im Lande zu lassen, während ich so sehr empfohlen hatte, keine darin zu lassen. Das Pariser Regiment, 1400 Mann stark, und dasjenige der Füsiliere meiner Garde, ebensostark, müssen durch Cassel gekommen sein. Ein italienisches Regiment muß gleichfalls dort durchgekommen sein. Diese drei Regimenter bilden mehr als 5000 Mann, und mit dem, was Sie an Leuten haben, müssen das zusammen 8000 Mann geben. Ich setze voraus, daß Sie diese Truppen angehalten haben, und daß Sie sich ihrer bedient haben werden, um den Schimpf, welcher meinen Waffen angethan worden ist, zu rächen. Meine Intention ist, daß das hauptsächlichste Dorf, wo die Insurrektion entstanden ist, verbrannt werde, und daß 30 der Hauptanführer erschossen werden. Ein eklatantes Beispiel ist nöthig, um den Haß dieser Bauern und dieser Soldateska zu unterdrücken. Wenn Sie

noch kein Beispiel aufgestellt haben, thun Sie es unverzüglich; es ist das nöthig wegen des übrigen Deutschlands, indem es dort sehr verhängnißvoll werden würde, wenn man im Prinzip zulassen würde, daß man sich ungestraft empören dürfe. Wenn Sie die beiden genannten Regimenter haben passiren lassen, schreiben Sie an den Marschall Kellermann, daß er Ihnen die provisorischen 5., 6. und 7. Regimenter schickt. Daß mir ja der Monat nicht vergeht, ohne daß das hauptsächlichste Dorf, der Flecken oder die kleine Stadt, welche das Signal zur Insurrektion gegeben hat, verbrannt ist, ohne daß eine große Zahl von Individuen erschossen ist. Das ist mein positiver Befehl, welchen ich Ihnen durch einen Adjutanten des Gouverneurs von Berlin schicke. Ich fürchte keine kriegerische Bewegung in Cassel. Ich werde dorthin, wenn es nöthig ist, Truppen aus Magdeburg schicken. Aber es ist nöthig, daß das Land sich überzeuge, daß jede Schilderhebung bestraft werden wird."

In vertraulichem Tone fährt Napoleon dann fort: „Ich kann eine Insurrektion in Cassel im Monat Januar nur als ein glückliches Ereigniß betrachten. Der Haß, welchen die Fürsten dieses Landes unter seinen Einwohnern immer gegen Frankreich genährt haben, mußte sie vorhersehen lassen. Es ist besser, daß sie jetzt in diesem Augenblick, als wenn die Engländer eine Landung an der Elbe hätten machen können, ausgebrochen ist. Man muß den gegenwärtigen Augenblick benutzen zur Entwaffnung, und um bleibende Spuren in den aufständischen Gegenden zurückzulassen. Jede andere Manier, zu verfahren, würde verhängnißvoll sein. 30 der Hauptschuldigen füsiliert, 200 oder 300 in die Citadellen Frankreichs geschickt und der Flecken oder die kleine Stadt, welche der Hauptheerd der Revolte ist, verbrannt, — das sind nothwendige Beispiele, und diese Akte der Gewalt sind human, indem sie den Wiederausbruch neuer Aufstände verhüten."

Begreiflich ist, wenn irgend etwas, so mußte dieser Aufstand jeden Gedanken an eine etwaige Restauration des hessischen Hauses auch in den Augen der nicht unmittelbar Betheiligten unmöglich machen. Der Fürst Wittgenstein glaubte, freilich irrthümlich, daß erst hierdurch Napoleon zu dem Beschluß von der Nichtwiederherstellung gekommen sei. Alle noch nicht abgeführten Kapitalien des Kurfürsten wurden jetzt beschlagnahmt, „ein neuer Verlust von

13—14 Millionen Thalern für ihn, ein Gegenstand, der mehr auf ihn wirken wird, als der Verlust seines Landes", wie Wittgenstein boshaft bemerkt. Französische Truppen von Mainz langten in Befolgung von Napoleons Befehl schnell in den aufständischen Gegenden an. Der Aufstand wurde in der Hauptsache durch General Barbot ohne viel Blutvergießen schnell gedämpft. Allein Napoleon in Warschau unterließ nicht den in Berlin zurückgelassenen General Clarke zu tadeln, daß er ohne Noth (11. Januar) ein auf dem Marsche nach dort befindliches Chasseur-Regiment zu diesem Zweck habe umkehren lassen, indem dies immer einen schlechten Eindruck mache. 1400 Mann müßten in Cassel sein, wenn Lagrange die durchpassirenden Regimenter, wie ihm befohlen, angehalten habe (12. Januar). Aber eben Lagrange's „Schwäche" bei dieser Gelegenheit gefiel Napoleon nicht. „Er glaubt mich", schrieb er am 13. Januar an Clarke, „bei Laune, diese Bewegungen unbestraft zu lassen. Meine Intention ist, viele Streitkräfte in Cassel zu versammeln, um ein Beispiel zu geben, welches Deutschland dienen kann. Lassen Sie ein Wort über die Casseler Vorgänge in den Berliner Blättern sagen. Lassen Sie sagen, daß man ein gutes Mittel gefunden hat, den Ruin der Angelegenheiten des cassel'schen Hauses zu vollenden, daß, als der Kaiser von den Unruhen in Hessen vernommen, er dekretirt hätte, daß dieses Haus niemals in Hessen wieder hergestellt werden würde." — Man sieht, wie Napoleon in Bezug auf den letzten Punkt die Welt und vielleicht sich selbst belog.

Im Ganzen wurde die Zahl der betheiligt gewesenen Insurgenten auf 15—18000 Mann geschätzt; nur wenige von ihnen wurden erschossen, die Haupträdelsführer entkamen und tauchen in den spätern Erhebungen des Landes gegen die Herrschaft des Königs Jerome wieder auf. Darunter ist ein bäuerlicher Held zu erwähnen, der ehemalige Corporal Johannes Moog aus Sterzhausen, auf den die Franzosen vergeblich fahndeten, obwohl er sich offen in Marburg zeigte, „weil sich kein Mensch und Bauer dazu gebrauchen läßt, diesen Kerl anzugreifen und handfest zu machen, aus Furcht seiner eignen Lebensgefahr und weil man sich fürchtet, daß seine Anhänger ihre Rache mit nichts weniger als Sengen und Brennen ausließen."

Der General Lesuire zu Marburg, der von deutscher Seite als ein Herr von Güte und Rechtschaffenheit geschildert wird, in

seiner äußern Erscheinung aber ein langer, ungeschlachter Cyklope (er hatte nur ein Auge), gewesen sein soll, hat sich manches jungen Mannes, der in den Aufstand verwickelt gewesen, angenommen, und auch in Cassel, vor dem gemäß dem Befehl Napoleons zur Aburtheilung der am Aufstand Betheiligten niedergesetzten Kriegsgericht unter Lagrange's Vorsitz, ließ man insofern Milde walten, als diejenigen, welche trotz der ergangenen Amnestie die Waffen nicht niedergelegt hatten, meist nur zur Deportation nach Frankreich verurtheilt wurden. Allein, da ein der deutschen Sprache, speziell des Dialekts der Landbevölkerung kundiger Richter oder Beisitzer bei dem Kriegsgericht bis ganz zuletzt sich nicht befand, sind augenscheinlich viele Irrthümer untergelaufen, und manche sind ganz unschuldig, — ein Gendarm hinten, einer vorn, oder auf Karren massenweise — zum Straftransport abgeführt worden. Nichtsdestoweniger war Napoleon mit dem Verhalten des Generals Lagrange in dieser Sache nicht zufrieden. An Berthier ertheilte er den 19. Januar den Befehl: „Schreiben Sie dem General Lagrange, daß meine Intention ist, daß die beiden kleinen Städte Eschwege und Hersfeld verbrannt werden, oder daß die 60 Schuldigsten dieser Städte und ihrer Umgebung erschossen werden, und daß ein Drittheil arretirt und nach Frankreich geführt werde. Man soll 4000 Mann mobile Kolonnen in die Städte schicken, welche der Schauplatz der Insurrektion gewesen sind, damit dieselben auf Kosten der Einwohner dort leben. Man soll ihnen meinen Willen kundgeben, daß die Beleidigungen, welche meinen Adlern zugefügt worden sind, nur durch Blut gerächt werden können; 200 Personen wenigstens müssen mit ihrem Kopfe diese Insurrektion bezahlen. Der Offizier, welcher ihr Anführer war, muß sterben. Wir sind zu alt in den Geschäften, um zu glauben, daß man Chef ist malgré soi. Rothenburg hat sich auch schlecht betragen: eine mobile Kolonne dorthin schicken."

Es scheint, daß Napoleon außer der offiziellen Berichterstattung des Generals Lagrange auch noch seine Spione in Hessen hatte, denn am 21. Januar schreibt er (wiederum an Berthier): „Wir wissen über die Insurrektion in Hessen eine Unmenge von Sachen, wovon Lagrange uns niemals gesprochen hat."

Das über die Stadt Hersfeld verhängte Strafgericht wurde instruktionsgemäß ausgeführt, und Lagrange theilte dies in einer

Proklamation vom 18. Februar 1807 der Bevölkerung mit. „Bewohner und Soldaten von Hessen", führt Lagrange aus, „Seine Kaiserliche Majestät wurde über Euer Betragen aufgebracht. Welche Mittel, welche Verwegenheit hattet Ihr, eine vorsätzliche Beschimpfung Ihrer überall siegreichen Waffen zu wagen? Sie haben verordnet, daß die Stadt Hersfeld verbrannt werden soll; jene von Eschwege würde das nämliche Schicksal gehabt haben, wenn sie sich nicht beeifert hätte, die Strafbaren auszuliefern," was also Hersfeld nicht gethan hat. „Thoren", schließt der General, „sehet nun, zu welchen Resultaten Eure Wagstücke führten; es ist das Verderben und der bei mehreren unter Euch gerechte und nothwendig gewordene Tod, währenddem eine noch größere Anzahl nach Frankreich geschickt wird, um dort bis zum Frieden in Gefangenschaft zu bleiben. Schließet aus diesen Maßregeln, was für weit strengere auf Euch warten, wenn man in Zukunft noch einige unter Euch fände, die es wagen würden, sich ähnlichen Frevelthaten zu überlassen. Rechnet nicht mehr auf Euern Fürsten, er und sein Haus haben aufgehört zu regieren. Dies ist eine Wahrheit, die ich Euch schon angekündigt habe, und die ich heute noch einmal bekräftige."

Hiermit war es denn öffentlich vor dem Lande ausgesprochen, daß der Kurfürst keine Hoffnung auf Rückkehr in sein Land habe. Wittgenstein schrieb am 31. März darüber an Goltz: Die persönliche Abneigung des Kaisers Napoleon gegen den Kurfürsten lasse sicher keine Wiederherstellung desselben zu, allein der Gedanke der Möglichkeit dieser Wiederherstellung dürfe ihm nicht benommen werden, weil man sonst seiner nicht sicher sei. „Sein persönlicher Umgang ist über alle Beschreibung unangenehm, es ist viele Geduld erforderlich, um seine ewigen Klagen und Aufwallungen zu ertragen." Ging derselbe doch soweit, in einem an König Friedrich Wilhelm von Preußen gerichteten eigenhändigen Schreiben zu sagen: „Ein bis jetzt unter kultivirten Völkern unerhörtes Benehmen raubte mir mit einem Worte — Alles. Und warum? Weil man Anstoß daran nahm, daß ich und mein Sohn uns dem Dienste Euer Königlichen Majestät geweiht hatten."

Am 25. Februar hielt Napoleon Hessen für ganz beruhigt, so daß er in einem Schreiben an Lagrange von diesem Tage die in Cassel festgehaltenen 2 Regimenter weiter nach Berlin beorderte,

vorausgesetzt, daß die Sicherheit des Landes nicht aufs äußerste durch die Ausführung dieses Befehls kompromittirt würde. Den Marschall Kellermann wies er am 18. März an, falls es nöthig sein sollte, Cassel mit den Konskribirten zu Hülfe zu kommen. „Hier kann ein Tag früher oder später viel bedeuten.“ Er verläßt sich hier ganz auf den Diensteifer Kellermann's.

Einiger Grund zur Besorgniß war indessen immerhin vorhanden, denn gerade um diese Zeit bereitete sich ein von Wittgenstein warm beim Kurfürsten befürworteter Plan vor, im Einvernehmen mit England, welches eine Landung an der hannover'schen Küste beabsichtigen würde, die hessischen Truppen aufzubieten, um Napoleon in den Rücken zu fallen. Der preußische Gesandte, Herr von Alopäus in London, war eifrig in diesem Sinne thätig. Der Hauptmann von Dörnberg begab sich ebenfalls zu demselben Zwecke dahin. England würde, hieß es, eine Aushebung von 15—20000 Hannoveranern vornehmen können, welche sich mit den hessichen Truppen vereinigen sollten. Der Kurfürst hatte sich im April, als er sich in Husum an der schleswig'schen Westküste befand, wirklich bereit erklärt, Subsidien für 15000 Mann und außerdem 8000 Mann auf eigene Kosten zur Vertheidigung seines Landes zu stellen. Es war schon ein Kommandeur für diese Truppen bestimmt: Der General-Lieutenant, Gouverneur von Wurmb in Cassel. Proklamationen in diesem Sinne für Cassel, Hessen und Norddeutschland überhaupt sollten verbreitet werden. Der Kurfürst wollte sich von Husum aus nach erfolgter Landung der Engländer selbst nach Cassel über Bremen begeben. Sein Bruder, der Landgraf Carl und dessen Sohn Friedrich, Gouverneur von Rendsburg, waren ebenfalls geneigt, ein Kommando bei dieser Expedition zu übernehmen. Des erstern Eifer für die gute Sache, schrieb Wittgenstein, hat keine Grenzen. Aber in London erhoben sich große Schwierigkeiten. Castlereagh war der Unternehmung wenig günstig gesonnen. Die Brauchbarkeit des hessischen Militärs wurde, nachdem jetzt viele Offiziere in französische Dienste übergetreten, bezweifelt. Wenn eine Landung englischer Truppen auf dem Continent stattfinden solle, würde dieselbe passender bei Stralsund geschehen, war die Meinung des englischen Kabinets, und was dergleichen Ausflüchte mehr waren. Dörnberg glaubte in einem Schreiben an den König von Preußen (vom 7. Mai) sich

über diese Schwierigkeiten hinwegsetzen zu können, indem er betonte: „Außer den Hessen und Hannoveranern können wir auf die Einwohner der Provinzen Magdeburg, Halberstadt, Hildesheim, Minden, Mark, Ravensberg, Lingen und Tecklenburg rechnen.“

Die Occupation letztgenannter Länder sowie Hannovers, der seit 1803 preußischen Bisthümer Paderborn und Münster und des Herzogthums Braunschweig war fast gleichzeitig mit derjenigen Hessens erfolgt. Was Braunschweig betrifft, so enthielt das 15. Bulletin der großen Armee, datirt von Wittenberg 23. Oktober 1806, die Notiz, daß sein Herzog bekannt sei als ein Mann ohne Willen und ohne Charakter.*) Das 16. Bulletin vom selben Datum ist voller Ausfälle gegen den Unterzeichner des Manifestes von 1792. Einem abgesandten Offizier des Herzogs, welcher seine Staaten dem Kaiser empfahl, sagte letzterer: „Wenn ich die Stadt Braunschweig zerstören ließe, wenn ich keinen Stein darin auf dem andern ließe, was könnte Ihr Fürst dazu sagen? Erlaubt mir das Gesetz der Wiedervergeltung nicht, das Braunschweig anzuthun, was er meiner Hauptstadt thun wollte?“ — Man sieht, wie sich Napoleon hier mit dem Frankreich von 1792 vollständig identifizirt und sich als Rächer der Weltgeschichte geberdet. Als Grund eines besonderen Zornes gegen den Herzog machte er aber noch geltend, daß derselbe das Haupt der preußischen Kriegspartei und der Anstifter des Kriegs von 1806 gewesen sei, daß er die französische Armee der Feigheit geziehen und entehrt habe durch eine Aufforderung an dieselbe, aus Deutschland vor den preußischen Adlern zu fliehen, daß er in Mißachtung der Blutsbande einen Sohn gegen seinen Vater bewaffnet habe, indem er gedroht habe, seine Fahne auf dem Stuttgarter Palais aufzupflanzen. Der von Napoleon aus besonderen Gründen beschützte König von Württemberg war nämlich der Schwiegersohn des Herzogs Ferdinand von Braunschweig, und hatte als Rheinbundsfürst Napoleon Heerfolge im preußischen Kriege leisten müssen. „Wenn's sich also treffen sollte, daß das Haus Braunschweig die Souverainetät seiner Vorfahren verlieren sollte“, sagte der Kaiser zu dem Abgesandten des sterbenden Herzogs, „so wird es nur den Urheber zweier Kriege

*) Vgl. Allgem. deutsche Biographie, 15. Bd., Carl Wilhelm Ferdinand v. Braunschweig.

hierfür verantwortlich machen können.“ Bignon im 6. Band seiner „Geschichte von Frankreich vom 18. Brumaire bis zum Frieden von Tilsit“ hebt mit Recht hervor, daß diese Aeußerungen gemacht wurden, um den Leidenschaften des französischen Volkes zu gefallen. Die Bewohner von Braunschweig suchte Napoleon dann durch die Versicherung zu trösten, daß sie in den Franzosen großmüthige Feinde finden sollten; den preußischen „General Braunschweig“ aber könne er nicht als Souverain anerkennen. „Möge der Herzog“, so waren seine letzten Worte an die am 9. November 1806 in Berlin empfangene Deputation der braunschweigischen Landschaft, zu der auch der spätere westphälische Minister von Wolffradt gehört hatte, „nach England gehen, daselbst sein Heil zu suchen! Weder er noch seine Kinder werden jemals wieder über ihre Staaten herrschen!“ Somit war auch das Geschick dieser Dynastie besiegelt.

Das 23. Bulletin, datirt von Berlin den 30. Oktober 1806, kündigt die Besitznahme der Staaten des Herzogs von Braunschweig als geschehen an. Rohe Schmähungen gegen den letztern sind darin enthalten. „Man glaubt“, heißt es, „daß der Herzog nach England geflohen ist. Alle seine Truppen sind entwaffnet worden. Das preußische Heer beklagt sich über seine Manöver und seine militärische Aufführung. Die falschen Calculs von jungen Gendarmen sind verzeihlich, aber das Betragen dieses alten, 72 Jahre alten, Fürsten ist eine Ausschreitung des Deliriums, deren Katastrophe kein Bedauern erregen kann. Was kann es noch Ehrwürdiges am Alter geben, wenn zu den Fehlern desselben sich die Prahlerei und Unüberlegtheit der Jugend gesellt?“ Folgenden Tags zeigte Napoleon der Welt (durch das 24. Bulletin) an, daß zu Fulda und Braunschweig die Wappen des Fürsten von Oranien und des Herzogs abgenommen seien. „Diese zwei Fürsten werden nicht mehr regieren. Sie sind die Hauptanstifter dieser neuen Koalition.“

Ueber die provisorische Verwaltung, welche Braunschweig erfuhr, läßt sich nicht viel Besonderes sagen. Ueberall in den occupirten Ländern übernahmen Gouverneure, bezw. militärische Kommissare und Civil-Intendanten, gemeinschaftlich die Oberleitung der Verwaltung. In Braunschweig wurde das rechtliche Auftreten des Kommissars Malraison gerühmt. Der Gouverneur Bisson erschien um so schlimmer. Artiger und feiner als letzterer war der Intendant Marcial

Daru, nicht mit dem General-Intendanten gleichen Namens zu verwechseln.*)

Die Occupation Hannovers, welche uns freilich hier weniger interessirt, vollzog sich im Anschluß an die Hessens durch den Marschall Mortier, welchem König Ludwig von Holland mit einer Division anfangs vorgesetzt, dann nebengeordnet war. Am 31. Oktober erhielten beide ihre Instruktion, sich mit zusammen 22 000 Mann zu Herren des ganzen Kurfürstenthums zu machen, dann mit Marschall Ney, welcher Magdeburg belagerte, und mit dem für Braunschweig ernannten Gouverneur die Verbindung herzustellen. Die hessische Festung Rinteln erschien damals Napoleon wichtig, um als Stützpunkt der Linie zwischen Magdeburg und Wesel zu dienen (6. November) und auch zur Beobachtung der längere Zeit vergeblich belagerten hannoverschen Festung Hameln. Wegen Magdeburg's schrieb der Kaiser an Ney (7. November): „Zögern Sie nicht, mir mitzutheilen, daß Magdeburg übergeben oder in Asche gelegt ist. Ich bilde mir ein, daß Sie Magdeburg vor dem 15. November haben werden. Sie werden dort einen Theil des Schatzes des Fürsten von Hessen-Cassel und viele Regimentskassen finden. Daß uns nichts entwischt! Lassen Sie zu dem Zweck alle Koffer und Bagage durchsehen, und lassen Sie den Offizieren nur dasjenige, was ihnen wirklich gehört." Zwei Tage darauf kapitulirte Magdeburg schon.**) Auch hier wurde nun ein Intendant eingesetzt, welchem ein Kriegskommissar zur Seite gegeben wurde. „Ich will", befahl Napoleon am 12. November, „daß Magdeburg stark verproviantirt sei. Es ist der wichtigste Platz für die Armee; es soll dort Proviant vorhanden sein: für 10 000 Mann auf ein Jahr und für 200 000 Mann auf 10 Tage, für 500 Pferde auf ein Jahr und für 60 000 Pferde auf 10 Tage." Der General Eble, welchem wir im Königreich Westphalen noch begegnen werden, wurde Kommandant dieses wichtigen

*) So berichtet der ehemalige herzoglich-braunschweigische Kammerdirektor G. P. von Bülow in seinen „Rückblicken auf mein Leben" (Helmstedt 1844). Die braunschweigischen Verhältnisse nach der Schlacht bei Auerstädt finden sich ferner in den „Darstellungen aus meinem Leben" von Fr. K. von Strombeck, I. Theil (Braunschweig 1833) S. 236—278 gewürdigt. (Vergl. auch Zeitschrift des hist. Vereins für Niedersachsen, Jahrgg. 1886. S. 148 ff.)

**) Vgl. Höpfner, Der Krieg von 1806 u. 1807, 2. Bd. S. 335.

Platzes, welche Ernennung Napoleon in einem Schreiben an Berthier (16. Januar 1807) als ein Zeichen seines sehr großen Vertrauens zu diesem General bezeichnete.

Am 12. November 1806 vollzog Mortier die Besitzergreifung des hannoverschen Landes. Als General-Gouverneur wurde Lasalcette, als Intendant Belleville eingesetzt. Eine große Rolle spielte die Kriegskontribution, welche Napoleon hier erheben lassen wollte, die aber auf großen Widerstand bei der Bevölkerung stieß. Den 19. Januar 1807 schrieb der Kaiser darüber an Berthier: „Die hannoverschen Stände beklagen sich immer und wollen nichts bezahlen. Sie haben die Unverschämtheit gehabt, 300 000 Francs monatlich von den Einkünften des Landes zu bieten; sie müssen mir 1 200 000 Francs bezahlen, nach dem Maßstab von 100 000 Thaler die Woche; wenn nicht, würde ich die Verwaltung des Landes auf meine Rechnung nehmen, und sie fühlen lassen, daß dieser Vorschlag einzig vernünftig, alles andere lächerlich ist." Den 23. März fügte er an Daru hinzu: „Diese Kontribution muß von dem Augenblick unseres Einzugs in Hannover an bezahlt werden. Machen Sie den Ständen wohl begreiflich, daß wenn sie nicht bezahlen, man eines Tages Maßregeln nehmen wird, um sie dazu zu zwingen." Doch am 30. Mai hatte Hannover noch immer nichts bezahlt. In einer Note Napoleons von diesem Tage für den General-Intendanten Daru findet er dieses Betragen lächerlich und abgeschmackt. Er macht eine Aufstellung der einzelnen Titel, welche Hannover hätte bezahlen sollen und zieht das Total = 0. Für den Monat will er sich an ordentlichen Abgaben jetzt mit 600 000 Francs begnügen. Eine außerordentliche Kriegssteuer von 9 100 000 Francs war besonders aufzubringen; die Stadt Goslar sollte allein 200 000, Hildesheim 100 000 Francs zahlen. Der General Lasalcette schraubte diese enorme Gesammtforderung noch auf 13½ Millionen hinauf. Man liest mit Interesse in dem Buche Havemanns über das Kurfürstenthum Hannover unter zehnjähriger Fremdherrschaft (Jena 1867) die weitern Schicksale des Landes, welches vorerst zu einem kleinen Theile dem Königreich Westphalen angeschlossen wurde. Die „Erinnerungen aus Hannover und Hamburg aus den Jahren 1803—13" von einem Zeitgenossen (Leipzig und Hannover 1843) erwähnen mit Ingrimm, wie überall die französischen Adler auf weißem Grunde

in den besetzten Ländern, hier, in Hessen, Braunschweig und den preußischen Provinzen angeheftet wurden.

Das alles war vor dem Frieden von Tilsit. Unzweifelhaft war es, daß Napoleon alles Land zwischen Rhein und Elbe nicht wieder herausgeben würde. Diese Forderung war schon am 22. Oktober 1806 als Bedingung des Waffenstillstandes an Friedrich Wilhelm von Preußen gestellt worden. Dessen Provinzen diesseits der Elbe erhielten mit den andern am 2. November eine provisorische Verwaltung mit dem General Clarke als General-Gouverneur in Berlin an der Spitze. Von den unter demselben stehenden „Kommandanturen" interressiren uns hier nur als für das spätere Königreich Westphalen in Betracht kommend: das Herzogthum Magdeburg und die Altmark, mit Stendal als Hauptort. Für die westlicher gelegenen preußischen Gebietstheile, soweit sie für uns von Belang sind, wurde ein besonderes Gouvernement Minden gebildet, wozu auch die ehemals hessische Enklave Rinteln (am 13. November) hinzugefügt wurde. Am 17. November erkundigte sich Napoleon bei Marschall Berthier, dem alle diese eroberten Gebiete in Bezug auf ihre Verwaltung in oberster Instanz unterstellt waren, ob in Braunschweig, Minden und andern Gouvernements die aufgelegten Kriegssteuern eingegangen, ob diese Länder entwaffnet seien, ob Waffen und Artillerie nach Frankreich transportirt seien, ob die Wappen heruntergenommen, ob die Justiz in seinem Namen ausgeübt werde, kurz ob die ganze Besitzergreifung dieser Länder erfolgt sei. Die Gouverneure sollen täglich darüber an Berthier berichten. „Empfehlen Sie ihnen darüber zu wachen, daß keine Verschleuderung vorkommt, daß ich eine solche durchaus nicht will, und daß alles regelrecht hergehe."

Der Intendant von Braunschweig war zugleich in selbiger Eigenschaft für die preußische Provinz Halberstadt, wozu auch Hildesheim damals gehörte, angestellt. Das Eichsfeld hatte mit Erfurt eine gemeinsame Administration.

Gouverneur der Provinzen Minden, Ravensberg, Paderborn und der Grafschaft Schaumburg (mit Rinteln) war der Divisionsgeneral Gobert, als Intendant wurde Sicard gerühmt. Bei der oben erwähnten Vereinigung von Rinteln mit diesem Gouvernement erwuchs in den Händen der damit beauftragten Behörden ein Akten-

fascikel, welches heute im Staatsarchiv zu Marburg aufbewahrt wird. Dieses Aktenfascikel ist uns dadurch belehrend, daß man aus ihm ersieht, daß es nicht die Absicht Napoleons war, an der inneren Verwaltung der von ihm occupirten Länder zunächst etwas zu ändern, daß er sich in Preußen so gut wie in Hessen der bestehenden Provinzial- und Lokalgewalten zur Durchführung seiner auf die Einkünfte des Landes und außerordentliche Steuern gerichteten Absichten unter Oberleitung seiner Generale und Intendanten bediente. Ausdrücklich wurde dies in einem Publicandum des Gouverneurs Gobert vom 3. Dezember 1806 bekannt gegeben: „Alle Geschäfte, die Administration örtlicher und der Landes-Polizei bleiben der Kriegs- und Domänenkammer zu Minden anvertraut, unter ihr bleibt die Regierung zu Rinteln bestehen."

Es ist nicht unsere Sache, auf die militärischen Ereignisse, welche die Occupation der preußischen Gebiete herbeiführten bezw. begleiteten, hier einzugehen. In dem Werke E. von Höpfners über den Krieg gegen Preußen in den Jahren 1806 und 1807, nach den Quellen des Kriegsarchivs dargestellt (Leipzig 1855. 2. Aufl. 2. Bd.) findet man dies zur Genüge erörtert.

Mit dem Schutz der eroberten Gebiete und der deutschen Nordküste gegen etwaige Ueberfälle der Engländer beauftragte Napoleon, nachdem er Mortier zu andern Operationen abgerufen, den Marschall Brune als General-Gouverneur von Hamburg. Am 7. April 1807 schrieb ihm Napoleon, von Finkenstein aus, auf seiner Hut zu sein, da die Saison der Landungen beginne. Magdeburg und Hameln sollten vor allem gedeckt werden. Am 29. April erfolgten eingehende Instruktionen für Brune, dessen aus 14000 Holländern, ebensoviel Spaniern und 2 französischen Divisionen bestehendes Observationskorps auf alle Eventualitäten sich bereit zu halten und welcher selbst mit den Gouverneuren zu Braunschweig, Hannover, Minden und Cassel Verbindung zu unterhalten und sie über alle etwa vorkommenden Ereignisse zu unterrichten hätte. Wegen Cassels speziell schrieb Napoleon von Elbing am 8. Mai an den Marschall Kellermann, daß nichts von Hessen zu fürchten sei, mit Rücksicht auf seinen beabsichtigten großen Aufmarsch von Truppen. Wenn Hessen die Nase erheben wollte, würde die Kenntniß von der Stärke dieser Truppen genügen, um es ruhig zu halten. Sehr natürlich im

napoleonischen Sinne war es nun, daß in dem 73. Bulletin der Armee die Ziffer dieser Truppen bedeutend übertrieben war. Am 21. Mai empfiehlt der Kaiser dem General Clarke, dies sogar geflissentlich in den Berliner Zeitungen zu thun. Noch einmal am 30. Mai erhielt Brune ausführliche Instruktionen. Napoleon wußte augenscheinlich nicht, ob in Holland, bei Hamburg, oder in Schwedisch-Pommern ein Einfall der Engländer beabsichtigt sei. Wie dem auch immer war, sicher ist, daß die zur Expedition nach der Insel Rügen Ende Juni 1807 wirklich abgeschickten englischen Truppen zu spät kamen, um an dem Verhängniß Preußens etwas zu ändern.

An eben dem Tage, da der Staatskanzler Hardenberg in Preußen zurücktrat, erzählt Ranke in dessen Denkwürdigkeiten (Bd. 3, 498), vor Abschluß des Tilsiter Friedens, zog Napoleon sein Erbieten zurück, dem Königreich Preußen 600 000 Seelen auf dem linken Elbufer zurückzugeben, unter dem Vorwande, er habe dagegen ursprünglich Schlesien behalten und an seinen Bruder Hieronymus geben wollen. Die Vorstellung des Kaisers Alexander von Rußland, daß er sich nie so ausgedrückt, war vergeblich. In einer Note an diesen vom 4. Juli sagte Napoleon: „Der Kaiser Alexander sei zu gerecht, um verlangen zu wollen, daß das hildesheimische Land, welches die Staaten, worüber man übereingekommen sei, sie dem König von Westphalen zuzusprechen, in zwei Theile theilen würde — an Preußen zurückgegeben werde, welches es erst seit sehr kurzer Zeit besäße. Es blieben dann 3—400 000 Seelen auf dem linken Elbufer, welche, wenn sie diesem Fürsten zurückgegeben würden, ihn mit den Fürsten des Rheinbunds fortwährend in Konflikt bringen würden. In einer so bewegten Zeit ist es hauptsächlich nöthig, die gegenseitigen Beziehungen und die Grenzen genau zu fixiren. Man muß sich an all die Leiden erinnern, welche die zwischengestreuten Staaten hervorrufen. Zeuge ist der Durchmarsch durch das Gebiet von Anspach.“ Das Resumé vom 6. Juli kommt noch einmal auf diesen Punkt zurück. „Für das allgemeine System Europas wird es mehr störend als von Vortheil sein, wenn zwischen dem Rheinbund und Preußen unsichere und der Diskussion unterworfene Grenzen festgesetzt werden. Gleichwohl schlägt der Kaiser Napoleon einen geheimen Artikel vor, worin gesagt wird, daß, wenn Hannover in Folge Friedensschlusses mit England mit dem König-

reich Westphalen vereinigt werden sollte, in diesem Falle Staaten bis zur Konkurrenz von 3—400 000 Seelen an Preußen zurückgegeben werden sollen."

Es ist wichtig, die Bestimmungen des Tilsiter Friedens vom 9. Juli und der zwischen Frankreich und Preußen abgeschlossenen Militärkonvention vom 12. desselben Monats, welche hier in Betracht kommen, sich zu vergegenwärtigen. Diese Bestimmungen wurden nach ihrem wesentlichsten Inhalt durch die ehemals preußischen Kriegs- und Domänenkammern in den occupirten Provinzen der interessirten Bevölkerung kundgegeben. Der auf dem rechten Elbufer gelegene Theil des Herzogthums Magdeburg sollte hiernach bis zum 1. November 1807 von französischen Truppen besetzt bleiben. §. 3, 5 und 6 lauteten wörtlich: „Sämmtliche preußische Provinzen links der Elbe sind zur Verfügung des Kaisers der Franzosen gestellt. Die Verpflichtungen, Schulden und Verbindlichkeiten aller Art, welche der König von Preußen vor dem Kriege als Besitzer der Länder, Territorien, Domänengüter und Revenüen, die er abtritt oder auf die er Verzicht leistet, gehabt, übernommen oder kontrahirt haben möchte, fallen den neuen Besitzern zur Last und werden durch diese erfüllt, ohne Ausnahme, Beschränkung oder irgend einen Vorbehalt. Alle Fonds und Kapitalien der Privatpersonen oder auch der öffentlichen, geistlichen, bürgerlichen und Militär-Anstalten in den abgetretenen Ländern, welche in der Bank, Seehandlung oder auf irgend eine andere Weise in den Staaten Sr. Majestät untergebracht sind, können weder konfiszirt noch in Beschlag genommen werden, vielmehr können die Eigenthümer der besagten Fonds und Kapitalien frei darüber disponiren und bleiben im Genusse derselben, sowie auch der fälligen oder noch fällig werdenden Zinsen nach den Bedingungen des Kontrakts oder der Obligationen, welche darüber ausgestellt sind. Gegenseitig wird es gerade auf dieselbe Weise mit allen Fonds und Kapitalien gehalten, welche zur preußischen Monarchie gehörende Privatpersonen oder öffentliche Anstalten, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, in den abgetretenen Ländern untergebracht haben."

Datirt ist diese denkwürdige als Flugblatt gedruckte Bekanntmachung, welche mit dem Friedensinstrument nicht identisch ist, von Memel, den 24. Juli. Sie ist ein Beweis für die Gerechtigkeitsliebe Friedrich Wilhelms, welcher es vorzog, da die Abtretung dieser

Provinzen unvermeidlich war, die materiellen Interessen seiner ehemaligen und der ihm verbleibenden Unterthanen so weit als möglich offen und ehrlich zu schützen. Freilich führten diese Bestimmungen später noch zu langen Auseinandersetzungen mit dem westphälischen Gouvernement, und eine eigene in Magdeburg niedergesetzte sogenannte gemischte Kommission hat sich jahrelang mit der Abwickelung der hieraus sich ergebenden Geschäfte zu befassen gehabt. Aber so kamen von vornherein die rechtlich abgetretenen preußischen Provinzen diesseits der Elbe in eine andere Stellung zu ihrem zukünftigen Staatsoberhaupt als das Kurfürstenthum Hessen und das Herzogthum Braunschweig, deren Fürsten oder berechtigte Erbfolger ihre Entthronung oder den Frieden von Tilsit anzuerkennen nicht veranlaßt waren. Es ist wohl glaubhaft, was Wittgenstein erzählt, daß sowohl dem Kurfürsten Wilhelm I. als dem Herzog von Braunschweig-Oels als Nachfolger Carl Wilhelm Ferdinands im April 1807 vorübergehend Hoffnung auf Wiedereinsetzung in ihre Lande durch den französischen Gesandten von Bourienne in Hamburg gemacht wurde, weil damals Napoleon daran liegen mußte, die Herren von den Verbindungen mit England abzubringen und sich den Rücken frei zu halten. Ein Extrablatt der Times, welches in London Montag den 29. Juni Nachmittags ausgegeben wurde, brachte die Nachricht von der Schlacht bei Friedland. Damit waren jedenfalls alle ferneren Hoffnungen für diese Fürsten dahin. Es ist bezeichnend, daß der Kurfürst von Hessen seine Unterthanen, welche doch wohl oder übel mit den neuen Verhältnissen sich abfinden mußten, nicht ihres Eides entließ. Auf eine desfallsige Anfrage des Geheimen Ministeriums zu Cassel antwortete derselbe aus Itzehoe, den 3. August: „Was die der Dienerschaft zugemuthet werdenden dienstlichen Verpflichtungen betrifft, so muß Ich solches geschehen lassen, und ist den Dienern auf Anfrage bekannt zu machen, wie Ich ihnen lediglich überließe, was sie thun wollten, indem es Mir in der Lage, worin Ich Mich in dem Augenblick befinde, unmöglich wäre, für ihr Unterkommen zu sorgen, jedoch immer darauf rechnete, daß sie Mich als ihren angeborenen Herrn nicht vergessen würden."

Wie anders Friedrich Wilhelm von Preußen! An die Bewohner aller von ihm abgetretenen Gebiete erließ er gleichzeitig mit der oben mitgetheilten Bekanntmachung vom 24. Juli eine Proklamation,

welche zwar mehrfach gedruckt ist, aber wohl dem Gedächtniß der Nachwelt an dieser Stelle zurückgerufen zu werden verdient: „Ihr kennt, geliebte Bewohner treuer Provinzen, Gebiete und Städte, Meine Gesinnung und die Begebenheiten des letzten Jahres! Meine Waffen erlagen dem Unglück, die Anstrengungen des letzten Restes Meiner Armee waren vergebens. Zurückgedrängt an die äußere Grenze des Reichs, und nachdem Mein mächtiger Bundesgenosse selbst zu Waffenstillstand und Frieden sich genöthigt fühlt, blieb Mir nichts übrig, als dem Lande Ruhe nach der Noth des Krieges zu wünschen. Der Friede mußte so, wie ihn die Umstände vorschrieben, abgeschlossen werden. Er legte Mir und Meinem Hause, er legte dem Lande selbst die schmerzlichsten Opfer auf. Was Jahrhunderte und biedere Vorfahren, was Verträge, was Liebe und Vertrauen verbunden hatten, mußte getrennt werden. Meine und der Meinigen Bemühungen waren fruchtlos! Das Schicksal gebietet, der Vater scheidet von seinen Kindern! Ich entlasse Euch aller Unterthanenpflicht gegen Mich und Mein Haus. Unsere heißesten Wünsche für Euer Wohl begleiten Euch zu Euerm neuen Landesherrn; seid Ihm, was Ihr Mir waret. Euer Andenken kann kein Schicksal, keine Macht aus Meinem und der Meinigen Herzen vertilgen!" Die preußischen Beamten wurden am 29. August noch durch ein besonderes Publikandum ihrer Pflicht entlassen, „um sie unsrerseits an der Uebernahme neuer Dienstpflichten zur Fortsetzung ihrer Aemter auf keine Art zu hindern". Sehen wir nun, wozu die Unterthanen Friedrich Wilhelms sowie die Hessen und die Braunschweiger bestimmt waren.

Zweiter Abschnitt.

Die Bildung des Königreichs Westphalen.

Im Artikel 8 des Friedens von Tilsit ist zum ersten Mal öffentlich von einem Königreich Westphalen die Rede, welches Jerome Bonaparte, der jüngste Bruder Napoleons, bekommen sollte. Vergeblich hatte der König Ludwig von Holland Ende November 1806 den Wunsch ausgesprochen, einen Theil des von ihm für den Kaiser in Besitz genommenen ehemals preußischen Westphalens zu erhalten. Napoleon schrieb am 3. des folgenden Monats von Posen aus an diesen Bruder, daß er es ihm nicht geben würde, weil er mit Holland nicht zufrieden wäre. „Sie sind mir weniger nütz als der Großherzog von Baden", hatte er in seiner Weise hinzugefügt. Für Jerome hatte die Welt augenscheinlich eine andere Versorgung erwartet. Napoleon selbst glaubte sich in der obenbezogenen Note an den Kaiser von Rußland (Tilsit, 5. Juli) dagegen verwahren zu müssen. „Den Prinzen Jerome zum Thron von Sachsen und Warschau zu berufen", sagt er hier, „das hieße auf einmal alle unsere Beziehungen über den Haufen werfen." Es wird nicht eine Duanenstreitigkeit am Niemen, nicht eine Schwankung im Handel, nicht eine Polizeidiskussion geben, welche nicht sofort und direkt dem Kaiser Napoleon in's Herz ginge, und durch diesen einzigen politischen Fehler würden wir den Allianz- und Freundschaftsvertrag zerrissen und wirklichere Unterlagen zum Mißverständniß vorbereitet haben, als bisher zwischen uns existirt haben. In Erwägung dieser Frage ist Napoleon vielmehr bereit, in einem geheimen Artikel zu erklären, „daß diese Heirath, wenn man geglaubt hat, daß sie in seiner Absicht läge, durchaus nicht in seiner Politik liegt, und daß, wenn es der Fall gewesen

wäre, er von dem Augenblick an darauf verzichtet haben würde, wo die unmittelbare Folge hiervon gewesen wäre, daß der Thron von Warschau beinahe in seine Hand gegeben sein würde. Die Politik des Kaisers Napoleon ist, daß sein unmittelbarer Einfluß nicht über die Elbe hinausgehe." Wir erfahren hieraus, daß anfangs die Absicht Napoleons allerdings gewesen sein wird, Jerome mit der Prinzessin Auguste von Sachsen, der einzigen leiblichen Erbin König Friedrich August III., zu vermählen und vielleicht ihn dort zu inthronisiren, welche letztere Absicht im Laufe der Jahre immer wieder auftauchte oder wenigstens geglaubt wurde.

Am 6. Juli gab Napoleon Talleyrand den Auftrag, ein Wappen für den König von Westphalen zu präpariren. Tags darauf theilt er Josephine mit, daß Jerome als König anerkannt sei mit einer Bevölkerung von 3 Millionen. Ebenso kurz ist die Mittheilung an diesen selbst vom selbigen Datum: „Sie sind als König von Westphalen anerkannt. Dieses Königreich umfaßt alle Staaten, deren Aufzählung anbei erfolgt." Er bestellt ihn dann nach Dresden, „wo wir uns über die Ihrem Reich zu gebende Organisation besprechen werden. Vorläufig brauchen Sie diese Nachricht nicht auszubreiten. Nöthig wird sein, daß Sie sich einen Sekretär verschaffen, der sehr gut deutsch versteht, und beschäftigen Sie sich damit, mir ein paar Elsässer von hervorragendem Verdienst vorzuschlagen, welche geeignet sein würden, Sie in Ihrer Verwaltung zu unterstützen. Uebrigens ist meine Intention, indem ich Sie in Ihrem Königreich etablire, Ihnen eine ordentliche Konstitution zu geben, welche in allen Klassen Ihrer Unterthanen die eitlen und lächerlichen Standesunterschiede beseitigt." Die Anerkennung des Königreichs Westphalen ebenso wie der übrigen napoleonischen Königreiche Seitens der auswärtigen Staaten wurde einfach durch kategorisch gehaltene Noten Napoleons, so von Oesterreich durch eine solche vom 28. August 1807 von St. Cloud aus, gefordert.*)

Am 12. Juli trug Napoleon Sorge, daß die Grenzpfähle gegen Preußen auf den Elbinseln bei Magdeburg durch einen französischen Ingenieuroffizier in der Weise angebracht wurden, daß alle guten Stellungen auf seiner Seite blieben. Uebrigens wurde bald genug

*) Korrespondenz 13087.

ein ganzer Rayon auf dem rechten Elbufer als für die nunmehr westphälische Festung Magdeburg unentbehrlich hinzugezogen. Hierhin fand die Evacuation französischer Truppen und Magazine aus Preußen und Polen zum großen Theile statt. Es war der Wille des Kaisers, für lange Zeit eine starke Armee in dem Königreich Westphalen zu halten.

Der Etat der Domänen in Hannover, den Gouvernements Braunschweig, Cassel und Minden nach ihrer Lage und ihren Einkünften beschäftigte den Kaiser in Königsberg, um seine Marschälle und verdienten Generale (in Hannover allein bis zum Betrage von 30 Millionen) hiermit zu dotiren. Er betraute den Minister Staatssekretär Maret am 13. Juli damit, bezügliche Berichte von den Gouverneuren einzufordern. Am selben Tage gab er auch den Befehl, daß in den Ländern des linken Elbufers, welche das Königreich Westphalen bilden sollen, kein russischer oder preußischer kranker Soldat zurückbleiben dürfe, daß sie vielmehr in die preußisch verbleibenden Gebiete zurückgeschickt werden sollten. 9 Tage später*) verfügte er, daß Titel, Karten und hauptsächlich Einkünfte von Privatetablissements in Westphalen, welche der König vielleicht mitgenommen haben könnte, restituirt werden sollen. „Das ist sehr wichtig", fügt er hinzu; freilich sehr zur Kennzeichnung des Charakters Napoleons.

Im sogenannten Oberfürstenthum Hessen hatte man von dem Schicksal, welches dem Lande bevorstand, noch keine Ahnung, als der mehrerwähnte General Lesuire von Marburg am 26. Juli nach Cassel kam, um im Interesse Marburgs, welches wegen schlechter Behandlung eines durchziehenden Regiments Rheinbundstruppen zu einer hohen Geldstrafe durch den Gouverneur Lagrange verurtheilt worden war, bei letzterem sich zu verwenden. Er erfuhr hier, daß am 1. September laufenden Jahres der Prinz Jerome Besitz von Hessen ergreifen würde, daß dieses einen Theil eines Königreichs Westphalen bilden und daß Cassel dessen Hauptstadt werden würde. Amtlich wurde dieses bestätigt durch einen Auszug der Minuten des französischen Staatssekretariats, datirt von Paris, Tuilerienpalast 18. August desselben Jahres. Darin hieß es: „Alle nachbenannten Staaten, die das Königreich Westphalen ausmachen, werden am

*) Korrespondenz Nr. 12 973.

1. September in ein einziges Gouvernement und unter eine einzige Verwaltung vereinigt, nämlich die Staaten von Braunschweig-Wolfenbüttel, der Theil der Altmark und des Landes von Magdeburg, der auf dem linken Elbufer liegt, das Gebiet von Halle, das Hildesheimer Land und die Stadt Goslar, das Land Halberstadt und Hohenstein, das Gebiet von Quedlinburg, die Grafschaft Mansfeld, das Eichsfeld mit Treffurt, die Städte Mühlhausen und Nordhausen, die (reichsunmittelbare) Grafschaft Stolberg, die Staaten von Hessen-Cassel nebst Rinteln und Schaumburg (mit Ausnahme des Gebiets von Hanau, Schmalkalden und Katzenellenbogen am Rhein), die ehemals hannoverschen Fürstenthümer Göttingen und Grubenhagen nebst den Enclaven Hohenstein und Elbingerode, die Bisthümer Osnabrück und Paderborn, Minden und Ravensberg, die Grafschaft Rittberg-Kaunitz." Die meisten Gebietstheile hiervon waren damals preußisch.

Eine provisorische Regierung aus den französischen Staatsräthen Beugnot, Simeon und Jollivet und dem General Lagrange wurde für dieses zusammengesetzte Reich gebildet. Der General-Intendant und die übrigen Verwalter der großen Armee hatten sich wegen militärischer Durchmärsche und anderer Bedürfnisse des Heeres an diese Regierung zu wenden. Die Regierung würde es sich angelegen sein lassen, hieß es weiter, erstens das Land wohl zu studiren, um demselben die Organisation anzupassen, die dort eingeführt werden soll, zweitens die gewöhnlichen Jahresabgaben sowie die außerordentlichen Kontributionen in die Armeekasse eintreiben zu lassen und über alle diese Punkte mit dem Fürsten von Neufchatel, Berthier, Rücksprache zu nehmen. Mit Vollziehung dieses Dekrets wurde der französische Kriegsminister beauftragt; es war also zunächst eine vorwiegend militärische Maßregel, welche in der Niedersetzung dieser Regentschaft zur Eintreibung der Kontributionen und zu Zwecken der besseren Verpflegung des Heeres stattfand.

Es ist sehr wichtig diesen Gesichtspunkt festzuhalten. Napoleon waren die Einkünfte aus den eroberten Ländern stets wichtiger als die Verwaltung der letztern. Es wird sich dieses oft in der weitern Darstellung dieses Buches zeigen, ergab sich aber schon sehr klar aus der Ordre an Daru*) vom 12. August, welche lautete:

*) Korrespondenz 13025.

„Meine Intention ist, daß die Kontributionen der Provinzen, welche das Königreich Westphalen ausmachen, ebenso wie der übrigen bezahlt werden: sowohl die außergewöhnlichen als die gewöhnlichen Kontributionen der Armee müssen gänzlich gezahlt und alle Magazine verkauft werden, mit der einzigen Abänderung in Bezug auf die Magazine, daß man sie in Sequester nimmt und darüber mit den Agenten des Königs von Westphalen auf solche Weise verhandelt, daß dabei nichts verschleudert wird und kein Verlust entsteht."

Diese Intention wurde überall rücksichtslos durchgesetzt. Als das durch die Kosten für militärische Einquartierung aufs äußerste erschöpfte Marburg — es hatte, obwohl eine ganz arme Stadt, in 4 Monaten 100000 Mann verpflegen müssen — vorstellig wurde, es möchte ein Beitrag zu diesen fast unerschwinglichen Kosten von Seiten des Staates geleistet werden, sei es nun von der monatlichen Kontribution, deren ursprüngliche Bestimmung es sei, die Kosten des Militärs zu bestreiten, oder sei es auf andre Art, nämlich dadurch, daß die Domänengüter und Gefälle ebenso beitrügen, wie es bisher das Privatvermögen der Unterthanen gethan, — da wurde der Antrag vom Gouverneur Lagrange mit dem Hinweis abgelehnt, daß es Brauch in den occupirten Ländern sei, daß die französischen Truppen von den Einwohnern der Plätze, wodurch sie passiren, verpflegt würden. Einige Monate vorher war durch ein sogenanntes Extrakt aus dem Gouvernementsprotokoll zu Cassel den unterstellten Regierungen ausdrücklich und bei Vermeidung persönlicher Verantwortlichkeit verboten worden, von den herrschaftlichen Revenüen „irgend etwas zu denen blos vom Lande zu tragenden Kosten zu verwenden".

Ein solcher Egoismus konnte die Herzen der Hessen dem französischen Gouvernement nicht zuwenden, obwohl im übrigen dem General Lagrange persönlich, wie es scheint, mit Recht nachgesagt wurde, — was auch seine Haltung während des obengeschilderten Aufstandes bewiesen hat, — daß er „rühmlichst darauf bedacht gewesen, Hessens Einwohner gegen alle willkürlichen Bedrückungen zu schützen". Doch auch er griff energisch durch, als die Stadt Marburg ein Bataillon ihrer eignen Landsleute, welches in französische Dienste getreten war, nicht mit dem Eifer und der Hingebung aufnahm, welche nach Meinung des Gouverneurs am Platze gewesen wäre. In einem Schreiben vom 18. Juli wurde der Stadt im

Auftrag Lagrange's durch den General Lesuire eine Strafe von 4000 Thaler aufgelegt, welche in die Kasse der zwei inzwischen gebildeten hessischen Regimenter fließen sollten, um zu den Kosten der Neurekrutirung für dieselben zu dienen, indem ein Drittel derselben desertirt war. Speziell sollte eine Frau Tiedemann, Wittwe eines Hofraths, ein Drittel dieser Kontribution bezahlen, für die beleidigende und verletzende Behandlung, welche sie einem Kapitän dieser Truppen, der bei ihr einlogirt war, habe zu Theil werden lassen.

Die Wuth des Generals richtete sich anscheinend ganz besonders gegen diese Frau, welche bis zur Aufbringung der Summe durch einen Unteroffizier in ihrem Hause bewacht werden sollte, dem sie außerdem noch 3 Frcs. täglich bezahlen mußte. Schließlich gab Lesuire seinem Bedauern Ausdruck, daß hessische Truppen, „welche die Ehre haben, Sr. Majestät Napoleon dem Großen zu dienen, beleidigt worden sind, und zwar in einem Augenblick, wo man glauben sollte, daß die Siege der französischen Armee den Uebelgesinnten jede Hoffnung genommen hätten". Diese gegenwärtigen Umstände aber, „welche geeignet seien, alle Meinungen zu versöhnen", stimmten Lagrange schließlich doch wieder milde, so daß er die geforderte Strafsumme bedeutend herabsetzte.

Im August erschien der Fürst von Neufchatel persönlich in Marburg; die Behörden waren zum Empfang auf der Post. Früchte und Biscuits wurden dem mächtigen Mann auf seinen Wunsch gereicht. Derselbe machte eine Inspektionsreise, welche Napoleon ihm am 22. desselben Monats aufgetragen hatte. In Hannover hatte er die ständische Kommission zusammenberufen, ihr auf Befehl des Kaisers gesagt, daß die Zeit des Tergiversirens jetzt vorüber sei, daß die 9 Millionen-Kontribution, welche sie ihm schulde, bis auf den letzten Sou bezahlt werden müsse, und daß sie exequirt werden würde. Von Hannover begab Berthier sich nach Magdeburg, um einen Begriff von der Stärke dieses Platzes zu bekommen, und dann Napoleon darüber Bericht zu erstatten.

Letzterer war seit Ende Juli in Paris bezw. St.-Cloud. Von hier aus schreibt er Clarke unterm 4. August: „Sie müssen dem Herrn von Schulenburg und andern Individuen, welche Besitzungen auf dem linken Elbufer haben, deutlich erklären, daß sie mit den

Souveränen des Landes zu gehen haben, worin ihre Besitzungen liegen, oder daß sie sich letzterer entledigen müssen." Schulenburg sollte nämlich als Beauftragter des Königs von Preußen an den Verhandlungen wegen der preußischen Kriegsentschädigung theilnehmen. Clarke erhielt den weitern Auftrag, in die Zeitungen von Magdeburg und Berlin folgende Bekanntmachung einrücken zu lassen: „Alle Eigenthümer, deren Verzeichniß anbei erfolgt, welche Güter auf dem linken Elbufer haben, werden benachrichtigt, daß keiner von ihnen in Preußen bleiben kann, bei Strafe des Verlusts des Erbrechts gemäß den Bestimmungen des Code Napoleon, welcher in diesem Lande gültig ist. Sie müssen also sich aus dem preußischen Dienst verabschieden und in ihr Vaterland zurückkehren." Die Folge von dieser Anticipation einer Bestimmung des französischen Gesetzbuches war, daß sowohl Graf Schulenburg wie viele andere gezwungen waren, in dem Königreich Westphalen ihren Sitz zu nehmen und Friedrich Wilhelm von Preußen zu verlassen.

Das genügte indessen Napoleon nicht. Er wollte auch, daß die Uebertragung der neuen Herrscherwürde an seinen Bruder durch das Erscheinen von Deputationen der verschiedenen Provinzen Westphalens in Paris feierlicher gemacht würde, und gab diesbezüglichen Befehl an die Gouverneure des Landes, noch vor Einsetzung der obenerwähnten Regentschaft. Eine solche Deputation war auch bald gewählt, ebenso ein engerer Ausschuß aus derselben, welcher in Paris durch Vermittlung des Obersten Morio mit Jerome in einige Scheinverhandlungen über die von Napoleon ersonnene Konstitution des Königreichs trat. Diese Verhandlungen, sowie die Namen der Deputationsmitglieder hat uns ein Mitglied derselben, Professor Dr. Robert, Deputirter der Prälaten von Hessen,*) aufbewahrt. Die Altmark war in dem sogenannten engern Ausschuß vertreten durch Graf von Alvensleben, Dombechant zu Halberstadt; Braunschweig durch den Abt Henke; Corvey nebst Minden, Ravensberg

*) Unter dem Titel: „Urkundliche Beiträge zur Staatengeschichte Deutschlands in der Napoleonischen Zeit", Kiel 1852. Vergl. auch noch Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen 1886 S. 148 ff. „Eine Gesandtschaft der braunschweigischen Stände am Hofe Napoleons I.", vom Landsyndikus Rhamm, wo die Art und Weise des Zustandekommens der Deputation und ihr Aufenthalt in Paris ausführlicher geschildert sind.

und Schaumburg durch den Kriegsrath Pestel; Halberstadt durch den Landrath von Hagen, Hildesheim durch den Grafen Merveldt, Magdeburg durch Graf von Schulenburg-Embden, Paderborn durch Graf von Kesselstadt, und Hessen durch den genannten Professor Robert. Die Auswahl war hauptsächlich aus Personen der bestehenden ständischen Vertretungen der einzelnen Provinzen sowie mit Rücksicht auf die Kenntniß der französischen Sprache erfolgt. Am 19. August theilte Napoleon seinem Bruder mit einer kurzen Notiz den Entwurf der erwähnten Konstitution mit, wie sie ihm für sein Königreich passend erschien, zugleich mit der Nachricht von der Ernennung der Regentschaft bis zu seinem Regierungsantritt: „Lassen Sie die Konstitution den Deputirten Ihrer Staaten, welche hier sind, mittheilen, um ihre Bemerkungen entgegen zu nehmen, welche sie nach ihrer Kenntniß der örtlichen Verhältnisse machen können.“ Dieser gute Rath wurde von Jerome wenig befolgt, wie wir später sehen werden.

Auch Berthier theilte Napoleon am selben Tage die Ernennung einer Regentschaft in Westphalen mit. „Diese Regentschaft“, fährt er fort, „annullirt vollständig die Eintheilung in Departements und Gouvernements. Die Gouverneure werden indessen zur Ausübung der Polizei unter den Befehlen der Regentschaft bleiben können. Es ist nöthig, daß die Mitglieder der Regentschaft vollständig die Interessen der Provinzen des linken Elbufers von denen des rechten Ufers trennen. Lassen Sie diese Staatsräthe (die ernannten Mitglieder der Regentschaft sind gemeint) so zeitig abreisen, daß sie den 24. August in Cassel ankommen, und Zeit haben, vor dem 1. September das bezügliche Dekret zu verkündigen und ihre Funktionen wirklich am 1. September zu beginnen.“

Durch einen Brief Daru's war der Kaiser verständigt worden, daß es in Magdeburg und dem Königreich Westphalen überhaupt eine große Menge Salz gäbe, und daß es nothwendig sein würde, davon sowohl den Ländern des Königreichs Westphalen als auch den zu Preußen zurückkehrenden Landen zu liefern. Darauf entschied Napoleon am 25. August: „Verkaufen Sie soviel Salz, als Sie können, zum Vortheil meines Schatzes, aber thun Sie es nicht auf eine für Westphalen unvortheilhafte Weise. Also wenn Sie es zu 2 % billiger verkaufen müßten, verkaufen Sie alles Salz, welches

zur Verproviantirung von Berlin und Schlesien nöthig sein wird. Meine Intention ist nicht, den Vortheil des Königs von Westphalen dem meinigen vorzuziehen, aber ich will dem König von Westphalen nicht unrecht thun, um meinen Koffer zu füllen. Sie werden dieses vollkommen verstehen."

Offen giebt der Kaiser es zu, daß bei der Einsetzung der Regentschaft er den Mitgliedern derselben speziell zur Pflicht gemacht habe, die Kontributionen einzutreiben, welche ihm geschuldet werden. Daru soll ihnen noch genauer darüber schreiben. „Diese Regentschaft", erklärt er, „soll alle Provinzen verwalten, welche das Königreich Westphalen bilden. Sie wissen, daß die Neumark theils den Preußen, anderntheils Westphalen gehörte. Bewirken Sie also eine Vertheilung der Kontributionen zwischen diesen beiden Provinzen, so daß man weiß, was der Theil auf dem linken Elbufer zu zahlen hat."

Das Dekret, welches die Bildung des Königreichs Westphalen anbefahl, wurde am 28. August von den inzwischen in Cassel angelangten „Herren Regenten" in beiden Sprachen als erster Regierungsbeschluß durch den Druck bekannt gemacht. Dasselbe sollte weiter bekannt gemacht bez. in Vollzug gesetzt werden durch die Gouverneure und Intendanten der einzelnen Landestheile, Territorien und Städte, welche einstweilen mit ihren alten Verwaltungsbehörden bestehen blieben. Nur die ehemals hannoverschen Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen erlitten eine Veränderung und wurden zu dem Bezirk der Regierung zu Cassel hinzugeschlagen bez. derselben unterstellt, weil die Justizkanzlei und das Hofgericht zu Hannover nicht mehr westphälischen Behörden vorgeordnet sein konnten. Der bezügliche Auszug aus den Beschlußregistern der Regentschaft vom 6. November war beglaubigt von dem Generalsekretär derselben: Moßdorff.

Dieser Moßdorff ist augenscheinlich derselbe, welcher als gräflich Leiningenscher Hofrath in Grünstadt in der Pfalz an dem jacobinischen Treiben im Dienst der Mainzer Republik 1792 eifrig Theil genommen hat. Bevor er sein Amt in Westphalen antrat, war er Präfekturrath zu Mainz. In den Memoiren und dem Briefwechsel des Königs Jerome*) ist eine Charakterisirung der einzelnen Regent-

*) T. III p. 79 f., vom Baron Du Casse herausgegeben.

schaftsmitglieder enthalten. Beugnot wurde in Frankreich als ein guter Verwaltungsbeamter betrachtet. Er hat Memoiren geschrieben,*) welche seinen Charakter und seine Stellung genügend kennzeichnen. Ein ebenso tüchtiger Mann wie Jurist war der zweite Staatsrath und zweites Mitglied der Regentschaft: Simeon, ehemals Advokat, nachmaliger langjähriger Justizminister Westphalens und später Frankreichs. Einstimmig ist das Lob, welches diesem Beamten wegen seines Gerechtigkeitssinnes und seines scharfen juristischen Verstandes von allen deutschen Beamten in Westphalen, deren Sprache er nicht verstand, gegeben wurde. Der dritte Regent, Jollivet, hatte als Organisator des französischen linken Rheinufers sich ausgezeichnet, während Lagrange, den wir schon oft zu nennen Gelegenheit hatten, ehemals Generalstabschef von Kleber in Egypten gewesen ist.

Es ist begreiflich, daß man mit Ungeduld in Hessen der persönlichen Ankunft des Königs Jerome entgegensah. Schon vor dem Dekret am 28. August hatte der Bürgermeister Bauer von Marburg bei der Regierung daselbst im Hinblick auf diese Ankunft angefragt, wie es mit dem Empfange zu halten sein würde. Cassel mache die eiligsten glänzendsten Anstalten zu einem solchen. Der König würde wohl schon am 25. desselben Monats durch Marburg kommen. „Marburg und seine sämmtlichen Einwohner haben bei den mancherlei traurigen Gerüchten ganz vorzügliche Ursache, sich durch eine angemessene Feierlichkeit der Gnade des neuen Regenten zu empfehlen.“ Der Intendant Martelliere in Cassel, von dieser Gesinnung der Stadt Marburg verständigt, resolvirte (am 12. August) kurz, daß „es derselben überlassen bliebe, nach erhaltener offizieller Nachricht über die Ernennung und Ankunft Sr. Majestät des Königs Allerhöchst demselben diejenigen Beweise ihrer Zuneigung und ihres Zuvorkommens zu geben, welche sie selbst für schicklich halten wird.“ Ende Oktober, als die Ankunft Jeromes wirklich bevorstand, berichtete die Regierung zu Marburg auf Aufforderung des Generals Lagrange an diesen: „Da hiesige Stadt und das Land bekanntlich arm und erschöpft ist, so schmeicheln wir uns, daß Se. Majestät mehr auf die Treue der Gesinnungen als auf ein Kosten verursachendes Gepränge sehen werde.“ Gewiß war es eine wichtige Frage für die Stadt,

*) Paris 1868, 2. Aufl.

für Hessen und das ganze neue Königreich, wie sich ihr Landesherr zu ihnen stellen würde.

Die Lebensgeschichte des Prinzen Jerome Bonaparte bis zu seiner Thronbesteigung in Westphalen ist, außer in den schon erwähnten Memoiren desselben, in der zu Paris erscheinenden Revue historique*) von Du Casse neuerdings wieder behandelt worden.**) Es ergiebt sich daraus, daß Jerome eine gute Schulbildung auf Befehl seines allmächtigen Bruders erhalten hatte, daß er von Hause aus begabt war, einen Blick für das Hauptsächliche in den Dingen hatte und also leicht zu erkennen vermochte, worauf es in den Geschäften seiner Regierung ankam, zugleich aber durch Leichtsinn und Genußsucht oft von der für richtig erkannten Bahn abgetrieben wurde. Napoleon hatte ihn ursprünglich für die Marine bestimmt; als Schiffslieutenant in den Gewässern der französischen Kolonien, besonders auf der Insel St. Martinique, lernte Jerome manchen seiner spätern treuen Freunde und Diener kennen. Seine unbedachtsam eingegangene erste Ehe mit Elisa Patterson aus Baltimore war die Ursache, daß Napoleon ihn nach Frankreich zurückberief. Nachdem er von seiner Gattin sich hatte trennen müssen, wurde er zum kaiserlichen Prinzen ernannt und mit dem Kommando zur Befreiung von Christensklaven in Algier betraut. Als der Krieg mit Preußen ausbrach, glaubten ihn seine Freunde von vornherein zu Hohem bestimmt.

So schrieb Herr von Salha, der uns noch öfter begegnen wird, an den Schiffslieutenant Halgan am 30. September 1806***): „Wenn der Krieg beginnt, wird der Prinz vorwärts kommen. Preußen würde recht thun, nachzugeben, sonst wird es seinen Herrn wechseln, das Schicksal seiner Staaten ist schon bekannt." Und der Herausgeber der Memoiren Jeromes bemerkt†): „Ohne Zweifel ersah Napoleon Anfang Oktober schon die Möglichkeit, eines Tages seinem Bruder eine Krone zu geben und in Deutschland eine neue Königswürde zu begründen auf Kosten Preußens und dieses hessischen Fürsten, welcher alle Parteien täuschte. Aber Bestimmtes konnte

*) Jahrgang 1881, T. XII, S. 110 ff.

**) Vgl. auch Goecke's Aufsatz im Preuß. Jahrb. 51. Bd., Heft 3, über Jerome N. u. d. Kgr. W.

***) Memoiren I, 482 f.

†) II, 15 f.

darüber noch nicht ausgemacht sein. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß das Projekt einer ehelichen Verbindung mit Württemberg und dasjenige, Jerome eine Unterkunft in Deutschland zu verschaffen, in den Gedanken des Kaisers zusammenhing mit der Bildung eines deutschen Kontingents, welches ganz für sich als einzelnes Korps unter den Befehlen Jeromes stehend, der großen Armee eingereiht wurde, ihre Gefahren, ihre Mühen und ihren Ruhm theilte."

Ueber die militärische Thätigkeit Jeromes, welcher während des Feldzugs 1806/7 als Kommandeur des lediglich aus Rheinbundstruppen zusammengesetzten Korps hauptsächlich in Schlesien zu operiren hatte, liegt außer den Memoiren noch die Darstellung Höpfners im vierten Bande seiner Geschichte dieses Feldzuges vor. Es scheint, als wenn der kühne Jüngling sich hier wirklich ausgezeichnet habe, wenngleich er an den Generalen Hedonville und Vandamme tüchtige Stützen hatte. Du Casse glaubte sein Urtheil dahin zusammenfassen zu können*): „Jerome verstand zu kämpfen und zugleich zu verwalten. Eine Krone wurde für ihn der Preis seines Eifers, seiner Thätigkeit, seines Verdienstes; aber eine Belohnung, welche für ihn noch theurer war, war die Ueberzeugung, Frankreich genützt zu haben."

Frankreich ging in Folge dieses Krieges bis an die Elbe. Das spricht Napoleon ausdrücklich aus, wie wir oben in der Note an den Kaiser von Rußland gesehen haben. Ob das Königreich Jeromes ursprünglich innerhalb oder außerhalb der Elblinie hatte entstehen sollen, mag dahingestellt bleiben. Indem Napoleon es schließlich innerhalb desselben schuf, war er nicht gemeint, Jerome als etwas anders denn als seinen Statthalter oder Präfekten zu betrachten. Um indessen seinen Bruder dem Lande und den Deutschen überhaupt näher zu bringen, suchte er eine deutsche Prinzessin für ihn zur Gemahlin aus. Du Casse nimmt an, daß Napoleon von vornherein Katharina von Württemberg dazu ausersehen gehabt habe. Wahrscheinlich wurde die Verbindung schon bei der ersten Begegnung des Kaisers mit dem Kurfürsten Friedrich von Württemberg im Oktober 1805 in's Auge gefaßt.**) Der Gedanke war jedenfalls ein richtiger und gesunder.

*) Memoiren II, 385.

**) S. Schloßberger, Briefwechsel der Königin Katharina und des Königs Jerome von Westphalen, sowie des Kaisers Napoleon I. mit dem König Friedrich von Württemberg. Bd. I. 1801—1810. Stuttgart 1886. S. 331.

Am 5. August hielt Napoleon in einem offiziellen Schreiben bei dem König von Württemberg um die Hand seiner Tochter für Jerome an.*) Der Marschall Bessieres holte sie von Stuttgart ab, und den 21. desselben Monats wurde sie mit viel Sorgfalt in den Tuilerien empfangen.**) Tags darauf war die zivile, am 23. die kirchliche Trauung in Paris. Die Königin Katharina, welche ein Jahr älter war als ihr Mann, verehrte denselben in hohem Grade, indem ihr dessen Ausschweifungen lange verheimlicht blieben. Auch behandelte sie Jerome stets rücksichtsvoll, sogar herzlich. Sie hat Tagebücher hinterlassen, welche mit den Memoiren zugleich von Du Casse herausgegeben sind. Diese Tagebücher sind nach der Sitte der Zeit und gemäß der Erziehung deutscher Prinzessinnen des vorigen Jahrhunderts in französischer Sprache geschrieben. Deutsch hat Jerome von seiner Gemahlin nicht gelernt, so sehr es Napoleon als im eigenen Interesse und dem des Landes wünschte. Zur kaiserlichen Familie gewann die deutsche Prinzessin ein intimes Verhältniß, sie mag wohl in manchen Dingen zwischen Jerome und dem Kaiser vermittelt haben. Nach Lynkers Darstellung***) ist Katharina nach ihrer äußern Erscheinung von etwas kurzer Taille und Wuchs gewesen, habe den Kopf gleich Jerome etwas zwischen den Schultern getragen und einen hochmüthigen Gesichtsausdruck gehabt.

Inzwischen ließ Jerome sich durch einige seiner vertrauten Agenten, welche er nach Westphalen schickte, über sein zukünftiges Reich unterrichten. Der Oberst Morio berichtete enthusiastisch über den Empfang, welcher ihm in Minden (2. August) und Paderborn (3. August) bereitet wurde. Rewbell, ein Sohn des ehemaligen Mitgliedes des Direktoriums zu Paris, welcher wegen des zu bildenden Marstalls vorgeschickt wurde, fand das Land arm, in einem Bericht aus Cassel vom 5. August. Morio mischte sich in Angelegenheiten der Verpflegung der französischen Armee und zog sich dadurch die Unzufriedenheit Napoleons zu. Die Kontributionen Westphalens sollten zunächst in die Kasse der französischen Armee

---

*) Korr. 12 998.

**) Korr. 13 061. S. auch Schloßberger, Briefwechsel, den Anhang. S. 331 ff. Urkundlicher Beitrag zur Geschichte der ehelichen Verbindung des Prinzen Jerome mit der Prinzessin Katharina.

***) Hessisches Jahrbuch 1855.

fließen. Jerome persönlich hatte nicht einen Sou für den neuen Staat. 1 800 000 Francs entlieh er sich vor seiner Abreise aus der Kasse des Dépôts et Consignations de Paris.*)

Am 6. Dezember 1807 langte der König in Marburg an. An der äußersten Grenze seines neuen Reichs, welche zugleich diejenige des ehemaligen Oberfürstenthums Hessen war, hatte der Amtmann des Bezirkes, Motz, mit einiger jungen Mannschaft ihn empfangen. Von dem Oberforstmeister von Wildungen nebst reitenden Förstern wurde er nach Marburg begleitet. Nach Vorschrift des kaiserlich-französischen Ceremonials wurde in jedem Dorf, an dem der Zug vorüberkam, mit Glocken geläutet; der Ortsvorsteher stand an der Grenze des Orts, jeder Amtmann an der Amtsgrenze, sowie in den Dörfern die Pfarrer und Schullehrer mit den Kindern vor den Kirchen. Eine Bürgergarde zu Pferd ritt aus Marburg dem König entgegen. An der Frankfurter Straße vor dem Thor war eine Ehrenpforte aufgepflanzt. Die Schlüssel der Stadt wurden übergeben. Die Regenten aus Cassel hatten sich zur Begrüßung eingefunden. Der General Lagrange empfing bei der Gelegenheit seitens des Marburger Regierungskollegiums deren verbindlichsten Dank für die dem ganzen Lande bisher bewiesene gnädige Protektion. Alle höheren Beamten und die Universitätsprofessoren waren beim Aussteigen Jeromes aus dem Wagen zum Empfang anwesend. Außerdem waren 36 Studenten, in dreierlei Uniformen gekleidet und in dreierlei Divisionen getheilt, dem König unter Pauken- und Trompetenschall entgegengeritten. Derselbe stieg im „Deutschen Hause" ab. Abends war die Stadt erleuchtet. Folgenden Tags begab sich Jerome nach Schloß Wilhelmshöhe bei Cassel, welches er in ziemlich traurigem Zustand fand, verwüstet, ohne Möbel, wie fast alle andern fürstlichen Residenzen Westphalens. Dieses Schloß wurde in Napoleonshöhe umgetauft, Wilhelmsthal in der Nähe wurde nach Jeromes Gemahlin Katharinenthal genannt. Vom 15. Dezember datirt die eigentliche Besitznahme des Landes durch eine gedruckte Proklamation Jeromes, welche in alle kleinen Städte, Dörfer, Bauerschaften u. s. w. versandt wurde. Dieselbe ist so maßgebend für die französische, napoleonische Auffassung von der Bildung dieses Königreichs, wie

*) Revue XV, 384 ff.

auch der Ereignisse, welche zu derselben geführt haben, daß ich glaube, aus einem Flugblatt der Zeit sie im Wortlaut der deutschen Uebersetzung mittheilen zu müssen:

„Unsern guten und getreuen Einwohnern des Königreichs Westphalen Unsern Gruß. Einwohner Westphalens! Die göttliche Vorsehung hatte diesen Zeitpunkt bestimmt, um eure zerstreuten Provinzen und benachbarten und dennoch sich fremden Geschlechter unter einem erhabenen Grundgesetze zu vereinigen. Ich habe diesen Thron bestiegen, vorbereitet durch den Sieg, errichtet durch die Bestimmung der großen Mächte Europas, gegründet auf einen nicht minder heiligen Titel, euer wahres Interesse. Nur zu lange wurden eure Fluren durch Familienansprüche oder Kabinetsintriguen gedrückt. Alle Drangsale des Krieges wurden euch zu Theil, und ihr bliebet ausgeschlossen von dem Vortheil des Friedens. Nur einige eurer Städte ernteten die trockne Ehre, ihren Namen den Verhandlungen zu leihen, bei welchen nichts vergessen wurde, als das Schicksal der Völker, welche sie bewohnten. Wie ganz von diesen verschieden sind die Resultate derjenigen Kriege, welche gegen das Haupt meines hohen Hauses erregt wurden. Nur für die Völker hat Napoleon gesiegt. Jeder Friede, den er geschlossen hat, ist ein Schritt mehr zu dem Zwecke, den sein großer Genius beschlossen hat, ganzen Nationen eine politische Existenz, eine Regierung durch weise Gesetze zu geben, für jede von ihnen ein Vaterland zu bilden, und keine länger in der bedauernswürdigen Nichtigkeit zu lassen, bei welcher sie sich gegen den Krieg nicht vertheidigen, und des Friedens nicht genießen können. Einwohner Westphalens! Dieses waren die Resultate der Tage von Marengo, von Austerlitz, von Jena. Dieses ist jetzt die merkwürdige Folge des Friedens von Tilsit für euch. Durch den letzteren Tag habt ihr das erste aller Güter, ein Vaterland, gewonnen. Entfernt aus euren Gedanken das Andenken an jene zerstückelte Herrschaft, die letzten Ueberbleibsel des Lehnwesens, wodurch fast jeder Fleck einen eignen Herrn erhielt. Jene verschiedenen Interessen müssen nun ein einziges werden. Das Gesetz ist von nun an euer Herr, euer Beschützer, der Monarch, verpflichtet es in Ansehen zu erhalten. Andere Obere werdet ihr in Zukunft nicht kennen. Einwohner Westphalens! Ihr habt eine Konstitution, angepaßt euren Sitten und euren Interessen. Sie ist die Frucht des

Nachdenkens eines großen Mannes und der Erfahrungen einer großen Nation. Ihre Grundsätze stimmen überein mit dem gegenwärtigen Zustande der Bildung Europas und enthalten Aussicht zu Verbesserungen, welche reichlich die Opfer ersetzen werden, die der eine und andere von euch der neuen Ordnung der Dinge willig bringen muß. Ihr müßt also derselben mit Zutrauen gehorchen, weil auf ihr ihre Freiheit und euer Glück beruhet. Indem ich den Thron besteige, verpflichte ich mich, euch glücklich zu machen, und ich werde treu diesem Gelübde sein. Gleichheit des Gottesdienstes soll eingeführt, das Eigenthum gesichert und befestigt werden. So soll zwischen mir und meinem Volke eine auf gegenseitige Gelübde und Interessen beruhende Sicherheit bestehen, welche nie verändert werden wird. Bewohner Westphalens! Euer Regent rechnet in Zukunft auf eure Treue und auf eure unerschütterliche Zuneigung. — Gegeben in Unserm königlichen Palast zu Cassel, den 15. Dezember 1807, im ersten Jahre Unserer Regierung. Hieronymus Napoleon." Gegengezeichnet war dieselbe in Abwesenheit des Minister-Staatssekretärs durch den Kabinetssekretär Cousin de Marinville.

Eine große Frage war, wer alles zur Huldigung in Cassel zugelassen werden sollte. Die Regenten hatten am 18. November in dieser Hinsicht eine eingehende in mannigfacher Hinsicht belehrende Instruktion an die Intendanten ergehen lassen: Die bei den frühern Höfen vorgestellten adligen Personen sollten ohne weiteres zugelassen werden. Die andern Adligen und die Bourgeoisie sollten durch Provinzialstände, wo es deren gab, sonst durch Magistrate der Städte vertreten werden. Die Kriegs- und Finanzkammern, die einzelnen Regierungen seien als einfache Verwaltungskörper, Beamte des Königs, anzusehen, welche keinen repräsentativen Charakter hätten. Sie könnten hingegen ebenso wie die Amtmänner, Appellhöfe, Universitäten und andere Korporationen auf ihre eigene Kosten Deputationen entsenden. Von den Kapiteln und religiösen Korporationen überhaupt wurde angenommen, daß sie Geld genug hierfür hätten, und daß „keine von ihnen verfehlen würde, Beweise der Verehrung einem Souverän zu geben, welchen sie von selbst hätten wählen müssen, wenn eine so hohe Entschließung in ihrer Macht gestanden hätte". Der König würde gern sich mit seinen Unterthanen umgeben, um sich über ihre Interessen aufzuklären, ihre Wünsche entgegenzunehmen und selbst

ihre Hoffnungen zu durchschauen. „Die Einfachsten seiner Unterthanen werden stets sein glänzendstes Gefolge bilden. Aber Ordnung, überall Ordnung, das ist das erste Erforderniß, was er seinen Unterthanen schuldet, und man muß verhindern, daß Privatpersonen nicht den Weg der Deputationen mißbrauchen, um nach Cassel zu kommen und auf Kosten der Städte und Provinzen persönliche Zwecke zu verfolgen."

Der Zudrang zu diesem Huldigungsfest, welches am 1. Januar 1808 stattfand, muß sehr groß gewesen sein. Nachdem Jerome die bisherigen Regenten zu seinen Ministern ernannt hatte, und zwar Simeon für die Justiz und Inneres, Lagrange für den Krieg, Beugnot für die Finanzen und Jollivet speziell für die Kontributionen, verband er in geschickter Weise den Huldigungsakt mit dem üblichen Neujahrsempfang in den Galerien des Orangerieschlosses zu Cassel. „O große und neue Epoche, die sich mit einem durch die Zeiten geheiligten Herkommen verschwistert!" so ruft der eben begründete Westphälische Moniteur, die offizielle Zeitung des Königreichs, aus. Am 1. Januar hatten sich 275 Bevollmächtigte aus den verschiedenen Provinzen eingefunden, welche bunt durcheinander sitzend, die verschiedensten Stände repräsentirten. Die Büste des Kaisers Napoleon befand sich unter einem Thronhimmel. „Länger schon Gegenstand von Europas Bewunderung schien der Kaiser gleichsam hier seinen Bruder und Zögling ihr beigesellen zu wollen." Der Justizminister erklärte mit Bezug auf die Zahl der Deputirten: „Man ist genöthigt gewesen, den Empfindungen einer sich herzudrängenden Menge Grenzen zu setzen, welche im entgegengesetzten Falle diese Hauptstadt überfüllt haben würde, und die in diesem Augenblick in ihrer Heimath, wo man sie hat zurückhalten müssen, diejenigen beneidet, die das Glück hatten, eingeladen zu werden."

Der Huldigungseid wurde in deutscher und französischer Sprache geleistet und lautete: „Wir schwören für uns und das Land, das wir repräsentiren, Gehorsam dem Könige und Treue der Konstitution." Danach ergriff Jerome selbst das Wort, und Westphalen hörte zum ersten Male seinen König sprechen: „Von den Tagen an, da ich den Thron bestieg", sagte er, „habe ich mir ein solches Vorbild erwählt und zwei Dinge vor allen andern zu erreichen gestrebt: Die Liebe meiner Unterthanen und die Achtung der Nachwelt; kein Opfer soll

mir so theuer, keine Anstrengung so groß sein, diese zu verdienen. Eine vernünftige Politik hatte bis in die Mitte des letztverflossenen Jahrhunderts meine Staaten mit Frankreich verbündet, und die Bande, welche mich gegenwärtig mit dieser großen Macht vereinigen, bringen nur wieder ein System auf die Bahn, wonach das nördliche Deutschland stets sich zurücksehnte." Das Aufgeben einiger Vortheile für die privilegirten Klassen sei freilich nöthig, Westphalen müsse endlich Bürger erhalten. „Im Felde, unter politischen Stürmen erzogen, habe ich, wenngleich noch jung, zu erkennen Gelegenheit gehabt, daß Gleichheit vor dem Gesetz, Tapferkeit und Treue die wahre Stärke einer Nation ausmachen und ihre Würde begründen. Diese beiden Tugenden sind Ihnen im hohen Grade eigen, und auf sie setze ich die erste meiner Hoffnungen."

Diese Rede wurde zu Anfang und zu Ende mit lauten Beifallsbezeugungen aufgenommen.*) Wahrscheinlich war Johannes von Müller ihr Verfasser. Dieser eitle Mann, welcher in seiner Eigenschaft als Geschichtschreiber durch eine ausgebreitete Kenntniß von der Vergangenheit sich berufen glaubte, praktisch in die Politik einzugreifen zu müssen, war, nachdem er vergeblich versucht, Monarchen wie „Joseph oder Friedrich" seine Dienste zu leihen,**) schließlich ein Bewunderer Napoleons des Großen geworden. Aber man thut ihm Unrecht, wenn man glaubt, daß er gern in die Dienste des Königs von Westphalen getreten sei. Er schrieb darüber aus Paris den 27. November 1807: In Frankfurt am Main sei er förmlich durch einen Courier, welcher 11 Uhr Abends bei ihm erschien, zu seiner Stelle als Minister-Staatssekretär gepreßt worden. Der Gedanke sei aus Jupiters Haupt. Am 12. war er in Fontainebleau. Dort hätte er sich sehr viel Mühe gegeben, loszukommen. Nichtsdestoweniger erschien sein Ernennungsdekret vom 17. datirt aus den Tuilerien. Er erhielt das Großkreuz des holländischen Löwenordens, mit der Devise: Doe wel en zie nit om. Müller empfand eine kindliche Freude über diese Auszeichnung und brachte sie hie

*) Napoleon fand diese Rede zu lang und die Absicht darin zu deutlich ausgesprochen, Deutschland zu revolutioniren und ganz auf dem Fuße Westphalens einzurichten. Es war allerdings — seine Absicht. Vgl. Mem. III, S. 241.

**) Vgl. Geschichte der deutschen Historiographie von Wegele, München und Leipzig 1885, S. 810.

und da in amtlichen Schriftstücken später an. Seine Stelle aber, erklärte er, habe er nicht nur nicht gesucht noch gewünscht, sondern mit Scheu und Gram übernommen. Es zeigte sich auch sehr bald, daß er dieser Stelle nicht gewachsen war. Dasselbe, was er von Jerome rühmte, derselbe sei ohne Schmeichelei ein Herr von vielem Geist, vielem Ideenreichthum, großer Gemüthskraft — traf in noch höherem Grade auf Müller selbst zu. Aber er besaß weder genügende Geschäftskenntnisse, noch war er zum Hofmann geeignet, beides Erfordernisse bei einem so jungen und unerfahrenen Könige. Angegriffene Nerven, Stocken mitten im Sprechen, und der ganze Eindruck einer schwachen Persönlichkeit waren nicht geeignet, Jerome zu imponiren, und so kam Müller schon am 28. Dezember um seinen Abschied ein, nachdem er nur 9 Tage wirklich funktionirt hatte. Er erhielt denselben zu Anfang des nächsten Jahres, und Napoleon hat bei seinem Bruder mit keinem Wort darauf bestanden, daß Müller bliebe. Gleichwohl machte er demselben Vorwürfe. Jerome aber erklärte, daß er Müller keine Veranlassung zur Unzufriedenheit gegeben, sondern daß derselbe aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied gefordert hätte. Müller wurde nun zum Generaldirektor des Unterrichts mit 30000 Francs jährlichem Gehalt ernannt, und in dieser Eigenschaft hat er bis zu seinem Tode unzweifelhaft Nützliches geleistet.

Mehrfach ist bisher die Konstitution des Königreichs Westphalen erwähnt worden, ohne daß wir auf ihren Inhalt eingegangen wären. Diese Konstitution, in ihrer endgültigen Fassung datirt von Fontainebleau den 15. November, wurde als erste Nummer des Westphälischen Gesetzbulletins am 7. Dezember publizirt. Als Absicht derselben wurde angegeben: den 19. Artikel des Tilsiter Friedensschlusses schleunig in Vollzug zu setzen und dem Königreich Westphalen eine Grundverfassung zu geben, welche das Glück seiner Völker sichere und zugleich dem Souverän als Mitglied des rheinischen Bundes die Mittel gewähre, zur gemeinschaftlichen Sicherheit und Wohlfahrt mitzuwirken. Der zweite Artikel dieser Verfassung enthielt einen bösen Punkt. Napoleon behielt sich die Hälfte der Allodialdomänen der ehemaligen Landesherren vor, um solche zu den Belohnungen zu verwenden, die er denjenigen Offizieren versprochen hatte, welche ihm im letzten Kriege die meisten Dienste geleistet hatten.

Das militärische Kontingent, welches Westphalen für die Rheinbundszwecke zu stellen hatte, sollte aus 25 000 Mann wirklich dienstthuender Soldaten von Waffen aller Art bestehen, nämlich 20 000 Mann Infanterie, 3500 Kavallerie und 1500 Artillerie. Während der ersten Jahre sollten nur 10 000 Mann Infanterie, 2000 Mann Kavallerie und 500 Mann Artillerie aus dem Lande gestellt werden, die übrigen 12 500 Mann von Frankreich, und diese zugleich die Garnison von Magdeburg bilden. Diese 12 500 Mann mußten vom König von Westphalen besoldet und gekleidet werden.

Der 6. Artikel bestimmte weitläufig die Erbfolge in dem Königreich; er blieb bedeutungslos. Es mag aber erwähnt werden, daß nach Aussterben der direkten natürlichen und rechtmäßigen Nachkommenschaft männlichen Geschlechts des Prinzen Jerome und seiner Brüder Joseph und Ludwig, die Nachkommen Joachim Murats, des Großherzogs von Berg, erbberechtigt sein sollten, so daß dann zwischen Rhein und Elbe ein erheblich größeres von Frankreich abhängiges Reich entstanden wäre. Denn daß das Reich immer von Frankreich abhängig bleiben sollte, muß Napoleon um so eher angenommen haben, weil er weder sich selbst noch seinen eignen Nachkommen ein eventuelles Thronfolgerecht vorbehielt. Der König von Westphalen blieb den kaiserlichen Familienstatuten unterworfen. Im Fall der Minderjährigkeit sollte auch der französische Kaiser einen Regenten ernennen können.

Artikel 9 setzte die Höhe des Kronschatzes für den König und die königliche Familie fest. Er sollte fünf Millionen jährliche Revenüen betragen. Der Ertrag der Domanial-Waldungen und ein Theil der Domänen wurden zu diesem Behufe bestimmt. Falls der Ertrag der Domänen nicht zureichend sein würde, sollte das Fehlende aus der Staatskasse mit einem Zwölftel jeden Monat zugeschossen werden.

Die Gleichheit aller Unterthanen vor dem Gesetze und die freie Ausübung des Gottesdienstes der verschiedensten Religionsgesellschaften wurde proklamirt. Die Landstände der Provinzen, sowie die Privilegien aller politischen Korporationen dieser Art, der Städte und Provinzen, die Privilegien einzelner Personen und Familien wurden für aufgehoben erklärt. Ebenso „alle Leibeigenschaft, von welcher Natur sie sein und heißen möge, indem alle Einwohner des König-

reichs die nämlichen Rechte genießen sollen. Der Adel soll in seinen verschiedenen Graden und Benennungen fortbestehen, ohne daß solcher jedoch ein ausschließendes Recht zu irgend einem Amt, Dienst oder einer Würde, noch Befreiung von irgend einer öffentlichen Last verleihen könne. Die Statuten der adeligen Abteien, Priorate und Kapitel sollen dahin abgeändert werden, daß jeder Unterthan des Reichs darin zugelassen werden könne. Ein und dasselbe Steuersystem wird für alle Theile des Königreichs angenommen. Die Grundsteuer soll das Fünftel der Revenüen nicht übersteigen. Das Münzsystem und das System der Maaße und Gewichte, welche dermalen in Frankreich bestehen, sollen eingeführt werden. Die Münzen sollen indessen mit dem Wappen Westphalens und dem Bildnisse des Königs geschlagen werden."

Es folgen Bestimmungen über die Zahl und Verantwortlichkeit der Minister, die Anordnung eines Staatsraths, worauf wir später zurückkommen werden. Der Artikel 29 bestimmte die Einsetzung von Reichsständen, welche über die vom Staatsrath verfaßten Gesetzentwürfe zu berathschlagen hatten. Artikel 34 und folgende ordneten die Eintheilung des Gebiets in Departements und die bekannten französischen Untereintheilungen an, Artikel 45 die Einführung des Code Napoleon vom 1. Januar 1808 und der französischen Gerichtsverfassung. Der 53. Artikel besagte: „Die Militärkonskription soll Grundgesetz des Königreichs Westphalen sein. Es dürfen keine Werbungen für Geld stattfinden."

Diese Konstitution durfte durch königliche im Staatsrath diskutirte Verordnungen ergänzt werden. Es wird sich, abgesehen von der verwerflichen schematischen Uebertragung rein französischer Einrichtungen, nicht viel gegen diese Konstitution einwenden lassen, welche, wenn sie richtig gehandhabt worden wäre, in vieler Hinsicht, dem Lande zum Vortheil gereicht haben würde. Richtig bemerkt Ducasse,*) daß der Kaiser dem neuen Königreich eine einfache und ökonomische Konstitution geben wollte, welche dazu angethan gewesen wäre, die Einführung der egalisirenden Prinzipien, welche aus der französischen Revolution gerettet worden sind, in noch gänzlich der Feudalherrschaft unterworfene Gebiete Westdeutschlands anzubahnen und zu er-

*) Mem. III. S. 59.

leichtern. Einzelne Ideen in dieser Konstitution gehen auf Sieyes zurück. Unter diesem Gesichtspunkt nimmt das Königreich Westphalen, so vorübergehend und so bewegt seine Existenz gewesen ist, einen bedeutenden Platz in der Geschichte dieses Jahrhunderts ein.

Wir wollen uns der Deputation erinnern, welche nach Paris zur Begutachtung dieser Konstitution berufen war. Die meist dem Adel angehörigen Mitglieder derselben erlaubten sich „allerunterthänigste Privatvorstellungen" über einzelne Artikel. Sie zeigten unverhohlene Abneigung gegen die Aufhebung der Leibeigenschaft und Besorgnisse wegen ihrer gutsherrlichen Gerechtsame. Sie beeiferten sich, die Fortdauer der Familienverträge und Successionsordnungen des Adels zu sichern. Andere Anträge, auf welche wir später zu sprechen kommen werden, waren edel und uneigennützig. Vergeblich sprachen sie indessen den Wunsch aus, daß die deutsche Sprache in allen Verhältnissen beibehalten werden möchte, daß alle und jede Stellen mit Nationalen besetzt werden möchten. Dem König, welcher die Deputation empfing, sprach dieselbe ihren Dank „für die unendliche Güte" aus, womit derselbe sich habe herablassen wollen, die Meinung seiner neuen Unterthanen zu hören. Väterliche Sorgfalt, eine unschätzbare Wohlthat seitens Napoleons erkenne man in der Konstitution und darin, daß er seinen geliebten Bruder ihnen zum König gegeben habe. Dadurch sei ihre Zukunft für immer gesichert, und in ihrem Herzen bestände nur das Verlangen, sich einer so großmüthigen Protektion würdig zu machen.

Vergegenwärtigen wir uns jetzt die Grenzen, Größe und Einwohnerzahl des neuen Reichs zur Zeit, als Jerome dessen Regierung übernahm. In der von P. A. Winkopp während der Rheinbundszeit herausgegebenen Zeitschrift, genannt der „Rheinische Bund",*) wird die Umgrenzung folgendermaßen beschrieben: „Wenn man den Saalkreis und das Mannsfeldische, deren Zusammenhang mit den übrigen Theilen des Königreichs durch den sächsischen Antheil an Mannsfeld und durch die Anhaltischen Lande unterbrochen wird, sowie einige wenige vormals kurhessische Parzellen ausnimmt, bildet Westphalen ein zusammenhängendes Ganze, das im Osten durch die Elbe von der Kurmark und dem dem Könige von Preußen gebliebenen

*) 4. Bd., Frankfurt 1807.

Theil des Herzogthums Magdeburg getrennt wird, und an die Anhaltischen, Kursächsischen, Schwarzburgischen und Herzoglich-Sächsischen Lande grenzt. Im Süden sind Fulda, das Großherzogthum Hessen und einige Parzellen von Nassau, im Westen das Großherzogthum Hessen, Fürstenthum Waldeck, Münster, Tecklenburg, Lingen und das Herzogthum Aremberg, im Norden aber das Herzogthum Oldenburg und verschiedene ehemalige kurhannoversche Lande, welche von Frankreich unmittelbar occupirt gehalten wurden, Grenznachbarn."

Die Staaten von Braunschweig-Wolfenbüttel hatten nach ungefährer Berechnung damals einen Umfang von 72 Quadratmeilen und 208 000 Einwohner. Von der preußischen Altmark fielen etwa 59 Quadratmeilen an Westphalen mit 112 500 Seelen. Der Theil des Herzogthums Magdeburg auf der linken Seite der Elbe mit der Grafschaft Mannsfeld und dem Gebiet von Halle wurde auf 60—63 Quadratmeilen und 250—260 000 Seelen geschätzt, Hildesheim und Goslar auf 47 Quadratmeilen und, der Einwohnerzahl nach wohl etwas zu hoch, auf 112 500 Seelen. Halberstadt und Hohenstein wurden auf 35 Quadratmeilen und 131 000 Seelen angenommen. Quedlinburg hatte höchstens 4 Quadratmeilen und 13 400 Einwohner. Das Eichsfeld mit Treffurt umfaßte 36 ½ Quadratmeilen mit 92 250 Seelen. Die vormaligen Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen, seit 1803 preußisch, hatten je ein Gebiet von 4 bezw. ½ Quadratmeilen mit 16 000 bezw. 8700 Seelen. Von preußischen Gebietstheilen kommen noch das ehemalige Bisthum Paderborn mit 58 Quadratmeilen und 98 500 Einwohnern, das Fürstenthum Minden und die Grafschaft Ravensberg mit zusammen 50 Quadratmeilen und 160 000 Einwohnern in Betracht. Rechnet man alles zusammen, was nach dieser Aufstellung Preußen an das Königreich Westphalen abtrat, so waren es 354 Quadratmeilen und 994 350 Einwohner, während sämmtliche Hessen-Casselschen Lande, die beim Königreich Westphalen verblieben, nur einen Flächeninhalt von 157 Quadratmeilen und 390 000 Einwohner aufwiesen. Von andern Reichsständen, deren Gebiete für Westphalen in Besitz genommen wurden, ist noch die Grafschaft Stolberg zu nennen, deren Flächeninhalt und damalige Einwohnerzahl ich nicht genauer festzustellen in der Lage bin, als daß sie über 5 Quadratmeilen und 13 000 Seelen betrug, ferner die Grafschaft Ritberg-

Kaunitz, ein Hessen-Casselsches Lehen, aber dem Fürsten von Kaunitz gehörig, mit 4 Quadratmeilen und 13 000 Einwohnern. Schließlich die hannoverschen Stücke: Göttingen-Grubenhagen hatte 52 Quadratmeilen und 173 000 Einwohner, das seit 1803 hannoversche Bisthum Osnabrück hatte 56 Quadratmeilen und 136 000 Einwohner, beide zusammen also 108 Quadratmeilen Flächeninhalt und 309 000 Einwohner. Später kam bekanntlich vorübergehend fast ganz Hannover zu Westphalen, doch ziehen wir dieses vorläufig in unsere Berechnung nicht hinein. Jedenfalls ergiebt sich aus dieser, daß ehemals preußische Provinzen mehr als die Hälfte des Königreichs Westphalen bildeten, welches im Ganzen damals 695 Quadratmeilen, auf welchen 1 958 450 Menschen wohnten, umfaßte. Die Zahl der Wohnplätze in diesem Reich betrug 193 Städte, 58 Flecken, 4138 Dörfer und Weiler, ohne die große Menge königlicher, adeliger und anderer Vorwerke u. s. w. zu rechnen. Die Zahl der Feuerstellen belief sich auf 356 583, die Einkünfte wurden geschätzt auf 16 400 000 Gulden. Von den einzelnen Theilen wurden bis dahin wenigstens 39 550 Mann Soldaten unterhalten.

Die Konstitution des Königreichs Westphalen hatte angeordnet, daß das Gebiet desselben in Departements, die Departements in Distrikte, die Distrikte in Kantone und diese in Munizipalitäten eingetheilt werden sollten. Die Zahl der Departements durfte weder unter 8 noch über 12, die Zahl der Distrikte in einem Departement durfte weder unter 3 noch über 5 betragen. Demgemäß erfolgte am 24. Dezember die Eintheilung in 8 Departements. Das erste Departement wurde das Elbdepartement mit dem Hauptsitz Magdeburg und 253 210 Einwohnern. Es umfaßt die Distrikte Magdeburg, Neuhaldensleben, Stendal und Salzwedel. Das zweite Departement wurde nach der Fulda benannt. Hauptort war Cassel. Die Einwohnerzahl belief sich auf 239 502 Seelen. Es zerfiel in die Distrikte Cassel, Höxter und Paderborn. Drittens das Harzdepartement hatte 210 989 Einwohner, zerfiel in die Distrikte Heiligenstadt, Duderstadt, Osterode, Nordhausen und hatte Heiligenstadt zum Sitz des Präfekten. Viertens das Departement der Leine wurde in zwei Distrikte getheilt: Göttingen und Einbeck; ersteres war Hauptort, die Einwohnerzahl betrug 145 537 Seelen. Fünftens das Departement der Ocker, erhielt Braunschweig zum Hauptort und

einen gleichnamigen Distrikt, ferner noch die Distrikte Helmstedt, Hildesheim und Goslar. Es hatte 267 878 Einwohner. Das Departement der Saale als sechstes erhielt Halberstadt zum Präfektensitz; es hatte 206 222 Einwohner und zerfiel in die Distrikte Halberstadt, Blankenburg und Halle. Das Departement der Werra wurde das siebente Departement, mit 3 Distrikten: Marburg, Hersfeld und Eschwege, ersteres wurde Präfektursitz. Die Einwohnerzahl betrug 254 000 Einwohner. Als letztes und achtes Departement wurde das der Weser gebildet, das in 4 Distrikte: Osnabrück, Minden, Bielefeld und Rinteln zerfiel. Osnabrück war Hauptort. Dieses Departement war das volkreichste, es hatte 334 965 Einwohner. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß bei dieser westphälischen Berechnung die Gesammt-Einwohnerzahl etwas niedriger sich stellte als oben angegeben ist, nämlich auf 1 912 303 Einwohner, doch sind derartige Zahlen aus älterer Zeit immer mit Vorsicht aufzunehmen.

Die Konstitution hatte ferner angeordnet, daß diese Departements nach französischem Muster durch je einen Präfekten verwaltet werden, in jedem Departement außerdem ein Präfekturrath für die streitigen Sachen, und ein General-Departementsrath eingesetzt werden sollten. Die Distrikte sollten durch Unterpräfekten, denen ein Distriktsrath zur Seite steht, jede Munizipalität sollte durch einen Maire, dem ein Munizipalrath zur Seite steht, verwaltet werden. Die Mitglieder dieser Räthe sollten alle zwei Jahre zur Hälfte erneuert werden. Wer an der Spitze der Kantone stehen sollte, war hier nicht gesagt, es waren aber die sogenannten Kantonmaires. Die Unterabtheilungen in Kantons und Munizipalitäten sind öfters geändert worden, diese und jene Gemeinde wohl auch aus ihrem Distriktsverband einmal ausgeschieden und einem andern zugewiesen, so daß es schwer zu sagen ist, wie viele es deren auf einmal gegeben hat. Am 11. Januar, noch von Müller gegengezeichnet, erschien eine ausführliche Verwaltungsordnung, welche die Befugnisse der einzelnen Beamten schärfer umschreibt, auch die Einsetzung eines Generalsekretärs als Stellvertreter des Präfekten anordnet und von den Munizipalverwaltungen speziell sagt: In den Oertern, deren Bevölkerung nicht über 2500 Einwohner beträgt, soll ein Maire und ein Adjunkt, in den Städten oder Flecken von 2500 bis 10 000 hingegen ein Maire, 2 Adjunkte und ein Polizeikommissar sein. In

den Städten, welche 10 000—20 000 Einwohner enthalten, sollen außer dem Maire 3 Adjunkten und 2 Kommissare sein und so fort. Die Gehälter der Präfekten und Unterpräfekten wurden auf 12 000 bezw. 10 000, 4000 bezw. 3000 Francs festgesetzt. Die Entschädigungen der Maires und die Gehälter der Sekretarien der Gemeinden waren von diesen zu bestreiten, obwohl auch erstere alle, von letzteren diejenigen, welche in Wohnplätzen über 4000 Einwohnern anzustellen waren, vom Könige ernannt wurden.

Viel kam auf die Persönlichkeiten an, welche zu Präfekten gewählt werden würden. Napoleon empfahl hauptsächlich bürgerliche zu diesen und andern Stellen zu nehmen. „Die deutschen Völker erwarten mit Ungeduld, daß die nichtadligen Individuen, welche Talent haben, ein gleiches Recht auf ihre Berücksichtigung und an die Aemter erhalten. Die Völker Deutschlands, diejenigen Frankreichs, Italiens, Spaniens wünschen Gleichheit und wollen liberale Ideen.“ (15. November 1807.) Allein Jerome schrieb darüber am 8. Dezember an seinen Bruder: Es würde ihm sehr schwer werden, aus dem dritten Stand Kandidaten hierfür zu wählen, da der größte Theil dieser Leute wenig unterrichtet sei und die französische Sprache nicht verstehe. Am 4. und 10. Januar 1808 fanden die Besetzungen der Präfekturen und Unterpräfekturen statt. Man muß es loben, daß ausschließlich Deutsche hierzu genommen wurden, meist Deutsche aus dem Adel. Zum Präfekten des Fuldadepartements mit Sitz in Cassel wurde Graf Hardenberg ernannt, ein Vetter des preußischen Ministers, hannoverscher Herkunft. Er war ein Mann, welcher nach Beurtheilung der Franzosen unfähig war, irgend etwas Böses gegen die westphälische Regierung zu unternehmen, wäre aber kein Freund einer eventuellen Vereinigung des Landes mit Frankreich gewesen, hatte vielmehr, wie zwei seiner Brüder, persönlich englische Sympathieen. Reimann, ein gebürtiger Preuße, welcher bei der Domänenkammer zu Minden beschäftigt war und als sehr guter Verwaltungsmann galt, wurde Präfekt des Werradepartements. Goßler, ehemals Mitglied der Kammer zu Magdeburg, ebenfalls geborener Preuße, ein ehrlicher und geschickter Mann, wurde an die Spitze des Saaledepartements gestellt. Das Ockerdepartement bekam Herr von Henneberg mit dem Präfektursitz in Braunschweig. Graf Schulenburg-Embden, den wir schon kennen, wurde Präfekt des Elbdepar-

tements in Magdeburg, Borcke im Harz, von Hoevel in Göttingen für das Leinedepartement, und von Pestel in Osnabrück für das Weserdepartement.

Wichtig war ferner, daß die Personen, welche Jerome in den Staatsrath wählte, ebenfalls Deutsche waren. Dieser Staatsrath sollte nach Artikel 21 der Konstitution wenigstens aus 16 und höchstens aus 25 Mitgliedern bestehen, welche vom Könige ernannt wurden, und deren Ernennung von ihm nach Gutdünken zurückgenommen werden konnte. Er wurde in 3 Sektionen eingetheilt, diejenige des Justizwesens und der inneren Angelegenheiten, diejenige des Kriegswesens und diejenige des Handels und der Finanzen. Der Staatsrath hatte die Verrichtungen des Kassations- und eines Verwaltungsgerichtshofes zu versehen, ferner die Gesetze über Steuern, das Finanzwesen, die Civil- und peinlichen Gesetze durchzusprechen und vorzubereiten für die Reichsstände, schließlich auch die Verwaltungsverordnungen und Dekrete des Königs zu diskutiren, beziehungsweise zu entwerfen. Jerome führte selbst den Vorsitz in dem Staatsrath, und es soll nicht leicht gewesen sein, eine der seinigen entgegengesetzte Meinung dort zu behaupten. Am 24. Dezember 1807 erließ Jerome ein eingehendes Reglement für die Organisation dieser Behörde, wodurch die Minister eo ipso zu Mitgliedern des Staatsraths erklärt wurden. Denselben wurden ferner Auditeure zugeordnet, jüngere Beamte, welche von hier aus in die Verwaltungs- oder Richterlaufbahn eingeschoben werden konnten. Die Liste der eigentlichen Staatsräthe wurde alle drei Monate von Jerome angeordnet, indessen blieben die einmal ernannten gewöhnlich auf derselben. Wenn einer fünf Jahre ununterbrochen auf der Liste geführt wurde, sollte er ein Brevet auf Lebenszeit erhalten. Das Gehalt für die Staatsräthe wurde auf 14 000 Francs festgesetzt. Jerome ließ es sich angelegen sein, diese wichtigen Beiräthe für seine Regierung aus allen Theilen seines Reichs und womöglich schon aus erfahrenen älteren Beamten zu wählen. So finden wir im Dekret vom 11. Dezember die Herren: von Wolffradt, ehemaligen Staatsminister von Braunschweig, von Dohm, ehemaligen Präsidenten der Domänenkammer von Heiligenstadt, bekannt als politischer Schriftsteller, Baron von Bülow, ehemaligen Präsidenten der Domänenkammer zu Magdeburg, Baron von Witzleben, gewesenen hessischen Oberjägermeister,

von Coninx, ehemals Regierungspräsident von Paderborn, von Biedersee, ehemals Regierungspräsident von Halberstadt, Baron von Metternich, ehemals Landrath von Paderborn, von Heister, vormals Regierungspräsident zu Cassel. Bald folgte die Ernennung des Professors der Rechte Leist zu Göttingen und des Brigadegenerals Baron von Lepel, des Grafen Merfeldt, Sakristans der Hildesheimer Kirche, und des ehemaligen hessischen Geheimraths von der Malsburg. Freilich wurden auch einige Hofbeamte des Königs und der Königin, doch wenig Franzosen in den Staatsrath genommen.

Von den provisorischen Ministern des Reichs, den früheren Regenten, welche am 7. Dezember mit der Weiterführung ihrer Geschäfte unter Jeromes Befehlen betraut worden waren, trat der General Lagrange schon nach 8 Tagen zurück. Derselbe blieb hingegen Chef des Generalstabs der in Westphalen stehenden französischen Truppen. Statt seiner übernahm der Adjutant des Königs, der zum General ernannte Oberst Morio das Portefeuille des Kriegswesens, erst provisorisch, vom 2. Februar 1808 an definitiv. Dieser Morio hatte Jerome nach Schlesien begleitet; ursprünglich Genieoffizier, wog er nach der Beurtheilung des Baron Ducasse ein wenig zu leicht, um Minister in einem deutschen Staate zu sein. Dasselbe ließ sich wahrscheinlich von dem Nachfolger Johannes von Müllers als Minister-Staatssekretär, dem zum Grafen von Fürstenstein erhobenen Lecamus sagen. Nachdem die Wissenschaften, wie sich der Westphälische Moniteur vom 24. Januar ausdrückte, „Herrn von Müller zurückverlangt haben", aber auch schon in dessen häufiger Abwesenheit während seiner kurzen Amtsführung, hatte, wie wir oben an einem Beispiel sahen, der Kabinetssekretär Jeromes, Cousin de Marinville, eine Zeit lang die königlichen Dekrete gegengezeichnet. Fürstenstein wurde erst am 26. Februar ernannt. Geboren auf der Insel S. Martinique in den französischen Antillen als Sohn eines Pflanzers, hatte Jerome ihn dort kennen gelernt und als seinen Sekretär mit nach dem Kontinent gebracht. Er muß eine gute Erziehung genossen haben, und seine vorzüglichen Eigenschaften als Hofmann wurden allseitig gerühmt. Aber an politischer Erfahrung und Ernst des Lebens war er wahrscheinlich seinem Herrn nicht sehr überlegen! Jollivet, welcher eine geheime Korrespondenz mit dem Kaiser Napoleon führte, nannte Lecamus Ende Dezember 1807

einen gefälligen Diener seines Herrn. Seine Familie war bald die einflußreichste im Lande, eine Schwester war an Morio, eine andere an den Staatssekretär Pothau verheirathet. Reinhard, der sich gelegentlich beklagt, daß Fürstenstein der einzige Minister sei, mit dem er es nicht zu einem vertrauten Verhältnisse habe bringen können, charakterisirt ihn im August 1809 folgendermaßen: „Der Graf von Fürstenstein, mit seiner natürlichen Beanlagung, seinen angenehmen Umgangsformen und seinem schwachen Charakter, hat nicht und wird niemals die Lücken ausfüllen können, die bei seiner Ausbildung zurückgeblieben sind. . . . Sein Einfluß ist fast gleich null und selbst in seinem eigenen Departement geschieht manches gegen seinen Willen. Indessen ist er dem König unentbehrlich geworden . . . der seine Gegenwart, im eigentlichen Sinne des Wortes, nöthig hat, um einzuschlafen. Fürstenstein wirkt nur das eine Schlimme, daß er nichts Gutes wirkt. Er ist ein ausgezeichneter Günstling, aber ein schlechter Minister." Daß Jerome ihm das erledigte Lehen der Diede von Fürstenstein verlieh, verstimmte die Deutschen sehr. In dem positiven und organisatorischen Sinne Napoleons war es ein großer Fehler.

Harte Klagen über Jeromes Betragen ließ Jollivet nach Paris gelangen. Eine allgemeine Erkaltung der Bevölkerung sei die Folge. Die Mütter fürchteten, ihre Töchter auf die Hoffeste gehen zu lassen. Die Polizei sei schlecht. Alles gehe schlecht. — Dies war zweifellos übertrieben, denn Jollivet war Partei und augenscheinlich nicht freundlich von Jerome behandelt. Aber auch Salha, ehemaliger Fregattenkapitän und jetzt Flügeladjutant Jeromes, berichtete unterm 28. Januar 1808 an seinen Freund Halgau von der Brigg Epervier, es sei besser in französischen Diensten.

Die vom König erlassenen Dekrete wurden in französischer und deutscher Sprache in dem schon oben erwähnten Bulletin des lois du royaume de Westphalie veröffentlicht. In deutscher Sprache nannte er sich: Hieronymus Napoleon, von Gottes Gnaden und durch die Konstitutionen König von Westphalen, französischer Prinz. Das feierliche Staatssiegel erhielt nur eine deutsche Umschrift. Eine westphälische Kokarde, am Rande weiß und in der Mitte blau, wurde geschaffen. Das Repräsentative in seiner Stellung ließ Jerome sich überhaupt sehr angelegen sein. Das königliche Haus wies eine Menge von Hofbeamten auf, worunter wir sowohl geadelten fran-

zösischen Abenteurern als auch redlichen Freunden der neuen Verhältnisse aus dem deutschen Adel begegnen. An der Spitze als Großmarschall des Palastes stand Meyronnet, zum Grafen von Wellingerode erhoben, ehemals Adjutant des Prinzen Jerome in Schlesien. Zwei Palastpräfekten waren Boucheporn, der die Bonapartes von Korsika her kannte, und von Reineck, letzterer zugleich Staatsrath, später Präfekt in Cassel, ehemals Regierungsrath in Arolsen und für einen geschickten Verwaltungsbeamten geltend. Unter den drei Palastmarschällen oder Fourieren des Palais sei nur der Oberst Bongars genannt, welcher später als General und Chef der hohen Polizei in Westphalen eine größere Rolle spielte. Großkämmerer wurde der Graf von Waldenburg-Truchseß, von schwäbischem Geschlecht, welcher mit seiner Frau, einer geborenen Prinzessin von Hohenzollern-Hechingen, in Begleitung der Königin ins Land gekommen war. Außer ihm gab es viele einfache Kammerherren. Auch der schon genannte Kabinetssekretär Cousin de Marinville gehörte darunter, welcher eine große Vertrauensstellung bei dem jungen König genoß. Ein Kammerherr von Münchhausen wird ebenfalls als sehr ergeben bezeichnet. Als Großceremonienmeister fungirte Graf Bocholtz, einer sehr bekannten und reichen Münsterschen Familie angehörig, welcher mit dem Großadler der Ehrenlegion auf Jeromes Andringen von Napoleon geschmückt wurde. Er war auch Mitglied des Staatsraths. 7 oder 8 Ceremonienmeister, 20 Adjutanten oder Ordonnanzoffiziere, darunter der Prinz von Hessen-Philippsthal, ein Großstallmeister, General Lefevre-Desnouettes, später d'Albignac, — ein Großjägermeister, Graf Hardenberg, Bruder des oben erwähnten Präfekten und nachmals Schwiegervater von Lecamus, Grafen von Fürstenstein, — ein erster Almosenier: der Bischof von Paderborn, Baron von Wendt, mit großem Privatvermögen, — vervollständigten den den Tuilerien nachgeahmten, über die Verhältnisse Westphalens hinaus prächtigen Hofstaat des Königs.

Das Haus der Königin bestand aus der Gräfin Truchseß als Hauptperson, welche Großpalastdame war; 7—8 andere Palastdamen und mehrere Kammerherren gab es außerdem. Unter letzteren befand sich der Baron von Busche-Hünerfeld, welcher Forstmeister unter dem hessischen Kurfürsten gewesen war, später nach Petersburg als ständiger Gesandter des Königs geschickt wurde, ferner der als

Staatsrath schon genannte Baron von der Malsburg, welcher zum Grafen erhoben wurde. Früher war er Assessor bei der Domänenkammer zu Hanau gewesen. Noch ferner sind unter den Kammerherren zu nennen, Baron von Mesenholm, ein Braunschweiger, welcher den Franzosen anmaßend erschien, aber sehr reich war, Baron von Bodenhausen, Herr zu Witzenhausen, ein Biedermann, wie Ducasse sagt, welcher aber weder Frankreich noch Westphalen liebte.

Es wäre überhaupt unrecht, von allen diesen Leuten, welche sich als Deutsche entweder in den Hof- oder Staatsdienst des neuen Königreichs begaben, zu glauben, daß sie Franzosenfreunde gewesen wären. Die meisten glaubten aber an eine entwickelungsfähige, selbstständige Zukunft Westphalens. Zum Theil gezwungen, im Lande zu bleiben, war es besser, daß *sie* die Person des Königspaares umgaben, als die Gesellschaft französischer Marineoffiziere und ehemaliger Schiffsgenossen Jeromes, welche in Westphalen nur eine Gelegenheit suchten, ihr Glück zu machen.

Dritter Abschnitt.

Militär, Polizei und Finanzen.

Am 9. Januar 1808 erließ Jerome ein sehr folgenschweres Dekret. Allen und jeden Westphalen wurde unter Androhung des Verlustes des Indigenats und der Einkünfte aus ihren Gütern verboten, in die Kriegsdienste einer fremden Macht zu treten oder sich bei einer solchen ohne die königliche Erlaubniß der Verwaltung öffentlicher Aemter zu unterziehen. Alle Westphalen, welche sich dermalen in fremden Kriegsdiensten befanden oder bei einer auswärtigen Macht öffentliche Stellen bekleideten, wurden hiermit zurückberufen. Da dieselben vielfach im rüstigsten Lebensalter standen und auf die Verwerthung ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse in der Ausübung ihres Berufs nicht verzichten wollten, zum Theil auch nicht konnten, so nahmen sie meist westphälische Dienste. 15 Tage nach dem Erlaß jenes Dekrets wurde, „um Unserm Volke Beweise von Unserm Wohlwollen und Unsrer Sorgfalt zu geben", allen Deserteurs aus sämmtlichen Ländern des Königreichs ein General-Pardon bewilligt. Alle diejenigen wurden mit eingeschlossen, welche ihr Vaterland verlassen hatten, nachdem sie von französischen Truppen zu Kriegsgefangenen gemacht oder entwaffnet worden waren. Ausgeschlossen hingegen wurden solche Militärpersonen, von welchem Grade sie auch sein mochten, die damals im Dienste Englands standen oder in den seiner Herrschaft unterworfenen Ländern sich aufhielten. Am 1. April desselben Jahres wurde letztere Bestimmung freilich in etwa dadurch gemildert, daß jeder einzelne Fall, wenn Jemand zurückkehren wollte, dem Justizminister zu unterbreiten war. Hiermit hing zusammen, daß ein jeder Soldat, welcher ehemals

in Diensten derjenigen Staaten gestanden hatte, welche das Königreich Westphalen bildeten, insofern er sich nicht verheirathet hatte, nicht 35 Jahre alt war und seine Kapitulationszeit nicht ausgehalten hatte, als Deserteur bestraft werden sollte (22. März). Das französische Militärstrafgesetzbuch mit seinen scharfen Strafen gegen die Deserteurs wurde eingeführt. Die durch die Verfassung angeordnete allgemeine Militär-Konskription wurde am 25. April näher dahin definirt: „Jeder Westphälinger ist verbunden, sein Vaterland mit den Waffen zu vertheidigen, sobald der König ihn dazu auffordert. Die Armee wird theils durch militärische Konskription, theils durch freiwillige Werbung gebildet." Jeder westphälische Unterthan vom 20. bis 25. Lebensjahre war der Konskription unterworfen. Indessen wurden nicht alle Konskribirten ausgehoben, sondern nur dem Bedarf entsprechend, nach den Altersklassen; von den zwanzigjährigen und einundzwanzigjährigen je drei Zehntel, von den dreiundzwanzigjährigen zwei Zehntel, von den vier- und fünfundzwanzigjährigen je ein Zehntel. Zwischen den Einzelnen entschied das Loos. In späteren Zeiten sollte jährlich ein Fünftel der Armee durch Rekrutirung erneuert werden. Vorzugsweise sollten bei den Verabschiedungen die Aeltesten im Dienste, ferner solche, die zur Betreibung eines nützlichen Gewerbes geschickt, die zur Unterstützung ihrer Familien unentbehrlich geworden waren, und endlich ganz vorzüglich diejenigen, welche eine schlechte Gesundheit hatten, entlassen werden. Ausführliche Bestimmungen über die Bildung von Reserven, die Aufstellung der Konskriptionslisten, die Unterstützung der Konskribirten durch die Unterpräfekten, über die Zusammensetzung der zur Aushebung angeordneten Rekrutirungsräthe, erfolgten. Befreiungen für den einzigen Sohn 60jähriger Eltern, für den Aeltesten einer aus unmündigen elternlosen Kindern bestehenden Familie, für „jeden allein übrig gebliebenen Sohn einer Familie, welche bereits zwei Söhne unter den Fahnen verloren hat, und für jeden Sohn einer Familie, welche drei Söhne unter den Fahnen verloren hat", waren diesem System nicht fremd. Jeder Staatsdiener, sowie jeder Religionslehrer, welcher die Weihen hatte, war ebenfalls, wenigstens für das Jahr 1808, vom Militärdienst befreit. Außerdem war die Stellvertretung in großem Maßstab gestattet, wofür sich berufsmäßige Stellvertreter fanden, welche selbst aus den Konskriptionsjahren heraus waren, aber

gesund sein mußten und nicht über 40 Jahre alt sein durften. Für eine solche Stellvertretung mußten dem Staate 100 Francs von dem Konskriptionspflichtigen gezahlt werden; mit dem Stellvertreter hatte er sich selbst abzufinden. Freiwilliger Eintritt in das Heer und Wahl des Truppentheils war für solche gestattet, welche sich vom vollendeten 18. Lebensjahre bis zum zurückgelegten 30. für den Militärdienst anwerben lassen wollten. In Kriegszeiten konnten dieselben nicht eher auf Abschied rechnen, „bis die Umstände es erlaubten“.

Nach dem Westphälischen Moniteur bestand die Konskription „in der Anwendung des Rechts des Bürgers auf den Dienst des Staats für dessen Sicherheit und Vertheidigung. Das Gesetz hat vermöge der Erlaubniß der Stellvertretung auf alles das Rücksicht genommen, was man der Landwirthschaft und den Manufakturen, sowie dem Studium der höheren und praktischen Zweige des Wissens, die für die Gesellschaft so ersprießlich sind, schuldig war“. Durch königliches Dekret vom 13. Juli wurden 12000 Konskribirte für das Jahr 1808 ausgehoben, 9000 für die aktive Armee, 3000 für die Reserve. Es liefen indessen Klagen über die mangelhafte Brauchbarkeit vieler Ausgehobenen ein, sodaß der Kriegsminister reskribirte: „Die Unterpräfekten und Maires senden oft zu den Regimentern als Rekruten ungestalte und offenbar schwache Menschen“, sodaß die Militärbehörden sich in die Nothwendigkeit versetzt sähen, sie wieder sogleich nach Hause zu schicken. Die Kosten hierfür sollten in Zukunft die Beschuldigten selbst tragen, wenn sie damit fortführen. Andererseits behauptete der Moniteur, daß viele junge Leute vornehmer privilegirter Familien täglich beim Kriegsminister in Cassel erschienen, um als Offiziere angestellt zu werden, obgleich sie vorher nie gedient hätten. Manche von den aus dem Ausland zurückberufenen Offizieren und Soldaten, hauptsächlich solche, die keine Güter besaßen, leisteten dem Befehl nicht Folge, oder erschienen nur besuchsweise in ihrer Heimath, weshalb Jerome am 12. Juni Anordnung traf, daß dieselben nicht wieder aus dem Lande gelassen werden dürften, falls sie sich vorübergehend dort aufhielten. Verließen sie die fremden Militärdienste nicht, so sollten sie als Deserteurs angesehen werden. Jeder Maire, der überführt wurde, in seiner Gemeinde einen Deserteur der ausgetretenen Konskribirten geduldet zu haben, ohne Anzeige davon

gemacht zu haben, sollte seiner Stelle entsetzt und bis zu einer Geldstrafe bis zu 3000 Francs verurtheilt werden. Im Verhältniß hierzu war der Lohn von 12 Francs, welcher demjenigen zugebilligt wurde, welcher einen widerspenstigen Konskribirten oder einen Deserteur verhaftete, gering zu nennen. Es kam trotzdem vor, daß westphälische Lieutenants, ohne eine ihnen ertheilte Erlaubniß oder Urlaub sich von ihrem Korps entfernten, dann für abgesetzt und unfähig erklärt wurden, jemals wieder in der Armee Dienste zu nehmen. Es wurden am 27. Oktober 1808 zwei militärische Depots gebildet, worin die für widerspenstig erklärten Konskribirten zu zweijähriger öffentlicher Civil- oder militärischer Arbeit in Kompagnien von 100 Mann kasernirt wurden.

Die militärische Streitkraft des Königreichs Westphalen war in drei Divisionen eingetheilt. Kommandeur der ersten Division zu Cassel war General Rewbell; unter ihm als Subdivisionäre standen die Generale Diemer in Osnabrück und Boerner in Marburg. Die zweite Division mit General Rivaud, später Lepel, stand in Braunschweig. General Webern in Heiligenstadt und Lehsten in Göttingen gehörten hierhin als Subdivisionäre. Die dritte Division war die zu Magdeburg, welche den General Eble zum Kommandeur hatte, und unter diesem stand General Motz in Halberstadt. Eble war indessen, wie wir wissen, in französischen Diensten, wurde aber nachher mit dem Ministerium des Krieges betraut.

Von den 12 500 Franzosen, welche nach der Konstitution im Lande blieben, wurden nur 7000 vom Staate erhalten, die übrigen fielen den Einwohnern zur Last. Sie waren anscheinend durch das ganze Königreich vertheilt. Das Hauptmaterial für die westphälischen Truppen bildeten anfangs selbstverständlich die alten Kontingente der verschiedenen frühern Staaten und Landestheile, woraus das Reich bestand. Anfang März 1808 hatte Jerome 2 Regimenter Infanterie, 1 Regiment Chevaux-legers, 1 Regiment Kürassiere, 2 Kompagnieen Artillerie. Der Ehrgeiz des jungen Königs litt es nicht, ohne eine prächtige königliche Garde zu sein. Am 4. März schuf er eine solche und setzte ihr Morio als Generaloberst und Großoffizier der Krone vor. Später erfuhr dieselbe eine weitere Organisation. Ein Gardejäger-Bataillon wurde auf 635 Mann gebracht. Dies war gegen den Willen Napoleons, welcher am 5. Januar darüber an seinen Bruder

folgendes geschrieben hatte: „Ich glaube nicht, daß Sie einer Leibgarde bedürfen werden. Das ist nicht Sitte in unsrer Familie.“ Aber eine Garde mit möglichst viel Deutschen, Söhnen von gutsituirten Bürgern oder Pächtern, welche ihren Söhnen eine anständige Zulage geben können, empfiehlt er ihm zu bilden. Eine aus Deutschen bestehende Gendarmerie mit französischen Kapitänen räth er gleichfalls zu errichten. Er solle nicht unerfahrene Leute zu Generalen ernennen, überhaupt erst nach Jahren Belohnungen austheilen für ihm bewiesene Treue. „Das Minimum der Taille der Grenadiere und der Chasseurs der Garde muß 5 Fuß 2 Zoll betragen. Ich setze die Taille niedrig, um weniger Leute auszuschließen und um so mehrere zu haben, welche zahlen können. Um die Entwickelung meiner Gedanken zu vervollständigen, rathe ich, nehmen Sie keine Leute, welche unter dem ehemaligen Fürsten gedient haben, nehmen Sie lieber die erste Jugend, selbst im Alter von 18 Jahren für das erste Mal. Ich werde Ihnen Franzosen liefern, sowohl Offiziere als Soldaten. Was aber französische Generale anbetrifft, so ist das keine eilige Sache, und muß ich darüber nachdenken.“

Jerome hatte sich zur Organisation seiner Armee nämlich speziell den General Eble erbeten. Lefebre, der auch Franzose war, schied bald wieder aus westphälischem Dienst. Napoleon entbehrte ungern einen seiner tüchtigen Militärs, so daß der König von Westphalen auf minder tüchtige und auf die Eingeborenen als Offiziere angewiesen war. Am 30. April schrieb derselbe an seinen Bruder: „Meine nationale Armee wird zum 1. Juni aus 11 500 Mann und 1638 Pferden bestehen.“ Das war also vor der ersten Aushebung, mithin müssen es meist angeworbene bezw. ältere Truppen gewesen sein. Am 1. Juli hielt Jerome Revue im Orangeriepark zu Cassel, vertheilte Fahnen und Standarten an die einzelnen Truppenkörper. 4 Kanonen waren dabei aufgefahren. Die ersten Konskribirten, 123 an der Zahl, meldeten sich in Cassel im September.

Napoleon brauchte ein westphälisches Regiment für den Krieg in Spanien. „Ueberall marschiren die jungen Militärs mit Freuden“, sagte damals der Moniteur. Das 1. westphälische Regiment habe von seinem Obersten gesagt: „Er wird uns auf das Feld der Ehre und des Ruhmes führen.“ Den 1. Oktober begaben sich 2922 Konskribirte auf den Marsch. Am 18. desselben Monats ermuthigte

die offizielle Zeitung zur Uebernahme von Stellvertretungen für Konskribirte, indem wahrscheinlich auf die alten kriegstüchtigen Soldaten dabei gerechnet wurde. Die kindliche Liebe habe hierbei Gelegenheit, sich recht zu äußern, indem aus Stellvertretungsgeldern ein Häuschen für einen alternden Vater sich erwerben lasse. Jerome hatte vor, mit nach Spanien zu gehen. „Mein Reich kann mich während 2—3 Monate entbehren; übrigens werde ich die Geschäfte so einrichten, daß meine Abwesenheit nicht schädlich wird.“ Aber Napoleon wollte davon nichts wissen. So empfahl der König Hammerstein als Kommandeur für die nach Spanien gehen sollenden Truppen, „einen sehr guten Offizier, dessen Tapferkeit jede Probe aushält, aus einer der ersten Familien des Königreichs, welche von großem Einfluß ist und ein jährliches Einkommen von 200 000 Francs hat. Er ist aufrichtig meinem Dienst hingegeben.“ Jerome wies zugleich darauf hin, daß im Volke die Furcht verbreitet sei, in derselben Weise an Frankreich verkauft zu werden, wie die Hessen seiner Zeit an England. Begreiflich, daß viele Desertionen vorkamen. Ueberhaupt war es die denkbar ungünstigste Verwendung des eben gebildeten Heeres, welches keine nationale Aufgabe und Pflichten zu erfüllen berufen schien. Auch wurde der Eifer Jeromes, eine Infanterie im französischen Sinne auszubilden, gleich von vornherein sehr durch die barsche Antwort Napoleons herabgestimmt, welcher ihm (am 29. August) geschrieben hatte: „Sie dürfen nicht auf das Bataillon rechnen, welches in Spanien ist; es ist detachirt und steht nicht mehr in Ihrem Dienst.“

So beschränkte sich die unmittelbare militärische Thätigkeit des Königs zunächst auf das Abhalten von Revüen, was er bei seinen vielen Reisen im Lande und zu Cassel auf dem Forst gern und oft that. Als Napoleon Ende September 1808 nach Erfurt sich begab, hatte er eine Zusammenkunft mit Jerome drei Stunden von Vacha, von wo sich beide in einem kaiserlichen Wagen nach Philippsthal begaben. Ein Detachement westphälischer Grenadiere mußte hier einige Uebungen machen. Ob sie Napoleons Zufriedenheit fanden, ist nicht überliefert.

Zwei königliche Dekrete vom 30. Dezember 1808 ordneten die Art des Avancements in den Linientruppen der Infanterie und Kavallerie und im Generalstabe des Heeres. Während einerseits als Grundsatz aufgestellt wurde, daß kein Soldat Korporal werden

und selbst nicht einmal auf die Präsentationsliste zum Avancement gesetzt werden könne, wenn er nicht schreiben und lesen könne, „da die Korporals neben ihrer Tapferkeit und einer guten Aufführung auch einigermaßen unterrichtet und gebildet sein müssen“, so war doch andererseits die Beförderung vom Unteroffizier zum Lieutenant nicht ausgeschlossen, welche theils durch die Wahl des Korps, theils durch die Wahl des Königs erfolgte. Letzterer konnte indessen auch einen Eleven aus der französischen Militärschule oder einen Pagen oder einen Garde du Korps in eine erledigte Stelle einrücken lassen. Für den Kriegsfall mußte gestattet werden, daß gefallene Offiziere, wie es eben ging, ersetzt wurden. Nicht weniger als die Regelung dieser Verhältnisse, ließ Jerome sich eine unter demselben Datum erlassene Rangordnung der westphälischen Militärpersonen angelegen sein. Durchweg wurden darin die Offiziere mit alten Patenten vor den neueingetretenen bevorzugt. Die Revue vom 1. Juli sollte maßgebend sein, so daß diejenigen, welche nachher angestellt worden sind, aber alte Patente hatten, denen unmittelbar im Rang folgen sollten, welche mit gleichen Patenten vorher angestellt waren. Hatte ein Offizier aber kein Patent irgend eines Grades aus dem Dienst eines andern Fürsten, so sollte sich sein Rang nach dem Datum seines Patents im westphälischen Dienst bestimmen. Diese Rangordnung stach in Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der einzelnen Offiziere sehr zu ihren Gunsten ab von dem Vorgehen, welches deutsche Fürsten nach Beendigung der westphälischen Herrschaft in dieser Hinsicht beobachteten, und fesselte augenscheinlich die Offiziere an den König.

Die Organisirung militärischer Kräfte für Polizeizwecke ist in jedem geordneten Staate bräuchlich, hatte aber für Westphalen besondere Wichtigkeit und gewann entsprechende Ausdehnung. Anfangs Februar des Jahres 1808 hatten sich Deserteurs, ehemalige Kriegsgefangene und abgedankte Soldaten auf dem Boden des Königreichs zusammengerottet und an verschiedenen Orten mit bewaffneter Hand mehrere Räubereien und Frevel ausgeübt. In Betracht nun, daß es nöthig schien, gleich von vornherein durch strenge und schnelle Strafe solche Straßenräubereien zu unterdrücken, daß die bestehenden Gesetze dies Verbrechen mit dem Tode bestraften, daß aber das Verfahren der ordentlichen Gerichtshöfe zu langsam erschien, daß

ferner „bewaffnete Straßenräuber, indem sie sich im offenen Kriege mit der Gesellschaft befinden, kein Recht mehr haben, Ansprüche auf die zur rechtlichen Beurtheilung gewöhnlicher Verbrechen festgesetzten Formen zu machen, daß überdies die, von denen hier die Rede ist, in Rücksicht ihrer Eigenschaft als abgedankte Soldaten, Deserteurs oder Kriegsgefangene, noch der militärischen Polizei unterworfen sind", erfolgte durch königliches Dekret vom 3. Februar die Bildung von sogenannten Militärkommissionen an den Hauptorten der einzelnen Divisionen. Die Verhafteten sollten ohne Aufschub gerichtet und auf der Stelle erschossen werden, „wenn sie überwiesen sind, Theil an bewaffneten Zusammenrottungen genommen zu haben". Eine Zusammenrottung, mithin die Anwendung dieser Verordnung, fand jedesmal statt, wenn 3 Personen sich bewaffnet verbunden hatten, um zu rauben und zu stehlen oder Gewaltthätigkeiten auszuüben.

Die Errichtung einer Legion königlicher Gendarmen fand nach der Anweisung Napoleons am 9. Januar statt. Dieselbe war zusammen 144 Mann stark mit Einschluß der Offiziere. Von den Offizieren sollte im Hauptort eines jeden Departements einer sein, von den Gendarmen im Hauptorte jedes Arrondissements 3, in den Städten Cassel, Braunschweig, Osnabrück und Magdeburg aber 6 sich aufhalten. Nur solche konnten Offizierstellen bei der Legion erhalten, welche deutsch und französisch schreiben und sprechen konnten; Quartiermeister, Brigadiers und Gendarmen mußten, womöglich ebenfalls beide Sprachen, jedenfalls aber deutsch schreiben können. Acht Departementalkompagnien wurden noch besonders errichtet, welche zur Handhabung der Polizei in den Hauptorten der Departements und zur Bewachung der Präfekturen, öffentlicher Kassen und Anstalten, der Magazine und Gefängnisse bestimmt waren. Diese Kompagnieen unterstanden den Befehlen und der Aufsicht der Präfekten, welche in ihren respektiven Departements das Militärkommando über dieselben führten. Jede Kompagnie war 50 Mann stark. Diese mußte vom Departement besoldet, gekleidet und unterhalten werden. (Dekret vom 2. Februar 1808.)

Die Gendarmerie bewährte sich bei einer kleinen Emeute in Braunschweig im Laufe des Jahres 1808 (8. September) schlecht. Einzelne Betrunkene unter ihnen bekamen mit Braunschweiger Bürgern Streit und zogen den kürzern. Das westphälische Militär warf sich

dazwischen und rettete schließlich einen verwundeten Brigadier, einen Franzosen mit Namen Lefevre, vor der Volkswuth ins Hospital. Napoleon, als er davon hörte, legte diesem Vorkommniß eine höhere Bedeutung bei, als es wohl hatte. „Das Volk von Braunschweig hat auf die bewaffnete Macht geschossen. Wenn der Gendarm schuldig ist, soll er streng bestraft werden, aber wer ist der Anstifter dieser Emeute? Französische Gendarmen sind unnütz.“ Er ordnete an, daß letztere, die gegen seine Anordnung sich in Westphalen befanden, nach Frankreich zurückgeschickt würden (14. September). Er erklärte die westphälische Polizei für schlecht, und sagte ernstere Aufstände voraus. Auch im Hessischen, im Distrikt Hersfeld zu Volkersheim, fand im Dezember eine Zusammenrottung gegen eine Gendarmeriebrigade statt. Der betreffende Ortsmaire, Ulrich Müller mit Namen, wurde abgesetzt.

Kurz nach seinem Regierungsantritt hatte Jerome einen provisorischen Polizeilieutenant Lajariette ernannt, welcher sein Amt unter der unmittelbaren Autorität des Ministers der Justiz und der innern Angelegenheiten ausübte. An dessen Stelle trat Ende Januar 1808 ein Polizeipräfekt, der seine Amtsverrichtungen in der Stadt Cassel und deren Gebieten, wie auch in dem Gebiete derjenigen Gemeinden des Fuldadepartements, wo der König Schlösser und Lusthäuser besaß, zu versehen hatte. Er stand in unmittelbarer Korrespondenz mit allen Ministern über die Gegenstände, die zu ihrem Departement gehörten. Neben vielen andern herkömmlichen polizeilichen Verrichtungen hatte derselbe „die schicklichsten Maßregeln zu ergreifen, um allen Zusammenrottungen und tumultuarischen Zusammenkünften, welche die gute Ordnung stören könnten, vorzubeugen“. Unter den Befehlen des Polizeipräfekten standen der Oberpolizeihauptmann, die Polizeikommissarien und „überhaupt alle, welche dahin mitwirken müssen, daß seine Geschäfte gehörig besorgt werden“. Im Nothfall stand ihm auch die Gendarmerie zu Gebote, und er konnte militärische Hülfe requiriren. Diese Stelle des Polizeipräfekten wurde am 26. Februar mit der des Präfekten des Fuldadepartements vereinigt.

Abermals eine neue Organisation erhielt die westphälische Polizei einige Tage nach dem scharfen Tadel, welchen Napoleon über sie ausgesprochen hatte. Am 18. September 1808 ward eine General-

direktion der höheren Polizei für das ganze Königreich errichtet. Der Generaldirektor, dessen Sitz selbstverständlich die Hauptstadt war, wurde besonders damit beauftragt, über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe zu wachen und für die Vollziehung der die allgemeine Polizei betreffenden Gesetze und Verordnungen Sorge zu tragen. Unter seiner Direktion standen Generalkommissarien, welche vom König persönlich ernannt, und ein Heer von Offizianten und Spionen, welche vom Direktor angestellt wurden. Die Wirksamkeit dieser Leute gehört mehr dem politischen und dem Gebiet der inneren Verwaltung an, sodaß an anderer Stelle passender davon die Rede sein wird.

Im Zusammenhang mit der militärischen Besatzung des Königreichs Westphalen durch 12 500 Mann französischer Truppen steht die Forderung Napoleons von 35 600 000 Francs als rückständige Kriegskontribution, und hiermit die Finanzkalamität Westphalens, welche von Anfang an groß war. Die Hälfte aller Domänen hatte sich der Kaiser für seine Generale vorbehalten. Nun entstand Streit, ob Staats- oder Allodialdomänen darunter zu verstehen wären. Daru erhielt Recht gegen Jerome, welcher die ordentlichen Einkünfte des Landes vom 1. Oktober 1807 an für sich behalten wollte. Es flossen diese in die Kasse zur Unterhaltung der französischen Armee. Anfangs, sagt Du Casse, beanspruchte Napoleon nur 2 Millionen Rente aus den Domänen, später 7. Jerome machte dagegen einen Ueberschlag seiner Einnahmen und Ausgaben; die Bruttoeinnahmen betrugen etwa 44 Millionen jährlich, davon mußte er 15 bis 18 Millionen allein zur Unterhaltung der Truppen sowohl der französischen als westphälischen hergeben. Er schlug (am 8. Dezember 1807) 1 Million zur Abfindung für des Kaisers Generale in Geld vor. Er persönlich wäre in der größten Verlegenheit, wenn er nichts im Tresor vorfände, denn er könnte die von Paris mitgebrachten 1 800 000 Francs nicht zurückzahlen.

Aus Mailand den 17. Dezember schrieb Napoleon zornig zurück: Er wolle keine Rente, sondern die Domänen selbst. „Diese Domänen gehören meinen Generalen, welche Ihr Königreich erobert haben; das ist eine Verpflichtung, welche ich gegen sie eingegangen bin und wovon mich nichts abbringen kann.“ Am 25. replizirte Jerome: Die Domänen seien die beste Einnahme des Staats. Die Steuern

seien unbedeutend und nur mit großen Kosten zu erheben. Mit dem Ertrag der Domänen hätten die Fürsten, an deren Stelle er getreten sei, sozusagen ihre Regierung geführt. Und dennoch verschenkte der König eben jetzt das Lehen Fürstenstein an Lecamus mit einer Jahresrente von 40 000 Francs. Den Ministern gab er ein Gehalt von 60 000 Francs, was Napoleon begreiflich zu hoch fand.

Durch den später zum Grafen erhobenen Staatsrath Jollivet ließ der Kaiser sich über die Finanzlage Westphalens selbstständig unterrichten; Jollivet ging Hand in Hand mit Daru und war dem König deshalb sehr verhaßt. Seine Darlegung entwickelte, daß unter den ehemaligen Souveränen die Domänen zusammen nur 12—14 Millionen abgeworfen hätten, aber bei einer geregelten Verwaltung, welche auf gemeinsames Recht und Zerstörung jedes Privilegs gegründet sein müsse, könnten sich leicht 19 Millionen daraus ziehen lassen. Die andern Einkünfte des Landes wurden von Jollivet auf 27—30 Millionen geschätzt, die Grundsteuer könne 10 Millionen, die Personalsteuer 4, die Verbrauchssteuer 8 Millionen abwerfen, Patentzölle, Stempel, Salzmonopol und anderes den Rest aufbringen. Alles in Allem müßten die Einnahmen sich auf 46—49 Millionen jährlich belaufen. Das normale Ausgabebudget für Westphalen erfordere dagegen nur 37 Millionen, sodaß 7 Millionen jährliche Revenüen aus den Domänen und außerdem 3—4 Millionen an Zinsen für die rückständige Kriegskontribution zu zahlen möglich sei. Indessen war bei dieser Berechnung vergessen, daß Westphalen noch andere Staatsschulden hatte, welche es von den frühern Staaten her hatte übernehmen müssen. Am 22. April wurde dieserhalb durch den Staatsrath Malchus als Kommissar Jeromes ein Vertrag mit Preußen zu Berlin abgeschlossen, wodurch die aus den ehemaligen preußischen Provinzen her stammende Staatsschuld auf 26 Millionen abgerundet wurde. 12 129 000 Francs Obligationen wurden darüber ausgegeben, deren erste am 1. Mai des Jahres fällig sein sollte. Der Rest sollte am 9. Dezember in eine neu errichtete Amortisationskasse versirt werden.

Die Organisation des westphälischen Finanzwesens fing in „Betracht der Dringlichkeit, die ersten Grundpfeiler zu setzen“, am 14. Dezember 1807 mit der Errichtung eines öffentlichen Schatzes an, welcher dem Minister Jollivet unterstellt wurde. Das Hotel

des Kriegskollegiums zu Cassel wurde für den Dienst des Schatzes bestimmt, welcher ein großes Personal erforderte. Am 27. Dezember folgte die Einsetzung eines Generaldirektors der Kapitalien und Zinsen, „welche Unterthanen uns schuldig sind", unter der Aufsicht des Ministers des öffentlichen Schatzes. Die Kontrakte, Obligationen, Beweisschriften, Papiere, Register und sonstige Urkunden, welche dazu dienen konnten, das Eigenthum der Kapitalien zu erweisen und die Erhebung derselben und der davon fälligen Zinsen zu bewirken, welche die ehemaligen Souveräne der das Königreich Westphalen bildenden Länder, Staaten, Provinzen, Kreise, Aemter und sonstigen Gebiete zu fordern hatten, — wurden dem Generaldirektor von allen Archivvorstehern, Mitgliedern, Einnehmern oder Kassirern der ehemals bestandenen, jetzt aufgehobenen Kriegskollegien, Domänen- und Rentkammern oder andern Kollegien auf sein Ansuchen überantwortet.

Die Rechnungsweise nach Hessen-Casselschen Konventionsthalern, Braunschweigischen Carld'ors, Sächsischen Augustd'ors, Hildesheimischen und Paderbornischen Gulden, Hannoverischen Speciesthalern, Preußischen Friedrichsd'ors und Reichsthalern hörte nun auf. Der Werth einer jeder dieser Münzsorten im Verhältniß zum Franc wurde festgesetzt (11. Januar 1808), die Münzen selbst aber blieben in Cours und erhielten neben den französischen Umlaufsgültigkeit für das ganze Reich. Indessen lag die Absicht vor, die Einführung speziell der Preußischen Münzen zu beschränken, und erfolgte demgemäß (am 16. April) eine amtliche Herabsetzung des Nominalwerthes derselben. Am 13. Juni wurde die Einführung von Preußischen Scheidemünzen in das Königreich Westphalen gänzlich verboten.

Jollivet, welcher provisorisch mit dem Departement des Staatsschatzes, mit der Verifikation der Rechnungen und mit der Untersuchung der Schulden aller Art von Jerome betraut worden war, zog sich in seiner Doppelstellung die höchste Unzufriedenheit des Königs zu. Schon Anfangs Februar wird Beugnot, welcher Finanz- und Handelsminister war, zugleich auch als Minister des Schatzes in den königlichen Dekreten aufgeführt. Diese Vereinigung war ja nur natürlich, aber auch Beugnot befand sich in seiner Eigenschaft als Diener zweier Herren bald in einer unhaltbaren Situation. Er sagt darüber selbst in seinen obenerwähnten Memoiren*), der fran-

*) S. 338 f.

zösische Minister des Auswärtigen, der Herzog von Gaeta, hätte ihm eingeschärft: „Vergessen Sie niemals, daß Sie in den Staaten des Königs von Westphalen der Minister des Kaisers sind. Se. Majestät hält viel darauf, daß Sie das nicht aus dem Auge verlieren." So zwischen die Anforderungen Napoleons gestellt, welcher sich „ein wenig zu gewissenlos" die Finanzleitung Westphalens anmaßte, und die begründeten Klagen des Königs Jerome, bat er Anfang Mai um die Erlaubniß, nach Frankreich zurückkehren zu dürfen. Sie wurde ihm vom König von Westphalen gnädigst ertheilt; von Napoleon wurde er sodann als kaiserlicher Kommissar nach Düsseldorf zur Uebernahme der Verwaltung des Großherzogthums Berg*) geschickt, in welcher Thätigkeit er bis zum November 1813 verblieb, und im Ganzen segensreich gewirkt hat. Sein Nachfolger in Westphalen wurde Ludwig Friedrich Viktor Hans von Bülow, dessen wir oben schon als Staatsrath gedachten, ein Vetter des preußischen Staatskanzlers Hardenberg. Empfohlen mochte er Jerome, wie Caro in der Allgemeinen deutschen Biographie über ihn mit Recht bemerkt, einmal durch die Einsicht sein, daß in dem rein deutschen Lande auf die Dauer gerade an der Spitze der finanziellen und volkswirthschaftlichen Leitung am wenigsten ein Franzose stehen könne, andererseits durch die freiere und beweglichere Auffassung, die Bülow zum Unterschied von den pedantischen Geschäftsmännern der Kleinstaaten an den Tag gelegt haben soll. Aber auch die Kenntnisse des Herrn von Bülow waren nicht gering, er hatte später Gelegenheit, in Preußen als Finanzminister sie auf einem größern Felde zu entwickeln. In Westphalen galt er bald als der Führer der deutschen Partei am Hofe und im Lande. Gleichwohl mußte man seine Geschicklichkeit in den finanziellen Dingen und seine diplomatische Haltung in politischen Fragen anerkennen. Dem König Jerome war der noch jugendliche Mann — Bülow zählte 34 Jahre bei seinem Eintritt ins Ministerium — persönlich, bis zum Bruche mit ihm im Jahre 1811, sympathisch.

Der neue Minister hatte bisher das Präsidium der Finanzsektion des Staatsraths geführt und an der Organisation der verschiedenen jetzt ihm unterstellten Behörden wesentlichen Antheil ge-

---

*) Vergl. Goecke: „Das Großherzogthum Berg", Köln 1877.

nommen. Außer der oben erwähnten Generaldirektion des öffentlichen Schatzes und der Kapitalienkasse, welche am 17. November in einen königlichen Schatz umgewandelt wurde, war eine Generaldirektion sowie Departementaldirektionen für die Erhebung der direkten Steuern, und eine Generaladministration der Domänen, Gewässer und Forsten, unter welcher Konservatoren standen, errichtet worden (29. März). Besondere Generaleinnehmer, deren in jedem Distrikt einer war, und welche vom König ernannt wurden, führten die Erträgnisse obiger Verwaltungen sowie der indirekten Steuern und Zölle an die beiden Hauptkassen zu Cassel ab. Die indirekten Abgaben wurden vorläufig nach alter Weise verwaltet. Indessen alle Privilegien, Freiheiten oder Abonnements von Stempel-, Salz- und Accisegebühren und sonstigen von der Konsumtion und Gegenständen des Luxus zu entrichtenden Abgaben waren schon am 8. Januar aufgehoben. Der innere und auswärtige Handel der ehemaligen preußischen Provinzen diesseits und jenseits der Weser, worin zwei genau unterschiedene Accisesysteme bestanden, hatte einen einheitlichen Accisetarif erhalten (3. April). Vorübergehend wurde auf 2 Monate durch königliches Dekret vom 19. Mai der accise- und zollfreie Eingang des Roggens, Weizens und Hafers in das Elbdepartement gestattet. Sonst blieben die Zollschranken zwischen den einzelnen Departements bezw. alten ehemaligen Landestheilen vorläufig bestehen, wenn auch die Tendenz nach Aufhebung derselben ging. Am 9. Juni wurde dies Dekret, die freie Einführung des Getreides betreffend, auf das Saaledepartement ausgedehnt.

Es ist selbstverständlich, daß das Verbot Napoleons auf Einführung englischer Waaren auch in Westphalen gehandhabt wurde. So loderte gleich Anfangs Februar zu Marburg ein Scheiterhaufen solcher dortselbst konfiszirter Waaren auf. Die englischen Waaren, welche von französischen Zollbeamten von Hamburg nach Frankreich abgesandt wurden, durften frei durch das Königreich gehen (19. Juli).

Erst Ende des Jahres 1808 erhielt die Verwaltung der indirekten Steuern, zu welchen die Zollabgaben, die Konsumtionssteuer, das Salzregal, das Chaussee- und Wegegeld und die Stempelgefälle gerechnet wurden, eine Generaladministration und eine einheitliche Regelung der Geschäftsthätigkeit der derselben unterstellten Kontroleure und Offizianten. Die Festsetzung neuer Tarife für die einzelnen

Steuerarten erfolgte erst im Jahre 1809. Eine Generaladministration der Berg-, Hütten-, Salz- und mineralurgischen Werke und Münzen, sowie der Brücken und Chausseen des Königreichs wurde am 27. Januar desselben Jahres eingesetzt.

Doch kehren wir zu den direkten Steuern zurück. Große Aenderungen gingen auf dem Gebiet der Grundsteuer vor. Die bisher steuerfrei gewesenen Grundstücke, von welcher Art sie auch waren, selbst die Krondomänen, königlichen Schlösser, Gärten, Parks und andere Zubehörungen sollten vom 1. Januar 1808 der Grundsteuer unterliegen. Weiter wurde angeordnet, daß die Pächter und Miether der bisher steuerfreien Grundstücke die auf dieselbe gelegte Grundsteuer (provisorisch ein Achtel des Ertrages) bezahlen und es den Eigenthümern derselben bei der Pacht anrechnen sollten. Am 21. August 1808 erfolgte der Erlaß eines umfänglichen Gesetzes über die allgemeine Repartition der Grundsteuer und die Regelung des Katasterwesens; die Erhebung der direkten Steuern überhaupt, so auch der Grundsteuer, fand monatlich statt. Die Patentsteuer, welche vom 1. Januar 1809 an eingeführt wurde, war bestimmt, an Stelle der Abgaben und Sätze zu treten, welche von den Gewerben, dem Handel und den Handwerken bisher erhoben wurden. Dieselbe mußte alljährlich in Form einer Stempelabgabe gegen ein von der Behörde neu ausgefertigtes Patent von den obigen Berufszweigen angehörigen Leuten entrichtet werden. Eine jährlich zu erhebende Personalabgabe von 4 Millionen sollte speziell in die Amortisationskasse zur Bezahlung der Zinsen der immerwährenden Renten und zu der successiven Wiederbezahlung der Kapitalien der Staatsschuld dienen (27. Oktober).

Auf Grund der so geordneten Einnahmen war es möglich, ein Budget für den Rest des Jahres 1808 aufzustellen, das an Ausgaben bis zum 21. August 11 219 362 Francs erfordert hatte. Jetzt waren noch über 12 Millionen, darunter für die Civilliste 2 500 000 Francs, für das Ministerium der Justiz 2 330 372 Francs, für das Ministerium des Krieges 3 029 473 Francs, für das Ministerium der Finanzen, des Handels und des Schatzes 3 253 593 Francs für den Rest des Jahres 1808 erforderlich. Anders 1809, wo die öffentliche Schuld allein 4 500 000 Francs an Interessen forderte, das Kriegsministerium einen Credit von 13 Millionen, das

Finanzministerium provisorisch 8½ Millionen und die auswärtigen Angelegenheiten unbegreiflicherweise ebenfalls über eine Million für sich forderten. Im Ganzen wurde das Budget für 1809 am 21. August 1808 auf 37 375 000 Francs festgesetzt. Das Militärbudget ging in den folgenden Jahren immer mehr in die Höhe, und es war zum großen Theil, wenn auch nicht ausschließlich Schuld an dem finanziellen Ruin Westphalens, und die Ursache davon, daß das Land seinen Verbindlichkeiten gegen Napoleon nicht nachkommen konnte.

Was die öffentliche Schuld des Reiches betraf, so waren fast alle Theile desselben mehr oder weniger mit alten Schulden überlastet, welche theils von den früheren Landesherren auf dem Wege des Gesetzes, theils durch die Landstände auf Credit des Landes kontrahirt worden waren. Ein Generalliquidator wurde am 2. Mai 1808 beauftragt, diese Schulden zu untersuchen, worauf sie dann auf das Reich übernommen wurden. Diejenigen Schulden aber, welche von den Gemeinden zur Bestreitung der durch die Aufenthaltskosten der Truppen oder durch sonstige Begebenheiten des Krieges veranlaßten Lokallasten kontrahirt worden waren, wurden nicht hierin mit einbegriffen, so empfindlich dieses für manche Gemeinde war. Ein Gesetz vom 14. Juli 1808, welches unter Mitwirkung der zum ersten Mal berufenen Reichsstände zu Stande kam, bestimmte hierauf die Abtragung der Schuld mit 4 Millionen jährlich aus den Abgaben der Personalsteuer, und 500 000 Francs aus den Erträgnissen der geistlichen Güterverwaltung. Die Gesammtschuld des Reichs wurde damals auf etwa 60—70 Millionen geschätzt, welche nach einer Aeußerung des Staatsraths Malchus die Kräfte des Landes „weder überstiegen noch erdrückten".*) Um eben diese Zeit betrugen die dem französischen Reiche noch schuldigen Rückstände an außerordentlicher Kriegssteuer und an gewöhnlichen Revenüen des Königreichs zusammen 21 924 369 Francs, wovon 20 Millionen durch eine Anleihe aufgebracht werden sollten (17. Juli). Bülow, dessen Bericht an den König über die Verwaltung des öffentlichen Schatzes während des Rechnungsjahres 1808**) nicht frei von Schönfärberei

*) Moniteur 27. Juli.

**) Gedruckt in Winkopps Rheinischem Bund, Heft 34, S. 117 ff.

ist, gab sich viele Mühe, von dem Auslande das nöthige Geld zu erlangen, besonders von Holland, allein dem jungen Staate fehlte anscheinend noch jeder Kredit, und die Anleihe hätte in der Fremde nur unter Bedingungen zu Stande gebracht werden können, welche zu lästig für den Staat und zu vortheilhaft für die Darleiher gewesen wären. „Zum Besten unserer Unterthanen" fordert daher Jerome am 19. Oktober desselben Jahres dieselben auf, lieber selbst die Anleihe aufzubringen, „indem sie einen geringen Theil ihres Vermögens dem Staate unter vortheilhaften Bedingungen vertrauen, die umsomehr von aller Gefahr, in Hinsicht der pünktlichen und völligen Wiedererstattung entfernt sind, als nach dem 4. Artikel des oben erwähnten Dekrets vom 17. Juli alle Einkünfte des Königreichs und insbesondere die Einkünfte der Amortisationskasse und der Forsten für die Zahlung des Kapitals und der Zinsen des besagten Anlehens von 20 Millionen Franken verhaftet und hypothekirt sind."

Dieses erzwungene Anlehen wurde mit Rücksichtslosigkeit, doch ohne großen Erfolg derart ins Werk gesetzt, daß diejenigen, welche in einem gewissen Verhältnisse zu einer aufgestellten Berechnung ihres Vermögens ihren Beitrag bis zum 31. Dezember nicht „freiwillig" zeichneten, gegen Erhalt erheblich minderwerthiger Obligationen, bei Strafe der Exekution dazu gezwungen werden sollten. Es stellte sich aber die Nothwendigkeit heraus, letztern Termin bis zum 1. März 1809 zu verlängern. Es wurden 6 % Zinsen verheißen, für die Exequirten aber nur 3 %. Zum Zeichnen waren nominell alle verpflichtet, welche ein Einkommen von 5000 Francs und darüber hatten. Aber im Februar 1809 waren erst 6—7 Millionen gezeichnet.

Wäre jedoch in dieser Weise die Abtragung der Kriegskontribution an Frankreich möglicherweise herzustellen gewesen, so stand damit die Verschwendung der königlichen Civilliste doch in keinem Einklang. Jollivet berichtete nach Paris, daß Jerome Gelder aus der Amortisationskasse für sich entnahm und statt 5 Millionen 7 Millionen verbrauchte. Außerdem zahlte er die Zinsen der von Paris mitgenommenen 1 800 000 Francs nicht. Dabei hatten sich als wirkliche Einnahmen des Königreichs im Jahre 1808 nur 22 bezw. 26 Millionen erzielen lassen. Die finanziellen Verlegenheiten, sagt Du Casse,*) waren gegen Ende des Jahres 1808 und Anfang

*) Memoires III, 309 ff.

1809 auf ihrem Gipfelpunkt. Mit Recht aber auch fügt er hinzu, daß in unsern Tagen für ein in mancher Beziehung reiches Land, wie Westphalen war, diese Situation nichts beunruhigendes noch in Verlegenheit setzendes gehabt haben würde. Die Kreditwirthschaft war damals eben noch in ihren Anfängen. Bülow gelang es in Holland eine Art Vorausbezahlung von 6 Millionen an den Staatsschatz gegen spätere Lieferung von Salz, Kupfer, Blei und Eisen aus den öffentlichen Bergwerken zu erreichen. Am 3. Februar 1809 ließ Jerome nichtsdestoweniger Napoleon durch Morio mittheilen, es sei sicher, daß das Königreich Westphalen nicht mehr 6 Monate bei dem finanziellen Zustand bestehen könne. Jollivet, welcher, nachdem ihm der öffentliche Schatz abgenommen, nur mehr noch als Ministre de surveillance in Cassel funktionirte, übte eine unbarmherzige Kritik an der Civilliste. Dem französischen Minister des Auswärtigen, Champagny, berichtete er am 4. April 1809 wörtlich:

„Ich habe jetzt die Hoffnung verloren, daß Se. Majestät der König von Westphalen trotz seiner ausgezeichneten Eigenschaften und seines hervorragenden nüchternen Verstandes, welcher ein Erbtheil seiner Familie ist, aus der unangenehmen Stellung kommt, wohinein ihn schlechte Rathschläge, die Unerfahrenheit seines Gouvernements, zu heftige Leidenschaften und sein unwiderstehlicher Hang zur Verschwendung gebracht haben.“ Es wird Jerome dann im Einzelnen vorgeworfen, daß er für seine persönliche Rechnung einen Theil der Westphalen gebliebenen Domänen verwalten lasse. Auch wiederholentlich würden solche dem Kaiser reservirte Domänen von der königlichen Civilliste angegriffen. Ferner wurde in den Kronschatz das ganze Budget der auswärtigen Angelegenheiten versirt, welches sich beinahe auf das Doppelte der wirklichen Ausgabe des betreffenden Ministeriums belief; im Nebenamt wurde letzteres seit 1. Oktober 1808 von Fürstenstein mit versehen. Ebenso wurde es mit dem Sold der königlichen Garde gehalten, welcher angeblich die Höhe von 2 200 000 Francs erstieg. Endlich wurden die dem Staat zu entrichtenden Lehensabgaben in einen jährlichen Canon zum Besten des königlichen Schatzes verwandelt. Auf diese Weise konnte Jerome Geschenke machen, wie 400 000 Francs an Morio zu dessen Hochzeit. Durch einfaches Dekret an Malchus, den Generaldirektor der Amortisationskasse, erlaubte sich der König, angeblich mit Vorwissen Bülows, auf

diese Kasse dreimal im Ganzen den Betrag von 1100000 Francs zu ziehen. Der öffentliche Schatz sei trocken gelegt, Stempel- und Grundsteuer für 1809 vorweggenommen, die Beamten würden nicht bezahlt. Der König habe nur Interesse an seiner Civilliste. Die Amortisationskasse müsse durch den Kaiser in Schutz vor jedem Angriff dieser Art gestellt werden. — So klagte Jollivet. — Auch Bülow wurde nicht von ihm verschont. Derselbe sei mit Schulden überhäuft gewesen, als er in westphälische Dienste trat, jetzt sei sein Haus glänzender eingerichtet als irgend eines der andern Minister. Der Haß gegen die Franzosen werde von ihm genährt. So sei die wirkliche Lage des Königreichs Westphalen, und da die Gesundheit des Königs in Folge seiner Schwelgereien sichtlich litte, wäre eine Wiederherstellung des kaiserlichen Regiments erwünscht, oder im Fall der Unmöglichkeit wenigstens eine Rekonstruktion des Ministeriums.

Das waren harte Anschuldigungen, und wenn auch denselben zweifellos Uebelwollen zu Grunde lag, so ist doch sicher, daß weder die westphälische Finanzwirthschaft noch auch das zum 1. März 1809 auf 13000 Mann gebrachte westphälische Militär — eine mittelmäßige Truppe in glänzenden Uniformen — den Unterthanen des neuen Reiches sonderliche Achtung abnöthigen konnte. Bei dem Militär standen die Generäle außer jedem Verhältniß zu den wenigen Leuten. Ein Viertel der Offiziere waren Franzosen oder Polen, 1100 Holländer, die übrigen Deutsche. 18 Feldgeschütze hatte der Kaiser Jerome geschenkt. Eine große Sorge machte diesem von Anfang an der Unterhalt der französischen Truppen, welche noch in Westphalen standen. Napoleon verlangte, daß Jerome denselben bestritte, während dieser sich bitter beklagte, daß er auf die lauten Anforderungen der Unglücklichen, welchen jede Soldzahlung französischerseits verweigert werde, keine andere Antwort als das Geständniß seines Unvermögens habe (12. Januar 1808). Der Aufenthalt in Cassel wurde ihm dadurch verleidet. In seiner eigenen Hauptstadt französische Soldaten dulden zu müssen, welche nicht unter seinem Kommando standen, denen die Stadt Cassel Lebensmittel zu liefern hatte, erschien dem jungen König unwürdig. In Magdeburg wurden sogar die regelmäßigen Steuern bis zum Oktober 1808 für die französische Armeekasse eingezogen. Denn diese Stadt konnte schon im Januar desselben Jahres die Kosten für ihre Garnison und

das dort errichtete Hospital nicht mehr tragen. Die französischen Offiziere maßten sich an, die westphälischen Behörden zu kommandiren.

An der Spitze des westphälischen Kriegsministeriums stand jetzt ein tapferer und loyaler, jedoch französischer Offizier, der fähig, unbescholten, arbeitsam und mit Eifer darauf bedacht war, Ordnung in seinen Verwaltungszweig zu bringen: der General Eble. Aber die meisten in der Kriegsverwaltung unter ihm Beschäftigten waren wenig ehrenwerthe Leute. Morio war mit nach Spanien gegangen, ohne sich dort auszuzeichnen. Napoleon hatte über ihn, als er sich in Paris zeigen wollte, am 11. Februar 1809 an Jerome geschrieben: „Ich bin erstaunt, daß Sie mir den General Morio geschickt haben, welcher eine Art von Narr ist. Sie werden es einrichten, daß ich ihn nicht mehr sehe. Was die Situation Ihres Schatzes und Ihre Verwaltung betrifft, so geht mich das nichts an. Ich weiß, daß es mit beiden schlecht geht. Das ist eine Folge der Maßregeln, welche Sie ergriffen haben, und des Luxus, der bei Ihnen herrscht. Alle Ihre Handlungen tragen das Gepräge der Leichtfertigkeit. Warum Baronien an Leute geben, die nichts geleistet haben? Warum einen Luxus entfalten, welcher so wenig in Uebereinstimmung mit dem Lande steht, und der allein eine Kalamität für Westphalen durch seine Diskreditirung der Verwaltung ist? Halten Sie Ihre Verpflichtungen gegen mich, und denken Sie daran, daß man keine übernimmt, um sie nicht zu erfüllen. Zweifeln Sie übrigens nicht an dem Interesse, welches ich für Sie habe." *) Jerome war jedoch nicht so vollkommen Verschwender, daß er sein Gehalt als Prince français angegriffen hätte. Dem General Morio soll der Kaiser nach seiner Niederlage in Spanien es ins Gesicht gesagt haben, daß er bei ihm nicht Korporal sein würde. 7000 westphälische Truppen waren in Spanien, 2500 in Cassel, die übrigen vertheilten sich auf das Königreich. Der General Eble beklagte sich sehr über das Verhalten des Königs im Staatsrath in Bezug auf militärische Dinge. Jerome stellte sich fast immer auf Seiten Morio's, welcher als Redner Eble überlegen war. Eble, der General d'Albignac und Jollivet waren alle drei dem Minister von Bülow feindlich gesinnt, indem sie ihm vorwarfen, den Hang des Königs zu leichtsinnigen Ausgaben zu

*) Revue XVI, 130.

unterstützen. Dabei wurde dem Lande oder der Stadt Cassel wenig Gelegenheit gegeben, sich an den Lieferungen für den königlichen Hof zu betheiligen. Die meisten Bestellungen desselben erfolgten nach Paris.

So ist also sicher anzunehmen, daß wenn irgend etwas für die Fremdherrschaft einnehmen konnte, so war es gewiß nicht der Luxus bei Hofe, das gezwungene Anlehen, die den deutschen Ländern ungewohnte Personalsteuer, die Konskription u. s. w., sondern anscheinende und wirkliche Vortheile auf dem Gebiete der innern Verwaltung und der Justizpflege.

Vierter Abschnitt.

Innere Verwaltung und Justiz.

Der westphälische Staatsrath Dr. Fr. Ludwig von Berlepsch, welcher zu einer Zeit, als das Königreich noch nicht konstituirt und organisirt war, in Winkopps Rheinischem Bund*) „über das Königreich Westphalen rücksichtlich eines gewagten Blickes in die Zukunft“ sehr enthusiastische Erwartungen ausgesprochen hatte, war der Ansicht, daß unter den ehemals selbstständigen Verwaltungen der einzelnen Landestheile Westphalens die Braunschweig-Wolfenbüttelsche die mildeste, die Preußische die schärfste, die Hessen-Casselsche die heimlich-drückendste und die Hannoversche die schlaffste gewesen sei.

Der westphälische Minister Simeon führte während des Jahres 1808 in diese bisher so verschieden behandelten Provinzen die Hauptgrundsätze französischer Verwaltungs- und Rechtsprinzipien ein.

Die allgemeine Verwaltungsordnung ist oben schon dargelegt worden. Der Moniteur brachte am 26. Januar 1808 eine ausführliche ministerielle Instruktion zur Vollziehung des königlichen Dekrets in Betreff der Errichtung der Präfekturen: Für die Verwaltung könne durch einen einzelnen Mann besser gesorgt werden als durch ein berathschlagendes Kollegium. Der Präfekturrath habe das Streitige in der Verwaltung zu bearbeiten. Der General-Departementsrath und die Distriktsräthe hätten die Repartition der Steuern zu besorgen. „Der Präfekt legt jedes Jahr dem General-Departementsrath während seiner Session über jede Art der Departementsausgaben Rechnung ab. Es ist gleichfalls schicklich, daß

*) Heft 16, S. 126 ff.

der Präfekt diesem Rathe jährlich eine tabellarische Uebersicht der von ihm ausgeführten Verwaltungsgeschäfte vorlege. Alle 3 Monat hat der Präfekt eine analytische Darstellung seiner Geschäftsverwaltung und alle Jahre einen Bericht über den Gemeingeist und die Lage seines Departements an den Minister der innern Angelegenheiten einzuschicken." Die Präfekten hatten die Organisation und die Aufsicht über die Nationalgarde, den Vorsitz bei der Aushebung zur Konskription.

Die Fortsetzung dieser Instruktion erfolgte zwei Tage später im Moniteur unter dem Titel: Der Präfekt im Verhältniß zu den Unterpräfekten in seinem Distrikt. Darin hieß es: „Die Korrespondenz, welche der Präfekt mit den ihm untergeordneten Behörden zu führen hat, muß ohne seinem Ansehen, seiner Würde und seinem Einflusse etwas zu vergeben, in ihrer Form das Gepräge des Wohlwollens und der Herablassung tragen. Es ist nothwendig, daß der Chef der Verwaltung sich angelegen sein lasse, Liebe für die Regierung zu erwecken, und daß er beständig seinen Untergebenen das Interesse und die Achtung bezeuge, welche jedem mit dem Vertrauen des Fürsten beehrten Bürger gebühren, der sich seinem Dienste widmet, er stehe, auf welcher Stufe er wolle. Anstatt also an die Unterpräfekten und Maires Weisungen zu erlassen, die in einem gebieterischen Tone und mit einer der Trockenheit sich nähernden Gedrängtheit gefaßt sind, müssen sich die Präfekten vielmehr angelegen sein lassen, ihnen den Geist und die Beweggründe der Verordnungen zu enthüllen, deren Vollziehung ihnen anvertraut ist."

Bei den vielen neuen Gesetzen, welche im Königreich Westphalen eingeführt wurden, war dies gewiß keine leichte Aufgabe. Trotzdem hatte Jerome schon am 23. Dezember 1807 an Napoleon geschrieben: „Das konstitutionelle System und die allgemeine Verwaltung werden sich leicht in meinen Staaten einführen lassen." Bald folgten hingegen Klagen über die unlösbaren Komplikationen des Lehnrechts und der verschiedenen deutschen Rechte. Die Geschäfte der ehemaligen Verwaltungskammern hörten vom 1. April 1808 auf, und die Präfekten waren allein mit der allgemeinen Verwaltung betraut. Vielfach wurden aber die alten Beamten in den neuen Bureaux wieder angestellt. Es wurde eine Trennung zwischen Justiz und Verwaltung eingeführt, welche bisher den meisten deutschen Staaten unbekannt war.

Gemäß der Anweisung Napoleons wurde mit den alten Privilegien gründlich aufgeräumt. So wurden zunächst am 10. Januar 1808 alle Anwartschaften auf Präbenden und sonstige Benefizien, welche von den Königen und Fürsten, Jeromes Vorgängern, in männlichen oder weiblichen Stiftern oder andern geistlichen Instituten ertheilt worden waren, aufgehoben. Alle Stifter, Abteien, Klöster, private und andere geistliche Stiftungen jeder Art wurden verpflichtet, an den Minister der Justiz und der innern Angelegenheiten beglaubigte Abschriften von ihren Stiftungsurkunden, Statuten und Reglements einzusenden und sie mit einem ausführlichen Aufsatz über die zur Aufnahme in diese Korporationen erforderlichen Bedingungen zu begleiten. Die Statuten sollten einer Prüfung unterzogen und ihnen eine solche Form gegeben werden, daß gemäß Artikel 15 der Konstitution alle Personen ohne Unterschied der Geburt in die verschiedenen Kapitel aufgenommen werden konnten. Einstweilen aber sollten keine neuen Vergebungen solcher Pfründen stattfinden, dieselben vielmehr in die Kapitalienkasse des Königs abgeführt werden. Von den noch in Besitz befindlichen Präbenden und Würden sollte ein Zehntel der Einkünfte an eben diese Kasse eingeliefert werden. Ausgenommen wurden hiervon die katholischen Bischöfe, Domkapitel, Pfarrer und Vikarien und die Prediger des reformirten und lutherischen Glaubens (5. Februar). Eine eigentliche Aufhebung der Stifter, Abteien und Klöster fand also vorläufig nicht statt, aber mit Nachdruck wurde jede Aeußerung selbstständigen Lebens in denselben verhindert. Als im Juli des Jahres 1808 die Stiftsdamen der im Weserdepartement, Distrikt Minden, belegenen Abtei Levern an die Stelle der letztverstorbenen Aebtissin von Münchhausen die Baronin von Hagen erwählten, wurde diese Wahl unter Androhung der Strafe der gänzlichen Aufhebung ihrer geistlichen Gemeinschaft von Jerome aufgehoben und vernichtet.*)

Der junge König unterschätzte im übrigen den Einfluß, welchen die Geistlichkeit aller Bekenntnisse auf die Gemüther seiner Unterthanen auszuüben in der Lage war, nicht. Der Moniteur vom 7. Januar 1808 brachte ein Cirkular Jeromes an die Bischöfe seines

*) Am 13. Mai 1809 wurde die Anzahl der Nonnenklöster erheblich vermindert und angeordnet, daß die darin befindlichen Nonnen in andere Konvente eintreten sollten.

Reichs, nebst der Aufforderung zur Abhaltung eines Tedeums wegen seines Regierungsantritts und mit der Vermahnung, daß es eine ihrer ersten Pflichten sei, Gehorsam gegen den Souverän zu predigen und Liebe zum Fürsten zu erwecken. Reale Unterstützung für Einführung der neuen Ordnung wurde von ihnen und allen ihren Eingepfarrten erhofft. Der Justizminister Simeon erläuterte dieselben Gedanken in einem Schreiben an das evangelische Konsistorium zu Marburg, welches heute im Staatsarchiv daselbst aufbewahrt wird. Darin heißt es: Ohne den Gehorsam gegen den Souverän gebe es keine öffentliche Ruhe noch Sicherheit des Individuums. Indessen sei der Gehorsam nicht das einzige Gebot Gottes, welches wolle, daß man der Obrigkeit unterthan sei und daß man dem Kaiser gebe, was des Kaisers ist, sondern, wie Gott das Gebot erlassen habe, seinen Nächsten zu lieben, so wolle er besonders, „daß die Fürsten geliebt werden, welche er über die andern Menschen erhoben habe, um sie mit ihrer Leitung zu beauftragen, und welche inmitten der Größe und des Glücks, womit sie umgeben zu sein scheinen, sich Tag und Nacht mit der Niederhaltung der Schlechten und der Aufmunterung der Guten, mit der Aufrechterhaltung der Gesellschaft beschäftigen und die schwere Last der Regierung tragen". Von der neuen Ordnung der Dinge wurde zugestanden, daß sie vielleicht einige Partikularinteressen verletze, aber doch schließlich das allgemeine Wohl hervorbringen werde, sobald sie einmal konsolidirt und die Zeit die Vortheile derselben entwickelt haben würde.

Dieses Dankfest fand in Marburg unter Betheiligung sämmtlicher Konfessionen, wie es scheint auch der Judenschaft, in der evangelisch-lutherischen Kirche statt. In religiöser Hinsicht drängte nämlich alles nach Toleranz im Königreich Westphalen. Der Moniteur sagte am 14. Januar: „Kaum giebt es ein Königreich, in welchem mehrere Religionen vorhanden wären, kaum eins, worin die Toleranz bessern Fuß gefaßt und folglich die Polizei des Kultus unnützer wäre." Die Humanität sei die herrschende Religion zu nennen. — Diese Humanität führte auch die Befreiung der Juden von den bisher üblichen Abgaben herbei, und die völlige Gleichstellung derselben mit den übrigen Unterthanen, wie sie in Frankreich bestand. Es wurde demnach durch königliches Dekret vom 27. Januar allen Edelleuten, Lehnsherren und andern Gutsbesitzern verboten,

diese Abgaben mehr zu erheben oder erheben zu lassen, widrigenfalls sie alle Schäden und Kosten ersetzen, auch als solche, die sich der Erpressungen schuldig gemacht hätten, gerichtlich verfolgt werden sollten. Artikel 4 und 5 desselben Dekrets bestimmten: „Die Juden können, ohne wie vormals einer besonderen Erlaubniß zu bedürfen, sich verheirathen, für die Erziehung ihrer Kinder und deren Etablissement sorgen, ihnen ihre Güter abtreten, jedoch unter der Verpflichtung, bei diesen verschiedenen Handlungen nach den Vorschriften des Code Napoleon sich zu richten. Es steht ihnen gleichfalls frei, in jeder Stadt oder an jedem andern beliebigen Orte sich niederzulassen und daselbst ihren Handel einzurichten, vorausgesetzt, daß sie der Munizipalobrigkeit davon gehörige Anzeige machen, und die Zunft- und Handwerker-Verordnungen, worin sie wünschen aufgenommen zu werden, beobachten."

Am 9. Februar empfing Jerome Deputationen der „jüdischen Nation" aus allen Departements in Cassel. Simeon waren dieselben Tags vorher durch den Geheimen Finanzrath Israel Jacobsohn aus Seesen im Braunschweigischen präsentirt worden. Fürstenstein stellte sie ohne irgend welche Ceremonien dem König vor, was Napoleon tadelte. Jacobsohn sprach bei der Gelegenheit Folgendes: „Ihnen, Sire, verdanken es unsere so sehr gekränkten Stämme, daß sie nun bald wieder ruhig athmen können, und die Gesänge von Zion werden auf Westphalens Gebirgen in lauten Tönen erschallen. Sire, der Ewige hat Helden die Lenkung unseres Schicksals anvertraut, und schon sind Sie dem Cyrus in Wohlthun gleichgekommen, dessen hohen Ruhm Sie bald noch übertreffen werden." Jerome antwortete unter anderem darauf: „Es wird mir eine Freude sein, wenn Sie mir tapfere Krieger für mein Heer, treue Diener für den Staat als gute Bürger liefern." Am 11. Februar beging die Judenschaft ein Dankfest in ihrem Tempel zu Cassel für das ihnen durch die Konstitution ertheilte Bürgerrecht. Die Minister, Staatsräthe, Präfekten und vorzüglichsten Geistlichen der Stadt waren gegenwärtig. Löb Meyer-Berlin, der ehemalige hessische Landesrabbiner, hielt eine Rede in hebräischer, Jacobsohn in deutscher Sprache. Es wurde der Segen über den König gesprochen und eine Stiftung von 3000 Francs für Arme aller Konfessionen gemacht.

Während die übrigen Konfessionen ihre weltlichen Verfassungen im allgemeinen beibehielten, stellte sich nach Freigebung der Juden die Nothwendigkeit der Errichtung eines Konsistoriums und die Bestellung von Syndiken zur Aufsicht über den jüdischen Gottesdienst heraus, damit derselbe „nicht mit der Gesetzgebung und derjenigen öffentlichen Moral in Widerspruch stehe, welche die Richtschnur aller Menschen sein muß und aus ihnen eine einzige politische Gesellschaft bilden wird". (31. März 1808.) Präsident dieses Konsistoriums wurde der ebengenannte Jacobsohn, welcher als Hofbanquier Jeromes ohnehin Berücksichtigung verdiente.

Die Führung regelmäßiger Civilstandsregister wurde den Predigern und Geistlichen sämmtlicher Religionen gegen eine mäßige Entschädigung durch die Anzeigepflichtigen in der Weise übertragen, daß die Vorschriften des 2. Titels, 1. Buches des Code Napoleon dabei zu beachten waren und der Präsident des nächstgelegenen Tribunals über die richtige Instandhaltung der doppelt zu führenden Register in jedem Kirchspiel zu wachen hatte. (22. Januar bezw. 27. Dezember 1808.)

Ehe wir auf die verständig vollzogene Organisation des Justizwesens und die Einführung des Code Napoleon eingehen, sei noch einiger anderer Dekrete gedacht, welche in dem Rechtsverhältniß eines großen Theiles der Unterthanen erhebliche Veränderungen hervorriefen. Am 23. Januar 1808 erfolgte eine Erläuterung des 13. Artikels der Konstitution, welcher die Leibeigenschaft aufhebt. Damit wurden sowohl „blos persönliche Dienste oder Personal-Frohnen, das heißt solche, die einer Person einzig und allein obliegen, weil sie Vasall ist oder einen gewissen Ort bewohnt, als auch alle Dienste, die zwar in Rücksicht des Besitzes eines Grundstückes obliegen, aber unbestimmt und von der Willkür dessen, der sie zu fordern hat, abhängig sind", aufgehoben. Ferner hörte die Verbindlichkeit der Bauern, in dem Hause ihres bisherigen Herrn als Gesinde zu dienen, und das sogenannte Gesindezwangsrecht, vermöge dessen ihre Kinder genöthigt werden konnten, bei keinem andern als dem genannten Herrn in Dienst zu treten, auf; ebenso erlosch die Verbindlichkeit, zur Eingehung einer Heirath die Einwilligung des bisherigen Herrn einzuholen und an diesen die unter der Benennung von Bedemund, Brautlauf, Klauenthaler oder einem sonstigen Namen für eine solche

Einwilligung zu bezahlende Abgabe zu errichten. Dem bisherigen Herrn wurde jedes Recht in Ansehung der Erziehung und Bestimmung der Kinder des Bauern entzogen. Auch durfte er ihnen nicht mehr die Verbindlichkeit auflegen, den Bauernstand und das Gewerbe ihrer Eltern nicht zu verlassen, noch sie verhindern, sich außerhalb des Bauerngutes niederzulassen. Aufgehoben wurde schließlich das unter den verschiedenen Benennungen von Sterbfall, Besthaupt, Curmede, sowie überhaupt unter dem Namen des mortuarii bekannte Recht, einen Antheil an dem Mobilarnachlasse der Frau eines verstorbenen Bauern zu verlangen und an der Erbfolge in die Mobilien, das Vieh und die Baarschaft des Bauern selbst Theil zu nehmen.

Allein die bisherigen Herren behielten das Obereigenthum und alle diejenigen Rechte, welche nicht von der Leibeigenschaft abhängig waren, sondern in Abgaben und Verbindlichkeiten bestanden, die mit der Konstitution verträglich und als Preis der Ueberlassung des nutzbaren Eigenthums betrachtet wurden, namentlich die Zinsen, Renten, Zehnten, Geld- und Naturalabgaben, ja selbst die Verbindlichkeit, für den bisherigen Herrn zu arbeiten und zu fahren, vorausgesetzt, daß die Anzahl der Tage und der Umfang der Arbeit entweder durch die Ueberlassungsurkunde oder sonstige in die Heberegister eingetragene Anerkennungen und Erklärungen bestimmt war. Diese bestehenbleibenden Grundgerechtsame konnten aber, wo es gewünscht wurde, abgelöst werden. Nur die Gemeindedienste oder sogenannte Kommunal-Frohnen, welche blos den Nutzen der Gemeinden bezweckten, desgleichen die unter dem Namen von Burgfesten- und Landfrohnen zum Bedürfnisse des Staates zu leistenden Dienste wurden nicht aufgehoben.

Bald genug stellte es sich indessen heraus, daß die Bauern die ihnen gewährten Erleichterungen mißbrauchten, und nicht nur die blos persönlichen und unbestimmten, sondern auch die aufrechterhaltenen Verbindlichkeiten zu erfüllen sich weigerten, so daß für die Gutsbesitzer ein bedeutender Nachtheil daraus zu entstehen drohte, indem kurz vor der Ernte des Jahres 1808 diejenigen Arbeiter, deren sie sich bisher dazu zu bedienen pflegten, abzugehen Miene machten. Daher erfolgte am 5. August genannten Jahres die neue Anordnung, daß die Hand- und Spanndienste, welche bisher die

Dienstpflichtigen behufs der Ernte geleistet hatten, auch in diesem Jahre provisorisch zu leisten seien, vorbehaltlich der Bezahlung der Dienste und selbst des Ersatzes des den Dienstpflichtigen verursachten Schadens und entgangenen Gewinnes, im Falle sie bei gerichtlicher Entscheidung, welche in jedem Falle angerufen werden sollte, zur Leistung nicht verbunden gewesen sein sollten. Wichtig für die Bewirthschaftung der sämmtlichen Grundstücke wurden die Königlichen Dekrete über das Jagdrecht, indem die ausschließliche Berechtigung der privilegirten Klassen durch die Bestimmung, daß die Ausübung der Jagd, bezw. das Recht dieselbe zu verpachten, mit dem Eigenthum der Grundstücke verbunden sein solle, von selbst aufhörte. (6. Februar 1808 und 14. Februar 1809.)

Die Allodifikation der Lehengüter folgte am 28. März des Jahres 1809, ohne Unterschied, ob die Lehnherrschaft oder Herrlichkeit bisher „Unserer Krone oder Privatpersonen" zustand, oder ob sie „unmittelbare oder Afterlehen" waren. Alle im Umfang des Königreichs gelegenen Lehen wurden in völlig freies Eigenthum verwandelt, so daß sie von der Belehnung, den Belehnungsgebühren, Laudemial- und Konsensgeldern, wie auch von dem Heimfallsrechte gänzlich befreit sein sollten, ja sogar die Besitzer solcher allodifizirter Güter sie veräußern konnten. Allein die auf den sogenannten Zinslehen haftenden Grundzinsen sollten nach wie vor dem Lehenherrn gezahlt oder abgelöst werden. Die Rechte der Lehnsuccession sollten im Allgemeinen aufgehoben sein, aber dennoch für die Nächstberechtigten dieselben noch einmal in Wirksamkeit treten dürfen. Die Erlaubnißertheilung zur Bildung von Majoraten und Fideikommissen behielt sich der König vor.

In den Städten waren in Folge der Einführung der Patentsteuer die Zünfte, Gewerke und Juranden aufgehoben worden. Das Vermögen und die Schulden derselben wurden vom Staate in Verwaltung genommen (22. Januar 1809). Die Personalabgabe, welche von den nicht angesessenen Einwohnern (Häuslingen, Kossaten u. s. w.) für den ihnen geleisteten Schutz unter den Namen von Schutzgeld, Beirauchschatz, Heuerlingsgeld, Einliegerecht, Beiwohnerrecht u. s. w. bisher zu entrichten war, wurde ebenfalls aufgehoben (16. Mai).

Die gesetzliche Geltung des Code Napoleon in Westphalen hatte mit dem 1. Januar 1808 begonnen. „Es ist ein großes Wort",

hieß es in Winkopps Rheinischem Bund*), „welches der Kaiser den Spaniern sagte: so wie es nur einen Gott giebt, muß es auch nur eine Justiz im Staate geben. Niemand kann die Wohlthat dieser Einheit der Rechtspflege besser empfinden, als der Bewohner derjenigen Staaten und Lande, aus denen das Königreich Westphalen zusammengesetzt ist. Wo konnte sie wohl verwickelter und abweichender sein, als in manchen deutschen Staaten, wo jeder Stand seine eigne Justizbehörde hatte? Der Bauer und der Adel, das Militär und die Geistlichkeit, jeder hatte seinen eignen Gerichtshof, wo er Recht nahm und gab. In manchen Ländern war die Kompetenz der verschiedenen Gerichtshöfe gegeneinander so komplizirt, daß beständige Streitigkeiten unter den Gerichtshöfen darüber entstanden und manche Partei über die Kompetenz sich müde prozessirt hatte, ehe die Sache selbst noch ihren Anfang genommen."

So verworrenen Verhältnissen gegenüber mußte in der That die Einführung der französischen Gerichtsverfassung, des französischen Prozeßverfahrens und der französischen Gesetzbücher als ein Fortschritt erscheinen. Die gleichzeitige deutsche Literatur über die Einführung des Code Napoleon in Westphalen ist sehr groß, und es ist fast keine Stimme eines Juristen darunter, die nicht voller Bewunderung für das neue Recht gewesen wäre. Gleichwohl verblüffte die Plötzlichkeit, mit der die Gültigkeit eines Gesetzbuches beginnen sollte, wovon die meisten Richter Westphalens Ende 1807 noch kein Exemplar in Händen hatten. Eine deutsche Uebersetzung erschien „bei der noch zum größten Theil im Lande herrschenden Unkunde der französischen Sprache" als höchst nothwendig. Auf eine dahin an den Minister Simeon gerichtete Anfrage machte derselbe auf zwei Uebersetzungen von Daniels und Lassaux aufmerksam. Beide könnten nach Belieben gebraucht werden, doch solle derjenigen im einzelnen Falle der Vorzug gegeben werden, welche nach der Kenntniß des Richters von der französischen Sprache ihm am getreuesten den Sinn des Originaltextes im Deutschen wiederzugeben schiene.**) Eine offizielle Uebersetzung, welche unter Aufsicht Simeons von westphälischen Rechtsgelehrten, von Leist u. A., verfertigt und bei Levrault in Straßburg

*) 33. Heft. S. 440.

**) Erlaß d. d. 14. Juni 1808, im Staatsarchiv zu Marburg.

gedruckt wurde, erhielt durch königliches Dekret vom 21. September 1808 alleinige Rechtsgültigkeit neben der französischen Ausgabe.

Als aufgehoben erklärt wurden in Folge der Einführung des Gesetzbuchs Napoleons alle diejenigen römischen, kanonischen und ehemaligen deutschen Reichsgesetze, wie auch die besondern Gesetze und Verordnungen der Länder, aus welchen das Königreich bestand, ferner die allgemeinen oder örtlichen Observanzen und Gewohnheiten, Statuten und Vorschriften, — welche Gegenstände betrafen, worüber der Code Verfügungen enthielt. Eine Reihe von besondern Gesetzen mußte zur Regelung der Justizpflege in Westphalen neben dem Code erlassen werden. Die Fruchtbarkeit der westphälischen Periode an Ministerialverordnungen, königlichen Dekreten und Gesetzen ist überhaupt erstaunlich. Das amtliche Bulletin des lois enthält keineswegs alle diese Verordnungen; die Ministerialerlasse sind gänzlich von ihnen ausgeschlossen und sind meist im Moniteur publizirt. Aber auch die königlichen Dekrete sind nicht regelmäßig aufgenommen; es herrschte in der Redaktion der westphälischen Gesetzsammlung anscheinend eine große Unordnung, und die Kontrolle von oben fehlte. Die deutsche Uebersetzung, welche den einzelnen Gesetzen, Dekreten u. s. w. gegenüber gedruckt wurde, ist oft ungenau, sodaß in der That eine Erklärung des Justizministers vom 12. Januar 1811 nothwendig wurde, in der es hieß, „daß der französische Text der einzig offizielle und der deutsche Text nicht mehr als eine offizielle Uebersetzung ist und daß im Falle von Verschiedenheiten, Undeutlichkeiten oder Streitigkeiten immer der französische als Gesetz befolgt werden muß".

Die neue Gerichtsverfassung wurde durch Dekret vom 27. Januar 1808 eingeführt. In Cassel wurde ein Appellationsgericht eingesetzt, aus 26 Richtern, 3 Präsidenten, 1 Generalprokurator und 2 Substituten bestehend. 8 Kriminalgerichte in den einzelnen Departements wurden an den Hauptorten errichtet, ausgenommen im Ockerdepartement, wo es zu Wolfenbüttel, und im Weserdepartement, wo es zu Herford seinen Sitz bekam. Diese Kriminalgerichte bestanden aus 1 Appellationsgerichtsrath als Präsidenten, 2 Richtern, 1 Generalprokurator und beliebig vielen jüngeren Beisitzern, welche eventuell das Amt von Substituten des Generalprokurators wahrnehmen konnten. In jedem Distrikt wurde ein Tribunal erster Instanz eingerichtet, bestehend aus 1 Präsidenten, 5 Richtern und 1 könig-

lichen Prokurator, an deren Stelle eventuell Beisitzer treten konnten, welche mindestens 25 Jahre alt sein mußten.

Die Distriktsgerichte erkannten in erster und letzter Instanz in allen Schuldforderungen und solchen Klagen, welche bewegliche Sachen betrafen, bis zu dem Werthe von 1000 Francs an der Hauptsumme, bei unbeweglichen Sachen aber, wenn der Hauptgegenstand bestimmt 100 Francs an jährlichen Renten oder Pachtgeldern ausmachte. In allen übrigen Sachen war Appellation nach Cassel zulässig. Dasselbe war bei den ebenerwähnten Kriminalgerichten der Fall, so lange bei denselben noch keine Geschworenen fungirten. Diese wurden durch Gesetz vom 19. August 1808 eingerichtet. Die Geschworenen wurden auf Grund der von den Präfekten eingereichten Listen aus angesehenen Bürgern, über 30 Jahr alt, genommen. Zu jeder Session wurden aus 36 vom Präsidenten der peinlichen Gerichtshöfe präsentirten Geschworenen je 12 immer ausgewählt und zwar derart, daß dem Generalprokurator sowohl wie dem Angeklagten das Recht zustand, je 9 zu verwerfen. Die Ausgewählten waren bei Strafe zum Erscheinen zur Sitzung verpflichtet; Fehlende ersetzte der Präsident durch das Loos. An die Tribunale erster Instanz konnte aus jedem Kanton von den Friedensgerichten appellirt werden, welche die niedere Gerichtsbarkeit hatten. Der Friedensrichter als Einzelrichter war eine angesehene, auch meist politisch einflußreiche Persönlichkeit in seinem Kanton. Er hatte viele Geschäfte der ehemaligen Amtmänner und Stadtmagistrate zu vollziehen. — Die Literatur über die Handhabung des Friedensrichterdienstes, welche in den folgenden Jahren in Westphalen erwuchs, beweist, daß wichtige und populäre Funktionen mit diesem Amt verbunden waren.

Eine große Zahl von gerichtlichen Geschäften war bisher von den Regierungsbehörden, Kanzleien, Offizialaten und Konsistorien vollzogen worden. Dieselben hörten nun auf, ebenso wie die ganze Patrimonialgerichtsbarkeit. Die Offizialate und Konsistorien, ebenso die Generalvikariate blieben als solche zwar bestehen, hatten aber nur mehr über die Erhaltung der Kirchendisziplin und über die Verwaltung der Kirchengüter und Almosengelder zu wachen, ferner die Prüfungen der Fähigkeiten derjenigen Personen anzustellen, die sich dem geistlichen Stande widmen wollten; als Gerichtshöfe hörten sie auf zu fungiren. Vom 1. März 1808 an traten alle diese

Bestimmungen in Kraft. Ein Spezial-Appellationsgericht in Handelssachen wurde am 8. August 1808 in Braunschweig eingesetzt. Mit dem 1. März nahm auch das Plaidiren, der mündliche Vortrag vor Gericht, seinen Anfang. Der „Rheinische Bund" bemerkte darüber:*) „Das Ungewöhnliche dieser Erscheinung in deutschen Gerichtshöfen mochte wohl anfangs am meisten zurückstoßen. Inzwischen wird eine nähere Bekanntschaft mit der Sache gewiß die Meisten mit diesem Verfahren aussöhnen. Es ist ein unverkennbarer, ganz unschätzbarer Vortheil damit verknüpft, den man beim bisherigen Prozeßgange selbst im Preußischen, wo ja zum Theil schon das mündliche Verfahren existirte, nur zu sehr vermißte, nämlich daß das Schicksal der Sache fast einzig von der Ansicht der Referenten abhing. Auch der rechtschaffenste Mann kann irren, auch der geschickteste eine schiefe Ansicht der Sache fassen, und dieser gerade wird sie am ersten durch seinen gewandten Vortrag seinen Kollegen mittheilen; anderer Menschlichkeiten, deren Einfluß doch nahe lag, nicht zu gedenken. Wenn das ganze versammelte Kollegium den Hergang der Sache nebst allen Gründen für und wider aus dem Munde der Parteien oder ihrer Sachwalter selbst vernimmt, so ist alle desfallsige Besorgniß gehoben."

In den „Darstellungen aus meinem Leben und aus meiner Zeit",**) welche der Freiherr K. von Strombeck hinterlassen hat, der zuerst Präsident des Gerichts erster Instanz zu Eimbeck, dann später zweiter Präsident am neubegründeten Appellationsgericht zu Celle und Staatsrath zu Cassel wurde, ist des allmäligen Sicheinlebens der deutschen Juristen in das französische Recht und die französische Prozeßordnung gedacht. Letztere war für bürgerliche Sachen mit einigen Modifikationen durch Gesetz vom 16. August 1808 eingeführt worden und umfaßt in dem Bulletin des lois 220 Seiten. Fortsetzungen folgten noch am 29. Januar und 15. Juli 1809. Die peinliche Prozeßordnung datirt vom 19. August des Jahres 1808 und umfaßt 83 Seiten.

Charakteristisch für die Stellung des westphälischen Staats zu dem Judenthum ist die Einführung einer Vermahnung des Richters

---

*) 33. Heft, S. 441.

**) II. Bd. S. 1—14, 99 ff.

an jüdische Parteien bei Ablegung des von ihnen geforderten Eides. Diese Vermahnung oder Warnung vor dem Meineide war vom jüdischen Konsistorium entworfen und wurde mit in das Königliche Dekret vom 27. März 1809 aufgenommen, welches die Art und Weise bestimmte, wie bei den Eiden der Juden zu verfahren sei: Mit bedecktem Haupte, die Hand auf einem hebräischen Exemplare der Bücher Mosis, welches das Konsistorium dem Appellationshofe, den Kriminalgerichtshöfen und jedem Tribunal erster Instanz zu diesem Zweck zu liefern hatte, — durften die Juden eine vorgeschriebene Eidformel schwören. In der mehrere Seiten langen Warnung vor dem Meineide hieß es:

„Jeder ist schuldig, der Obrigkeit die Wahrheit zu sagen; begehrt sie es, so muß man sogar seine Behauptung mit dem Eide bekräftigen. Derjenige Israelit also, welcher die Macht der christlichen Obrigkeit in jener Hinsicht bezweifeln oder etwa wähnen wollte, ihn bände nur ein solcher Eid, welchen er in die Hände eines Rabbiners oder eines Lehrers seiner Religion leistete, würde die Staatsgewalt verkennen; er würde sich dem Gehorsam entziehen, den er dem Könige und dem Gesetze schuldig ist, er würde gewaltsam eine Verbindung auflösen, deren Beibehaltung ebenso sehr sein Vortheil als seine Pflicht erheischt; er würde sogar eines Verbrechens gegen seine Glaubensgenossen sich schuldig machen, denn er lüde den Verdacht auf sie, als widerstrebten sie feindselig der Beobachtung der allgemeinen Gesetze."

Als Verwalter der freiwilligen Gerichtsbarkeit im Königreich Westphalen wurden durch ein umfängliches Dekret vom 17. Februar 1809 die Notare bestellt, welche je nach der Größe ihres Amtskreises, eines Tribunals- oder Friedensgerichtsbezirkes, in Notare erster und zweiter Klasse zerfielen. Die von ihren Verrichtungen und Pflichten handelnde Notariatsordnung ist ebenso wie das auf die Einrichtung des Hypothekenwesens bezügliche am 22. September erlassene Dekret Gegenstand häufiger Kommentationen und Verarbeitungen zu Handbüchern für den praktischen Gebrauch geworden.

Schließlich auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit erhielt (am 20. Mai 1809) ihre Regelung, indem ein sorgfältiges Reglement über die vor den Staatsrath zu bringenden streitigen Sachen, bez. Kompetenzkonflikte, zwischen verschiedenen Verwaltungsbehörden und

das dabei einzuhaltende Verfahren durch königliches Dekret aufgestellt wurde.

Es waren dieses alles Einrichtungen, welche in der Logik ihrer Formulare und in ihrer praktischen Gesetzmäßigkeit sich in Frankreich wohl bewährt hatten, Einrichtungen, durch welche thatsächlich Frankreich der deutschen Verwaltung, speziell der Kleinstaaten, aber auch der Preußens, noch lange voraus marschirt ist, wovon es aber doch fraglich war, ob sie damals so ohne Weiteres auf das Königreich Westphalen übertragbar waren. So gute Gesetze, wie dieses ephemere Reich, hat selten ein Land erhalten; alles hing von der Ausführung derselben ab. Die Ausführung ließ aber viel zu wünschen übrig, vor allen wirkte die Einmengung der Polizei in Sachen der Justiz und Verwaltung, die Angeberei und das Spionagesystem, dessen kein napoleonischer Staat entbehren zu können glaubte, demoralisirend.

Es ist schon oben der Einsetzung einer Generaldirektion der sogenannten hohen Polizei gedacht worden. Die Buchdruckereien und Buchläden, die Redaktion und der Umlauf der Journale und anderer periodischer Blätter wurden 1½ Jahre lang, vom 18. September 1808 an gerechnet, unter Aufsicht des Generaldirektors gestellt, welche Stelle damals Herr von Bercagny, später der Oberst Bongars bekleidete. Allerlei Zwistigkeiten und Uebergriffe der Polizei in die Ressorts des Finanz-, Justizministers und des Ministers des Innern fielen vor. Simeon trat sehr energisch gegen die Polizeichefs auf, besonders wegen der von deren Untergebenen gegen das Publikum geübten Patentchikanen. Er berichtete darüber am 28. Februar 1809 an den König: „Euer Majestät hat die Attribute des Polizeipräfekten mit der Generaldirektion verbunden, aber die Vermuthung scheint nicht richtig, daß durch diese Vereinigung E. M. die Rechte, welche Sie formell durch das Gesetz über die Patente hat abschaffen lassen, hätte konserviren oder implicite wiederherstellen wollen. Die Polizei hat nicht das Recht, einem patentirten Kolporteur zu erlauben oder zu verbieten, seine Waare zu verkaufen. Das Patent, welches er gekauft hat, giebt ihm dieses Recht. Die Polizei hat nur das Recht, diese Leute zu beaufsichtigen, daß sie nichts gegen die Gesetze verkaufen, oder was der Sitte oder der Gesundheit schädlich ist. Aber sie hat nicht das Recht, wenn alles in Ordnung ist, sich noch Erlaubnißgelder zahlen zu lassen."

Ebenso geriethen die Präfekten mit den Polizeikommissaren in Streit. Der Präfekt des Fuldadepartements beklagte sich am 24. August 1809, daß die „Hohe Polizei“ sich herausnahm, liederliche Weiber zur Gefängnißstrafe im Maison de la force förmlich zu verurtheilen, und ihnen einen „Willkommen“ von 30 Ruthenhieben ertheilen zu lassen. Kein königliches Dekret, stellt er vor, autorisirt die Polizei, Strafen von dieser Natur anzuordnen, indem sie damit einen Eingriff in die Jurisdiktion der Tribunale erster Instanz als korrektionellen Gerichtshofs oder in diejenige der Munizipalgerichte sich erlaube.

Diese letzteren Gerichte, Polizeigerichte in den Munizipalitäten, welche seit dem 6. August 1808 eingeführt worden waren, unterstanden nicht der hohen Polizei; sie hatten über alle Vergehen zu erkennen, worauf das Gesetz keine höheren Strafen als eine Geldbuße von 20 Francs oder achttägiges Gefängniß verhängte. Fast lächerliche Kompetenzkonflikte erhoben sich zwischen diesen Gerichten, sowie zwischen der regelrechten Munizipalpolizei und der hohen Polizei; so z. B. ob die Erlaubniß, wilde Thiere in einem Ort zeigen zu dürfen, von dieser oder jener Behörde zu ertheilen sei.

Das Berliner Geheime Staatsarchiv bewahrt die Korrespondenzregister der Präfektur bezw. der Generaldirektion der Casseler hohen Polizei, vom 7. März 1809—1813 reichend, in 21 Bänden Großfolioformates. Wir begegnen darin unter Andern Böhmer als Generalkommissar der westphälischen Polizei in Heiligenstadt, jenem Böhmer, welcher 1792 die Mainzer Republik mit begründen half und als Sekretär Custines fungirte. Sehr lehrreich sind ferner im Geheimen Staatsarchiv aufbewahrte handschriftliche „Anmerkungen“ von Dr. Caspari über Briefe und Berichte, die im Bureau des Generalkommissars Moisez in Magdeburg 1813 von den Verbündeten aufgefunden wurden. 39 besoldete Agenten der Geheimpolizei werden darin als Untergebene des Magdeburger Kommissariats aufgeführt, welche indessen zugleich auch den Verwaltungsbehörden daselbst bekannt und untergeordnet waren. Meist waren es Deutsche.

Der Rektor einer Handelsschule, Lehmann zu Magdeburg, welcher den „Beobachter an der Elbe“ herausgab, war einer der gefährlichsten dieser Agenten. Caspari, welcher offiziell mit der Untersuchung obiger Schriftstücke betraut worden war, sagt über ihn:

Unter allen geheimen Agenten der Polizei sei er die feindseligste Natur gewesen, „mit gewandtem Geist, zu allem zu gebrauchen". — Er suchte verschiedene Unteragenten in gelehrten Kreisen, speziell unter Schulmännern zu werben, aber erhielt hier öfters Körbe. Er verstieg sich sogar soweit, Vorschläge zu einem organisirten Bureau für Denunciationen von Dienstboten gegen ihre Herrschaften zu machen, Vorschläge, welche der Generalsekretär der Präfektur, Wilhelm, vereitelte. Neben Lehmann war ein Baron Holbein in Magdeburg Vermittler zur Werbung mancher Polizeiagenten, die übrigens nur eine kärgliche Besoldung, 6 Thlr. monatlich, erhielten. Interessant ist der Wortlaut der Schwurformel, den diese Leute leisten mußten. Ein ehemaliger Klosterkoch, Grosheim zu Magdeburg, wurde vom Maire Graf Blumenthal daselbst am 20. September 1808 folgendermaßen vereidigt:

„Ich schwöre mit Ueberlegung, gutem Vorbedacht und freiem Willen, daß ich laut der vom Herrn Maire mir gegebenen Vokation und Instruktion Sr. Königlichen Majestät Hieronymus Napoleon von Westphalen, dem Staate und der Stadt Magdeburg treu und gewissenhaft dienen, ohne Liebe und ohne Haß alle mir bekannt werdenden Verbrechen gegen den König, gegen die Ruhe des Staats und gegen die Sicherheit und das Eigenthum jedes einzelnen Bürgers sogleich anzeigen und mich mit Klugheit auf Entdeckung solcher Verbrechen legen, auch Niemandem weder schriftlich noch mündlich etwas von dem Dasein dieser geheimen Anstalt niemals nicht reden will, so wahr mir Gott helfe und ich selig zu werden wünsche." Ein paar Wochen darauf bedauerte derselbe Grosheim, daß er sein Gehalt fast umsonst beziehe, da er nichts helfen könne. Er werde bei stattgefundenen Angebereien immer mit den Angeschuldigten konfrontirt, so daß das heimliche fortfalle, sein Signalement sei in der ganzen Stadt bekannt. — Man sieht, wie ungeschickt das wenig rechtliche Geschäft betrieben wurde. Die Achtung des Publikums vor diesen Geheimpolizisten war begreiflich nicht sehr groß. Ein gewisser Müller, der französische Stunden in Magdeburg gab und sich kümmerlich durchschlagen mußte, erklärte den Gendarmen, welche ihm das Sekretariat der geheimen Polizeidirektion antrugen, daß er nicht „General-Spitzbube" werden wolle. Das Walten und Wirken zog sich auch in die Freimaurerloge hinein; die Ueberwachung eines

Verdächtigen, der Freimaurer war, mußte durch einen ebensolchen stattfinden.

Lehmann pflegte minderverständigen Agenten vorzureden, daß er ihre Nachrichten, Berichte u. s. w. für seine Zeitung, „den Beobachter", brauche. Der obengenannte Holbein, welcher angeblich als Sprachmeister in Magdeburg lebte, aus Wien gekommen und Schwiegervater der Gräfin Lichtenau war, wurde von Lehmann scharf beobachtet; es scheint, als wenn ein Agent überhaupt den andern beobachtete. Lehmann suchte auch zugleich mit der preußischen Polizei anzuknüpfen, hatte Spione in Burg, ohne daß der Erfolg von deren Bemühungen gerade groß war. Der Zweig der geheimen Polizeidirektion zu Magdeburg, welchem der Agent Lehmann vorstand, hatte regelmäßige Monatsberichte an den Maire zu machen, in welchen auch hie und da Wünsche des Volkes erwähnt werden. So bezeichnete Lehmann im Dezember 1808 als einen derselben die Beibehaltung der Zunftrechte, soweit deren Erwerbung viel Aufwand verursacht habe, so bei den Schiffern, Fischern, Balbierern und Apothekern. Hie und da nahm der genannte Agent auch einmal eine einzelne Persönlichkeit in seinen besonderen Schutz, so den Pfarrer Blühdorn von der H. Geistkirche, der von andern Agenten angezeigt worden war. Ein geharnischter Bericht über die schlechte Aufführung französischer Offiziere in den öffentlichen Häusern durfte gewagt werden. Im Februar 1809 berichtete er: „Das Volk schreibt die ihm nicht behaglichen Einrichtungen, z. B. die Besitznahme der Innungshäuser, die Erhöhung des Postgeldes, die Kopf- und Patentsteuervertheilung, dem Herrn Minister von Bülow zu. Niemand wagt es, aus Furcht angezeigt zu werden, seine Gesinnungen gegen Staat und König laut werden zu lassen." Gegen den Generalkommissar Moisez wird derselbe Maire Graf Blumenthal, an den Lehmann eben berichtet hatte, wegen seiner mehr französischen als westphälischen Gesinnung getadelt. Moisez selbst wurde vom Präfekten Graf Schulenburg-Embden als tüchtig und human gerühmt.

Der Justizminister Simeon suchte die Thätigkeit der geheimen oder hohen Polizei in die besten Wege zu leiten, indem er (31. Oktober 1809) den Generalkommissaren empfahl, sich mehr auf die Loyalität und den Eifer gewisser Friedensrichter, Maires oder anderer intelligenter Beamten, welche der Regierung anhänglich wären, zu

verlassen, wenn sie uninteressirte und vertrauenswürdige Nachrichten erhalten wollten. Nachrichten von solchen Persönlichkeiten würden moralischer und weniger verdächtig als die von besoldeten Agenten sein, deren Namen allein ein Schrecken für die westphälischen Unterthanen sei. — Er warf demnach die Frage auf, ob diese Agenten überhaupt nothwendig seien. Ob, wenn dieselben nothwendig seien, ihre Zahl nicht bedeutend übertrieben sei, besonders „in der gegenwärtigen Zeit, in welcher der Friede in Deutschland großentheils die Fermente der Agitation im Königreich Westphalen neutralisiren müsse". — Mit Recht fügte Caspari diesem Briefe hinzu, daß er zur Charakterisirung des „hier wie überall wackern, rechtlichen, umsichtigen und über allen westphälischen Ministern erhabenen Justizministers" diene.

Die Handhabung der hohen Polizei wurde nach Aufhebung der Generaldirektion den Präfekten der einzelnen Departements unterstellt (14. Oktober 1809), Bercagny blieb Polizeipräfekt für Cassel. Die Bedeutung seines Nachfolgers, Bongars, wurde von Caspari überschätzt, wenn er emphatisch ausruft: Wer kennt diesen furchtbaren, an der Spitze der geheimen und hohen Polizei stehenden, Namen nicht? — Er war nicht furchtbar, er war ungeschickt, wie wir später sehen werden.

Der Generalkommissar Moisez aber theilte die Ansicht Simeons. Er hielt nicht viel von den geheimen Agenten, sondern wollte sich in Zukunft mehr auf die Friedensrichter und Maires verlassen, brauchte aber auch ferner immerhin einige der oben charakterisirten Subjekte, speziell fürs rechte Elbufer, wo General von Hirschfeld, Gouverneur von Brandenburg, Schwager des Präfekten von Schulenburg-Embden, Gegenstand einer besondern Sorgfalt der westphälischen Polizei war, weil er im Rufe eines großen Franzosenfeindes stand.

Englische Waaren aufzuschnüffeln, war ebenfalls eine der Aufgaben der geheimen Polizei. Am 30. November 1809 berichtet Moisez darüber, daß Waaren gedachten Ursprungs ungestört die Elbe herunterkämen. „Ich weiß positiv", fährt er fort, „daß man in Westphalen ebensoviel davon wie in Preußen absetzt". Er berühmt sich dabei seines guten Verhältnisses zum preußischen Polizeipräsidium. Später, als die Stelle des Maires in Magdeburg vakant wurde, schlug er dem Justizminister — wie es scheint unauf-

gefordert — den bisherigen Adjunkten Nöldechen dazu vor. „In dieser Zeit des Geldmangels und wo die öffentlichen Lasten so groß sind", sagte er, sei es schwer, Jemanden für diesen verantwortungsvollen Posten zu finden.

Zur Zeit der Schillschen Expedition ins Westphälische bewährte sich die Polizei sehr schlecht. Es wird an anderer Stelle hiervon die Rede sein. Hier sei noch erwähnt, daß die polizeiliche Thätigkeit, speziell das Ueberwachungswesen, durch die seit dem 17. Juni 1808 eingeführte Freizügigkeit erschwert wurde. Das bis dahin im Innern des Königreichs Westphalen geübte Recht der Nachsteuer und des Abzuges oder Abschosses, welches auf diejenigen Unterthanen angewandt wurde, die von einem Orte zum andern verzogen und ihr Vermögen mit sich führten, war abgeschafft worden. Freilich mußte nach einem anderen Dekret (vom 7. November 1808) „jeder Westphale, welcher 18 Jahre alt ist und sich im Innern des Königreichs über 16 Stunden von seiner Gemeinde entfernt, einen vom Maire der besagten Gemeinde ertheilten Paß bei sich führen."

Das öffentliche Verkehrs- und Fuhrwesen, welches damals ausschließlich Sache der Posten war, erhielt eine neue Organisation am 11. Februar 1808. Du Casse erzählt:*) Die Postbureaus des ehemaligen Kurfürsten von Hessen, welche derselbe in Frankfurt, Gießen, Stadt Bergen und Grüningen in Hessen-Darmstadt hatte, wollte Jerome beibehalten haben. Aber der Fürstprimas und der Großherzog von Hessen widersetzten sich. Ende 1807 hatte Ersterer alle Briefe in Frankfurt wegnehmen lassen. — Ein Generaldirektor, Pothau, und ein großer kostspieliger Beamtenapparat wurde in Westphalen für nöthig erachtet. Dabei wurden viele Befreiungen von der Zahlung der Posttaxen gewährt. Ein einheitlicher Tarif für die Beförderung von Briefen, Baarschaften und Waaren, von Personen, mit Posten und Extraposten, folgte am 31. Oktober 1808. Das war gegen die vielen unter sich verschiedenen, das Publikum verwirrenden Verordnungen, welche von den einzelnen preußischen, sächsischen, hessischen, hannoverschen und anderen in den Besitzungen der im Königreich Westphalen vereinigten Provinzen eingeführten Posten ergangen waren, scheinbar ein großer Fortschritt. Aber, wie

*) Mem. III, S. 152 ff.

Stephan in seiner „Geschichte der Preußischen Post“*) den Finanzminister Bülow sagen läßt, überstiegen diese Posttaxen um vieles alle andern in Europa. Außerdem waren die westphälischen Posten langsam. Eine unglaubliche Schreiberei war mit dem Dienst derselben verbunden. 256 Postbureaus fertigten jährlich gegen 40000 Berichte, Etats, Bordereaux u. s. w. an. Da auch Westphalen anfänglich den Transitverkehr verweigerte, wurde in Folge dieser Mißstände auch der Ertrag aus den Posten gering; sie, die früher nach Bülows Versicherung 900000 Francs eingebracht hatten, warfen 1809 nahezu nichts mehr ab.

Die regierenden Fürsten von Anhalt, deren Land als Enklave recht mitten in Westphalen lag und von Jerome immer als Vergrößerungsobjekt ersehnt wurde, mußten ihr Postwesen gezwungenerweise an Westphalen abtreten, ebenso, wie Du Casse sagt, zwei andere kleine benachbarte Herzogthümer. Ende 1808 wurde ein Projekt des Fürsten von Turn und Taxis von Napoleon begünstigt, wonach Austauschstellen zwischen französischen und deutschen Posten in Straßburg-Kehl, Worms-Mannheim, Mainz-Wiesbaden, Coblenz-Ehrenbreitstein, Köln-Deutz und Neuß-Düsseldorf hergestellt wurden. Letzte beide gehörten allerdings der Großherzoglich Bergischen und nicht der Taxisschen Post an. Westphalen konnte seine zahlreiche französische Korrespondenz nur durch diese nicht in seinen Händen befindlichen Zwischenstationen nach Frankreich gelangen lassen. Postkonventionen mit dem Großherzogthum Berg, andererseits mit Preußen verhinderten nicht das Oeffnen der Briefe, welches in Westphalen, wie wir später aus kompetentester Quelle hören werden, systematisch betrieben wurde.

Der Moniteur durfte portofrei im ganzen Königreich cirkuliren. Die Generaladministratur der Posten hatte ausschließlich den Vertrieb aller in- und ausländischen Journale und periodischen Blätter, so daß also von einem Abonnement auf Zeitungen und Zeitschriften, welche nicht in das Lob der neuen Zustände einstimmten, nicht die Rede sein konnte.

*) Berlin 1859, S. 353 ff.

Fünfter Abschnitt.

Auswärtige Angelegenheiten und Berichte auswärtiger Gesandten über das Königreich.

Jerome hielt es für nöthig, bei den hauptsächlichsten europäischen Mächten durch Gesandte vertreten zu sein. In dieser Hinsicht stieß er bei Napoleon oft auf Anschauungen, welche eine besondere westphälische Politik von vornherein unmöglich machten. So theilte ihm der Kaiser in einem Briefe vom 7. Dezember 1807 aus Venedig, womit er zugleich zwei Schreiben der Kaiserin von Rußland übersandte, mit, daß er eines dieser Schreiben, welches an Jerome gerichtet war, geöffnet habe. „Ich habe mir nicht dieselbe Freiheit mit Bezug auf den andern Brief erlaubt, welcher an die Prinzessin, Jeromes Gemahlin, gerichtet ist, weil ich glaube, daß derselbe nichts Wichtiges enthält. Ihr Minister kann mir in Petersburg nur insoweit nützen, als er sich meinen Interessen attachirt und vollständig meinem Gesandten sich unterordnet." Jerome, verstimmt, wie er ohnehin durch die finanziellen Verhältnisse des Königreichs war, bat am 12. Januar 1808 den Kaiser, unter diesen Umständen ihm die Regierung Westphalens zurückgeben zu dürfen.

„Euer Majestät weiß, daß mein größtes Glück darin bestehen würde, bei Ihnen zu leben, und daß ich mich niemals besser befinden würde und größer dastehen würde, als wenn ich in der Umgebung Ihrer Person als französischer Prinz verweilen dürfte. Euer Majestät weiß auch, daß ich niemals das Königreich Westphalen erstrebt habe." Trotz dieser Versicherungen machte es dem jungen Monarchen doch Freude, als er am 1. Januar desselben Jahres einen Brief vom Herzog von Braunschweig-Oels erhalten hatte, welcher nach dem

Tode seines Vaters die Anwartschaft auf dieses Herzogthum hatte, jetzt aber für einen Vetter von Braunschweig-Beveren — der Kommendator des Stifts Supplingenburg gewesen und aus dieser Pfründe ausgetrieben war — „in Ausdrücken der Bewunderung und tiefen Respekts" bei Jerome sich verwandte. Napoleon entschied in diesem Falle, daß Jerome gar nicht antworten solle, da der Herzog sich nicht des Ausdrucks „Unterthan" bedient habe. Nach Paris schickte Jerome mit Brief vom 14. Februar den Grafen Wintzingerode, welcher talentvoll und dem Kaiser bekannt war, aber für intriguant galt. „Ich brauche ihn um so mehr", schrieb Jerome, „weil Deutschland ärmer an hierfür in Betracht kommenden Männern ist, als man denkt." Vom König von Preußen bemerkt Jerome am 13. März, daß er ihm seine Thronbesteigung angezeigt habe, worauf derselbe ihm einen Privatbrief geschrieben und darin den Wunsch ausgedrückt habe, „daß wir sobald als möglich zwischen uns die Beziehungen herstellen, deren Bestehen — erwünscht." Da Jerome sich dem König von Preußen gegenüber als eine unendlich überlegene Macht betrachtete, ging er nur zögernd auf dessen Anerbieten einer beiderseitigen diplomatischen Vertretung ein, welche begreiflich gerade zwischen diesen beiden Ländern nöthiger war als irgendwo anders, indem fortlaufende Geschäfte durch die Wahrnehmung der Interessen der Unterthanen in den westphälisch-preußischen Grenzprovinzen auf beiden Seiten zu erledigen waren.

Nach Wien war ursprünglich ein Herr von Merveldt bestimmt, welcher aber nicht die Billigung Napoleons fand; dieser rieth seinem Bruder vielmehr einen Franzosen zu schicken, da es gelte, das Prestige des deutschen Reichs in den Augen der Menge dort zu vernichten (24. Mai).

Am meisten aber lag dem französischen Kaiser daran, bei seinem eignen Bruder in Cassel durch einen Mann vertreten zu sein, der als ein intelligentes, williges Werkzeug in seinen Händen den König an das französische Interesse dauernd fessele und etwaige Unabhängigkeitsgelüste seiner Minister durch rechtzeitiges Einschreiten unmöglich mache. Dieser Mann war ein geborener Württemberger, der Baron, spätere Graf Reinhard, welcher, von schlichter bürgerlicher Herkunft, durch Zufall nach Frankreich gekommen, vom Hauslehrer zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten während des Direktoriums empor-

gestiegen war. Diese seine amtliche Thätigkeit während der französischen Revolution und nachmals, nach 1815, wo er Direktor im selben Ministerium unter den Bourbonen, dann Gesandter Frankreichs am deutschen Bundestage war, ist jüngst von Wilhelm Lang in den preußischen Jahrbüchern (1885) gewürdigt worden.

Ein Staatsmann ersten Ranges war Reinhard nicht, aber doch ein hervorragender Diplomat, dabei fleißig, treu, zuverlässig ergeben der Sache, welcher er gerade diente. Er hatte viel Beobachtungstalent und eine sehr gewandte Feder. Deutsch und Französisch schrieb er mit Grazie; seine Berichte sind in einem vornehmen, ruhigen Ton gehalten, angenehm belehrend und interessant, niemals frivol, selbst da nicht, wo sie Gebiete berühren, worüber ihm zu berichten zur Pflicht gemacht wurde, auf welchen er sich indessen persönlich nicht heimisch fühlte. Die Berichte Reinhards sind großentheils in den schon öfter angeführten Memoiren Jeromes und den Nachträgen hierzu in der Revue historique von Baron Du Casse herausgegeben. Es existirt außerdem ein Briefwechsel Reinhards mit unserm Dichterfürsten Göthe, welcher wissen mußte, warum er diesen einer solchen Auszeichnung würdigte.*)

Gegen Ende September 1808 in Erfurt entschloß sich Napoleon, Reinhard als bevollmächtigten Minister nach Cassel zu schicken. Reinhard weilte damals in Coblenz, bezw. auf seinem Schloß Falkenlust am Park zu Brühl bei Köln, von wo er nach Paris berufen wurde. Hier erhielt er Anfangs November sehr genaue und detaillirte Vorschriften. Seine Mission sollte als eine reine Vertrauenssache aufgefaßt werden. Die guten Beziehungen und das gegenseitige Vertrauen zwischen den beiden Staaten sollte er sich bemühen, aufrecht zu erhalten. „Der Kaiser“ hieß es weiter, „wünscht über alle Umstände, welche das persönliche Glück seines erhabenen Bruders und das Glück seiner Staaten beeinflussen können, informirt zu werden.“ Eine Beaufsichtigung der ganzen westphälischen Verwaltung wurde ferner von Reinhard gefordert. Vertrauliche Konferenzen mit den Ministern sollte er von Zeit zu Zeit abhalten, keine Noten anders als chiffrirt nach Paris abgehen lassen.

„Ist es wahr, daß Sie als Gesandter nach Cassel gehen? Man hat es mir in Erfurt zur Zeit der großen Monarchenfluth

*) Erschienen Stuttgart und Tübingen 1850.

und jetzt wieder hier versichert.“ So schreibt Göthe von Weimar aus den 7. November 1808 an Reinhard, und er fährt fort: „Ist es an dem, daß Sie nach Cassel gehen, so weiß ich nicht, ob Ihnen zugleich gerathen ist; aber dann wollen wir uns gleich in Eisenach sehen.“ Reinhard erwiederte darauf am 24. November: „Ob mir gerathen sein werde? Schwerlich wohl, und ich fühle dies tief.“ Aber Rücksichten gestatteten ihm nicht, sich auch einen Augenblick zu bedenken. „Die Ernennung geschah durchaus aus eignem Antrieb des Kaisers, und nach meiner individuellen Anschauung find' ich hierin einen wirklich schönen und edlen Zug. Ich mußte dankbar sein, und ich bin es. Ich muß und ich werde folgen, wohin er mich rief, und sollte ich dabei zu Grunde gehen.“ — Göthe antwortete am 2. Dezember mit einem „Willkommen in der Nachbarschaft! Es freut mich, daß Sie sich entschließen konnten und mußten, wieder in Thätigkeit zu treten. Unter einem solchen Heerführer, wer möchte da nicht streiten, und wenn es auch mit Aufopferung und Unbequemlichkeit geschähe.“

Am 3. Dezember langte Reinhard in Cassel an, wo man gegen ihn auf der Hut war, doch ihn freundlich empfing. Er selbst schreibt darüber an Göthe (13. Dezember): „Eine Art von trockener, trüber Stumpfheit hatte sich meiner in den ersten Tagen bemächtigt.“ Er habe eine Art von Quarantäne nach der Vorstellung bei den königlichen Personen durchzumachen gehabt, doch jetzt sei die Aussicht freier und vergnüglicher. — Am 17. Januar 1809 schrieb er wiederum: „Meine Lage ist hier sehr delikat, was soll ich an dem jungen, leichten, lustigen Hofe? Man supponirt folglich irgend einen andern Zweck. — Den häufigsten Umgang hier habe ich mit J. Müllern. Er schützt seine Universitäten, wie die Henne ihre Küchlein, während der gierige Finanzfalke immer in der Luft schwebt. Er und ich übrigens schwimmen im großen Strom und sehen verwundert zu, wie jeden Augenblick um uns her sich der Anblick verändert, und das werden wir wohl so lange, bis uns irgend eine Woge gegen irgend einen Felsen schleudert.“

Betreffs des von Göthe vorgeschlagenen Rendezvous in Eisenach bedauert Reinhard, sich nicht ohne Erlaubniß des Königs aus Westphalen entfernen zu dürfen. Man werde dahinter einen politischen Zweck vermuthen. Da er gewiß wüßte, daß er nicht der Erste sein

würde, der Göthe's Brief zu lesen bekäme, so „wünscht' ich, daß man sehen möchte, der Vorschlag, ganz unbefangen und natürlich, käme von Ihnen." Diese auf die westphälische Post bezügliche Bemerkung erhält noch ein weiteres Schlaglicht durch den Eingang des Briefes, worin es heißt: „Ich werde diesen Brief unter dem Couvert von H. Lelue, Directeur de la poste militaire française nach Erfurt senden, und ich bitte Sie, mir Ihre Antwort auf dem nämlichen Wege zukommen zu lassen. Die Anarchie der deutschen Posten ist so ungeheuer, daß ich gezwungen gewesen bin, auf Mittel zu denken, wie ich meine Korrespondenz mit Paris sichern könne, und ich hab' es ausgewirkt, daß die französische Militärpost von Erfurt nach Hannover hin und her ihren Weg über Cassel nimmt."

Zwei Tage zuvor hatte Reinhard an den französischen Minister des Auswärtigen, Grafen von Champagny, einen eingehenden Bericht, „eine Art vollständigen Exposés über die physikalische und moralische Beschaffenheit des Königreichs Westphalen" erstattet.*) Es wird der günstigen Auffassung darin gedacht, welche in den Rheinbundsstaaten über das neue Reich herrsche. Reste von Abneigung gäbe es nur vereinzelt in Hessen und den ehemaligen preußischen Provinzen. „Oft sieht man sie auch da, wo sie nicht sind." Der Hof sei französisch, die Verwaltung deutsch. Die Hannoveraner und die Braunschweiger schienen in der Verwaltung gewissermaßen zu überwiegen.

Es ist hier nachzutragen, daß am 31. Dezember 1808 das Ministerium des Innern von dem Justizministerium getrennt worden und dem ehemaligen braunschweigischen Advokaten, später Minister daselbst, von Wolffradt übertragen worden war, einem Manne von großer Integrität des Charakters, der aber nach Meinung der Franzosen den einzigen Fehler hatte, daß er zu sehr an alten Formen klebte. Im Uebrigen waren die Gegensätze zwischen einer französischen und deutschen Partei nicht die einzigen, welche es in Westphalen gab, sondern die Hessen und besonders die Hannoveraner waren stolz auf ihre vorgebliche Ueberlegenheit über die übrigen Deutschen, und glaubten sich braunschweigischen und preußischen Coterien geopfert und umgekehrt.

*) Memoiren III, S. 198 ff.

Reinhard deutet an, daß Simeon sich aus dem Ministerium des Innern wegen des Eingreifens der hohen Polizei in dessen Gebiet zurückgezogen habe. Er kommt dann auf den Hof zu sprechen, welcher jung und glänzend sei. Die Leidenschaften des Königs wechselten zwar, aber er habe nicht nur liebenswürdige, sondern auch sehr schätzbare Eigenschaften. „Nichts ist zu vergleichen mit der Leichtigkeit und Würde, womit der König repräsentirt. Die Königin würde man stolz nennen können, während sie furchtsam ist. Die Etiquette ist ein wenig zu streng in den Augen der Eingeborenen, ein wenig zu veränderlich nach der Ansicht einiger diplomatischer Agenten."

Unter letztern, deren sich allmälig eine ganze Reihe in Cassel eingefunden hatte, nahm Reinhard neben dem holländischen Gesandten den ersten Rang als Minister de famille ein. Er nutzte seine Zeit aus, um sich über die Geschäfte der verschiedenen Verwaltungszweige und die bisherige Thätigkeit der Gesetzgebung zu informiren. Er fand, daß eine ungeheure Arbeit in den zweimal wöchentlich, auf Anregung der Minister wohl auch öfter, abgehaltenen Staatsrathssitzungen geleistet sei. Aber er vermißte Reife und Erfahrung in dem Geleisteten. „Die deutschen Uebersetzungen der Dekrete sind ungleichförmig und zuweilen ungenau. Die Auswahl der Verwaltungsbeamten und anderer Angestellten beschränkt sich in vielen Zweigen auf die geringe Zahl derjenigen, welche beide Sprachen sprechen und schreiben. Der König scheint sich nicht damit beschäftigt zu haben, sich die deutsche Sprache anzueignen, und verweigert ihr also ihren schönsten Triumph." — Ueber den Charakter des Königs bemerkt Reinhard noch, daß denselben eine gewisse Unabhängigkeit auszeichne, „welche ihren Grund in der Furcht zu haben scheint, daß er in seinen Beziehungen der Ergebenheit und Treue gegen den Kaiser mehr dem Uebergewicht der Macht und des Alters als dem freien Antrieb der Liebe und Erkenntlichkeit folgen zu müssen gezwungen sei".

Die Finanzkrankheit des Königreichs erscheint Reinhard nach dem Geständniß aller Beobachter weniger schwer, als die vieler anderer Länder, aber sie sei fühlbar. Er kommt bei der Gelegenheit auf die westphälischen Universitäten zu sprechen, denen Reinhard, als ehemaliger Tübinger Theologe und mit deutscher Bildung trotz des

französischen Firnisses durch und durch erfüllt, anhaltendes Interesse widmete. Die Universität Göttingen hatte 130 000 Francs Einkünfte aus ehemaligen geistlichen Gütern verloren. Reinhard stellt nun dem französischen Ministerium dar, daß bei einer so bedeutenden Anstalt nicht lediglich Finanzkalkuls in Rechnung kommen dürften, es handle sich hierbei um eine Art moralischen Ressorts, durch welches sowohl die französische als westphälische Regierung nicht nur auf Deutschland sondern auf ganz Europa, — auf die gegenwärtige Generation nicht nur, sondern ebenso auf die zukünftige, — einen mächtigen Einfluß gewinnen könne. Zum Schluß erörtert Reinhard die Frage, ob Westphalen ein französisches oder deutsches Reich zu nennen sei, dahin, daß, „wenn die Departements des linken Rheinufers das deutsche Frankreich geworden sind und während einer oder zwei Generationen noch bleiben werden, so könnte man Westphalen als französisches Deutschland betrachten". Er räth aber, um die Deutschen zu gewinnen, die westphälische Industrie selbst gegen die Ueberlegenheit der französischen zu schützen. „Man verzeihe", fährt er fort, „den Deutschen ihr Pflegma, ihre Eigenliebe, ihre Sprache, ihre Literatur. Sobald die Westphalen merken, daß man gewillt ist, sie als Deutsche zu achten, so werden aller Herzen gewonnen sein."

Am 29. März 1809 gedenkt Reinhard noch einmal der westphälischen Universitäten. Er sagt bei der Gelegenheit, indem es sich um Aufhebung einzelner derselben handelte: „Müller, welcher seit er existirt, sich mit Geschichte beschäftigt, welcher nur lebt umgeben von Karten und Dokumenten, dessen Gedächtniß alle Thatsachen, alle Daten, alle Namen, alle Souveräne umfaßt, welcher nach dem Beispiel der Schweizer jede neue Ordnung der Dinge fest an die alte knüpfen möchte, ist untröstlich." Müller wollte alle westphälischen Universitäten, fünf an der Zahl, wenigstens mit Modifikationen, erhalten haben. Reinhard befürwortet dies damit bei dem Grafen Champagny, daß er hervorhebt, Helmstädt würde nur 10 000 Francs Unterstützung, später sogar nichts aus dem Staatssäckel brauchen. Rinteln lebe ganz aus eignen Fonds. Marburg, Halle und Göttingen dürfe man wegen ihres Rufes nicht eingehen lassen. Alles in Allem sei ein Staatszuschuß von 600 000 Francs jährlich erforderlich, soviel wie die Möblirung eines Palais koste. In seiner geistvollen Weise führte der französische Gesandte noch weiter die Vertheidigung

deutscher Universitäten bei seinem Vorgesetzten in Paris, mit dem Endrefrain: der jetzige Augenblick der Umwälzung Deutschlands sei doch wohl nicht gut gewählt zur Aufhebung der westphälischen Universitäten.

Nebenbei erstattete Reinhard am 18. Februar Bericht über die Minister des Königs Fürstenstein, Bülow, von Wolffradt. Von Bercagny bemerkte er, worin er recht haben mochte, daß dieser ohne den Titel Minister zu haben, es vielleicht mehr als die andern sei; aber er irrte, wenn er ihm Talente und administrative Kenntnisse zusprach. Auch über die westphälischen Finanzen änderte Reinhard seine Ansicht bald. Es war für ihn nicht ganz leicht, Einblick in dieselben zu gewinnen. „Die administrative Direktion der Finanzen", berichtete er am 10. März 1809 nach Paris, „ist in den Händen von Deutschen, welche aus mehr als einem Motiv, das ich anerkennen oder mißbilligen muß, sich mir gegenüber in einer Reserve halten, welche mir noch nicht erlaubt hat, reichlich aus den Quellen ihrer Erkenntniß zu schöpfen, und ich darf ein Vertrauen nicht brüskiren, welches mir nicht versagt wird, aber welches nicht die Grenzen der Pflicht und der Vorsicht zu überschreiten wagt."

Der König hatte Reinhard in Audienz freundlich empfangen. Champagny aber schreibt ihm, sich durch die Freundlichkeit Jeromes nicht in seiner Wachsamkeit abwendig machen zu lassen, im Gegentheil sie zu verdoppeln. Der Kaiser sei der Ansicht, daß es nöthig sei, diesem Prinzen Sparsamkeit beizubringen. Reinhard sollte Umgang mit Simeon und Eble pflegen, und deren Meinung erforschen. Dies geschah. Es fanden Konferenzen statt. Simeon hielt viel von Bülow, und es war nicht schwer für den französischen Gesandten, dies zu erkennen. Ebenso leicht erkannte er den Staatsrath Malchus als Feind und Antipoden des Finanzministers. Die Einwohner Westphalens bezahlten an Steuern 19—20 Francs per Kopf, ein Satz, welcher in Deutschland allgemein üblich war und die Ausgaben des Reichs ohne das Kriegsbudget, welches für 1809 die Summe von 28 240 000 Francs erforderte, und ohne die Luxusausgaben des Hofes gedeckt hätte.

Es soll nicht verschwiegen bleiben, daß über letztere, sowie über die persönlichen Liebhabereien Jeromes, von Reinhard den offiziellen Berichten an den Minister des Auswärtigen sogenannte Bulletins

non signés für den Kaiser persönlich beigelegt wurden. Dieselben enthalten vorzugsweise Klatsch, sodaß bei einer ernsthaften Geschichtserzählung beinahe völlig davon abgesehen werden kann. Sie entsprangen nicht der Initiative Reinhards, sondern den Befehlen des Kaisers. Diese Klatschgeschichten sind es, welche in der Meinung Ununterrichteter die Epoche der Fremdherrschaft in Westphalen einzig ausgefüllt haben. Sehr hat zu dieser Meinung beigetragen eine Reihe von Flugschriften, welche kurz nach der Vertreibung Jeromes aus Cassel 1813 erschienen, und von denen die unten Genannten die bekanntesten sind.*)

Es betrübt, bei Reinhard in dem oben angezogenen Bericht vom 18. Februar 1809**) von einem preußischen Geschäftsträger in Cassel zu lesen, welcher „mit seinen tiefen Reverenzen und seinem sehr bescheidenen Aeußern der echte Repräsentant eines Königs von Preußen" sei. Es vermag uns kaum zu entschädigen, wenn er hinzufügt: „Uebrigens ist er unterrichtet, ein braver Mann, dessen Betragen man hier lobt." Wer war dieser Mann, und wie kam er nach Cassel? — Im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin beruhen mehrere Aktenstücke über die Mission Küsters als Geschäftsträger am westphälischen Hofe und hiernächst als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister 1808/9. Dieser Herr war unter der Direktion von Dohm im preußischen auswärtigen Dienst herangebildet worden und hatte besonders deutsche Reichsangelegenheiten bisher bearbeitet. Er war f. Z. Instrukteur des Prinzen Heinrich, Bruder Friedrich Wilhelms III., in Politik und Geschichte gewesen und hatte einige Schriften über Statistik geschrieben. In Bezug auf auswärtige Politik war er 1806 für Anschluß an Frankreich gewesen, und im Juli 1808 finden wir ihn mit finanziellen Negotiationen in Holland im Dienste seiner Regierung thätig. Auf der Rückreise von Amsterdam nach Berlin berührte er Cassel und entwarf hier eine flüchtige Skizze über die Zustände, wie er sie fand.

---

*) Geheime Geschichte des ehemaligen westphälischen Hofes, Petersburg 1814, anonym erschienen; ferner Zinserling: Westphälische Merkwürdigkeiten, Berlin 1814, und Le Royaume de Westphalie, Jérôme Bonaparte, sa cour etc. par un témoin oculaire, Paris 1820.

**) Revue, XVI, S. 131 f.

Vom König Jerome urtheilte er nach Hörensagen, daß er eine große Güte und Liebenswürdigkeit besitze, Lebhaftigkeit des Temperaments und Festigkeit in seinen Entschlüssen, Urtheil und Gerechtigkeitssinn in den Geschäften beweise. „Unter den regierenden Brüdern des Kaisers scheint er derjenige zu sein, welchen die Natur am meisten mit Energie und eignem Willen begabt hat.“ Eine leichte melancholische Färbung in dem Charakter des Königs glaubte Küster den Reminiscenzen an Jeromes erste Liebe, die gewaltsam von ihm getrennte Elise Patterson, zuschreiben zu dürfen. — Der Graf Fürstenstein wird als Jugendgefährte und treuer Freund des Königs geschildert. „Neu in den Geschäften, habe er viel Talent, ein gesundes und natürliches Urtheil, eine vollkommene Tournüre und eine große Verbindlichkeit in den Formen.“ Simeon sei ohne Widerspruch die hauptsächlichste Stütze der Verwaltung, ein Mann, der in Staatsgeschäften groß geworden, von tiefen Kenntnissen besonders in der französischen Gesetzgebung sei, von einer vollkommenen Gerechtigkeit und Präzision in seinen Ansichten, von großem Entschluß und Festigkeit des Charakters. Bülow werde vielfach wegen seiner guten Absichten und seines Eifers gelobt. Aber er würde auf die Dauer vielleicht seiner sehr peinlichen Aufgabe nicht gewachsen sein, weil seine sehr kurze Karriere ihm noch nicht hinreichende Erfahrung hierfür verliehen habe.

Ueber Mitglieder des Staatsraths äußert sich Küster ebenfalls eingehend. Damals bestand er aus 15 Mitgliedern, und als einen Zweck dieses Instituts bezeichnet der preußische Gesandte die Ueberwachung der Minister. Es zeichneten sich in dieser Körperschaft hauptsächlich mehrere Beamte der preußischen Schule durch ihre Fähigkeit und Thätigkeit aus. „Ich werde allein den ehemaligen Präsidenten von Biedersee, den Geheimrath von Müller, den Präsidenten von Coninx und den Kriegsrath Malchus nennen. Aber ich werde mit Stillschweigen andere einstmals durch ihre brillante Karriere hervorragende Personen übergehen, welche man mit Erstaunen in diesem Rath hat Platz nehmen sehen.“ Damit war wahrscheinlich zunächst der alte Graf Schulenburg-Kehnert, General unter Friedrich dem Großen, und vor allem C. W. von Dohm, der Lehrer Küsters, gemeint, welcher Preußen verloren gebend, auf eine höhere Stellung

in Westphalen hoffend, als Jeromes Gesandter nach Dresden ging, nachdem er vorher zum Mitglied des Staatsraths gemacht worden war.

„Im Allgemeinen", schließt Küster, „hat das Königreich Ueberfluß an sehr guten Köpfen und an Einrichtungen sowie Heimstätten der Aufklärung und des öffentlichen Unterrichts." In der Verwaltung aber sei eine Ungleichartigkeit in den verschiedenen Theilen und ein Schwanken in den Maßnahmen, deren Wirkung sich nicht verheimliche, zu bemerken. Das Prinzip vollkommener Gleichheit der Behandlung gegenüber den verschiedenen ehemaligen Provinzen und einer absoluten Einheit in der ganzen Verwaltung sei genau dem Muster Frankreichs entlehnt. Um den Willen und die Kräfte des Gouvernements zu konzentriren, habe man in allen administrativen Zweigen die kollegialische Verfassung abgeschafft und die öffentliche Autorität — im Verhältniß der Subordination zu den jeweiligen Vorgesetzten — einem einzigen Beamten anvertraut, während in der richterlichen Karriere man das schriftliche Prozeßverfahren zum Theil beibehalten, aber durch das mündliche vereinfacht habe, und zu den Sitzungen das Publikum als den besten Kontrolleur des Richters zulasse. — Man sieht, die liberalen napoleonischen Einrichtungen in Westphalen haben nicht durchweg den Beifall des strammen Preußen, aber seine Schilderung der Verhältnisse ist unter diesen Umständen so objektiv wie möglich.

Auf dem Erfurter Kongreß wurde zwischen den Königen von Preußen und Westphalen das Nöthige wegen einer beiderseitigen Vertretung verabredet. Küster wurde mit einem Empfehlungsschreiben Dohms auf Ansuchen Lecamus' ausgestattet und durch einen Brief des preußischen auswärtigen Ministers Grafen von der Goltz vom 20. August 1808 als diplomatischer Agent dieser Regierung in Cassel angekündigt. Vom 16. Oktober desselben Jahres liegt der erste Bericht desselben in amtlicher Eigenschaft vor.

An den preußischen Hof wollte anfänglich Jerome nicht eher einen Gesandten schicken, bis Friedrich Wilhelm von Königsberg nach Berlin zurückgekehrt sei. Am 9. November 1808 schrieb er darüber an Napoleon: Er hätte auch noch kein taugliches Subjekt hierfür gefunden; sobald dies der Fall wäre, wolle er es seinem Bruder anzeigen. Doch ward dann Simeon, ehemals französischer Unterstaatssekretär beim Abschluß des Friedens zu Luneville, ein Sohn

des westphälischen Justizministers, schon am 18. Dezember 1808 als Geschäftsträger in Berlin accreditirt. Ihn löste im April 1809 — seine Ernennung war bereits am 26. Februar 1809 erfolgt — der Baron von Linden*) als Gesandter des Königreichs Westphalen in Berlin ab. Dieser sammelte sehr im Gegensatz zu dem billiger urtheilenden Küster, „wie eine Art von politischem Spion alle Gerüchte und Vorgänge, die die bösen Absichten des Kabinets und der Bevölkerung in Preußen darthun konnten, weil er darin ein Mittel sah, seinem Hofe zu gefallen". Er hatte übrigens, bemerkt Reinhard zu dieser Charakteristik, früher den Fürst Primas nicht besser behandelt.**) Ueber Küster äußerte sich Jerome in dem eben erwähnten Schreiben an seinen Bruder: „Ein Geschäftsträger des Königs von Preußen ist bei mir seit ungefähr einem Monat beglaubigt. Es ist anscheinend ein ruhiger Mann, und bin ich bis jetzt mit ihm zufrieden." Im Uebrigen erstattete Jerome auch sonst selbständige politische Berichte an Napoleon von folgender Art (24. Dez. 1808): „Die Berliner sind unzufrieden mit dem geringen Eifer ihres Königs, sich ihren Wünschen zu fügen (d. h. nach Berlin zu kommen). Die Preußen sind unverschämter als jemals; sie machen bereits Pläne bezüglich des bevorstehenden österreichischen Krieges. Euer Majestät kennt sie. Die Stimmung in München ist gut, diejenige von Frankfurt abscheulich. Euer Majestät weiß sehr wohl, daß der Primas kindisch geworden ist, sein Hauptgeschäftsführer, der Kaufmann Bettmann, ist Engländer und jedenfalls anti-französisch; der Graf Beust schwätzt und ist boshaft." Ebenso suchte er seine eigne Politik zu treiben, fand aber damit bei Napoleon durchaus keinen Anklang. Im Beginn des Jahres 1809 hatte Jerome den Befehl gegeben, die westphälische Armee auf den Friedensfuß zu setzen. Napoleon, dem dies zu Ohren gekommen, hatte laut sein Mißfallen darüber geäußert, so daß sich der König von Westphalen zur Rechtfertigung gedrungen fühlte. Er stellt die Maßnahme unter dem 21. Februar 1809 als eine bloße politische dar, die er bei der geographischen Lage seines Reiches gegenüber den bevollmächtigten auswärtigen Ministern für nöthig befunden

*) Seine diplomatischen Berichte befinden sich im Geheimen Staatsarchiv in Berlin.

**) Mem. IV, 297.

habe „und wofür ich", fährt er fort, „das uneingeschränkte Lob Euer Majestät statt deren Tadel zu erhalten meinte".

Küster, Geheimer Legationsrath nach seinem Range, beobachtete sorgfältig alles, was seinen König interessiren konnte. Am 23. Oktober 1808 fand er, daß die Verwaltung des neuen Reichs sich mehr und mehr konsolidire und vervollkommne. Die Einfachheit, Schnelligkeit und Energie in derselben beginnt ihm zu imponiren. Aber ebenso bemerkt er, daß Ideen, Gebräuche und Sprache des Landes wenig beachtet würden. Von der Errichtung der hohen Polizei äußert er: „Alle vernünftigen Menschen bedauern eine Maßregel, welche so wenig den wirklichen Verhältnissen angepaßt ist, welche so wenig würdig einer loyalen Nation ist, und welche die unschuldigen Beziehungen der Einwohner untereinander unsäglich hindert." Bercagny sei zum Mißbrauch seiner Gewalt sehr geneigt. Das Oeffnen der Briefe auf der Post erschien unter diesen Umständen fast selbstverständlich.

In politischer Hinsicht lebte man am Casseler Hofe immer in Vergrößerungsideen, besonders auf Kosten von Preußen. Man machte sich Hoffnungen auf Berlin, die Kurmark, Pommern bis zur Oder. Diese Hoffnungen wurden durch den Vertrag des Prinzen Wilhelm mit Frankreich hinfällig. Große Projekte, die Verbindung der Elbe und Weser, die Gründung einer westphälischen Bank auf Aktien, tauchten auf (30. Oktober). Der König Jerome, dessen Reich nach seinem Umfang zwischen Holland und Sachsen rangirte, zahlte seinem Minister in Petersburg, Baron von der Bussche, 80000 Francs jährlichen Gehalt und 20000 Francs Reisekosten, der Graf Wintzingerode erhielt 100000 Francs in Paris (9. November). Dagegen waren die Einkünfte des preußischen Geschäftsträgers in Cassel allerdings sehr mäßig.

Napoleon hatte am 6. September 1808, nachdem jener bekannte Brief des Freiherrn von Stein an den uns ebenfalls bekannten Fürsten Wittgenstein aufgefangen worden war, — worin auf eine „fortdauernde Verbindung mit energischen, gutgesinnten Männern in Hessen und Westphalen" hingewiesen war, und ferner von der eventuellen Möglichkeit einer Erneuerung der „Pläne, die man im Frühjahr 1807 hatte", die Rede war, — an Jerome in barschem Tone geschrieben, daß er die Güter dieses „Individuums" mit Sequester

belege. Stein sei westphälischer Unterthan, und diese Eigenschaft sei unveräußerlich. — Es gereicht dem jungen König zur Ehre, daß er es ablehnte, in diesem Falle Polizeidienste für den französischen Kaiser zu übernehmen. Stein sei kein Westphale, und er, der König, habe keine Macht über ihn.

Richtig aber war es, daß im Geheimen sich etwas gegen die fremde Regierung vorbereitete. Jerome schreibt selbst darüber an Napoleon (13. September): „In das ehemalige Hessen hat der Kurfürst Agenten gesandt und viel Geld unter die Leute verbreiten lassen.“ Letzteres war nicht sehr wahrscheinlich. Aber aufrührerische Plakate waren an den Kirchenthüren der Stadt Rothenburg angeschlagen. Auch Küster berichtete darüber nach Königsberg. Ein Kriegsrath Lennep und ein Oberst Engelhard waren wegen dieser Sache gefangen genommen, aber wieder freigelassen worden. Dagegen waren einige Agenten erwischt, und Jerome empfahl seinem Bruder, dieselben auf die Festung Straßburg zu schicken. „Im Uebrigen ist der öffentliche Geist sehr gut in allen andern Theilen meines Reichs“, fügte er hinzu, „mit Ausnahme Hessens, das in Allem um ein Jahrhundert zurück ist.“

König Friedrich Wilhelm III. zeigte sich in einer Ordre vom 24. November mit seinem Geschäftsträger in Cassel zufrieden. Er ermunterte ihn fortzufahren, ihm auf seinem gegenwärtigen Posten zu dienen, „wo Sie sich in sehr vieler Hinsicht nützlich werden beweisen können“. — Mit Bezug auf die Vorgänge in Rothenburg meinte er: „Es würde der Gipfel von Thorheit sein, wenn die Anhänger des alten Hofes glauben sollten, die Sache durch Intriguen brüskiren zu können. Es versteht sich, daß Sie niemals Notiz von ähnlichen Machinationen noch von denen, welche ihre Veranstalter sind, nehmen werden.“ Als dann Küster von den finanziellen Verlegenheiten, den Verschwendungen am Hofe zu berichten begann, daß Jerome statt 5 Millionen deren jährlich 8 für seine Civilliste herauszuschlagen wußte, daß die Ausgaben des Königs nicht dem Lande sondern meist Händlern in Paris zugute kämen, wurde Friedrich Wilhelm von Preußen von Mitleid für seine ehemaligen Unterthanen ergriffen und schrieb am 4. Dezember zurück: „Ich sehe aus den Berechnungen, welche Sie mir über die Finanzen, die Schulden und die Bedürfnisse des Königreichs Westphalen unterbreitet haben, daß

die armen Einwohner meiner ehemaligen Provinzen jenseits der Elbe vielleicht noch mehr zu beklagen sind, als diejenigen meiner angrenzenden Staaten. Die letztern werden wenigstens in der jetzigen Stunde von dem Joch der französischen Occupation frei sein, (indem die Räumung der preußisch verbliebenen Provinzen von französischen Truppen auf Grund Vertrags zwischen Goltz und Daru vom 5. November angeordnet war), während die andern fortfahren werden, durch ein gemischtes, sehr unbequemes Regime, durch unendlich lästige Kontributionen und Konskriptionen bedrückt zu werden."

Küster fand die geselligen Verhältnisse in Cassel sehr bewegt und angenehm, ohne daß man sich genirt fühle. Außer den förmlichen Einladungen gab es gewöhnlich noch 5 große Gesellschaften an bestimmten Abenden der Woche. Montags beim Minister Simeon, Dienstags bei Graf Jollivet, so lange er noch nicht abberufen war, Mittwochs beim Kammerherrn von Bigot, Freitags beim General Rewbell und Samstags bei Fürstenstein oder Bülow oder irgend einem andern. Vertraulich schrieb Küster über diese Dinge an den Herrn von Münchhausen zu Amsterdam: die Feste am Hofe seien glänzend; die Geburtstage des Königs würden schon am Abend vorher durch Festessen gefeiert, und am andern Morgen ließe Jerome sich in der Pracht seiner spanischen Kostüme von dem Hofe bewundern (21. November 1808). „Was mir aber das meiste Vergnügen hier macht, ist, in der Lage zu sein, dem Gange einer aufgeklärten und gerechten Verwaltung folgen zu können, welche auf einer glücklichen Konstitution sich aufbaut. Sie entwickelt sich mehr und mehr durch die succesive Organisation aller ihrer Hauptzweige, und es ist nicht zweifelhaft, daß dieser neue Staat, dessen Souverän nur das Gute will, und zwar es mit Bedacht und doch mit Entschlossenheit will, — bald zu einem hohen Grad der Vollkommenheit und öffentlichen Glücks gelangen wird."

Diese Art von Beurtheilung des Königreichs Westphalen und seiner Verwaltung durch einen preußischen Bevollmächtigten müßte auffallen, wenn nicht vielleicht die Rücksicht auf die westphälische Post einige überschwängliche Ausdrücke in dem Schreiben erklärlich erscheinen ließe. Aber auch abgesehen von der Möglichkeit, daß ein solcher Brief aufgegriffen werden konnte, so war doch auch in den Augen der preußischen Regierung die Ansicht über Macht, Einfluß

und Bedeutung des französischen Staats an der Elbe damals eine andere als einige Jahre später. Wenigstens hütete man sich in Königsberg und auch später in Berlin, dem westphälischen Hofe irgend welchen Grund zum Verdacht zu geben, daß man etwas gegen die napoleonischen Interessen unternehmen könnte, weil man zum mindesten einer Art Spionage und Zwischenträgerei von dem aufgedrungenen Nachbar sich versehen mußte.

So liegt vom 17. Dezember Kopie eines förmlich entschuldigenden Schreibens Friedrich Wilhelms III. wegen seiner in dieser Zeit unternommenen Reise nach Petersburg vor. Es sei dies nur eine einfache Höflichkeitsreise, eine Handlung der Konvenienz und der Freundschaft, woran kein Mensch weder Anstoß nehmen könne noch dürfe. Trotzdem stellte man sich in Cassel über diese Reise sehr aufgeregt.

Wichtig war es, in welches Verhältniß Küster sich zu Reinhard zu setzen verstand. Am 14. Dezember berichtete ersterer Folgendes über diesen: „Nach dem an allen Höfen des kaiserlich französischen Hauses etablirten Gebrauch hat der Herr Reinhard bei öffentlichen Gelegenheiten den Vortritt vor allen andern fremden Ministern, welche im übrigen unter sich nach der Anciennität ihrer Aufenthaltszeit in Cassel rangiren. Er (d. h. Reinhard), scheint viel Bescheidenheit mit Kenntnissen und hervorragender Begabung zu vereinigen." Es war natürlich, daß Küster ihn zu kultiviren suchte, und Friedrich Wilhelm stimmte dem in einer Ordre vom 3. Januar 1809 vollkommen bei, indem er bemerkte: Reinhard verdiene persönlich ausgezeichnet zu werden wegen der guten Konduite, welche er jederzeit bei seinen früheren Missionen gezeigt habe.

Küster hielt Friedrich Wilhelm auf dem Laufenden über die Stimmung der ehemaligen preußischen Unterthanen in Westphalen: Ihre Sympathien seien noch immer Preußen zugewandt, speziell seit den dort ins Werk tretenden Reformen. „In Wahrheit", sagt er, „bedauert auch das Publikum im Allgemeinen das Aufhören des frühern Zustands der Dinge, aber, wenn ich offen sein darf, so wird der Kurfürst von Hessen nicht sehr bedauert wegen des zu strengen, brüsken und geizigen Wesens, welches man ihm vorwirft. Er hat wenig ausgezeichnete Anhänger zurückgelassen; einige, wie seine letzten Minister, die Freiherren von Waitz und von Baumbach, sind ge-

storben; andere leben in einer absoluten Zurückgezogenheit, so daß man nichts von ihnen bemerkt; wiederum giebt es solche, wie den Grafen von Bohlen, den Baron von Malsburg und viele andere, welche Dienste bei Sr. Majestät dem König von Westphalen genommen haben und sich anscheinend sehr wohl dabei befinden." (21. Dezember 1808.) Der Minister von Wolffradt erschien dem preußischen Bevollmächtigten „schon unter dem braunschweigischen Regime hervorragend durch seine Gaben, seinen loyalen Charakter und seine große Erfahrung in fast allen Verwaltungszweigen". (4. Januar 1809.) Ueberhaupt ist Küster immer zu einer milden Beurtheilung der Menschen und Verhältnisse in seiner Umgebung geneigt, und war deshalb der richtige Mann zur Vertretung des preußischen Königs in seiner damaligen Lage am Hofe zu Cassel, wenn auch in anderm Sinne, als Reinhard meinte. War doch Friedrich Wilhelm gezwungen, im Frühjahr des Jahres 1809 die Erklärung nach Cassel abgeben zu lassen von seiner „unveränderlichen Anhänglichkeit an das französische System".

Die Befürchtungen am westphälischen Hofe über Preußens Intimität mit Rußland entschuldigte Küster gegen seinen Herrn damit, daß es ein neuer Hof sei, welcher noch des Takts ermangele, um Beziehungen unter den Mächten richtig zu beurtheilen. Reinhard lege der Petersburger Reise kein Gewicht bei. Ueberhaupt verdienten, nach des letztern Meinung, so manche Vermuthungen und falsche Nachrichten, welche in einem Ort wie Cassel nur zu leicht entständen, wenig Beachtung. So ambirte Jerome für den mit Oesterreich bevorstehenden Krieg die Stellung eines Generalbefehlshabers in Deutschland, wozu er sich in seiner Eigenschaft als Generallieutenant des Kaisers, und als solcher in Friedenszeiten mit einer Art Generalinspektion der französischen Truppen in Deutschland beauftragt, für berechtigt hielt. „Inzwischen", bemerkt Küster, „fährt der Hof fort, sich zu amüsiren und sich hauptsächlich in einem großen Luxus zu gefallen, welcher indessen, wenn ich so sagen darf, nicht von der Art ist, daß man Aufwand triebe bei Gegenständen von einiger Größe oder von allgemeinem Nutzen. Man begnügt sich, alles auszukramen, was einen Hof durch Schmuck, Feste, persönliche Liebenswürdigkeiten und Ostentation glänzend machen kann, aber alles dieses hat einen Anstrich von Egoismus, als wenn

man hier nur ein persönliches Interesse hätte und die prekäre Existenz herausfühlte. Die öffentlichen Etablissements sind vernachlässigt, eine Anzahl von Pensionären und selbst Beamte sollicitiren vergeblich um ihre Bezahlung." — Der öffentliche Bankerott stehe in Aussicht.

„Ich muß übrigens bemerken", fährt Küster fort, „daß der König und die Königin sehr gut zusammen leben. Die Personen, welche das meiste Vertrauen des Königs haben, sind der Graf Fürstenstein und der General de Coudras. Indessen ist es sicher, daß dieser Monarch keinen erklärten Günstling hat, obgleich man die Damen bezeichnen will, für welche er einige Vorliebe hat, wie man im vorigen Jahr die Gemahlin des Grafen Truchseß und zuletzt noch diejenige des Intendanten Lafleche genannt hat." — Der Graf Fürstenstein heirathete, wie wir schon oben berührten, im Frühjahr 1809 die junge Komtesse Hardenberg, ältere Tochter des Großjägermeisters der westphälischen Krone, welche während 3 Jahren Hofdame der Königin Louise von Preußen gewesen war. „Dies ist", bemerkt Küster, „die erste Allianz, welche bisher hier zwischen Angehörigen beider Nationen von einiger Distinktion stattgefunden hat." Fürstenstein blieb nachmals in Deutschland, und sein gegenwärtig noch lebender Sohn ist Ceremonienmeister und Kammerherr des preußischen Hofes geworden, zugleich Landeshauptmann der Oberlausitz und Schloßherr zu Ullersdorf in Schlesien. Wie Reinhard übrigens einmal bemerkt, bezog sich der Austausch des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit den an anderen Höfen beglaubigten Agenten — Linden in Berlin, wie wir sehen, und Dohm in Dresden ausgenommen — durchweg auf „Form- und Etiquettefragen und Höflichkeitsversicherungen". „Die Formen sind wechselnd und oft ungebräuchlich; die Höflichkeit ist ungezwungen, und bisweilen bemerkt man Nachlässigkeiten, die sich nur im Drange der Geschäfte würden entschuldigen lassen." Sie trafen vor allen die kleinen benachbarten Höfe, die mit Ueberhebung behandelt wurden. Hoffte man doch, sie demnächst mit dem Königreich vereinigt zu sehen.

Besonders bei Ausbruch des österreichischen Krieges 1809 erfüllten Vergrößerungsideen den Kopf Jeromes. Der Prinz von Pontecorvo reiste im März des Jahres durch Cassel. Der König von Sachsen, soll er gemeint haben, würde nach Polen versetzt, Sachsen

würde an Westphalen fallen. Diese Translokation hielten Friedrich Wilhelm und von der Goltz in einer Ordre vom 6. April nicht für unmöglich. Dohm in Dresden aber erwähnt kein Wort davon. Letzterer hatte indessen auch seine Vergrößerungsideen. Am 4. Oktober 1808 hatte er an Fürstenstein, welcher sich damals mit Jerome in Erfurt befand, geschrieben: „Die großen Veränderungen, welche dort entschieden werden, werden zweifellos noch glückliche Resultate für unser Königreich mit sich bringen. Die Erwerbung, wenn nicht des ganzen Großherzogthums Berg, so doch wenigstens des ehemaligen Herzogthums Berg und der ehemaligen Grafschaft Mark würde in meinen Augen eine der reellsten Abrundungen sein, deren unser Reich fähig wäre, aber diese Abrundung würde noch viel wichtiger werden, wenn das Herzogthum Westphalen, welches zwischen dem Märkischen und unserm Fuldadepartement eingeschlossen liegt und heute zum Großherzogthum Hessen gehört, — hiermit verbunden werden könnte." — Und nun ergeht Dohm sich in einer Schilderung des Nationalreichthums und der natürlichen Hülfsquellen dieser Gegenden, welche durch ihre Industrie dem vorzugsweise noch auf den Landbau angewiesenen Königreich Westphalen erhebliche wirthschaftliche Faktoren hinzufügen würden. „Ihre Erwerbung", fährt er fort, „würde uns zwei für den Handel wichtige Flüsse geben, die Lippe und die Ruhr, und würde unsere Grenzen bis an den Rhein zurückschieben; die zwei andern großen Flüsse, die Elbe und die Weser, welche wir schon haben und deren Verbindung unter einander und mit dem Rhein durch Kanäle sehr möglich ist, würden diese Vortheile noch viel wichtiger machen. Unter der weisen und thätigen Verwaltung unsers jungen Königs und mit einem guten Duanensystem würde unser Handel in dieser Lage eine Ausdehnung und eine Solidität gewinnen, welche hinreichen würden, unserm Lande einen blühenden Zustand und dem Souverän eine Vermehrung seiner Einkünfte zu geben, wovon beide bisher sich nichts träumen ließen."

Man sieht, wie gern Dohm die Kenntniß, welche er von den ehemals preußischen Provinzen hatte, seinem neuen Vaterlande darbot, und wie sehr er gewünscht hätte, demselben wirklich nützen zu können. Aber sein Vorschlag wurde in Erfurt schwerlich nur in Erwägung genommen. Er sah sich in seiner amtlichen Thätigkeit auf untergeordnete Dinge beschränkt, verlor aber doch vorläufig noch

nicht die Hoffnung auf eine Konsolidirung der Verhältnisse. So sprach er bei seinen Glückwünschen zum Ablauf des ersten Regierungsjahres des Königs am 31. Dezember 1808 die Ansicht aus: „Derjenige, welcher im Auslande lebt, hat vielleicht den Vortheil, die schönen Einrichtungen noch höher zu schätzen, welche unser Gouvernement sich in so kurzer Zeit hat anzueignen gewußt, und welche noch in vielen der ältesten Staaten fehlen. Die Erhaltung eines so guten Königs ist alles, was der patriotische Bürger wünschen kann, damit er das Glück, dessen Gründer er ist, auch konsolidiren könne."

Sechster Abschnitt.

Der König und sein Volk.

„Der junge Monarch, berufen für das Wohl des Reichs zu wachen, beschäftigt sich ohne Unterlaß mit Aufsuchung der Mittel, dessen Glück zu sichern. Es liegt ihm am Herzen, den Verlust der Privatpersonen zu mildern, welcher von dem Kriege und jeder Veränderung unzertrennlich ist", — so hatte am 26. Januar 1808 der westphälische Moniteur erklärt.

Freude und Jubel empfing nach demselben Blatt bei seinem Einzug in das Land, bei seinen Rundreisen durch das Land den fremden Herrscher. Die Universitätsstädte voran, zeichnete sich alles durch Loyalitätsadressen an denselben aus. Von Göttingen behauptete der Moniteur, daß es allen übrigen in dieser Richtung den Rang streitig machte (24. Dezember 1807). Und mit gutem Grund, denn für die Universitäten stand viel auf dem Spiel. In Halle fand am 10. Januar 1808 eine Feier statt, bei welcher „alle Einwohner sich beeiferten, die lebhaftesten Zeichen ihrer Liebe und ihrer Dankbarkeit, welche sie ihrem neuen Regenten schuldig sind, an den Tag zu legen. Die Judenschaft ist dem Beispiele der übrigen Bürger gefolgt". In Marburg (17. Januar) beseelte Freude und Hoffnung einer glücklichen Zukunft alle Festgäste. In der Universität Rinteln, welche trotzdem aufgehoben wurde, feierte Konsistorialrath Wolfrath „das Bild des großen Mannes".

Fririon, Revenüeninspektor und damals noch Intendant des ersten Departements der eroberten Länder, berichtet über den Enthusiasmus, womit die Stadt Osnabrück die Konstitution und die Proklamation des Königs aufgenommen habe (7. Januar). Aus

Höxter im Fuldadepartement kam die Nachricht, daß der Zudrang in der Kathedral- und andern Kirchen zur Feier des Beginnes der westphälischen Herrschaft groß gewesen. „Dieser Tag war für uns einer der festlichsten.“ Festmahl, Ball, Illumination der Stadt sollten diese Gesinnungen bezeugen. An die Armen wurde Geld vertheilt. Aus kleinen Orten, wie Ankum bei Osnabrück im Weserdepartement, verlautete es: Noch nie hätten die Bewohner den ersten Tag des Jahres mit so großer Freude und hoffnungsvollen Blicken in die Zukunft gefeiert, wie den diesjährigen. In Herford ließ man Pauken und Trompeten zum selben Zweck erschallen.

Das ganze Land nahm Theil an der Huldigung in Folge eines königlichen Dekrets vom 11. Februar. Stadt für Stadt arrangirte ein Fest zu Ehren des jungen Königspaares. Am 21. Februar, am Geburtstage der Königin Katharina, huldigte die Einwohnerschaft von Cassel. Ein Schützenbataillon von 400 Mann legte auf dem Königsplatz den Eid auf die Verfassung vor dem Präfekten ab. Die Einwohnerschaft war nach Zünften, welche mit ihren Abzeichen erschienen, und nach „Juden“ geordnet. Von letzteren heißt es: „Die Freude, die in aller Augen leuchtete, war die des Dankes einer lange unterdrückten, jetzt endlich durch einen weisen und gütigen König befreiten Menschenklasse.“ Ueber die Eidesleistung im übrigen Fuldadepartement berichtete der Moniteur am 1. März, daß sie „mit lebhaftestem Enthusiasmus“ stattgefunden habe: „Dies ist der Ausdruck der Dankbarkeit gegen einen Monarchen, der geruht hat, den alten Gebräuchen seiner Völker nachzugeben, indem er ihnen die einzelne und öffentliche Leistung des Eides gestattet hat, den sie in ihrem Herzen bereits in der Stille abgelegt hatten.“

In Heiligenstadt im Harzdepartement hatte der Stadtdirektor Freiherr von Walthausen am 21. Februar eine Rede gehalten, worin die Konstitution gerühmt wurde, welche verdiene die Grundlage aller Staaten zu sein. Hierauf wurde der abgelesene Eid einstimmig mit den Worten: „Wir schwören“ von den Anwesenden wiederholt, und „jeder freute sich, seinen Namen zum Zeichen seiner Huldigung als westphälischer Bürger in das aufgenommene Protokoll einzeichnen zu dürfen“. — In der Hauptstadt des Ockerdepartements, in Braunschweig, sprach der Bürgermeister Wilmerding folgende Worte: „Dem vernünftigen Staatsbürger wird die Ausübung der Pflicht des Ge-

horsams leicht und angenehm, wenn er erwäget, daß davon allein der innere Friede und das innere Glück des Staats und mit diesem sein eignes und seiner Familie Glück abhängt. Läßt es sich etwa verkennen, daß nach den Unfällen, welche wir erlitten haben, der höchste Regierer der Welt uns gnädig sei und ferner unser Glück noch erhöhen werde?"*) Am 6. März begingen die Städte Hildesheim und Helmstedt „mit dem lebhaftesten Enthusiasmus und den glänzendsten Freudenfesten" die Huldigungsfeierlichkeit.

An den Moniteur gelangten mitunter Zuschriften, welche als aus dem Publikum herrührend dargestellt wurden, wahrscheinlich aber desselben offiziösen Ursprungs waren, wie die ganze Zeitung. Redakteur derselben war ein gewisser Murhard, welcher mit G. Hassel zusammen nachmals in Braunschweig eine Monatsschrift unter dem Titel: „Westphalen unter Hieronymus Napoleon", 1812, herausgab, wovon 2 Bände erschienen sind, und welche eine lobhudelnde Regentengeschichte Jeromes, hauptsächlich von 1809 und 1810, enthalten. Derselbe Murhard war auch nach Dunkers Darstellung**) an der Landesbibliothek zu Cassel angestellt, zum höchsten Kummer und Aerger des ebenfalls dort damals thätigen Jakob Grimm.

Das Verhältniß Johannes von Müllers zur öffentlichen Stimme Westphalens fand seinen Ausdruck in einer Notiz vom 6. März, welche überschrieben war: „Anmerkungen über den Einfluß der Errichtung des Königreichs Westphalen auf die deutsche Literatur." Es wurde hierin auf den in dieser Beziehung jetzt möglich gewordenen Austausch zwischen Frankreich und Westphalen hingewiesen: Göttingen, als Centralpunkt für diesen Austausch gedacht, würde einen neuen Aufschwung nehmen. Ein neuer Geschmack würde sich bilden. Das sei Johannes von Müllers Sache. — Man kann nicht anders sagen, als daß dieser Mann in einer Selbsttäuschung über das Erreichbare in dieser Beziehung lebte. Er stand aber keineswegs vereinzelt da. Kaum war seine Ernennung zum Minister-Staatssekretär bekannt geworden, so schrieb ihm K. J. von Woltmann aus Berlin (5. Dezember 1807): „Als Staatssekretär des Königs von Westphalen würden Sie sein Reich zum Kern Deutschlands machen, und als

*) Moniteur vom 15. März.

**) Deutsche Rundschau 1885, Heft 4, S. 44 f.

Minister-Reformator des rheinischen Bundes bei dem großen Napoleon stehen Sie da, wohin ich Sie vor allen Sterblichen stellen würde, wenn ich die Vorsehung wäre. — Gerne wäre ich im Mittelpunkt eines neuen deutschen Lebens zu Cassel und würde dort schaffen und wirken. Was soll ich hier unter den ausgestorbenen Menschen?" — Später, am 12. März 1808, drückt der Briefschreiber den Wunsch aus, daß Müller ihn zum bevollmächtigten westphälischen Minister in Dresden machen möge, wie er ihn s. Z. zum Geschäftsträger des Fürsten Primas in Berlin gemacht habe.

Wie wir wissen, erhielt Dohm diese Stelle, aber doch nicht ohne längere Zeit zuvor andere Posten in Cassel selbst erstrebt zu haben. Aus den Briefen an Joh. von Müller, welche als Supplement zu seinen sämmtlichen Werken*) herausgegeben sind, erhellt, daß Dohm die Generaldirektion des öffentlichen Unterrichts, später die Leitung des protestantischen Kirchen- und Schulwesens für sich gewünscht hatte, nachdem Bülow und Wolffradt ihm als Minister vorgezogen waren. An Müller hatte er von Paris aus am 21. Oktober 1807 geschrieben, wie sehr er sich über die Aussicht freue, am Abend seines Lebens wieder mit ihm vereinigt zu werden. Und am 23. Dezember desselben Jahres: „Daß oben guter Wille ist, habe ich immer fest geglaubt, ist auch Geist daneben, dann wird alles gut gehen." Dohm war für die Erhaltung der kleinen Universitäten. Aber in Cassel hielt man ihn für einen abgelebten Mann, was er in der That auch war. Die Darstellung von Gronau**) über Dohms „Wollen und Handeln" ist wohl im Allgemeinen etwas zu panegyrisch gehalten.

Während Gelehrte wie Johannes Falck, Niklas Vogt, G. G. Bredow, Ludwig Wachler jede Gelegenheit benutzten, ihre Ergebenheit gegen Jerome und auch ihr Interesse an den neuen Zuständen in Briefen an Müller zum Ausdruck zu bringen, machte der alte würdige Philologe Chr. Gottlob Heyne in Göttingen eine rühmliche Ausnahme hiervon. War seine Tochter Therese Forster, nachmalige Huber, ihrer Zeit durch ihren ersten Gatten Glorg in das Jakobinertreiben zu Mainz (1792) mit hineingezogen worden, war Forster

*) Maurer-Constant, Schaffhausen 1839, in zwei Bänden.
**) Lemgo 1824.

darin untergegangen, so konnte nun nichts mehr des alten Heyne Herz zu ernsthaften Erwartungen von dem Neu-Franzosenthum zu stimmen vermögen. Er sträubte sich, so viel es ging, gegen die Aufnahme französischer „Gelehrten" in die Societät der Wissenschaften zu Göttingen. Der Leibarzt des Königs, Garnier, der Arzt des Kaisers, Halle, Norvins de Monbreton, ein dichtender Kriegssekretär, Barlier de Boccage, kein Ritter von der runden Tafel, — wie ihn Heyne nennt, — strebten nach diesen akademischen Ehren. Die literarische Thätigkeit der Professoren wurde polizeilich überwacht durch Leute, welche nicht wußten, was „Vidi" bedeutet. Die Göttinger gelehrten Anzeigen, die Bibliothek litten auch finanziell unter dem „unseligen Plusmachen im echten preußischen Geiste". Manche Professoren vergaßen sich weit in lobenden Huldigungen gegen den König. Heyne erklärte: „Das Schöne und Gute preise ich gern, aber die Würde der Universität liegt mir auch am Herzen und doch auch daneben die Achtung meiner Deutschen gegen mich selbst; so ist es mir unmöglich, bis zur französischen Hyperbole hinaufzuklimmen." (19. September 1808.) Er gab das Schreiben der Universitätsprogramme, welches er bisher besorgt hatte, an J. G. Eichhorn ab. Dieser pries plenis buccis das Lob des Königs, so daß Heyne in den Schmerzensruf ausbrach: „Es ist die Herabwürdigung der Georgia Augusta zu der sie so entehrenden Kriecherei und dem Posaunenton, welcher uns nun den andern Universitäten beigesellt hat, was mir weh thut", — und am 24. November desselben Jahres an Johannes von Müller: „Ich beklage Sie, Ihre verzweifelte Lage, unsere Universität, unsere Literatur, Deutschland. Wie bedauere ich Sie, das Sie das Ende Ihrer Laufbahn nicht so nahe vor sich sehen als ich!"

Aber Müller starb vor Heyne. Dieser mußte noch weitere Demüthigungen erleben. Laut klagte er 1811 über die Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit. „Jetzt bricht der völlige Despotismus überall durch — nun denken Sie sich die Lage dessen, der sich nicht erniedrigen will." Man begreift heutzutage nicht, in welchem Kreise berühmte Männer damals sich die Hand reichten, wie die verschiedensten Gesinnungen sie doch in Freundschaft aneinanderketteten, wie die einen als geborene Deutsche in ihrer äußern Stellung Westphalen, Franzosen, werden konnten, ohne doch innerlich ihnen anzu-

gehören, und wie die andern sich in Unmuth über die Verhältnisse verzehrten, ohne von Preußen, von dem nicht rheinbündischen Deutschland irgend etwas zu erwarten. Dieser Cyklus von Männern umschloß auch Reinhard, von dem Heyne sagte, er „kenne ihn persönlich und verehre ihn wie wenig Sterbliche“. Die internationale Gelehrtenrepublik hatte eben das deutsche Staatsbewußtsein durchaus zersetzt.

Müller wandte der Universität Göttingen, soweit eine gewisse Aengstlichkeit in seinem Charakter es zuließ, warme Theilnahme zu und war auf Förderung ihrer Lehrkräfte und anderer Zwecke der Universität bedacht. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß er an dem Präfekten des Leinedepartements, Freiherrn von Hövel, welchem die sämmtlichen Unterrichtsanstalten seines Bezirks nach französischem System zunächst unterstellt waren, eine wirksame intelligente Stütze gegenüber den Ministern in Cassel hatte. Im königlichen Staatsarchiv zu Hannover findet sich ein Aktenfascikel aufbewahrt, „betreffend den gegenwärtigen Zustand der Universität Göttingen und Vorschläge zur künftigen Einrichtung derselben“. Darin ist ein umfangreiches Memoire des Präfekten, welcher früher selbst Mitbürger derselben war und jetzt zum Mitglied der Societät der Wissenschaften von Heyne gern aufgenommen worden war, — enthalten, in dem er vorschlägt, die technischen Wissenschaften, besonders Landwirthschaft, Bergbau u. s. w. ebenfalls in Göttingen zu pflegen. Müller ging allerdings auf diesen Gedanken nicht ein, schrieb aber am 22. Februar 1808 zurück: „Ich freue mich ganz ungemein über den allerwichtigsten Gegenstand meines Amts, die erste und schönste aller Universitäten, auf deren Schicksal die Augen der ganzen Welt gerichtet sind, mit Ihnen im Verhältniß zu sein. Ich habe nicht nöthig, die gute Georgia Augusta Ihrer besondern Obsorge zu empfehlen; eben wie Sie an meiner Bereitwilligkeit und meinem thätigsten Eifer wohl keinen Zweifel tragen werden. — Sobald wir für die Erstere gesorgt, wird auch an das Schulwesen im ganzen Departement zu denken sein und werden Euer Hochwohlgeboren tabellarische Uebersichten von seinem Zustande, worüber wir alsdann uns genauer verständigen werden, zu veranlassen belieben. Erst nach diesem beschäftigen wir uns mit Reformen und Vervollkommnungen.“ — Der Präfekt warf sich sodann sehr ins Zeug für die Universität:

Sparsamkeit sei hier falsch angebracht. „Ein aufgeklärtes Gouvernement weiß, daß die Universitäten stets vollständig die Gunstbezeugungen, die man ihnen erwies, wieder eingebracht haben.“ Und er begründete dies sehr geschickt in einzelnen Spezialitäten, worauf wir hier nicht weiter eingehen können.

Johannes von Müller erschien im März des Jahres 1808 persönlich in Göttingen, um eine unter den Studenten ausgebrochene „Unruhe“ beizulegen. In seinen sämmtlichen Werken*) beschreibt er die Vorgänge daselbst näher und nennt sie „Auftritte des Faustrechts und der sinnlosesten Rohheit“. Sicher war, daß nicht viel solcher Auftritte dazu gehörten, um die Existenz der „Akropolis aller Wissenschaften, der Pergama der Gelehrtenrepublik“ in Frage zu stellen. Die bekannten schönen Proklamationen, welche Müller bei dieser Gelegenheit am 17. bez. 19. März erließ, und wovon die eine mit den Worten begann: „Die Universität erkennt ihre Söhne wieder“, waren zuerst dem Präfekten zur Begutachtung von ihm vorgelegt, dann selbst ins Reine von ihm geschrieben worden. Er ließ die Studenten auf ihr Ehrenwort sich verpflichten, ihre Studien fortzusetzen. Im Staatsarchiv zu Hannover befindet sich noch eine dritte Proklamation vom 20. März im Konzept vor, worin es heißt:

„Unterzeichnetem ist glaubwürdig hinterbracht worden, daß verschiedene die am 18. März geschehene Zurücknahme der gesetzwidrigen Verbindungen und injuriösen Beleidigungen bloß auf die vor wenigen Tagen erfolgten Auftritte und nicht überhaupt verstanden wissen wollen. Diese Sophisterei ist eine ihn persönlich treffende Beleidigung und er erklärt also,

daß außer der angekündigten gesetzlichen Strafe erneuerter Unruhen, welche ganz unausbleiblich und ohne einigen Aufschub erfolgen würde, er auch selbst sich zur Pflicht machen wird, die schwarze Tücke und unheilbare Bosheit solcher Individuen den höchsten und allerhöchsten Behörden und Gewalten ihrer respektiven Geburtslande und weiterhin in dem Lichte darzustellen, wodurch Jedermann vor ihnen gewarnt werde.

Der ist kein Freund des Guten und Edlen, der nicht Feind und Rächer ist von Trug und Betrug. Welcher Jüngling Ehre

*) Herausgegeben von Johann Georg Müller, 7. Theil, S. 334 ff.

liebt, erkennt an einer solchen Rede die Losung der Verworfenheit. — Joh. v. Müller, Staatsrath, Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts. (Großkreuz des K. holländ. Ordens der Union.)"

Das Großkreuz in seinem Titel hatte Müller wieder durchstrichen. Richtig war es und muthig, daß er seine ganze Persönlichkeit hierbei einsetzte. Was hätte ein Studentenaufruhr auch fruchten sollen? Schwerlich wäre dadurch etwas gebessert, vieles verschlechtert worden. Solche kleinen Kravalle, welche anscheinend ganz außer Beziehung zu den spätern größern Aufständen in Westphalen geblieben sind, wiederholten sich übrigens in Göttingen unter der studirenden Jugend; man muß aber erwägen, daß selbst in ruhigen Zeiten und unter der besten Regierung auf den deutschen Universitäten ein Hang zur Wichtigmacherei und nicht ernstlich gemeinten Ruhestörungen immer vorhanden gewesen ist. Das Verbindungswesen an sich war den Franzosen etwas unverständliches. Müller warnte und warnte. Am 16. Februar 1809 schrieb er darüber an den Prorektor Eichhorn (St. A. Hannover): „Die Landsmannschaften hören auf, ein blos akademisches Unwesen zu sein. Man hat Spur, daß sie von Emissärs mißbraucht werden. Und was wollen diese Unsinnigen, als einige hundert Jünglinge, die Blüthe der Nation, in ihr äußerstes Verderben stürzen! Non tali auxilio et defensoribus istis tempus eget. Sie können erachten, was geschehen könnte, wenn jene Spuren deutlicher würden. In unsern Tagen nimmt jede Verbindung eine nicht studentikose, sondern ernste, sehr ernste Ansicht; ein wahrer Studentenfreund ist, wer auf alle Weise ihnen die Nothwendigkeit beibringt, ihre Landsmannschaften und Orden schleunigst aufzulösen." — Müller war für die Statuirung eines Beispiels. Drei Studenten, Eggeling, Crupp und Ueberhorst, erhielten das Consilium abeundi wegen unerlaubter Verbindungen.

Jerome war selbst im Frühjahr 1808 bei Gelegenheit einer Rundreise durch sein Land in Göttingen anwesend gewesen. Diese Reise war lange durch die Minister und die Lokalbehörden vorbereitet worden. Das Ziel derselben war Braunschweig, Magdeburg und Halle. „Man hält sich im Voraus versichert", schrieb Simeon darüber an Hövel (10. März), „sowohl der Freude, welche die Anwesenheit eines der Liebe seiner Unterthanen so würdigen Souveräns einflößen wird, als auch der sorgsamsten Maßregeln, welche Sie zum

Empfange Sr. Majestät treffen werden." Darauf der Präfekt an den Magistrat zu Göttingen: „Ich bin überzeugt, daß Sie alles anwenden werden, um den guten Eindruck, den eine so wichtige Stadt wie Göttingen auf des Königs Majestät machen muß, durch sorgfältige Anstalten zum feierlichen Empfang desselben zu vergewissern und das Interesse des Königs an dieser guten Stadt zu vermehren." An die Stadt Nordheim ließ er die Aufforderung gelangen, „diejenigen Anstalten zu treffen, welche Ihnen die Freude, einen so theuern Monarchen in Ihrer Mitte zu sehen, einflößen wird". Sämmtliche Einwohner des Amts Harste sollten sich „vom Weender Thor bis zur Grenze der Stadt Nordheim zu beiden Seiten der Chaussee en haye aufstellen und rufen: Es lebe der König!" Die Stadt Dransfeld hatte auf eine ähnliche Benachrichtigung die Antwort: „Wir müssen es ausnehmend beklagen, daß uns die Mittel schlechterdings fehlen, um bei der bevorstehenden Reise Sr. Majestät unsers allergnädigsten Königs nach Braunschweig zu dero Empfang allhier eines uns so theuern Monarchen würdige Anstalten treffen zu können." Hingegen wollte dieselbe Stadt „mit deutscher Einfalt ausgedrückte Freudenbezeugungen" erweisen, welche darin bestehen sollten, daß die Straßen reinlich gehalten und ausgebessert würden, und daß die Bevölkerung mit Fahnen (in den westphälischen Farben, blau-weiß) Spalier bilde.

Der Minister des Innern schrieb die Ceremonien vor, welche, nach dem Muster des französischen Kaiserreichs, bei offiziellen Reisen des Königs in Anwendung kommen sollten. Es wurde selbst der Inhalt der Anreden an Ihre Majestäten — denn die Königin machte die Reise mit — ungefähr nach ihrem Wortlaut vorgeschrieben, wenn es hieß: der Präfekt dürfe alles sagen, was ihm geeignet erscheinen würde, um die hohen Herrschaften von der Zufriedenheit, der Liebe und der Achtung ihrer Völker zu überzeugen.

Endlich kam es zur Abreise Jeromes von Cassel, bis unter die Lutterbergerhöhe durch den Ober-Landjägermeister von Witzleben und ferner durch die verschiedenen Departements immer von Forstbeamten eskortirt. Fourage für 200 Pferde mußte in Weende bereitgehalten sein, 100 Relaispferde sollten sich auf jeder Haltestation befinden. Städte und Dörfer, durch welche Se. Majestät auf dieser Reise kam, waren mit Triumphbogen verziert; überall drängte sich das

Volk auf die Straße, die der König vorüberzog. Die Häuser standen leer. „10 Meilen weit haben wir nur ein ununterbrochenes Fest gesehen. Unsere Reise gleicht einem Triumphzuge, bei welchem der Sieger angebetet wird.“ — So der offizielle Berichterstatter.

In Wirklichkeit hatte es in Göttingen schwer gehalten, eine Ehrengarde zustande zu bringen, welche zu dem offiziellen Empfangsceremoniell gehörte. Schließlich wurde sie aus „der interessanten Jugend aller Nationen, welche zu Göttingen studirt“, genommen. Die Studenten, welche allein der Eifer, den König zu sehen, der ihre Studien beschützte, zusammengeführt hätte, — berichtet der Präfekt an den Minister des Innern, — äußerten öffentlich durch wiederholte Beifallsbezeugungen ihre Wünsche für das Wohl Sr. Majestät und seiner Regierung. Im Amthause zu Weende fand die Vorstellung der Göttinger Notabilitäten statt. Johannes von Müller war wiederum anwesend und vertrat die Interessen der Universität vor dem jungen Monarchen, welcher seinem Alter nach sehr gut zu den Studenten paßte, mit den Worten: „Beruhigt, belebt, sich wiedergegeben und — inmitten einer auseinanderstäubenden Welt — ruhig durch das Vertrauen, welches der Charakter Euer Majestät ihr einflößt, hat die Universität nur einen Gedanken, denjenigen, immer Ihre erhabene Zufriedenheit zu verdienen.“ Nun mußte der König die Bibliothek, die Sternwarte und andere wissenschaftliche Institute besehen. „Unsere Gelehrten erwarteten keineswegs so positive Kenntnisse bei einem jungen Fürsten zu finden, dessen Leben unaufhörlich mit den Waffen und der Kriegskunst beschäftigt war“, — bemerkte bei dieser Gelegenheit der Moniteur. Der Präfekt erwähnt in seinem Bericht hingegen nur, daß Jerome nach dem Brotbaum im botanischen Garten gefragt habe, und daß in der Manege ihn besonders die Geschicklichkeit des ältesten Sohnes des Stallmeisters interessirt habe. Die Bewilligungen, welche an diesen Besuch für die Universität sich knüpften, waren sehr unbedeutend. Später, im August desselben Jahres, als der König wiederum einen kurzen Aufenthalt in Göttingen nahm, blieb er sogar dem Hotelwirth Bethmann daselbst eine Rechnung von 23 Thalern für die Ausgaben der königlichen Küche schuldig, und der Präfekt verfügte bei dieser Gelegenheit, daß diese Schuld „um so eher aus der hiesigen Kämmereikasse bezahlt werde, da eine Nachforderung

dieser kleinen Ausgabe eine offenbare Unschicklichkeit mit sich führen würde".

Der 15. Mai war ein „langersehnter Tag" für Göttingen gewesen, wenn man den offiziellen Versicherungen Glauben schenken darf. Jedenfalls war Jerome mit dem öffentlichen Geist im Leinedepartement sehr zufrieden, und ließ dies durch den Präfekten ausdrücken. Tags darauf setzte er die Reise fort, kam den 16. durch Salzgitter, einen kleinen Ort, wo trotzdem große Empfangsfeierlichkeiten angeordnet waren, eine Ehrengarde mit fliegenden Fahnen, blumenstreuende Mädchen, Schwenken der Hüte und lautester Freudenruf der Menge ihn begrüßten. Um 9 Uhr Abends stieg er auf Schloß Richmond bei Braunschweig ab. Folgenden Morgens hielt er durch Ehrenpforten und -garden entlang seinen feierlichen Einzug in diese Stadt, welche er gewissermaßen als seine zweite Residenz betrachtete, und welche 500 000 Francs zur Herstellung ihres Schlosses herzugeben sich erboten hatte, wenn Jerome dauernd dort wohnen wollte, indem in Cassel der Mangel an jeder Industrie sich für den Hof sehr fühlbar machte. Der preußische Geschäftsträger Küster hatte dieses Anerbieten naturgemäß für wichtig genug gehalten, um seiner Regierung davon Kenntniß zu geben, aber Realität erhielt es nicht.

Am 19. Mai schrieb Jerome von Braunschweig aus an Napoleon: „Ich kann Euer Majestät nicht schildern, mit welchem Enthusiasmus ich in allen Städten und Dörfern meiner Staaten empfangen worden bin, am meisten aber in dieser." Und später im selben Brief: „Dies Volk ist gut, es kann Frankreich sehr nützlich sein, es ist seine Avantgarde."*) Nach dieser authentischen Darstellung aus des Königs Munde müssen wir es wohl glauben, wenn der Moniteur hinzufügt: „Niemals war ein Freudensruf allgemeiner als in dieser trefflichen Stadt. Alles stellte das Bild des Glücks dar, alles drückte die aufrichtigsten Gesinnungen eines freudetrunkenen Volkes aus." Der Maire der Stadt, Baron von Marenholz, überreichte die Schlüssel. Jerome gab sie zurück mit den Worten, daß er überzeugt sei, „ein Souverän, welcher nur das Glück seiner Völker wolle, könne nicht besser, nicht sicherer bewacht sein, als durch sie selbst".

*) Mem. III, S. 263.

In Braunschweig hielt Jerome eine Musterung über das dort stehende 3. Linien-Infanterie-Regiment ab, welches der Erbprinz von Hohenzollern kommandirte. Beim Lever am 19. nahm er den Treueid vieler Offiziere, auch des Obersten Dörnberg entgegen. Tags darauf gab ihm die Stadt einen Maskenball im Saale des Schauspielhauses, welches zu dem Zwecke besonders geschmackvoll ausgestattet worden war. Der junge Monarch wurde mit Pauken, Trompeten und Beifallklatschen einer zahlreichen und glänzenden Versammlung empfangen.

Am 21. Mai verließ er Braunschweig, brachte die folgende Nacht in dem illuminirten Halberstadt zu und erreichte Magdeburg den 22. zu Pferde. Kanonendonner und Freudengeschrei der Menge empfing ihn. Vor dem Walle war ein Bataillon französischer Artillerie in Schlachtordnung aufgestellt. Jerome hielt Revue über alle Truppen ab, auch diejenigen des Generals Michaud. Eine 150 Mann starke reich equipirte Ehrengarde war dem König bis eine Stunde vor die Stadt entgegengekommen. Feuerwerk, Ball u. s. w. bildeten den unterhaltenden Theil des Aufenthalts in Magdeburg, die Besichtigung der Festungswerke den ernsteren, aber kürzeren.

Selbst Johannes von Müller nannte die Aufnahme Jeromes in Magdeburg prächtig. Er selbst hatte von Braunschweig aus einen Abstecher nach Helmstedt gemacht, wo er sehr gefeiert worden war. In Halle hatte er dann noch die dortige Universität dem König vorzustellen, was schnell vorüber war. Ueber diesen Festakt in Halle giebt es eine Beschreibung von dem damals als Professor dort wirkenden Steffens in seinem bekannten Buch „Was ich erlebte“, 5. Bd., dessen Autorität für die Geschichte dieser Zeit in den gelehrten Kreisen im Durchschnitt wohl etwas zu hoch gehalten wird.

Den 25. Mai, Nachmittags 3 Uhr, traf Jerome unerwartet auf Napoleonshöhe wieder ein. Cassel gab eine Salve von 21 Kanonenschüssen, als es von der Ankunft seines Souveräns hörte, und illuminirte ebenfalls. Jerome traf damals die Bestimmung, daß der Wilhelmshöher Park in Zukunft alle Sonntage dem Publikum geöffnet würde, die berühmten Wasser an diesen Tagen um 3 Uhr springen sollten.

Späterhin machte Jerome öfter solche Reisen durch sein Land. Er hörte auch hin und wieder Klagen der Einwohner bei der

Gelegenheit an und berichtete darüber an seinen Bruder. So sagte er von der ehemaligen Provinz Magdeburg, daß dieselbe sehr unglücklich sei. Die besitzenden Klassen hätten Obligationen gezeichnet, aber sie seien nicht in der Lage, sie einzulösen. Die unglücklichen Bauern hätten ihre Betten und ihre Möbel zu diesem Zweck verkaufen müssen, sie wären in Verzweiflung. (19. Mai.) Der Kaiser hatte hierauf keine Erwiderung.

Die offizielle Theilnahme der westphälischen Unterthanen an den Regierungsgeschäften, speziell der Gesetzgebung, fand in der Ständeversammlung statt. Schon am 18. März 1808 war ein königliches Dekret erschienen, welches die Verrichtungen der Wahlkollegien des Reichs, wie auch die Art und Weise ihrer Abhaltung anordnete. Denn nach dem 29. Artikel der Konstitution sollten die Stände aus 100 Mitgliedern bestehen, die von den Departementskollegien zu ernennen waren. 70 Mitglieder sollten unter den Grundeigenthümern, fünfzehn unter den Kaufleuten und Fabrikanten und fünfzehn unter den Gelehrten und andern Bürgern, die um den Staat sich verdient gemacht hätten, ausgewählt werden. Das Weserdepartement hatte im Ganzen 17, das Ockerdepartement 14, das Elb-, Fulda- und Werradepartement je 13, das Harz- und Saaledepartement je 11 und das Leinedepartement 8 Deputirte zu wählen. Die Kollegien, welche sie zu wählen hatten, setzten sich nach denselben Grundsätzen zusammen, nach welchen die Deputirten gewählt wurden. Der Intendant Martelliere in Cassel hatte für Hessen auf die Zusammensetzung dieser Kollegien bezügliche Schemata von Listen schon am 22. Dezember 1807 an die einzelnen Aemter verschickt. Darin hieß es, es sei ein Einwohner unter je 200, welche nach Namen, Vornamen, Alter (über 21 Jahre), Stand oder Profession, Wohnort und jährlichen Einkünften aufzuführen waren, und zwar der jeweilig bestsituirte Grundbesitzer, zu diesen Versammlungen zu wählen; unter den reichsten Kaufleuten und Fabrikanten war je einer unter 800 der Totalbevölkerung und ebenfalls unter den hervorragendsten Gelehrten, Künstlern und Männern, die sich sonst um den Staat verdient gemacht haben, je einer unter 800. Die Namen sollten „nicht nur für Deutsche, sondern auch für Franzosen deutlich geschrieben sein". Der Zweck, wozu diese Listen dienen sollten, wurde damals nicht angegeben.

Die Mitglieder der Stände mußten wenigstens 30 Jahre alt sein, westphälische Bürger und in demjenigen Departement, dessen Kollegium sie ernannte, Grundeigenthümer sein oder in demselben ihren Wohnsitz haben. Diäten erhielten sie nicht. Alle drei Jahre mußte die ganze Ständeversammlung zu einem Drittel erneuert werden; die austretenden Mitglieder konnten aber unmittelbar wiedergewählt werden. Die so gewählten Stände wurden zum 12. Juni nach Cassel beschieden. Es kam hingegen vor, daß einige Wahlen im Weserdepartement wegen Unregelmäßigkeiten kassirt wurden. Es versteht sich fast von selbst, daß alle diese Gewählten Deutsche waren und vielfach, aber doch keineswegs ausschließlich, dem Adelsstand angehörten. Der Erbgraf von Stollberg-Wernigerode, welcher durch die Schöpfung des Königreichs Westphalen seine Reichsunmittelbarkeit verloren hatte, gehörte auch zu den Erwählten. Die Namen sämmtlicher Mitglieder der Reichsstände wurden am 2. Juni durch königliches Dekret publizirt, für den 2. Juli war die feierliche Eröffnung der Versammlung in dem Orangeriesaal zu Cassel angesetzt; später, seit 1810, tagten sie in dem eigens zu diesem Zweck nach dem Muster des Saales der Deputirten in dem heutigen Museum hergerichteten Saale, der mit der Statue des Kaisers geziert war.

„Eine unermeßliche Menge der Einwohner aus Cassel und den übrigen Theilen des Landes“ war zum Zweck der Eröffnung zusammengeströmt. Das Ceremoniell war vom König vorgeschrieben worden und sehr umständlich. Die Ständemitglieder sollten nachher in einer für sie ersonnenen Uniform erscheinen, was jedoch, trotzdem der König die Kosten der Equipirung, 120 000 Francs, tragen wollte, lebhaften Widerspruch, besonders unter den Adligen hervorrief. Jerome hielt eine Anrede, worin er den Herren besonders den Gesetzentwurf über die öffentliche Schuld empfahl. „Die Konskription“, sagte er, „ist eine den meisten von Euch nicht fremde Sache. Mehr als je ist es wahr: um Friede zu haben, muß man zum Krieg gerüstet sein.“ In einer Botschaft der Stände an Jerome — so berichtet der Moniteur vom 7. Juli — sprach der gemäß der Konstitution vom König zum Präsidenten der Versammlung ernannte Graf Schulenburg-Wolffsburg die Erwartung aus, „daß der Friede bestehen werde, ohne Zweifel das sicherste Mittel, die tiefen Wunden

zu heilen, welche uns durch die verhängnißvolle Vergangenheit geschlagen worden sind".

Man muß hierüber Johannes von Müller an seinen Bruder berichten hören:*) „Du hättest uns sehen sollen am 2. Juli, als der König die Stände eröffnete, prachtvoll der Hof, jeder — gerührt; der König sprach vom Thron, männlich und edel. — In dem allen und in den Anstalten ist Keim der gänzlichen Umschaffung, einer ganz neuen Entwickelung des Charakters der Teutschen, und wahrhaftig eben so möglich, daß unter gewissen Umständen alles lebendiger und größer werde, als das Gegentheil. Ich getraue mir nicht vorherzusagen, ich erkenne Thaten Gottes, über alle Rechnungen hinaus."

Der Freiherr von Strombeck wohnte als Ständemitglied den Verhandlungen des Reichstages von 1808 bei und schildert dieselben**) ziemlich ausführlich. Der Moniteur brachte natürlich nur, was ihm für das Publikum passend erschien, so die Darstellung der Lage des Königreichs durch den Minister der Justiz und des Innern Simeon vom 7. Juli. Darin hieß es: „Die Völker, deren Vertreter Sie sind, hatten, solange sie unter viele Herrschaften getheilt waren, keinen Anspruch auf ruhmvollen Rang unter den Nationen." Und dann: „Die preußischen meist vor nicht langen Jahren zusammengebrachten Provinzen einer von Friedrich über ihre natürliche Größe erhobenen Monarchie wurden in die Unfälle seines Nachfolgers verwickelt." — Westphalen kenne jetzt nur freie Männer, es habe Deutschlands Tacitus und 5 Universitäten mit 140 Professoren, zu denen — nach einer Berechnung Müllers — noch 100 Lyceen und Gymnasien und gegen 3000 niedere Schulen hinzukamen. Das Schulwesen kostete damals etwa 1 Million Francs.

Weitläufige Bemerkungen über die Einführung des Code Napoleon und die Neuorganisation der Tribunale folgten in den Darlegungen Simeons. Mit Vergnügen wollte derselbe „Westphalen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß Verbrechen selten vorkommen". Alles Gute und Nützliche würde Ermunterung und Schutz finden „bei einem Monarchen, dem sein Alter die Aussicht öffnet, für das Glück seiner Unterthanen 50 Jahre wirksam zu sein".

---

*) Werke, VII, 355 f.

**) Darstellungen 2. Bd., S. 14 ff.

Bis zu Ende August — so lange dauerten die Sitzungen der Ständeversammlung im Jahr 1808 — sind eine lange Reihe von Reden gehalten worden, welche — zum ersten Mal in einem deutschen Staat — die intelligenten Vertreter desselben an parlamentarische Thätigkeit gewöhnten. Etwas von diesem Gefühl, berufen zu sein, mitzuarbeiten in modernerem, anderem Sinne an den Aufgaben des Staates, als es die alten Ständeverfassungen gestattet hatten, spricht sich selbst bei Leuten aus, die für die französische Gesetzgebung an sich sonst wohl nicht geschwärmt hätten. Eine eigentliche ausschlaggebende Diskussion fand freilich in diesen Versammlungen nicht statt, auch hatte keiner der Mitglieder das Recht, eigne Gesetzentwürfe einzubringen. Aber es kam doch vor, daß der Entwurf der Regierung über die Grundsteuer (am 7. August) mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Der König gab in Einzelheiten den Wünschen der Volksvertreter auf diesem Gebiete nach, und so konnte denn der Staatsrath Malchus am 18. wieder mit einer veränderten Vorlage hervortreten, welcher er die Worte beifügte: „Ihnen, meine Herren, liegt es jetzt ob, dem Könige, der Nation, selbst dem Auslande zu zeigen, daß Sie das Recht zu schätzen wissen, bei der Einrichtung der Steuern zugezogen zu werden." Dieser Malchus, später Finanzminister, war überhaupt einer der Hauptapologeten des Königreichs Westphalen. Es war damals der Gebrauch der Phrase in öffentlichen Versammlungen in Deutschland noch neu. Am 14. Juli hatte er darin folgendes geleistet: „In einem Staate, wie der unsrige, auf Sieg gegründet, giebt es keine Vergangenheit! Es ist eine Schöpfung, in welcher, wie bei der Schöpfung des Weltalls, alles, was vorhanden ist, nur als Urstoff in die Hand des Schöpfers und aus ihr vollendet in das Dasein übergeht." — Man denke sich Westphalen als Weltall, und Napoleon als — Schöpfer. Welche Blasphemie!

Es ist aber nöthig, solche Ausdrücke aus dem Munde offizieller Persönlichkeiten der damaligen Tage hervorzuheben, damit nicht immer auf dem armen, der Dinge der Welt im Allgemeinen ziemlich unkundigen, Johannes von Müller der Vorwurf allein haften bleibe, den Tyrannen geschmeichelt zu haben. Die Stützen und Säulen des Königreichs Westphalen in staatlicher Hinsicht waren nicht solche geistreiche und im Grunde kindliche Seelen, wie Müller es war.

Bei ihren Vorlagen und Gesetzentwürfen wurde die Regierung hauptsächlich in Finanzfragen neben Malchus durch Hoffbauer, in kirchenrechtlichen durch den Grafen von Merveldt, in Verwaltungssachen durch den nachmaligen Minister von Wolffradt, in Kommunalsachen durch den Staatsrath von Coninx, in juristischen Fragen durch den Professor von Martens und Freiherrn von Strombeck unterstützt. Müller wurde nur zum Schluß der Stände, 30 August, gewissermaßen als Professor der Eloquenz zu einer feierlichen Abschiedsrede herangezogen. Und hier leistete er oratorisch Schönes mit den bekannten Worten: „Der, vor dem die Welt schweigt, weil Gott die Welt in seine Hand gegeben, erkannte in Germanien die Vorwache und Brustwehr von Süd und West, von den ersten Hauptsitzen der Kultur Europas. Also für gemeine Politik zu erhaben, gab er Deutschland Festigkeit, gab ihm sein Gesetzbuch, das Muster seiner Waffen, die größten Lehren und statt gedemüthigter Soldaten achtvolle geehrte Bürger. Aus 20 Ländern schuf er ein Reich. Konnte er mehr thun? Er setzte darüber seinen Bruder."

In der That hatte Müller, wie er am 16. August an seinen Bruder schrieb, das Gefühl, daß die Frucht der alten Zustände in Deutschland überreif, zum Abfallen reif war. „Alles Erhaltende", fährt er fort, „als da ist Religion, Vaterlandsliebe, urkundliches Recht, Humanitätsrücksicht ist vorbei; es muß ein Neues geschaffen werden." Mit Universität und Schulen ging es den Umständen nach gut. Aber am selben 30. August, an dem er die pomphafte Rede vor den Ständen hielt, theilte er der brüderlichen Liebe vertraulich mit: „Diese Zeit über habe ich Verschiedenes gewirkt, aber die Hydra wächst." Am 3. April 1809 klagt er: „Innerhalb 10 Tagen dürften mehrere meiner Institute aufhören, — was auf dem Berg vor Magdeburg seit Otto dem Großen, was hier seit Herzog Julius, dort seit Philipp dem Großmüthigen geblüht. Vorwerfen darf ich mir nichts. Wer will wider den Strom schwimmen? Rein ab! rein ab! erschallt es zwischen dem Brausen der Wellen."

Jerome hatte einen Theil des Spätsommers in den Schwefelbädern zu Nenndorf zugebracht, war dann in die westlichen Gegenden seines Reichs nach Paderborn, Bielefeld, Osnabrück und Minden gereist, an welchen Orten die katholische Geistlichkeit zu seiner Verherrlichung Manches gethan hat und der König große Mildthätigkeit

gegen die Dürftigen bezeigte. Letzteres, die Pflege der Wohlthätigkeit war überhaupt etwas, was die napoleonische und überhaupt die französische Verwaltung auszeichnete. In Cassel hat Jerome in dieser Hinsicht manche erleichternde Einrichtung getroffen. Zunächst hatte er schon Ende 1807 sämmtliche Hospitäler zum Besten der Kranken und Armen daselbst unter einer Administration vereinigt. Zur Unterstützung der Hülfsbedürftigen war am 29. März 1808 ein Centralbüreau errichtet worden, welches aus dem Maire von Cassel, aus dem Gouverneur des Königlichen Palastes, dem General von Wurmb, aus dem Generalschatzmeister du Chambon, und aus den Herren Klingender, Hassenpflug, von Manger und Bochs bestand, und welches neben Verwaltung der verschiedenen bestehenden Stiftungen auch neue Spenden entgegenzunehmen, bezw. zu vertheilen hatte. Ein Centralausschuß zur Verbreitung der Kuhpockenimpfung wurde am 13. April niedergesetzt, „in Erwägung, daß Nachlässigkeit und Vorurtheile noch immer eine große Anzahl unserer Unterthanen abhalten, die Wohlthaten einer Entdeckung zu genießen, deren glückliche, durch die Erfahrung hinreichend bestätigte Erfolge schon in dem größten Theile Europas die durch die Plage der Blattern verursachten Verluste um ein beträchtliches vermindert haben".

Das Napoleonsfest am 15. August und der Geburtstag des Königs am 15. November wurden wohl durch öffentliche Lustbarkeiten, freies Schauspiel u. s. w. gefeiert, aber zugleich auch durch Ausstattung armer Hochzeitspaare, durch Freigebung von Gefangenen, durch Ertheilung einer außerordentlichen Summe an die Wohlthätigkeitskommission in Cassel. Es wurde Gewicht darauf gelegt, daß es in der offiziellen Presse hieß: Die Herzensgüte des Königs betrachte „als die schönste Zierde eines solchen Festes die Wohlthätigkeit und die Unterstützung der Dürftigen und Nothleidenden". Ein besonderes Dekret regelte späterhin im Frühjahr 1809 die Vertheilung der öffentlichen Unterstützungen an die Armen der einzelnen Gemeinden des Königreichs.

Inmitten der Hoffestlichkeiten während des Winters 1808/9 fühlte sich weder Müller noch selbst der Weltmann Reinhard recht behaglich. Ueber den Karneval zu Cassel theilte Letzterer Göthe am 15. Februar 1809 mit: „Dem Beschreiber des römischen Karnevals vom westphälischen sprechen, heißt — wie Wieland sagt —

Nachteulen nach Athen tragen.“ Reinhard hatte zum ersten Mal in seinem Leben als Anführer bei einem Aufzug figurirt. 100 Personen tanzten am Hofe spanische Quadrille, Schäferballete und dergleichen. Polischinelle, Marktschreier, ein Bey mit Harem und Mameluken, ein Jahrmarkt, fleißig besuchte Büffets, am Ende Tafel des Königs und der Königin: so setzte sich ein derartiges Hoffest zusammen. Reinhard bemerkt: „Mir ist, als ob meine Vergnügungen anfangen würden, seit die Vergnügungen zu Ende sind. Im Uebrigen geht es uns hier gut genug. Der Kaiser ist, der König scheint mit mir zufrieden. Von der Literatur lebe ich hier ziemlich abgesondert. Für den alten Kurfürsten standen seit der Revolution Bücher in einer Kategorie mit runden Hüten und Pantalons, und an unserm jungen Hof ist der Refrain: Nous ne lisons guères.“

Reinhard hatte außer Müller intimere Beziehungen zu einem gelehrten Franzosen, Chr. von Villers, welcher ein großer Bewunderer der deutschen Literatur war und um diese Zeit in Hamburg sich mit der Uebersetzung verschiedener deutscher Tagesschriften ins Französische beschäftigte, später aber eine Professur an der Göttinger Universität anstrebte und erhielt. Herr Dr. Isler in Hamburg hat den Briefwechsel zwischen diesen beiden Männern, richtiger die Briefe Reinhard's an Villers, 1883 separat herausgegeben. Aus einem Schreiben Reinhard's vom 31. Dezember 1808 ergiebt sich, daß Johannes von Müller auch Villers sehr wohl gewollt hat. Letzterer war ein Mann, der einmal von der andern Seite her „zwei Nationen angehörte“ und sehr geeignet zur Vermittelung des deutschen und französischen Bildungswesens erschien. Ihm glaubte Reinhard daher auch seinen Schmerz bei dem am 29. Mai 1809 eingetretenen Tode Müller's ausschütten zu können. „Unser Freund Müller ist nicht mehr“, schrieb er ihm am 7. Juni. „Ein französischer Staatsrath hat eine französische Rede an seinem Grabe gesprochen. Aber beruhigen Sie sich, er hat wie ein Deutscher gesprochen.“ Die näheren Umstände vom Tode des vielfach mit anonymen Schmähschriften, speziell aus dem Preußischen, in seinen letzten Tagen heimgesuchten Mannes sind von Reinhard mehr angedeutet als ausgesprochen. Steffens und nach ihm Guhrauer in der Skizze: „Graf Karl Friedrich Reinhard“ *) haben dem französischen Gesandten bei

*) Raumer's historisches Taschenbuch, Jahrgang 1846.

dieser Gelegenheit drohende Worte gegen Jerome in den Mund gelegt, welche er wohl schwerlich gesprochen hat. Sicher aber bleibt es, daß Müller durch den König beleidigt worden ist und daß er, wie Reinhard sagt, abgesehen von der Krankheit, woran er litt, — am Kummer gestorben ist. „Es konvenirt übrigens nicht", fährt der vorsichtige Diplomat gegen Villers fort, „daß Sie sagen, ich hätte es Ihnen geschrieben, daß er am Kummer gestorben ist. Ich sehe Infamieen voraus, welche ich, soviel ich kann, verhindern werde."

Mit letzterem meinte Reinhard eine polizeiliche Durchsuchung der nachgelassenen Papiere und Manuskripte des Verstorbenen, was in Westphalen in aller Heimlichkeit hier und da geschah, weil man doch immerhin den Beamten von deutscher Abkunft nie ganz traute. Bei Müller hatte dieser Verdacht noch einen speziellen Anlaß, worauf wir später zu sprechen kommen werden. An Göthe hatte Reinhard unmittelbar nach dem Begräbniß am 31. Mai sofort geschrieben: „Sein letzter Ausgang war zu mir in der Abendluft. Wie sehr ich ihn liebgewonnen habe, werden Sie glauben, Sie, der ihn schon lange kannte. Wir sahen uns oft, fast täglich, besonders in den letzten Zeiten. Den Schmerz Deutschlands kennen Sie wie ich. Er hinterläßt seine Bibliothek, seine Manuskripte und Schulden. Leben Sie wohl und erinnern Sie sich, daß durch jeden Verlust dieser Art, den Deutschland leidet, Ihr Leben ihm theurer und heiliger wird." Darauf Göthe zweifelnd von Jena aus den 9. Juni: „Was kann bei einem solchen Verlust besser trösten als die Empfindung, wieviel noch übrig bleibt? — Unser abgeschiedener Freund war einer von den seltsamsten Individualitäten, die ich gekannt habe. Es würde sehr schwer sein, ihn als Menschen, als Talent, als Schriftsteller, Geschäfts- und Lebensmann in einem Bilde darzustellen. Wer ihn nicht näher gekannt hat, wird sich nicht leicht ein Bild von ihm machen können. Es war ein Glück für ihn, daß er Ihnen noch zuletzt begegnete, denn er muß sich doch an seinem Platze sehr isolirt und peinlich befunden haben. Nehmen Sie auch Dank von mir, daß Sie ihm bis an sein Ende beigestanden haben."

Es wird dem Einflusse Reinhard's zuzuschreiben sein, daß Jerome durch Dekret vom 28. März 1809 dem Dr. Cotta, Buchhändler zu Tübingen, ein Privileg für den ausschließlichen Verkauf der von ihm veranstalteten neuen Ausgabe der Werke Schiller's und

10*

Göthe's für den Bereich des Königreichs Westphalen auf 15 Jahre ertheilte. Die Erwägung, welche den König dabei leitete, ist zu interessant, als daß wir sie hier nicht aus dem Bulletin des lois mittheilen sollten. Es heißt darin, daß dieses Unternehmen zwar nicht in seinem Reiche geschehe, aber Begünstigung verdiene, und daß durch die Bewilligung des Gesuches des Herrn Cotta — nicht allein, wie recht und billig, dessen Eigenthum gesichert werde, sondern auch „von Unserer Seite zu erkennen gegeben wird, wie sehr wir uns für die schöne Literatur, für die Wittwe eines der besten Dichter, der Zierde Deutschlands, und für den Herrn von Göthe selbst, unter dessen Augen diese neue Ausgabe seiner Werke erscheint, interessiren".

Reinhard hatte sogar nicht übel Lust, die weimarische Schauspieltruppe — vielleicht einen Monat oder 6 Wochen — in Cassel spielen zu lassen, und fragte deshalb bei dem Olympier an: „Ein französischer Gesandter, geborener Deutscher, darf diesen Einfall wohl dem deutschen Schriftsteller mittheilen, der zuerst die französische tragische Muse im deutschen, wohl anschmiegenden Gewande gezeigt und zuerst auf die deutsche Bühne die gefälligen gerundeten Formen der Franzosen übertragen hat." — Es wurde leider aus diesem Plane nichts, der einen guten Theil Norddeutschlands wohl erst mit Schiller und Göthe bekannt gemacht hätte. Wurde in Westphalen seitens der geheimen Polizei späterhin im April 1812 doch von den Schiller'schen Theaterstücken behauptet, daß sie theilweise ebenso boshaft und satyrisch wie die von Kotzebue seien, und in Halberstadt wurde ihre Aufführung wegen ihrer dem öffentlichen Geist schädlichen Anspielungen untersagt. Man erfreute sich in Cassel, Magdeburg und anderswo an der Aufführung französischer Stücke durch französische Truppen um so lieber, da ihre Leistungen wohl durchschnittlich besser waren, als die trotz Schiller und Göthe immerhin noch in ihren Anfängen befindliche deutsche Schauspielkunst sie bieten konnte.

Jerome selbst lernte nicht deutsch, wie wir oben schon einmal berührt haben; also werden ihm persönlich wohl auch die Schriften Göthes fremd geblieben sein. Eigenthümlich war übrigens, daß ein am 21. März 1808 erlassener königlicher Entscheid, betreffend den Gebrauch der deutschen und französischen Sprache, nicht in das Bulletin des lois aufgenommen wurde, sondern sich nur handschriftlich in den Minuten des Staatssekretariats, heute im geheimen

Staatsarchiv zu Berlin, befindet. Darin hieß es: Daß die deutsche Sprache in Gebrauch bleiben solle bei den Tribunalen, den Friedensgerichten und den Notaritätsakten, ferner daß sie vor der Ständeversammlung gesprochen werden sollte. Das Französische aber sollte im Staatsrath, beim Schatz, in den Büreaux der Ministerien und derjenigen Staatsräthe, welche mit der Leitung irgend eines Theils der öffentlichen Verwaltung betraut seien, „beibehalten" werden. Die Präfekten waren meist Staatsräthe; die unter ihnen stehenden Verwaltungsbeamten, die Magistrate und Kirchenbehörden waren aber implicite keineswegs verpflichtet, unter sich französisch weder zu sprechen noch zu schreiben, es sei denn, daß sie sich an obige Centralbehörden direkt zu wenden hatten.

Jerome glaubte für sein Volk einen neuen Orden stiften zu müssen: den Orden der westphälischen Krone. Er schrieb darüber ganz erfreut am 11. Juli 1808 an seinen Bruder, den Kaiser: „Ich weiß, daß diese Einrichtung den Deutschen sehr gefallen wird. Euere Majestät kennt ihren Charakter. Viele von ihnen sind gezwungen worden, ihre Dekorationen in Stich zu lassen und nichts wird ihnen angenehmer sein, als einen neuen Orden ihres Königreichs gründen zu sehen." Das Modell des Ordens wurde auch Napoleon vorgelegt, und dieser soll gefunden haben, daß zu viel Thiere darin vorkommen.*) Dasselbe ließ sich am Ende vom westphälischen Wappen sagen, das den hessischen Löwen, das Welfenroß und noch einige heraldische Geschöpfe unter den Flügeln des napoleonischen Adlers verbarg. Wie in diesem Wappen, so schien in ganz Westphalen während des ersten Regierungsjahres des jungen Königs idyllischer Friede zu herrschen. Man hätte glauben können, das westphälische Volk sei mit seinem Regenten zufrieden, mit seinem Schicksal versöhnt. Die im Frühjahr des Jahres 1809 ausbrechenden Insurrektionen bewiesen, daß dem nicht ganz so war.

*) Du Casse, Revue XV, 401.

Siebenter Abschnitt.

Das Jahr 1809.

„Seit man in Europa anfing, an die Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Kampfes zwischen Frankreich und Oesterreich zu glauben, verbreitete sich eine unbestimmte Unruhe, ein dumpfes Gerücht hiervon in Deutschland und hauptsächlich in Westphalen. Die geheimen Gesellschaften bearbeiteten seit lange schon die öffentliche Meinung in dem ehemaligen Kurhessen und in den Marken. Preußen war das Hauptcentrum dieser Umtriebe.“ Hier vor allem war es, wo in dem jungen Geschlecht, das sich um den erschütterten Königsthron schaarte, der Haß gegen die Fremdherrschaft am eifrigsten geschürt wurde. In Preußen, das die Willkür Napoleons am furchtbarsten zu fühlen bekommen hatte, erwachte der Gedanke der nationalen Einheit nach langem Schlummer zum ersten Male wieder kräftig. Das Beispiel der Spanier wirkte mächtig. Was das bisher unter dem Absolutismus des bourbonischen Hauses niedergehaltene Volk in muthiger Auflehnung gegen das fremde Joch vermocht hatte, das traute man sich im deutschen Norden erst recht zu. Und geschäftig und in aller Stille fanden sich die Gleichgesinnten. Von Königsberg über Schlesien nach Oesterreich, über Berlin nach Sachsen, Franken und Westphalen reichten die Einverständnisse, die meist von Mund zu Mund weiter gegeben wurden, und so den französischen Spionen verborgen blieben. Wer in Preußen, wer in Berlin an der Spitze der Bewegung stand, in welchem Sinne man von hier aus das westliche Deutschland zu beeinflussen bestrebt war, das hatte Steins aufgefangener Brief an den Fürsten von Wittgen-

stein zur Genüge gezeigt. Schill soll bereits im Dezember 1808 auf Drängen des tollkühnen Eugen von Hirschfeld mit Hülfe ehemaliger preußischer Offiziere einen Aufstand in Cassel geplant haben; Hirschfeld selbst schreibt man die Absicht zu, daß er Jerome in seiner Residenz hätte aufheben wollen.

Mit der Aussicht auf eine Erhebung Preußens im Anschluß an Oesterreich gewannen auch die Anschläge auf das Königreich Westphalen an Umfang und Bedeutung. Die leitenden Kreise in Berlin, Blücher, Gneisenau, Scharnhorst, Schill unterhielten rege Verbindung, die hauptsächlich von dem Hauptmann von Lützow besorgt wurde, mit den Unzufriedenen im benachbarten Königreich, an deren Spitze in Hessen der in westphälische Dienste übergegangene Kaspar von Dörnberg stand. Zahlreiche entlassene Offiziere und Soldaten besorgten die Vermittlung. „Es wurde alles mündlich abgemacht", sagt Dörnberg, „und nur einmal erhielt ich einen Brief von Schill durch Herrn von Ernsthausen, den ich aber sogleich verbrannte, auch nicht schriftlich beantwortete." Patriotische Ansprachen und Flugschriften wurden in Westphalen eingeschmuggelt. Besonders bei der studentischen Jugend fanden die nationalen Ideen Eingang. Johannes von Müller war dagegen bereits im Februar 1809, wie wir sahen, in einer Vermahnung an den Prorektor Eichhorn in Göttingen zu Felde gezogen. Gleichzeitig waren österreichische Emissäre thätig, um eine Schilderhebung in Westphalen zu Stande zu bringen. In dem früheren Kurfürstenthum Hessen fanden derartige Bestrebungen einen ganz besonders günstigen Boden. Denn hier war immer noch unter den Bauern auf dem Lande, in den Kreisen des Adels, unter den nicht wieder angestellten Offizieren und Soldaten die Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus außerordentlich groß. Ohne ein Verständniß für die Segnungen des neuen Regiments zu gewinnen, verabscheute man hier nur die Willkürherrschaft der Franzosen, haßte das lästige Konskriptionssystem, dem ein verworfener Mensch Namens de la Haye vorstand, und das in Verbindung mit dem Polizei- und Spionirwesen doppelt widerwärtig auftrat, seufzten die Einwohner unter dem Druck der sich immer steigernden Abgaben, die bei den unglücklichen wirthschaftlichen Verhältnissen und einseitigen kommerziellen Maßregeln mehr und mehr unerträglich wurden.

Am Casseler Hof ahnte man auch, daß sich etwas im Geheimen vorbereite. Am 19. März, indem Jerome Napoleon gegenüber seine Befürchtungen wegen einer englischen Landung ausspricht, macht er zugleich auch, während er den Geist der Bevölkerung im Elbe- und Ockerdepartement als ausgezeichnet hinstellt, auf die allgemeine Unzufriedenheit in Hessen aufmerksam, und wünscht ein französisches Regiment aus Magdeburg hierhin verlegen zu dürfen, um die Uebelgesinnten niederzuhalten. Reinhard theilt die Nachricht von der Mißstimmung der Bevölkerung, die ein Agent an Fürstenstein gebracht hatte, am 24. Februar Champagny mit, fügt aber sofort hinzu, daß der Minister des Innern an solche Strömungen nicht glauben wolle. Die Polizei sei musterhaft in Westphalen organisirt, das Volk wäre gut, der Adel treu, der König allgemein beliebt. Er, der Minister, sei aufs genaueste über alle Vorkommnisse im Königreich informirt! Doch gerade das Gegentheil zeigte sich, die Polizei hatte in keiner Weise ihre Schuldigkeit gethan; sie ward nahezu völlig vom Aufstande überrascht. Herrn von Bercagny war es passirt, wie Reinhard sich gut deutsch ausdrückt, daß er vor lauter Bäumen den Wald nicht gesehen hatte. Ende März nämlich wollte man deutlichere Anzeichen von geheimen Anschlägen unter den Auspizien des früheren Kurfürsten entdeckt haben. Es war das aber in Folge der massenhaften Desertionen unter den nach Spanien ausziehenden Truppen, die man durch ausländische Agenten bestochen wähnte. Auch hatte man unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Affaire von Stendal am 9. April in Witzenhausen im Werrathal ein Plakat angeschlagen gefunden, das Jedem die Verfolgung mit Feuer und Schwert androhte, der sich nicht auf diese Aufforderung hin am folgenden Tage nach Melsungen begebe. Indessen die Adern der Bewegung fühlte man nicht heraus.

Unbeargwohnt hatte Dörnberg so seine Vorkehrungen für die beabsichtigte Erhebung in Hessen treffen können. Nach den vergeblichen Versuchen in London, zur Zurückführung des Kurfürsten eine englische Expedition ins Werk zu setzen, war er Ende 1807 nach dem Festlande zurückgekehrt. Durch das Dekret Jeromes vom 7. Dezember 1807 sah er sich dann genöthigt, seinen Posten als preußischer Major, zu dem er auf Blüchers Vorschlag befördert war, aufzugeben, und, wenn er nicht die Einziehung seiner Güter ge-

wärtigen wollte, in Westphalen seinen Aufenthalt zu nehmen. Was ihn außerdem bewog wieder nach Hessen zu gehen, führt er in seinem Memorial*) folgendermaßen aus: „Es war die Grundidee des Tugendbundes, unter der Fremdherrschaft den deutschen Geist aufrecht zu erhalten, und daß dazu Jeder in seinem speziellen Vaterlande wirken müsse. Diesem Grundsatze pflichtete ich vollkommen bei und versprach dazu nach Kräften mitzuwirken, ohngeachtet ich es ablehnte, förmlich in den Bund zu treten, um frei zu bleiben, da ich überhaupt eine Abneigung gegen geheime Verbindungen habe, wo man leicht ein willenloses Werkzeug in der Hand unbekannter Oberer werden kann." Seinen Absichten wurde es sehr förderlich, daß ihn Jerome sofort nach der feierlichen Vorstellung im Orangeriegebäude zu Cassel am 1. Januar 1808 in seine Dienste zog und ihn zum Chef des neu zu bildenden Gardegrenadier-Bataillons ernannte. Nur so konnte er hoffen, eine geschulte und disziplinirte Truppe an die Hand zu bekommen, ohne deren thätiges Eingreifen eine erfolgreiche Erhebung des Volkes sich kaum ins Werk setzen ließ. Daß ihm sein Doppelspiel, zu dem er nunmehr gezwungen war, nicht leicht wurde, glauben wir ihm gern. Und ebenso natürlich war es, daß sein Schritt allerhand Mißdeutungen von Seiten seiner Freunde und Gesinnungsgenossen erfuhr. Aber die Weigerung, die angebotenen Dienste anzunehmen, hätte zweifellos die Aufmerksamkeit der geheimen Polizei erst gerade auf ihn gelenkt. Ein günstiger Zufall wollte es, daß, nachdem er sich bei der Organisation des 3. Linien-Infanterie-Regiments in Braunschweig die Zufriedenheit Jeromes in hohem Maße erworben hatte, er im Mai 1808 mit der Neubildung des Elitebataillons der Jägerkarabiniere, das sich meist aus solchen Leuten, die auf eine spätere Anstellung im Forstfache rechneten, zusammensetzte, in Marburg beauftragt wurde. Hier ward der Plan zur Entthronung und Gefangennahme Jeromes und zur Abschüttelung des französischen Joches gefaßt und die Ausführung vorbereitet. Dörnberg konferirte zu diesem Zweck eifrig mit den Nationalgesinnten in Berlin. In Hessen war er persönlich sehr thätig, gewann durch sein einnehmendes Wesen unter den Offizieren und Soldaten seines

*) Bülau, Geheime Geschichten und räthselhafte Menschen, Leipzig 1854, Bd. V, S. 409 ff.

Bataillons getreue Anhänger und zuverlässige Untergebene, knüpfte die Beziehungen zu seinen Standesgenossen fester und erwarb das Zutrauen der Volkspartei in Hessen. Das adlige Damenstift Wallenstein bei dem Städtchen Homberg, in dem die Schwester des Freiherrn von Stein Dechantin war, wurde das Stelldichein des unzufriedenen Adels, Homberg selbst, das bereits in den Aufständen zu Ende 1806 sich hervorgethan hatte durch seine Anhänglichkeit an das kurfürstliche Regiment, der Heerd der allgemeinen Verschwörung im Volke. An deren Spitze stand, so lange die Vereinigung der Volks- und Adelspartei unter Dörnbergs Führung noch nicht bewerkstelligt war, der Friedensrichter Martin zu Frielendorf, ein Sohn des Metropolitan Martin in Homberg, in ihrem ehrgeizigen Streberthum offenbar die am wenigsten einnehmende Persönlichkeit in dieser doch von einer gewissen patriotischen Begeisterung eingegebenen Bewegung. Lynker, der in seiner Geschichte der Insurrektionen den Aufstand Dörnbergs aus genauer Kenntniß der lokalen Quellen und lebendiger mündlicher Ueberlieferung sehr ausführlich geschildert hat, läßt ihm eine im Ganzen gerechte, eher zu günstige Beurtheilung, widerfahren. Ein Mann, der im Jahre 1806 eine der ungerechtfertigsten Schmähschriften gegen das hessische Heer veröffentlichte, der sich dann als den einzig fähigen Führer der hessischen Patriotenpartei ansah und sich nicht entblödete, in seinen Ende 1809 in Berlin erschienenen „Historischen Nachrichten über die hessische Insurrektion" die Verdienste Dörnbergs in der gehässigsten Weise herabzusetzen, der hierauf dem westphälischen Gesandten von Linden in Berlin seine Dienste anbot und bei dieser Gelegenheit kompromittirende Bemerkungen nicht allein über Scharnhorst und Andere in Berlin, sondern auch über angebliche Theilnehmer des Aufstandes in Hessen geflissentlich mit unterfließen ließ, und auf diesem Wege die Begnadigung König Jeromes zu erlangen wußte, der schließlich nach dem Einzug der Bundestruppen in Cassel am 1. November 1813 alle seine verdächtigenden und herabwürdigenden Angaben gegen den nunmehrigen General Dörnberg widerrief, ein solcher Mensch ist durch seine gänzliche Charakterlosigkeit genügend gekennzeichnet.

Die Verschwörung bekam übrigens auch angesehene Anhänger in der Residenzstadt des Königreichs, selbst in der Nähe des westphälischen Hofes. Der Generaldirektor der Domänen, von Witzleben,

verschiedene gewesene höhere hessische Beamte, die in Cassel lebten, scheinen im Einverständniß gewesen zu sein. Witzleben sollte mit einem Herrn von Schmerfeld die provisorische Regierung übernehmen. Selbst von dem Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts, von Johannes von Müller, wird behauptet, daß er um den Anschlag gewußt, sich aber sehr furchtsam gezeigt habe; trotz seiner vielfach getäuschten Hoffnungen, die er entgegen seinen früheren zuversichtlichen Aeußerungen unter dem französischen Regime hatte erleben müssen, ist er daher nicht zu einer thätigen Antheilnahme an der Bewegung vermocht worden. Bercagny, der Chef der geheimen Polizei, bemühte sich nach Müller's Tode vergeblich, den Beweis für das Gegentheil zu erbringen, und ebensowenig hatte der Friedensrichter Martin bei dem westphälischen Gesandten in Berlin mit ähnlichen Verdächtigungen — er nannte neben Müller auch noch den Erbprinzen von Dessau als Mitwisser der Verschwörung — Glück. Diese Anekdoten, wie Linden sie charakterisirt, fanden nur geringen Glauben, so daß es Reinhard's Intervention zu Gunsten seines verstorbenen Freundes, der anfänglich den Insinuationen der hohen Polizei in sittlicher Entrüstung hatte entgegentreten wollen, gar nicht einmal bedurfte.

Gänzlich fehl hingegen schlug der Versuch, den Kurfürsten Wilhelm zu einer Unterstützung des in seinem eigensten Interesse geplanten Unternehmens zu bewegen. Der Bruder des Obersten von Dörnberg, Fritz von Dörnberg, der mit dieser Mission betraut gewesen, kehrte Anfangs März 1809 aus Prag zurück mit einer Anweisung auf 30000 Thaler, „zahlbar, wenn die Pläne gelungen sind". Das lebhafte Interesse, das die in Berlin lebende Kurprinzessin Auguste an der Bewegung nahm, vermochte die Patriotenpartei für diese ihnen widerfahrene Geringschätzung einigermaßen zu entschädigen, zumal überdies ihre stille Vermittlung nach mehreren Beziehungen hin deren Plänen förderlich wurde. Fand man es doch auch noch nach der Katastrophe, wie wir aus Linden's Korrespondenz aus dem Mai 1809 erfahren, angezeigt, die kurprinzliche Familie durch Spione überwachen zu lassen. Linden empfiehlt einen Bruder des Intendanten des Kurprinzen, der eine Wirthschaft vor dem Frankfurterthor in Cassel hielt, der Aufmerksamkeit der Polizei.

So wuchs das Werk im Geheimen heran. Von Seiten Oesterreichs hatte man mittlerweile auch bestimmte Zusicherungen erhalten. Das Korps unter Erzherzog Ferdinand sollte in Gemeinschaft mit den Truppen des Kurfürsten von Hessen und des Herzogs von Braunschweig-Oels aus Böhmen über Sachsen in Westphalen eindringen und zugleich mit Schill und dessen Parteigängern, von denen man erwartete, daß sie Magdeburg überrumpeln und die Harz- und Saale-Gegend zum Anschluß bewegen könnten, Dörnberg, der inzwischen den Aufstand in Hessen organisirt haben würde, die Hand reichen, um dann, vielleicht noch unterstützt durch die in den Nordseehäfen gelandeten Engländer, sich zu gemeinsamen Operationen anzuschicken. Gelang das, so war es um das Königreich Westphalen geschehen. Und kaum schien ein Zeitpunkt günstiger dafür als die erste Hälfte des Jahres 1809. Auf Befehl Napoleons war im Februar desselben ein beträchtlicher Theil der westphälischen Armee mobil gemacht, das 2., 3. und 4. Linien-Infanterie-Regiment, das leichte Infanterie-Bataillon, ferner 2 Batterien Artillerie dazu bestimmt, unter Morio gegen die Spanier zu kämpfen. Bedenklich freilich war es, daß auch das Haupt der Verschwörer, Dörnberg selbst, anfänglich dazu ausersehen wurde, mit seinem Bataillon an diesem Feldzuge theilzunehmen. Als der ihm befreundete Oberst Bongars, damals Chef der Gendarmerie-Legion, ihm im Januar 1809 die Ordre brachte, sich zu diesem Zweck bereit zu halten, glaubte Dörnberg nicht anders, als daß Alles verrathen sei. Im ersten Augenblick dachte er daran, sofort loszuschlagen, zumal die hessische Volkspartei mit Martin an der Spitze heftig dazu drängte. Schon war der 15. Februar als Termin dafür festgesetzt, da veranlaßte ihn die Nachricht von dem Anmarsch zweier französischer Divisionen und wohl auch die Erwägung, daß man ohne fremde Unterstützung doch nicht obsiegen könne, und deshalb auf Schill's Vorgehen Rücksicht nehmen müsse, die Parole zum Losbruch zurückzuziehen. Fast schien es daher, als ob mit Dörnberg's Aufbruch am 15. Februar nach Mainz das ganze Unternehmen im Sande verlaufen würde. Doch schon am 28. Februar brachte der Moniteur seine Rückberufung und Ernennung zum Kommandeur des Garde-Jäger-Bataillons in Cassel, und auch das Jäger-Karabinier-Bataillon, auf das man bei dem Anschlag vor allem sicher zählen zu können meinte,

erhielt Gegenordre und ward in Cassel garnisonirt, so daß nun wieder die Aussichten für ein Gelingen der Sache plötzlich in erfreulicher Weise stiegen. Jedoch das angesagte österreichische Armeekorps blieb zunächst aus; Friedrich Wilhelm III. konnte trotz des Drängens seiner Minister und des besten Theiles seines Volkes nicht zu entschlossener Parteinahme für Oesterreich gebracht werden. Der Handstreich des Lieutenant von Katt gegen Magdeburg ward im Keim erstickt. Zwar hoffte man noch, daß es Schill gelingen werde, durch den Zauber seines Namens das linke Elbufer zum Abfall von den Franzosen zu bringen, und in Gemeinschaft mit ihm und an ein und demselben Zeitpunkte wollte man offenbar auch in Hessen den Angriff auf das westphälische Gouvernement eröffnen. Das Ungestüm des „Obersten" Martin — so ließ er sich jetzt nennen —, der die Volksmassen in Händen hatte, nöthigte Dörnberg jedoch, gegen seine ursprüngliche Absicht, den Tag der Erhebung bereits auf den 22. April festzusetzen. Statt aber erst am Abend dieses Tages, wie verabredet, die Sturmglocke zu ziehen, hatte man in Wolfhagen und dann auch in Homberg bereits am Morgen desselben losgeschlagen, so daß man in Cassel schon frühzeitig von den Vorgängen Kunde erhielt. Der Ehrenstallmeister der Königin, Freiherr von der Malsburg, der am Morgen des 22. April von seinem Gute Elmershausen bei Wolfhagen nach Cassel aufgebrochen war, hatte die erste Nachricht von den Unruhen in Wolfhagen und in dem Dorfe Dörnberg an den Hof mitgebracht. Von des Obersten von Dörnberg Verrath ward der König erst im Laufe des Nachmittags durch das furchtsame Geständniß des ins Vertrauen gezogenen Lieutenants Franz von Gayl an seinen Oheim, den Kammerherrn von Jagow, unterrichtet. Der Plan, sich der Person des Königs in der kommenden Nacht zu bemächtigen, wurde dadurch von vornherein vereitelt. Dörnberg war, so wie die Erhebung in Homberg und Wolfhagen am Hofe bekannt geworden, da er sich fälschlicher Weise schon früher, als es thatsächlich geschehen — Minister Reinhard hörte von seiner Flucht erst am Abend um 10 Uhr — entdeckt glaubte, aus Cassel entwichen und hatte sich nach Homberg zu den Aufständischen begeben, wo er mit Jubel empfangen wurde. Seine Erwartungen, daß, wenn er an deren Spitze den ausgesandten westphälischen Truppen entgegenrücken würde, diese sich sofort zum Abfall bereit finden ließen,

schlugen vollständig fehl. Als er am frühen Morgen des 23. April bei der Knallhütte, 2 Stunden vor Cassel, mit seinen schlecht bewaffneten, meist nur mit Heu- und Mistgabeln versehenen Schaaren, denen sich unterwegs ein kleiner Trupp der Melsunger Kürassiere angeschlossen hatte, auf die Abtheilung des Generals Rewbel stieß, genügten ein paar wohlgezielte Kartätschenkugeln, um die Insurgenten in die vollständigste Verwirrung zu bringen. Vergebens versuchte Dörnberg persönlich, die ihm gegenüberstehenden Gardejäger durch Zeichen und Winke zu sich herüberzuziehen. Die Seinigen stieben nach den ersten Kanonenschüssen auseinander, er selbst mußte sein Heil in der Flucht suchen, und rettete sich über Homberg und Fulda nach Böhmen. Die Bewegung in Homberg und Wolfhagen ward schnell unterdrückt, und auch die Gefahr, die Jerome von den Aufständischen im Warme- und Diemel-Thale, die ebenfalls zu den Waffen gegriffen hatten, her drohte, zog glücklich vorüber. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten in den nächsten Tagen in Cassel, wo freilich die Masse der Bewohner der Stadt selbst eine völlige Zurückhaltung bei den Vorgängen an den Tag gelegt hatte, und besonders in den aufständischen ländlichen Bezirken; ein eigenes Kriegsgericht ward zu diesem Zwecke eingesetzt, um über die Schuldigen abzuurtheilen. Auch die Damen des Stifts Wallenstein, darunter Stein's Schwester, wurden gefänglich eingezogen, letztere bekanntlich über Mainz nach Paris geschleppt. Der frühere kurfürstliche Minister von Schmerfeld und der Kriegsrath Lennep, deren Namen man unter der von den Insurgenten erlassenen Proklamation gefunden hatte, wurden als schon längst verdächtig, trotzdem man ihnen nichts beweisen konnte, gleichfalls nach Mainz transportirt. Der Kammerherr Graf von Boehlen und dessen Gemahlin, Palastdame der Königin, für deren Mitwisserschaft um den Aufstand man die klarsten Beweise haben wollte, mußten das Land verlassen. Eine Anzahl der in die Verschwörung verwickelten Offiziere büßte ihr Vergehen mit dem Tode und wurde auf dem Forste erschossen, andere kamen mit Gefängnißstrafe davon. Gegen den Obersten von Dörnberg und seinen nächsten Anhang ward am 29. April ein Aechtungsdekret erlassen, worin auf Einbringung der Verschwörer Preise in der Höhe von 500—3000 Francs gesetzt waren. Dörnberg's Signalement: „ungefähr 40 Jahre alt, schlank und wohl gewachsen, schwarzes

etwas greises Haar, Perrücke à la Titus, hohe Stirn, schwarze Augen, braunes längliches Gesicht, große Nase" ward zu weiterer Verbreitung am 1. Mai durch Bongars an Dohm nach Dresden mitgetheilt. Im Ganzen zeigte man nach Niederwerfung des Aufstandes große Milde. Ein Amnestiedekret erschien am 30. April. Der Moniteur hatte sich am 25. April in folgendem Sinne geäußert: „Einige Landleute aus der Umgebung von Cassel haben sich von Menschen verführen lassen, die vom Feinde des Vaterlandes erkauft waren. Schon sind diese Agenten ohne Ehre und ohne Hülfsmittel von fast all' den Landbewohnern verlassen worden, welche sie zu einer Zeit, worin die Feldarbeiten nothwendig ihre Gegenwart erheischten, ihren Wohnungen entlockt hatten." Der König habe sich nicht überreden lassen, von seiner treuen Residenz sich zu trennen. Aus der Mitte seiner getreuen Unterthanen gehe er überhaupt nur, um gegen den Feind zu marschiren. „Die Feinde der öffentlichen Ruhe sollten doch wissen, daß Könige von Seiner Majestät Dynastie Ihr Volk nur verlassen, um zu seiner Vertheidigung herbeizueilen."

Indessen ganz so harmlos, wie es nach diesen Auslassungen erscheinen sollte, war der Aufstand nicht gewesen und die ersten Maßregeln, die man am Hof ergriffen hatte, waren dementsprechend auch keineswegs von der Zuversicht eingegeben, wie man sie hinterher offiziell zur Schau trug. Hatte man doch auch im ersten Augenblick gar nicht den Umfang der Bewegung und danach die Größe der Gefahr bemessen können. Des Militärs in der Stadt suchte man sich durch Versprechungen zu vergewissern. Der König hatte sich noch am Nachmittag des 22. April den ausrückenden Truppen zu Pferde gezeigt. Die Nacht jedoch brachte er umgeben von seinen bewaffneten Dienern zu; nur Bernterode und Fürstenstein hatten Zutritt zu ihm. Der General Eble, Lefebvre und fast der ganze Hofstaat hielten sich vom Abend ab im Schlosse auf, wo man von fernher das Stürmen der Glocken und das Schießen in den benachbarten Ortschaften hörte. Fürstenstein hatte dem König den Rath gegeben, Cassel zu verlassen, dieser aber war entschlossen zu bleiben. Kouriere gingen an den Kaiser und den General Rivaud nach Mainz ab, um letzteren zur Sendung von drei Bataillonen zu veranlassen. Alle Franzosen, die sich in Cassel aufhielten, sollten in die Regimenter eingestellt werden. Erst als am nächsten Morgen die Nach-

richt eintraf, daß der von Homberg anrückende Haufen vollständig auseinander gesprengt war, athmete man wieder etwas auf. Durch einen geschickten Appell an die militärische Ehre brachte der König sämmtliche Offiziere sofort wieder auf seine Seite. Die Kour, die sich an die Audienz des diplomatischen Korps am 23. April — es war ein Sonntag — anschloß, wurde dadurch, daß man von allen Seiten herbeieilte, um seine Ergebenheit auszudrücken, besonders glänzend. An die Garde- und Karabinier-Jäger, deren Kommandeur Dörnberg gewesen war, richtete Jerome die Aufforderung: „Vergeßt, daß dieser Niederträchtige die Ehre genossen hat, an Eurer Spitze zu stehen.“ Eine allgemeine Proklamation des Königs vom 24. April begann mit den Worten: „Aufwiegler leiten Euch irre! Seht den Abgrund des Elendes, in den sie Euch stoßen können, in den sie die von ihnen Verführten bereits gestürzt haben!“ und suchte durch die Erinnerung an die traurigen Folgen des Aufstandes von 1806/7 eine ernste Mahnung zu geben. Würden des Königs Streitkräfte zur Unterdrückung des Aufstandes nicht ausreichen, so brauchten die französischen Armeen nur wenige Tage, um blutige Rache zu nehmen. Er wisse jedoch, daß die meisten zum Abfall gezwungen seien. „Allen Verführten, die ihre Waffen abgeben und zu ihrer Arbeit zurückkehren, verzeihe ich.“ Aber noch lange schwand nicht alle Besorgniß. Man verfügte im Ganzen in Cassel nur über etwa 2000 Soldaten, denn erst am 28. traf ein holländisches Regiment von Altona kommend, und die Vorhut der aus Mainz verschriebenen Truppen ein. Und man erkannte von Tag zu Tag mehr und mehr, daß man es nicht bloß, wie man anfänglich vermuthete, mit einer lokalen Erhebung, einem nur gegen die Person des Monarchen gerichteten Anschlage zu thun hatte. Bei den Gefallenen vor den Thoren Cassels waren Binden um den Arm mit der Aufschrift: „Für Freiheit und Vaterland“ gefunden worden. Die abgefaßten Proklamationen waren nicht etwa im Namen des Kurfürsten erlassen — dieser schickte die seinige, von der Reinhard im Mai meinte „sie ist datirt vom vorigen Monat, aber sie stammt aus einem früheren Jahrhundert“, in großen Packeten Anfangs Mai an alle westphälischen Postdirektionen, wo sie natürlich sofort beschlagnahmt wurde — sie gingen aus von einer „deutschen Vereinigung“ und kündeten an, daß in jenen Tagen ein allgemeiner Aufstand von der Ostsee bis zum

Rhein losbrechen werde. Nebenher ging das Gerücht, daß bereits ein österreichisches Korps im Anmarsch sei, das zum Theil aus westphälischen Deserteuren bestehe, die von der Kurfürstin, die sich in Gotha aufhielt, angeworben sein sollten. Wie weit thatsächlich die geheimen Einverständnisse in Hessen gereicht hatten, erfuhr man theilweise erst später, bei Gelegenheit der lokalen Unruhen in Karlshafen und Marburg, von denen noch die Rede sein wird. Der General Eble, der sich im Beginn des Juni 1809 aus Anlaß einer Bewegung gegen die Gendarmen in Karlshafen dorthin hatte begeben müssen, schrieb an den König zurück, „daß Westphalen niemals einer allgemeinen Erhebung so nahe gewesen sei" wie eben damals. Es war deshalb der Wunsch des Königs durchaus gerechtfertigt, die Königin Katharina außer Landes in Sicherheit zu bringen, um nach dieser Richtung hin freie Hand zu haben. Seinem Drängen nachgebend, reiste sie in der Frühe des 25. Aprils begleitet von ihrem Hofmeister Salha über Eisenach und Fulda — den kürzeren Weg über Marburg mied sie, weil man ihn für unsicher hielt — nach Frankfurt, um sich von da zur Kaiserin nach Straßburg zu begeben.

Es ließ sich nicht anders erwarten, als daß der Verrath Dörnberg's, auf den der König große Stücke gehalten, den er noch wenige Tage vor dem Aufstand zu seinem persönlichen Adjutanten ernannt und dem er 4000 Francs zum Geschenk gemacht hatte, welch letztere sich jedoch unberührt in des Obersten Schreibtisch vorfanden, einen tiefen Eindruck bei diesem hinterlassen mußte. Jedermann sah er mit mißtrauischen Augen an. Die Königin schreibt am 24. April, offenbar im Zustande großer Aufregung über die Ereignisse, an ihren Vater, daß sie von Meuchelmördern umgeben seien, und am 25. klagt Jerome seiner Gemahlin, daß er jeden Augenblick aufs neue Verräther unter seinen Offizieren entdecken müsse. Doch ein paar Tage später hat er sich soweit beruhigt, daß er die Gesinnung unter den Bewohnern Cassels als vorzüglich lobt und bemerkt, daß ihn dieser Umstand etwas darüber zu trösten vermöge, Verräther in seiner nächsten Umgebung gehabt zu haben.

Die Kunde von den Siegen Napoleons bei Eckmühl und Regensburg, von denen der Moniteur am 29. April sagte, daß sie „die braven und biedern Bewohner der Hauptstadt Westphalens mit Freuden erfüllten", und die am nächsten Sonntag durch ein Tedeum

in der katholischen Kirche und durch Lösen der Geschütze gefeiert wurden, mußten die Hoffnungen der Patrioten immer mehr herabdrücken. Nach und nach liefen auch Adressen von den verschiedensten Gemeinden des Königreichs ein, um „die ehrfurchtsvolle Huldigung ihrer unerschütterlichen Treue und Ergebenheit an Se. Majestät zu den Füßen des Thrones niederzulegen; sie wünschen den Eid, den Dekreten Sr. Majestät Gehorsam zu leisten, zu erneuern, preisen laut Seine Gerechtigkeit und Seine Milde und erklären, daß sie am Altare angelobt haben, sich gegen jeden Aufwiegler und Unruhestifter zu bewaffnen; sie erkennen, daß ihr theuerstes Interesse, die Erhaltung ihrer Weiber und Kinder, es als die heiligste Pflicht von ihnen erheische, sie anzugeben, zu verfolgen und der Strenge des Gesetzes zu überliefern". Diese Adressen waren von einem großen Theil der Einwohner unterzeichnet. Aus dem Fuldadepartement präsentirte der alte General von Schlieffen am 7. Mai eine Deputation in Cassel, die sich in dem gleichen Sinne äußerte. Man suchte auch von verschiedenen Seiten durch beruhigende Vorstellungen auf die Bevölkerung einzuwirken, freilich nicht immer in der geschicktesten Weise. Der Großalmosenier des Königs, Baron von Wendt, der im Auftrage die katholischen Striche Hessens bereist hatte, die sich übrigens gar nicht an dem Aufstand betheiligt hatten, erklärte bei seiner Rückkehr mit einer gewissen Naivetät, er habe den Leuten gerathen, lieber ihren Acker zu bebauen, statt bei dergleichen Unruhen mitzuwirken; „das sollten sie den Andern überlassen!" Die 3 Bataillone französischer Truppen, die Rivaud von dem Korps des Herzogs von Valmy zugeführt hatte, und die am 30. April in Cassel eingetroffen waren, wollte aber der König trotz der wiederholten Reklamationen ihres Befehlshabers nicht sofort wieder ziehen lassen. War doch inzwischen auch die Meldung von Schill's Ausmarsch aus Berlin eingelaufen.

Wir haben bereits auf die Gährung, die in Berlin besonders unter dem Militär gegen Napoleon und die Franzosen herrschte, hingewiesen. Da König Friedrich Wilhelm III. die Zeit noch nicht gekommen erachtete, sie zur Wiederherstellung seines Reiches zu benutzen, und da man sich andererseits scheute, sie mit Gewalt niederzuhalten, mußte sie sich nothwendig in spontanen Ausbrüchen Luft machen. Daß wir es dabei ursprünglich nicht bloß mit kühnen

Handstreichen thaten- und racheburstiger Offiziere zu thun haben, ist evident; indem jedoch die wesentlichen Voraussetzungen, auf die die umfassenden Pläne gegründet waren, sich nicht verwirklichten, wurden sie dazu. Das gilt von der von den Franzosen sogenannten Stendaler Affaire, das gilt auch von Schill's Zug. Beide Vorgänge sind für die Geschichte des Königreichs Westphalen deshalb interessant, weil sie durch die Aufnahme, die Katt und Schill bei der Bevölkerung Westphalens gefunden haben, uns deren Stimmung in sehr bezeichnender Weise wiederspiegeln, ferner aber auch, weil dieselben das Verhältniß der beiden benachbarten Königreiche Preußen und Westphalen zeitweilig sehr bedenklich zu alteriren drohten.

Schon bei Dörnberg's Aufstand war es zu Tage getreten, daß sich keineswegs alle Bevölkerungsschichten von der Bewegung mit fortreißen ließen. Die Einwohner von Cassel hatten eine apathische Ruhe während derselben bewahrt. Im Werrathal vergegenwärtigte man sich wohl das Mißlingen der Versuche zur Niederwerfung der Franzosen aus dem Januar 1807 und deren Folgen. Denn als in Allendorf an der Werra der frühere hessische Lieutenant von Hasserodt und ein Herr von Eschwege eine Proklamation erließen und mit Pistolen in der Hand die Bürger zum Aufruhr aufforderten, blieben sie allein und ihr Aufruf ohne Erfolg, so daß sie schließlich das Weite suchen mußten. Fritzlar ganz in der Nähe von Homberg hatte trotz angestrengter Bemühungen ebenfalls nicht zum Anschluß gebracht werden können. Größer noch war die Zurückhaltung, der Katt und Schill unter den auf dem linken Elbufer Angesessenen begegneten. Es läßt sich eben doch nicht leugnen, daß ein großer Theil gerade der gebildeten Deutschen, durchdrungen von der Unmöglichkeit des Fortbestehens der alten Zustände, sich durch die Neuordnung der Dinge angezogen fühlte und an sie die Hoffnung auf dauernden Bestand knüpfte. Wohl ist der Mangel an Nationalgefühl, der dabei zum Vorschein kommt, zu beklagen, aber wir dürfen doch auch nicht vergessen, daß unsere Landsleute von damals in einer ganz anderen Entwickelung gestanden haben als wir, ihre weit glücklicheren Nachfahren. Im Kaufmanns- und Handwerkerstande bewirkten rein praktische Rücksichten, daß man sich mit dem neuen Gouvernement aussöhnen zu können meinte. Sah man sich auch fast überall in den Erwartungen, die man anfänglich auf

Grund der glückverheißenden französischen Manifeste hegen zu dürfen berechtigt schien, sehr bald stark getäuscht, man erkannte doch in mancher Beziehung eine Besserung und hoffte immer noch auf die Zukunft. Ueberdies muß man zugestehen, daß Jerome an den Orten, wo er persönlich erschienen war, sich sehr zahlreiche Anhänger erworben hatte; in Braunschweig, schreibt Reinhard, hätte er bei seiner Anwesenheit im April 1809, unmittelbar vor Dörnberg's Aufstand, alle Herzen erobert, und es könne nicht fehlen, daß er die gleiche Gesinnung überall antreffen werde, wo er sich selbst in seinem Reiche zeigen werde.

So kam es, daß Schill ebenso wie Katt bei ihrem Erscheinen auf dem linken Elbufer wohl von den Bewohnern mit sympathischen Gesinnungen begrüßt wurden, aber die begeisterte Erhebung des ganzen Volkes gegen die Fremdherrschaft, auf die sie fest gerechnet hatten, blieb aus. Was sich ihnen anschloß, waren meist entlassene Soldaten, daneben auch zweifelhaftes Gesindel. Daß Schill trotz dieses Zuwachses gute Disziplin hielt, wie Reinhard anerkennt, verdient unter solchen Umständen doppelt hervorgehoben zu werden.

Katts Verweilen auf dem Boden des Königreiches war nur von kurzer Dauer. Dieser, früher Lieutenant im preußischen Infanterieregiment von Tschammer, hatte nach seiner Entlassung aus dem Dienst Stendal zum Wohnort genommen und von hier aus Verbindungen mit Berlin unterhalten, Einverständnisse mit den alten Soldaten in der Altmark und mit Offizieren und Bürgern in Magdeburg angeknüpft, um zu geeigneter Zeit diese Festung zu überrumpeln. Am 3. April Morgens gegen 4 Uhr erschien er plötzlich mit 50 meist in alte preußische Uniformen gekleideten Bewaffneten, theils zu Pferd, theils zu Fuß, die am Abend vorher vom rechten Elbufer übergesetzt waren, vor Stendal. Von preußischen Offizieren befanden sich darunter Thielow, früher Rittmeister im Schillschen Korps, und ein Lieutenant von Wedell; auch Tempsky, Badehalter zu Amelienbad bei Helmstedt, den man in Westphalen als Hauptunruhstifter ansah, und von dem wir später noch hören werden, soll schon bei diesem ersten Anschlag betheiligt gewesen sein. Katt hatte Aufforderungen an seine alten Regimentskameraden, die verabschiedeten Soldaten des Tschammerschen Regiments, im Kanton Erxleben ergehen lassen, aber ohne besonderen Erfolg. In den

Taschen eines festgenommenen Insurgenten fand man nachher einen Aufruf Thielows an die braven Kameraden in Osterburg und Seehausen, die bereits früher auf die Ereignisse vorbereitet waren, sich in der Nacht des 2. Aprils in Borstell bei Stendal einzufinden. „Was Ihr von Gewehren mitbringen könnt, das bringt. Das Beste, was Ihr bringen könnt, ist Muth im Herzen und der Gedanke, das Vaterland zu retten oder als Helden zu sterben!" Die Wache am Viehthore in Stendal öffnete späteren Angaben zufolge auf den Zuruf „Schill" das Thor, wofür sie ein Traktement von je 8 Groschen auf den Kopf erhielt, und ließ die Ankömmlinge ruhig ein. Ein paar widerspenstige Posten wurden durch Androhung von Gewalt zum Schweigen gebracht, die in Stendal stationirten 120 Gendarmen in ihrem Käsernement überrascht und entwaffnet, die Munizipalität der Stadt sofort gefangen gesetzt. Hierauf ließ Katt seine Leute auf dem Markte aufmarschiren und die Trommel rühren, um die Einwohner zu versammeln. Darauf eröffnete er ihnen in einer Ansprache, daß in eben diesem Augenblicke nicht bloß ganz Westphalen, sondern auch die Rheinbundstaaten gegen die Franzosen aufstehen würden, um sie über den Rhein zurückzuwerfen. Er mit seiner Schaar bilde nur den Vortrupp. Tausende seien bereits auf den Beinen und würden unter General Blücher demnächst die Elbe überschreiten. Das Gerücht, das sich sehr bald verbreitete, Magdeburg sei gefallen, verdankte Katts Leuten ebenfalls seinen Ursprung. Indeß seine begeisterte Rede weckte nur mäßigen Wiederhall in Stendal. Selbst von den alten Soldaten in der Stadt hielten sich viele, veranlaßt durch das Beispiel des ehedem preußischen Majors von Glasenapp, des Hauptmanns von Bornstädt u. A., fern. Um das für sein Unternehmen nöthige Geld zu beschaffen, forderte Katt gebieterisch die Auslieferung der öffentlichen Kassen. An die 13 000 Thaler bekam er aus den verschiedenen Ressorts auf diese Weise in seine Hände, worüber er den betreffenden Beamten Quittungen einhändigte. Die in den Kassen beruhenden Depositen blieben unberührt, nur ließ sie Katt mit einem Siegel versehen, das um den preußischen Adler die Umschrift: „Königlich Preußischer Kommandeur" trug. Das Geld ward in seine Wohnung geschafft, und davon wurden zum Theil die Pferde, Uniformstücke und Waffen, die den Gendarmen abgenommen waren, bezahlt. Um 7 Uhr Morgens war Alles geschehen; zwischen 8 und

9 Uhr bereits verließ der Trupp, der inzwischen über 100 Mann angewachsen war, theils auf requirirten Wagen, theils zu Pferd die Stadt wieder und zog auf Burgstall los. Hier eignete sich Katt wieder die Domänenkasse an. Und mehr und mehr vergrößerte sich unterwegs auch die Schaar, so daß sie allmählich an die 300 zählte. Aber man war in Magdeburg schon von ihrem Anrücken benachrichtigt. Der Anschlag Hirschfelds, sich dieser Festung zu bemächtigen, auf dessen Gelingen Katt so sicher gerechnet hatte, ward durch des Ersteren Gefangennahme vereitelt. Eine Kompagnie Voltigeure und ein Theil der Königlichen Garde, die von Magdeburg den Aufständischen entgegengeschickt war, stieß bei Wolmirstedt auf sie. Es kam zu einem hitzigen Gefecht, das mit der Zersprengung der Insurgenten endete. Eine Anzahl fiel sofort in die Hände der Franzosen, andere zerstreuten sich truppweise in die Umgegend und wurden hinterher ebenfalls aufgegriffen. Katt setzte noch in der Nacht vom 3. auf den 4. April wieder über die Elbe und rettete sich vor den Nachforschungen der Franzosen, indem er vorläufig gänzlich von der Oberfläche zurücktrat. Einen Theil des in Stendal erhobenen Geldes und der requirirten Waffen fand man nachher auf dem rechten Elbufer in Burg wieder, wo es der von dem General L'Estocq aus Berlin hierhin geschickte Kolonel Heister, welcher Katt und seine Leute arretiren sollte, in Verwahrung nahm, um es zugleich mit dem Ausdrucke des lebhaftesten Bedauerns von preußischer Seite über den Vorgang überhaupt, wieder an die westphälischen Behörden abzugeben.

In die 20 von Katts Anhängern waren im Ganzen in Magdeburg eingebracht, von denen auf Befehl des Justizministers an den General Michaud, den Kommandanten der Festung, 4 innerhalb 24 Stunden mit dem Tode bestraft werden sollten. Gegen die Uebrigen ward eine Untersuchung eingeleitet, auf Grund deren noch 9 als des Todes schuldig bezeichnet wurden. Unter den Theilnehmern am Aufstande wurden auch genannt der Sohn des Amtmanns des Bismarckschen Gutes, Maire von Uenglingen, ferner der Prediger Roetscher in Schermken; der Erstere von Beiden wird von dem Unterpräfekten von Stendal, dem Herrn von Schulenburg-Bodendorf, als ein ausschweifender Mensch, der Letztere als ein sittenloser Prediger hingestellt, die sowieso bald von ihren Posten hätten entfernt werden müssen.

Der Präfekt Schulenburg-Embden in Magdeburg rühmt nachher Dohm in Dresden gegenüber in einem Schreiben vom 20. April, daß diese Vorfälle „die außerordentlich gute Stimmung bestätigt, welche im Departement herrscht, und worauf kein fremder Einfluß wirken wird". Ueber die Ursachen der Unzufriedenheit und der Gährung im Volke spricht er sich dahin aus: „Die Rückkehr der preußischen Kriegsgefangenen, welche großentheils in ihrem Vaterlande ohne alle Beschäftigung und Unterhalt bleiben, die traurige und hoffnungslose Existenz so vieler reduzirten Offiziere, deren Lage keiner Verschlimmerung fähig schien, die hochgestiegene Unzufriedenheit im preußischen Staate, dessen innere Administration besonders in Hinsicht der Polizei beinahe aufgelöst war, die Verstopfung aller Nahrungsquellen und dabei ganz neue Auflagen, die besonders den Mittelmann und Armen drückten, dabei in unserem Staate die dem Menschen so eigne Vorliebe für das ehedem Gewesene, sei es auch noch so unvollkommen, und eine Abneigung gegen ein neues System, dessen unvermeidlichen Druck man fühlte, ohne die künftigen Vortheile beurtheilen zu können, und nun die Maßregel, wodurch nach Aufhebung der Innungen das Vermögen derselben dem Staate zugesprochen und den bisherigen Handwerkern die Lösung eines Patentes für ein Gewerbe angesonnen wurde, das sie so lange Zeit unter der Begünstigung des Staates betrieben hatten, endlich das schwankende politische System einer benachbarten Macht, deren Absichten man nicht kannte und die daher die Unzufriedenen jeder nach seinen Wünschen deutete! Sie gestehen, mein Herr Staatsrath, daß es keine geringe Probe war, der man den Patriotismus der Einwohner und ihre Anhänglichkeit an das Gouvernement unterwarf, als unter diesen Umständen Magdeburg, dazumal von aller Garnison entblößt, den unbewaffneten Bürgern anvertraut wurde." Bei der Kattschen Affaire sei wohl der gute Wille der preußischen Regierung, aber vor allem auch die mangelnde Kraft, speziell der Polizei, sichtbar geworden.

Gab aber schon dieses Ereigniß Preußens eifersüchtigem Nachbar gegründete und wohl auch ganz gern gesehene Veranlassung, wegen solcher Ausschreitungen zum Theil preußischer Unterthanen in Berlin vorstellig zu werden, so bekam dieser in eben diesen Tagen noch weiteres Material. Wie der Präfekt des Elbdepartements unter dem 11. April an den Minister des Innern berichtete, war in Acken an

der Elbe ein Einwohner aus Heepen bei Bielefeld Namens Romberg als verdächtig angehalten worden. Briefe Schills und Blüchers, die sich bei ihm vorfanden, hatten ihn als Zwischenhändler verrathen, und so hatte er denn nicht lange gezögert und ein umfängliches Geständniß abgelegt. Auf Veranlassung von 4 Bauern seines Wohnortes war er bereits vor den letzten Weihnachten über Bremen, Hamburg und Mecklenburg nach Berlin gereist, um hier zu erkunden, ob nicht Aussicht vorhanden, daß man von der französischen Herrschaft wieder befreit würde. Und zwar hatte er sich an Blücher, der aus der Zeit, da er als Gouverneur des preußischen Westphalen in Münster residirt hatte, auch im Ravensbergischen wohl bekannt war, in dessen Abwesenheit an Schill wenden sollen. Schill hatte ihm damals zur Antwort gegeben, daß die Zeit noch nicht gekommen sei. Erst müßten die Flüsse wieder auf sein; er, Schill, wolle indessen an Rombergs Auftraggeber schreiben. Für die Zeit seines Aufenthaltes in Berlin war er bei einem Trödler untergebracht und zur Rückreise ihm ein Paß und Geld ausgehändigt worden. Von Schill kamen indeß keine Briefe, und so veranlaßten ihn die Bauern, die die Bedrückung von Seiten der Franzosen nicht mehr aushalten zu können erklärten, zu einer zweiten Reise. Es ward ihm wieder, wie das erste Mal, vom dortigen Friedensrichter eine Legitimation mitgegeben; dieser beauftragte ihn noch besonders, um Schills baldige Hülfe zu bitten, in seinem Kanton wären sie alle noch mit Leib und Seele Preußen. Mit diesen Aufträgen und Schreiben von verschiedenen anderen Leuten aus der Umgegend von Bielefeld kam er auch glücklich nach Berlin. Schill ließ wieder für ihn sorgen und gab ihm bei der Abreise 4 Briefe und 3 Stempel mit — letztere offenbar mit dem preußischen Wappen — außerdem die mündliche Versicherung an seine Landsleute, sie würden sehr bald befreit werden, in drei Wochen solle es los gehen, dann würden der König und Blücher sofort bei ihnen sein. Die Briefe Schills an die Bielefelder Gesinnungsgenossen, die vom 5. April datirt waren, und denen sein Porträt, das ihn als Befreier Preußens darstellte, beigelegen zu haben scheint, waren in ihren Andeutungen vorsichtiger gehalten. Schill sprach darin nur die Hoffnung aus, sie bald wieder zu sehen. Ein Billet Blüchers fand sich ebenfalls darunter folgenden Inhalts: „Herzlichen Gruß allen tapferen Westphalen durch Gegenwärtiges!

Ich werde mich stets sehr freuen über Euer Wohlergehen. Gott wache über den Seinigen!" Wie eigentlich der Justizminister Simeon in seinem über den ganzen Vorgang verfaßten Bericht an den König dazu kommt, dasselbe als eine Art von Manifest zu bezeichnen, sieht man nicht recht. Derselbe führt dann weiter aus, daß vor allem bedenklich an der Sache sei, daß Blücher sowohl wie Schill einen Krieg in Aussicht stellten, den sie doch nicht ohne ihren Herrn unternehmen könnten, und schon Katts Zug, der kein bloßer Raubzug, sondern ein regelrechtes kriegerisches Unternehmen gewesen sei, deute darauf hin, daß dergleichen von oben herab im Stillen genährt werde. Aller Grund zu lebhaften Klagen gegen das preußische Gouvernement, meint Simeon, sei demnach vorhanden. Sie wurden sowohl an den Bevollmächtigten des preußischen Hofes in Cassel durch Jerome selbst gerichtet, wobei er betonte, daß es höchste Zeit sei, daß König Friedrich Wilhelm nach Berlin zurückkehre, als auch schriftlich unter dem 19. April von Fürstenstein aus Braunschweig Goltz in Berlin übermittelt und bedingungslose Genugthuung, Bestrafung und eventuell Auslieferung von Blücher und Schill und der bei der Stendaler Affaire betheiligt gewesenen Offiziere, sowie des Badehalters Tempsky verlangt. Die Berliner Zeitung hatte bereits am 18. April unter Bezugnahme auf Katts tollkühnes Unternehmen eine Verwarnung vor geheimen Anwerbungen erlassen, und eine königliche Ordre vom 19. April forderte alle preußischen Offiziere, die auf Urlaub auf dem linken Elbufer weilten, auf, sich unverzüglich zu den Garnisonen ihrer Truppentheile zurück zu begeben. Die Vorstellungen des westphälischen Kabinets beantwortete man von Berlin aus zunächst dahin, daß die Theilnahme Blüchers und Schills an den oben geschilderten Vorgängen doch keineswegs genügend erwiesen sei, um daraufhin zu deren Verhaftung zu schreiten; Schill habe der König nach Königsberg berufen, um ihn für sein Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen.

Ehe jedoch eine endgültige Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen Ministerien des Auswärtigen über die hochverrätherischen Verbindungen preußischer Offiziere mit westphälischen Unterthanen erreicht wurde, brachte Schill durch seinen plötzlichen Aufbruch aus Berlin seine Regierung aufs Neue der westphälischen gegenüber in die mißlichste Lage. Am 28. April Nachmittags 4 Uhr rückte

er mit seinem Regimente, das angeblich zum Felddienstüben auszog und deshalb seine eisernen Futterbestände mit sich führte, zum Hallischen Thore hinaus, um nicht wieder nach Berlin zurückzukehren. Nach einem Ritt von etwa einer Meile ließ er Halt machen und theilte nun erst sein Vorhaben, die Befreiung des geknechteten Vaterlandes von dem Tyrannenjoche zu versuchen, in begeisterter Rede seinen Leuten mit, die sich sämmtlich bereit erklärten, für das Vaterland sterben zu wollen. Der ihm vom preußischen Gouvernement in Folge des Bekanntwerdens seiner Absichten nachgesandte Major Zebelin, der ihn in Großkreuz einholte, richtete mit seinen Schill persönlich gemachten Vorstellungen nichts aus; die Soldaten scheinen über dessen Mission im Unklaren geblieben zu sein. Schill zog weiter, suchte aber die Elbe nicht bei Magdeburg, wie offenbar ursprünglich beabsichtigt war, um dessen geringe Besatzung zu überraschen, sondern, veranlaßt durch die Mittheilung, daß man dort auf sein Kommen bereits vorbereitet sei, weiter oben bei Wittenberg zu überschreiten. Der sächsische Kommandant dieser schwachen Festung, die nur eine Besatzung von 150 Invaliden hatte, gestand ihm nach kurzen Verhandlungen den Uebergang über die Elbe zu und schloß außerdem noch einen mehrtägigen Waffenstillstand mit ihm ab. So gelangte die Schaar ohne Widerstand nach Dessau, wo der Erbprinz zurückgeblieben war, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die einzige Gewaltthätigkeit, die man sich hier erlaubte, war die, daß man den dortigen Hofbuchdrucker Hormuth, indem man ihm die Pistole auf die Brust setzte, nöthigte, den bekannten Aufruf Schills an die Deutschen: „Meine in den Ketten eines fremden Volkes schmachtenden Brüder! Der Augenblick ist erschienen, wo Ihr die Fesseln abwerfen könnt", u. s. w., zu drucken.*) Detachements wurden längs den Ufern der Saale ausgesandt, um die Uebergänge zu sichern. Lieutenant von François überrumpelte in der Nacht die Residenz des franzosenfreundlichen Herzogs von Anhalt-Koethen und führte alle Montirungsstücke und Militäreffekten, die sich hier auftreiben ließen, als gute Beute mit fort. Hierauf rückte das gesammte Korps nach Bernburg an der Saale vor. Rittmeister von Brunnow

*) S. Haken, Ferdinand von Schill. Eine Lebensbeschreibung nach Originalpapieren. Leipzig 1824. Bd. II, S. 36 f.

ward mit 3 Zügen nach Halle beordert und gerirte sich hier als im Auftrage des Königs von Preußen gesandt, um die Stadt für diesen wieder in Besitz zu nehmen. Uebrigens forderte er in seinem Aufruf vom 4. Mai die Bürger und Einwohner von Halle dringend auf, sich ruhig zu verhalten, allen Zusammenlauf und alle Excesse zu vermeiden, die einmal bestellten obrigkeitlichen Personen zu respektiren und sich ihren Anordnungen zu fügen. Er versichert hierbei, daß es der väterliche Wille und Wunsch Sr. Majestät des Königs von Preußen sei, „eine Stadt und ein Land, das Allerhöchstderselben am Herzen liegt, nicht durch bürgerliche Unordnungen zu Grunde gehen zu sehen, daß Allerhöchstdieselben vielmehr nur die ruhigen Bürger achten und lieben und gegen diejenigen, die dem entgegen handeln, selbst eine unerbittliche Strenge ausüben werden".

Auch Schill seinerseits scheint anfänglich nicht ohne Absicht den Glauben verbreitet zu haben, als handle er in höherem Auftrage. Seine Leute hatten, wie der geflohene Herzog von Anhalt-Koethen an Jerome nach Cassel berichtete, laut verkündet, daß Blücher mit einem Korps von 13 000 Mann ihnen auf dem Fuße folge. Da aber erreichte ihn am 3. Mai ein Schreiben des Gouverneurs von Berlin, des Generals L'Estocq, worin ihm die heftigsten Vorwürfe über sein Verhalten gemacht wurden, weil er dadurch den König und sein Land auf die empfindlichste Weise bloßgestellt hätte, und ihm aufs strengste anbefohlen wurde, auf der Stelle umzukehren. Und eben in diesen Tagen war auch die sichere Nachricht von dem vollständigen Scheitern von Dörnbergs Aufstand und die erste Kunde von den Siegen Napoleons über die Oesterreicher bei ihm eingelaufen. Das waren Schläge, die seine ursprünglichen Pläne und Vorkehrungen in der empfindlichsten Weise durchkreuzen mußten. Denn man darf doch nicht annehmen, wie man französischerseits geneigt schien, der Umstand, daß er durch Katts Auftreten und Rombergs Gefangennahme allzu bedenklich kompromittirt worden sei, hätte allein den Entschluß zu seinem Auszug aus Berlin herbeigeführt. Sein Unternehmen war offenbar, das spricht sich auch in seinen Briefen an die Bielefelder aus, im Einvernehmen mit Dörnberg aus langer Hand vorbereitet, und vom Gelingen der Erhebung in Hessen hing auch sein erfolgreiches Vorgehen ab. Und des Waffenglückes der Oesterreicher hätte es zur Verwirklichung seiner

kühnen Hoffnungen nothwendig bedurft; nur daraufhin wäre allenfalls der König von Preußen zur sofortigen Kriegserklärung an Napoleon zu bringen gewesen. Alles das aber trat nicht ein. Wollte er umkehren, und er selbst soll daran gedacht haben, so wartete seiner, abgesehen von strenger Bestrafung seiner Unbotmäßigkeit, wahrscheinlich eine lange Zeit völliger Unthätigkeit. Vorwärts winkte zum wenigsten doch ein rühmlicher Untergang. So wählte er lieber das Ende mit Schrecken, als den Schrecken ohne Ende. In dem Gefechte bei Dodendorf mußte er es ebenso wie Dörnberg erleben, daß die westphälischen Truppen nicht so leicht zum Abfall gebracht werden konnten. Wir lassen hier den kurzen Bericht eines Theilnehmers an demselben folgen, der durch den Unterpräfekten von Goslar dem Minister des Innern übermittelt wurde. Nachdem die Stärke der Westphalen und Franzosen auf etwa 700 — darunter von letzteren 200 — die der „Preußen" auf 500 Mann angegeben ist, heißt es darin weiter: „Die Preußen rückten dreist heran und erwarteten nicht, daß wir schießen würden; wir mußten aber mit dem kleinen Gewehr Feuer geben, und zwei Kanonen, welche wir bei uns hatten, thaten auch Wirkung. Mit größtem Muthe drangen die Preußen ein, ritten viele Westphalen nieder, griffen aber hauptsächlich die Franzosen an und richteten ein nach Verhältniß der kleinen Armee großes Blutbad an. Wir wollten uns retten, geriethen aber in einen morastigen Sumpf und konnten es nicht hindern, daß an 250 Mann gefangen genommen wurden. Ohngefähr sollen, wie ich gehört, 150 Todte auf beiden Seiten gerechnet geblieben sein. Magdeburg selbst muß verloren gehen, indem alle Bürger Preußen sind und die schwache Besatzung, welche weder Taktik versteht noch Gewehre und hinlängliche Montirung hat, nicht im Stande ist, dasselbe zu vertheidigen. Ueberdem giebt Schill jedem Mann alle 5 Tage 1 Thlr. und hat außerordentlichen Zulauf von ehemaligen Militärs und jungen Leuten."

Aber Schill wagte einen Sturm auf Magdeburg gar nicht; sein Sieg über die westphälischen und französischen Truppen blieb ohne praktische Erfolge. Was nützte es ihm danach, daß der Verlust, den er bei Dodendorf an Menschenleben gehabt hatte, bald doppelt durch das Zuströmen gewesener Soldaten aus der Mark und dem Preußischen ersetzt wurde, daß er noch die Freude hatte, Theile des

leichten Infanterie-Bataillons, das seinen Namen trug, und welche am 4. Mai aus Berlin entwichen waren, zu sich stoßen zu sehen? Seine weiteren Maßregeln bekunden seine theilweise Rathlosigkeit und Mißstimmung über seine fehlgeschlagenen Erwartungen. Der Ruhm, drei französische Generale mit nahezu 10 000 Mann regulärer Truppen fast einen ganzen Monat lang durch sein wenig zahlreiches und schlecht bewaffnetes Korps in Athem gehalten zu haben, ward mit seinem und der Seinigen heldenhaften Tod in dem Straßenkampfe von Stralsund zu theuer erkauft.

Nirgends hatten seine Worte und sein persönliches Auftreten unter den Bewohnern des nordöstlichen Westphalens die Begeisterung allgemein entflammt, wie er sie im Busen trug. Die zahllose Menge, die am 5. Mai mit etwa 75 seiner Husaren unter den Rufen: „Es lebe Major Schill, es lebe der König von Preußen!“ in Halberstadt eingezogen war, hatte nach dem Bericht des Saalepräfekten Goßler daselbst vom 6. Mai der Hefe des Volkes angehört, und nur etwa 70 Rekruten hätte man durch Spendirung von Brot und Wein und durch Geldgeschenke anzuwerben vermocht. Von Unzufriedenheit mit dem neuen Gouvernement sei selbst bei dieser Gelegenheit unter der Bevölkerung keine Spur zu bemerken gewesen. Dank der Vorkehrungen des Munizipalrathes, der sich für die Zeit der Anwesenheit der Schill'schen Husaren in der Stadt in Permanenz erklärt, seien alle Ausschreitungen verhütet worden, und alle ehrbaren Bürger hätten die sich abspielenden Vorgänge gemißbilligt und durch Bildung von Patrouillen in der Nacht die Ruhe aufrecht erhalten. Die Schill'schen Husaren hatten nämlich die Departementskasse mit 7500 Thalern, deren beabsichtigte Transportirung nach Braunschweig durch die Gläubiger derselben verhindert war, aufgehoben, 21 in der Stadt befindliche Franzosen gefangen genommen und alle Waffen mit Beschlag belegt. Außerdem hatte aber doch auch „der gährende und aufbrausende Theil der Bevölkerung“ den preußischen Adler aus einem Hintergebäude hervorgeholt und an der Post wieder angeheftet. In Quedlinburg hatte sich ebenfalls die Volksmasse den Befreiern angeschlossen, so daß auch hier die Wegnahme der Kassen nicht hatte verhindert werden können. Blankenburg hingegen, das frei von preußischen Soldaten war, ward wegen der ruhigen Haltung der Bevölkerung besonders gerühmt. Aus Halle fand sich der Rektor

der Universität, der Kanzler Niemeyer, gemüßigt, das gute Verhalten der Studenten während des Aufenthaltes Brunnows in der Stadt lobend hervorzuheben. Seinem Bericht an den Präfekten fügte er den Wortlaut einer freilich erst hinterher an die Studenten gehaltenen lateinischen Rede, in der er sie an das erinnerte, was sie ihrem Souverän schuldig seien, mit an und sprach die Hoffnung aus, daß sie dem König in einer Uebersetzung vorgelegt werden möchte. Nur der arbeitslose und hungrige Pöbel war es auch hier gewesen, der den Husaren, die die Veteranen-Kompagnie entwaffnet, die geringen Fonds der zurückgebliebenen Kassen — die Hauptsummen waren vorher auf Cassel zu geflüchtet — an sich genommen und statt der westphälischen Wappen die preußischen Adler wieder angeheftet, zugejubelt hatten; die übrige Bevölkerung zeigte sich wohl entgegenkommend, in die Begeisterung hatte sie nicht mit eingestimmt. Ueberhaupt seien diejenigen, bemerkt der Präfekt in einem späteren Resumé, die sich Schill angeschlossen, diesem nicht aus persönlicher Zuneigung oder aus Anhänglichkeit an das alte Regime und den König von Preußen gefolgt, der Hunger und die Hoffnung auf Raub und Plünderung hätten sie dazu getrieben. Auf ein allgemeines Zuströmen der Bevölkerung, darauf, daß die Behörden verjagt und die Sturmglocken überall geläutet würden, habe Schill vergebens gewartet.

Aehnlich lauteten die Nachrichten aus dem Elbdepartement, wenngleich hier die Begeisterung für Schill an einzelnen Orten höher emporschlug. Der Unterpräfekt von Neuhaldensleben, von Frohreich, mußte schwer dafür büßen, daß er es gewagt, das Achtsdekret gegen Schill zu veröffentlichen. Auch der von Stendal, ein Herr von Schulenburg-Bodendorf, ward anfänglich arretirt, aber von Schill doch sehr rücksichtsvoll behandelt. Dieser sowohl, wie der Präfekt von Magdeburg, Herr von Schulenburg-Embden, fanden sich nachher veranlaßt, das Verhalten des Departements und Distriktes gegenüber Katt und Schill in ausführlichen Schreiben, wobei von Seiten des Ersteren eine lebhafte und leidenschaftliche Vorwegnahme seiner und seiner Untergebenen Unschuld zum Ausdruck kam, zu rechtfertigen. „Man verlangt, wie es scheint, von uns, daß wir Schill hätten angreifen und ihn fahen sollen.“ Er habe sich eifrig bemüht, jede Bewegung niederzuhalten. Als der Lieutenant Horst gerufen: „Es lebe der König von Preußen!“ habe er die Einwohner zur Ruhe

ermahnt und sie an ihre Pflicht erinnert, worauf Alles still gewesen sei. Nur unangesessene Leute und Taugenichtse wären Schill gefolgt, so der Maire von Zichtau, der ehemalige preußische Kapitän von Alvensleben, der vor dem Bankerott gestanden und nun seine Frau mit 8 Kindern im Stich gelassen habe. Das Departement, schreibt der Präfekt, habe sich nur seine Lage als Grenzprovinz vorzuwerfen; in Bezug auf die gegenüber dem Aufruhr getroffenen Vorkehrungen habe dasselbe den übrigen in nichts nachgestanden.

Indeß trotz aller gegentheiligen Versicherungen müssen die Schulenburgs, besonders der Unterpräfekt von Stendal, von dem Verdachte, den Widerstand gegen die französische Regierung begünstigt zu haben, nicht ganz verschont geblieben sein. Der abermalige Verlust der Distriktskasse mit einem Bestande von 6000 Thalern mochte dabei mitsprechen. Den Einwohnern des Distriktes Stendal ward vorgeworfen, sie hätten Schills Schaaren besser verpflegt als die Franzosen, die hinterher zu deren Verfolgung anrückten. Das sei ganz natürlich gewesen, denn erstere hätten alles aufgezehrt, ja einzelne Dörfer seien von ihnen total ausgeplündert worden, so daß nichts mehr vorhanden gewesen wäre, als die Franzosen und Holländer angekommen. Aber diese unter den Generalen Gratien und d'Albignac hausten noch weit schlimmer als Schill und die Seinen und ließen den Distrikt Stendal seine angebliche Hinneigung zu den Aufständischen schwer entgelten, so daß die Beamten desselben wiederholt in heftige Klagen ausbrachen. „Man scheint die Idee zu haben uns strafen zu müssen für Verbrechen, die nicht begangen sind.“ Selbst noch nach Schills Tod hielt sich Michaud in Magdeburg für berechtigt, die Vorstellungen wegen Wiederzulassung des Verkehrs mit dem rechten Elbufer Seitens der Civilbehörden mit dem vollsten Mißtrauen zu beantworten. Nicht besser war es den Städten und Dörfern im Saaledepartement ergangen, als hier die französischen Generale erschienen waren. Hier hatte sich auch noch ein Polizeikommissar eingestellt, um nachträglich den Verschwörern nachzuspüren. Der Präfekt Goßler beklagt sich in sehr scharfen Ausdrücken über deren brüskes Auftreten in Halberstadt und an andern Orten, so daß der Minister des Innern sich veranlaßt fühlte, dessen Unmuth zu beschwichtigen. Gleichwohl tadelt der Generaldirektor der Polizei immer aufs Neue wieder den schlechten Geist im Saale- und Elb-

departement. Die Maires, weit entfernt, die Organe der öffentlichen Sicherheit zu unterstützen, ließen die Fremden, die zurückkehrenden preußischen Gefangenen und österreichischen Deserteure ohne Kontrole passiren.

Das Leine-, Ocker- und Harzdepartement wurden nur von vereinzelten Streifkorps Schills heimgesucht. In Goslar war am 11. Mai Abends der Lieutenant von der Golz mit etwa 70 Mann eingerückt. Er hatte zwar erklärt, daß mit seinem Erscheinen ein Jeder aufhöre Westphälinger zu sein und nur preußischer Unterthan wäre; aber die Drohung, die westphälischen Wappen abnehmen und die preußischen wieder anschlagen zu wollen, hatte er nicht ausgeführt und ebensowenig sich in eine Regierungsangelegenheit gemischt, oder irgendwelche Papiere verlangt. Auch hatte er den Namen des Königs von Preußen gar nicht in den Mund genommen, sondern nur gesagt, daß er auf Befehl seines Chefs, des Majors Schill, handle; sich selbst hatte er einmal als Insurgentenchef bezeichnet. Als solcher aber eignete er sich die Distrikts- und Domänenkasse an, in denen er zusammen über 1000 Thaler vorfand, und erbeutete außerdem 128 Centner Blei und aus des Grafen von Brabeck Pulvermühle 13½ Centner Pulver, eine sehr willkommene Requisition, die am nächsten Morgen auf erpreßten Wagen mit fortgeführt wurde nach dem Rendezvous des ganzen Corps in Rübel zwischen Sandau und Werben. Die Bürger von Goslar waren zur Gegenwehr nicht geneigt zu machen gewesen, zumal es ihnen an den nöthigen Waffen fehlte; sie hatten sich jedoch durchaus ruhig verhalten und an den Excessen nicht den geringsten Antheil genommen. Mehrfach wird gerade aus diesen Gegenden das maßvolle Verhalten der Schillschen Husaren von den einzelnen westphälischen Behörden betont. So ward von Heiligenstadt aus erzählt, Schill habe unter den Zulaufenden stets eine Auswahl getroffen; diejenigen, welche den Versuch gemacht hätten, durch Plünderung der Einwohner sich selbst zu bereichern, habe er durchprügeln und dann laufen lassen. Ein ander Mal soll er die eingegangenen Personalsteuergelder mit dem Bemerken zurückgewiesen haben, das Geld gehöre dem Volke, das wolle er nicht.

Im Weserdepartement endlich zeigten sich die Folgen von Schills Einfall in Westphalen insofern, als man nun erst recht bestrebt war, dessen früheren Verbindungen mit den dortigen Einwohnern im Ein-

zelnen aufzudecken. In dem Achtsdekret waren seine Konspirationen mit jenen ihm an erster Stelle zum Vorwurf gemacht worden. Zwei der Maires aus der Gegend von Bielefeld wurden ins Gefängniß gebracht und 32 Landleute wegen ihrer angeblichen Umtriebe vorläufig hinter Schloß und Riegel gehalten. Ein Generalkommissar ward zur Untersuchung dahin geschickt, aber es ließ sich den Leuten nichts beweisen. Trotzdem blieben die Verhafteten vorläufig der Freiheit beraubt, obgleich sich der Präfekt Delius in Osnabrück mit allen Mitteln für sie verwendete. Er unterließ es bei dieser Gelegenheit nicht, den Geist der Bevölkerung im Departement zu loben; die Ermahnungen der Geistlichen hätten hier den besten Erfolg gehabt.

Daß das Vorgehen der hohen Polizei, die mit Umgehung der zuständigen Lokalbehörden auf eigne Faust verdächtigen Individuen nachspürte, vielfach böses Blut machte, war bei dem Haß, mit dem man dies Institut überhaupt ansah, nur zu begreiflich. Und nicht minder erbitterte die Brutalität des Militärs. Von allen Seiten liefen bei dem Minister des Innern Beschwerden ein über die unerträglichen Lasten, die den Landeseingesessenen von den Soldaten auferlegt würden, über die wüsten Ausschreitungen, die sich dieselben zu Schulden kommen ließen. Die Erbitterung stieg aufs Höchste und machte sich sogar in einigen Orten, in Witzenhausen, in Großalmerode bei Durchzügen durch offene Widersetzlichkeit bemerkbar. Von oben herab that man, was man konnte, diese schlimmen Eindrücke zu verwischen. Der König sprach offen seine Unzufriedenheit mit der Aufführung des Generals Gratien aus; es war sogar die Rede davon, daß ihm sein Kommando entzogen werden sollte.

Am Hofe in Cassel hatte man sich zuerst durch die falsche Meldung, daß Blücher mit einem Korps von 13 000 Mann bei Dessau über die Elbe gegangen sei, und daß diesem das Gros des preußischen Heeres folge, gewaltig alarmiren lassen, obgleich man bereits seit dem 2. Mai über die Vorgänge in Berlin durch eine Depesche des Barons von Linden unterrichtet war. Dieser hatte am Morgen des 29. April unmittelbar nach dem Bekanntwerden von Schill's Entweichen aus Berlin einen Kourier über Sachsen nach Cassel mit dieser Nachricht gesandt. Außerdem hatte er unter dem Vorgeben, er befürchte, daß sein angeblich über Potsdam ge-

schickter Eilbote in Schill's Hände gefallen sei, von dem Minister von Goltz einen preußischen Kourier ausgewirkt und diesem auch eine Meldung an den Präfekten von Magdeburg über den Vorgang mitgegeben. Dabei hatte er zugleich auf Goltz' Bitten das Mißfallen der preußischen Regierung über Schill's Aufführung und deren Unvermögen, denselben an seinem Vorhaben zu hindern, kundgegeben. Goltz hatte noch ganz besonders betont, daß die Nachricht seinen königlichen Herrn in Königsberg sehr niederschlagen werde. Und so bestimmt auch Küster in Cassel versicherte, daß Friedrich Wilhelm von alledem nichts wissen könne, Jerome ließ doch die übertriebenen Gerüchte des Herzogs von Anhalt am 4. Mai an Napoleon gelangen. Am nächsten Tag berichtete er ihm, wie Schill ausgesprengt habe, der König von Preußen hätte Frankreich und Kaiser Napoleon den Krieg erklärt. Ein Korps von 14 000 Mann unter Blücher's Kommando folge ihm auf dem Fuße, und eine russische Armee, vom Großfürsten Konstantin befehligt, werde innerhalb 10 Tagen nach Eroberung des Herzogthums Warschau für den König von Preußen in Westphalen einrücken. Zwar hätte er bis jetzt, fährt Jerome fort, nur Kunde vom Einfall des Schill'schen Korps; dieser könnte aber unmöglich, wenigstens nicht ohne das stillschweigende Einverständniß König Friedrich Wilhelms erfolgt sein. Schließlich erbittet er sich für den Fall, daß er zum Rückzug genöthigt werden sollte, Instruktionen, ob er denselben auf die Hauptarmee, den Rhein oder Holland bewerkstelligen solle.

Napoleon war natürlich durch seine Kundschafter in Berlin und Königsberg über all diese Vorgänge weit besser unterrichtet und meinte in seiner Antwort an Jerome, daß der König von Preußen wahrscheinlich doch keinen Antheil an diesen Unruhen habe. Aber immer aufs Neue wieder ward man in Cassel durch allerhand Gerüchte beunruhigt, so daß Napoleon am 28. Mai seinen Bruder ernstlich vermahnte, er lasse sich zu leicht alarmiren. Wie Napoleon den Vorfall aufzunehmen gewillt war, das konnte man aus dem, was in dem auf den Räuber Schill bezüglichen Armeebulletin vom 9. Mai verschwiegen war, entnehmen. Seine Absicht ging offenbar dahin, Preußen für den Augenblick zu schonen, um nicht dessen Widerstand zu ungelegener Zeit herauszufordern; aber bei passender

Gelegenheit gedachte er doch hierfür ebensogut wie für die Stendaler Affaire „an Preußen Rache zu nehmen“.

Weniger diplomatisch zeigte sich Jerome Preußen gegenüber. Nicht bloß, daß er Küster in der ersten Audienz nach Ankunft des Berliner Kouriers am 2. Mai zornig anfuhr: „er wolle wissen, ob er mit dem König von Preußen im Krieg oder in Frieden lebe“, er drohte direkt, wenn ihm Friedrich Wilhelm nicht volle Genugthuung und Sicherheit vor Schill verschaffe, werde er an der Spitze von 80000 Mann, über die er bald verfügen könne, in die preußischen Staaten einrücken. Auch die Proklamation gegen Schill vom 5. Mai, worin 10000 Francs auf dessen Kopf gesetzt wurden, sprach noch offen Jeromes Mißtrauen gegen Preußen aus. „Dasselbe habe zur Zeit den Frieden mit dem König von Westphalen noch nicht gebrochen und scheine Schill zu desavouiren.“ Küster schlägt unter solchen Umständen Goltz vor, eine Proklamation in ähnlichem Sinne gegen Schill zu erlassen, die Rückkehr des Königs nach Berlin möglichst zu beschleunigen, ferner ins Hauptquartier des Kaisers Napoleon zu senden, um die Thatsachen klar zu stellen. Man versäumte preußischerseits denn auch nicht, seine Mißbilligung über Schill's Vorgehen möglichst bald öffentlich zum Ausdruck zu bringen. In einem Parolebefehl vom 8. Mai tadelte der König dasselbe in der entschiedensten Weise unter Androhung der strengsten militärischen Strafen für die Schuldigen, und schärfte allen Militärpersonen den unbedingtesten Gehorsam ein. General L'Estocq, der Gouverneur von Berlin, und General Tauenzien wurden suspendirt, der Stadtkommandant Major von Chazot arretirt. Gleichzeitig ward der Generalmajor von Stutterheim nach Berlin beordert mit unbeschränkten Vollmachten, um die Untersuchung gegen Schill und dessen Anhang einzuleiten. Um noch mehr Beweise einer guten nachbarlichen Gesinnung zu geben, ward durch Kabinetsordre vom 16. Mai der Graf Lehndorf zum bevollmächtigten Minister am westphälischen Hofe ernannt, und Küster, der bisher als einfacher Geschäftsträger in Cassel fungirt hatte, erhielt für die noch übrige Dauer seines Aufenthaltes denselben Rang. Dafür hoffte der König freilich auch auf eine größere Mäßigung in den durch Jerome erhobenen Vorstellungen. Die oben citirte Wendung in dem Achtsdekret gegen Schill bezüglich der Haltung Preußens und besonders

noch das feindselige Auftreten des Kommandanten von Magdeburg, Michaud, hatten Friedrich Wilhelm in hohem Grade verletzt, und Küster mußte deswegen Gegenvorstellungen erheben. Ebenso weigerte sich Goltz, den öffentlichen Anschlag und die Einrückung des Achtsdekrets gegen Schill in die Berliner Zeitungen, worauf von Linden drängte, zuzugestehen, wie diesen denn auch der Polizeipräsident vor dessen Bekanntmachung unter der Hand wegen der vielen Freunde Schill's warnte. Linden meinte daraufhin, für die thatsächliche Verbreitung sei das ja auch gleichgültig; es sei ihm mit Rücksicht auf bevorstehende Ereignisse dabei überhaupt nur darauf angekommen, festzustellen, was zugestanden, was verweigert worden sei. Machte er doch stets geflissentlich auf Alles aufmerksam, was gegen Preußen einnehmen konnte. Er war es auch, der die ihm durch den aus Königsberg zurückkehrenden österreichischen Militärbevollmächtigten Steigentesch im Vertrauen gemachten Enthüllungen über Preußens Verhältniß zu Oesterreich seinem König und Napoleon hinterbrachte.

Fürstenstein äußerte sich schließlich einigermaßen befriedigt über den Parolebefehl Friedrich Wilhelms vom 8. und Stutterheim's Erlaß vom 14. Mai in den Berliner Zeitungen, und Küster's Empfang beim König zur Ueberreichung seines neuen Kreditivs am 1. Juni vollzog sich demgemäß mit aller Feierlichkeit und dem am Casseler Hofe beliebten Uebermaße des Ceremoniells. Ganz umgehen konnte es der König freilich nicht, in seiner offiziellen Antwort einige Bemerkungen über die jüngsten Ereignisse in den Marken mit unterfließen zu lassen. Argwöhnte man doch in Cassel noch bis zum letzten Augenblick, daß Schill Gelegenheit gegeben würde, sich ebenfalls wieder auf das rechte Elbufer zu retten und hier von der Bildfläche, ähnlich wie Katt, so lange zu verschwinden, bis die Zeit zu seiner besseren Verwendung kommen würde. Und immer wieder war man geneigt, den zahlreichen Gerüchten Glauben zu schenken, als ob man sich von Preußen demnächst des Schlimmsten zu versehen habe. Der Generaldirektor der hohen Polizei wollte durch seine Spione von großartigen Kriegsrüstungen wissen, die auf dem rechten Elbufer vor sich gingen. Die Ungewißheit über Schill's eigentliches Vorhaben that das Ihrige dazu, die Situation noch mehr zu verwirren. Jerome war ziemlich ungehalten über die Operationen seiner Nordarmee, besonders über Gratien's Zug auf

Hamburg zu. Von der anderen Seite schrieb man die bisherige Erfolglosigkeit des Feldzuges gegen Schill der Aenderung des ursprünglichen Planes zu; Befehle und Gegenbefehle hatten sich mannigfach gekreuzt. Dem König ward zum Vorwurf gemacht, daß er zu viel von seinem Kabinet aus habe dirigiren wollen, was besonders einer Freischaar gegenüber sehr bedenklich sei, deren Hauptstärke ja darin bestehe, sich niemals da finden zu lassen, wo man sie erwarte.

Jerome war 1809 bei Eröffnung des österreichischen Krieges von Napoleon zum Kommandeur des X. Armeekorps ernannt worden. Am 9. Mai hatte ihm der Kaiser das brieflich mitgetheilt und zugleich die Truppen angegeben, die dazu gehören sollten, nämlich, außer den westphälischen, die holländischen und die Garnisonen von Stettin und Küstrin. Seine Hauptaufgabe würde sein, die Ruhe zwischen Hamburg und dem Main aufrecht zu erhalten. Daß ihm diese nicht leicht gemacht wurde, dafür sorgten Dörnberg und Schill sehr bald.

Und schon drohte ein neues Unwetter vom Südosten her über das junge Königreich herein zu brechen. Die erste Nachricht von dem beabsichtigten Zuge des Herzogs von Braunschweig-Oels über Sachsen nach Westphalen war bereits am 8. Mai von Dohm aus Dresden an Fürstenstein mitgetheilt. Auf diese Gefahr hin war auch das Ersuchen des Präfekten von Magdeburg, zur Verstärkung der Besatzung dieser Festung sächsische Truppen abzuordnen, von Dresden aus abschlägig beschieden worden. Danach freilich hatte der Kurfürst von Hessen ein Korps von 10000 Mann, der Herzog von Braunschweig ein solches von 2000 Mann in Bereitschaft. Wiederum nannte man Blücher als den Anführer der Avantgarde dieses Korps. Allmählich sanken jedoch die weit übertriebenen Zahlen. Wilhelm von Hessen, dessen Korps überhaupt nur 3000 Mann betragen hatte, hatte dasselbe angeblich wegen Mangels an Geld nach dem Gefechte bei Regensburg auf 700 Mann reduzirt. Jerome aber ließ sich trotzdem wieder zu den ängstlichsten Maßregeln fortreißen. Er schickte einen Kourier über den anderen an den Herzog von Valmy, der in Hanau mit der Bildung eines Beobachtungskorps der Elbe beauftragt war und den Befehl hatte, im Falle der Noth in Gemeinschaft mit dem König von Westphalen zu operiren, um diesen zur Vorschiebung einer Division über Fulda und Erfurt hinaus

zu bewegen. An Napoleon schrieb er wiederholt um französische Truppen zum Schutze seines Königreiches. Dieser verwies ihm sein unruhiges Verhalten in sehr energischer Weise. Dadurch, daß man auf jedes Gerücht hin seine Truppen zerstreue und auseinanderreiße, käme man zu keinem Resultat. Am 9. Juni theilt Napoleon Jerome mit, daß der Herzog von Braunschweig nur über 800 Mann verfüge, wozu noch 600 Hessen kämen, denen doch die 12 000 Mann disponibler sächsischer und westphälischer Truppen die Spitze zu bieten vermöchten. Dann giebt er ihm weitere gute Lehren: Ehe man im Kriege eine Bewegung vornehme, müsse man klar sehen, und da er bemerkt habe, daß Jerome zu eilig handle und ohne vorher die Pläne seiner Feinde sich entwickeln zu lassen, habe er verboten, daß irgend welche von seinen Truppen auf Jeromes Befehl Hanau verließen. „Die Erfahrung wird Sie über den Unterschied zwischen den Gerüchten, welche der Feind ausstreut, und der Wirklichkeit noch belehren. Niemals seit den 16 Jahren, wo ich befehle, habe ich einem Regimente Gegenordre gegeben, weil ich immer erst abwarte, bis eine Sache reif ist, und ich die Verhältnisse immer erst kennen zu lernen suche, ehe ich anfange, zu manövriren.“ Und wenn wirklich auch die Engländer die Landung eines Korps an den Küsten beabsichtigten, was Jerome ängstlich besorgte, und wodurch er sich jeden Augenblick aufs neue schrecken ließ, wie könne er da verlangen, daß dem eine schwache Division und gar im Herzen Deutschlands entgegen gesetzt werde? Schließlich räth er ihm, seine Truppen zu üben, sich der Sparsamkeit und Ordnung in der Verwaltung seines Königreichs zu befleißigen und eine gewisse Bonhomie zur Schau zu tragen, wie sie dem Charakter des Deutschen angemessen sei. „Beunruhigen Sie sich weniger, und Sie haben nichts zu fürchten!“

Aber nicht bloß die Sorgen um die von außen her drohenden Gefahren waren es, die Jerome trotzdem unausgesetzt in Aufregung erhielten, ebenso sehr machte ihn der innere Zustand seines Reiches besorgt. „Würde ich abreisen“, äußerte er Ende Mai Reinhard gegenüber, „so würde man den Kopf verlieren, und es würde keine Regierung hier mehr geben.“ Seine eigne Rathlosigkeit wuchs von Tag zu Tag. Mehrfach soll er zu Fürstenstein geäußert haben: „Ich weiß nicht, ob ich abreisen oder hier bleiben soll, ob ich König, Prinz oder Unterthan bin?“ Während er Valmy gegenüber noch

am 15. Juni erklärte, seine Staaten nicht verlassen zu wollen, meldete Fürstenstein schon am folgenden Tage Reinhard und den übrigen Vertretern der auswärtigen Mächte, daß Seine Majestät Cassel demnächst verlassen werde, um die Führung des X. Korps in Person zu übernehmen. Die Nachricht von dem Einzuge des Herzogs von Braunschweig in Dresden hatte diesen Entschluß herbeigeführt. Dohm's anfängliche Zuversicht, daß die sächsischen Truppen wohl auch allein im Stande sein würden, die aus Böhmen hereinbrechenden, auf 8000 Mann geschätzten Truppen aufzuhalten und wohl gar zu versprengen — denn Deserteure und Vagabundenseelen könnten regulären Truppen nicht Stand halten — war gar bald geschwunden. Dem wiederholten Drängen des Königs von Sachsen, der beim Einrücken des Feindes sein Land sofort verlassen und sich nach Frankfurt begeben, folgend, konzentrirte Jerome seine Truppen um Sondershausen, um von hier aus dem sächsischen Oberst Thielmann zu Hülfe zu kommen. Seinen direkten Vormarsch auf Leipzig verzögerte jedoch das angebliche Vorhaben der Oesterreicher, über Meiningen in Westphalen einzudringen. Erst als sich das Gerücht hiervon als falsch erwies, ward General d'Albignac mit seiner Brigade von 3000 Mann Infanterie, 400 Pferden und 4 Kanonen am 21. Juni zur Unterstützung der sächsischen Truppen, die inzwischen hinter Leipzig hatten zurückweichen müssen, vorgeschickt. Inzwischen stellte sich auch General Gratien mit seiner Division von Magdeburg kommend ein, und es avancirte nun die gesammte Macht in der Stärke von 11 000 Mann. Beim Herannahen des Vortrupps der westphälischen Armee, mit dem sich Thielmann bei Weißenfels vereinigt hatte, gab der Feind Leipzig wieder auf. Der König Jerome zog bereits am 26. Juni dort ein. D'Albignac und ihm folgend Gratien rückten hinter den Oesterreichern und Braunschweigern her, und es kam bei Waldheim eben am 26. Juni zum Gefecht. Statt nun aber von hier aus die ursprünglich eingeschlagene Richtung auf Dresden fortzusetzen, wandten sich Kienmayer, der den zögernden Am-Ende im Kommando des österreichischen Korps zum Glück abgelöst hatte, und der Herzog von Braunschweig am 27. Juni plötzlich südlich, um sich über Freiberg und Chemnitz nach Franken zu werfen, gaben aber der österreichischen Landwehr den Befehl, den Marsch auf Dresden fortzusetzen, um den Gegner zu täuschen. Die

List gelang. Jerome verfolgte mit seiner Hauptmacht die Richtung auf Dresden. Erst von Nossen aus wurde General Bongars mit zwei Regimentern westphälischer Kürassiere und einem Bataillon Franzosen zur Verfolgung des Herzogs und der Oesterreicher ausgesandt, der aber, statt sich ihnen an die Fersen zu heften, sich unbegreiflicher Weise nach Leipzig und Halle dirigirte, wo er natürlich keinen Feind vorfand, da dieser bereits nach Süden ausgewichen war. Der Welt aber hatte ein Tagesbefehl vom 26. Juni aus Leipzig schon verkündet: „Die Schnelligkeit unserer Märsche und das pünktliche Zusammentreffen unserer Bewegungen haben für den Feind dieselbe Wirkung gehabt, als hätte er eine Schlacht verloren!"

Jerome war am 1. Juli in Dresden eingezogen. Erst am 4. verließ er dasselbe wieder, um den Herzog von Braunschweig zu verfolgen. Anfänglich glaubte man noch im westphälischen Hauptquartier, daß dieser sich in Eilmärschen nach Böhmen zurückgezogen habe. Nach und nach erst kam man dahinter, daß er sowohl wie die Oesterreicher unter Kienmayer nach Süden abgeschwenkt waren, um sich mit den am jenseitigen Abhang des Fichtelgebirges vorrückenden österreichischen Truppen unter Radivojevich zu vereinigen. Am 6. Juli endlich hatte Jerome seine Streitkräfte in Chemnitz wieder vollzählig um sich gesammelt, und nun griff er, veranlaßt durch die Bewegungen des Gegners, auf den ursprünglichen Feldzugsplan zurück, in Gemeinschaft mit dem auf der Linie Würzburg-Baireuth vormarschirenden Herzog von Abrantes zu operiren. Mit diesem hatte Jerome vor, am 10. Juli in Hof zusammenzutreffen. Indessen Junot ward durch die vereinigten österreichischen Truppen und den Herzog von Braunschweig genöthigt, Baireuth aufzugeben und sich zur Sicherung der Donau auf Amberg zurückzuziehen, und diese ihrerseits kehrten nach dem glücklichen Gefecht bei Gefrees und Berneck über jenen am 8. Juli sofort wieder nach Norden um, um Jerome in die Flanken zu fallen. Dieser hatte sich inzwischen, den beabsichtigten Marsch auf Gera aufgebend, nach Plauen gezogen. Aber kaum hier angelangt, erhielt er die Meldung, daß d'Albignac vor Hof von den Feinden angegriffen sei, und daß bereits die schwarzen Husaren bis Oelsnitz, zwei Meilen von Plauen, vorpatrouillirten. Daraufhin ward die Abreise des Königs sofort vorbereitet; sie war auf 3 Uhr des folgenden Morgens angesetzt, konnte

aber wegen der durchmarschirenden Truppen und der Bagage erst gegen 4 Uhr erfolgen. Am 13. Juli um Mittag wurde das Hauptquartier in Schleiz aufgeschlagen. Als man hier hörte, daß der Feind bereits am Nachmittag des 13. in Plauen eingetroffen sei, freute man sich in der Umgebung des Königs darüber, daß man aus diesem schlimmen Loch bei Plauen noch glücklich herausgekommen wäre, traf aber zugleich Vorkehrungen, um auch fernerhin ein unerwünschtes Zusammentreffen mit dem Gegner zu vermeiden. Das diplomatische Korps, das auf direkte Veranlassung Jeromes vollzählig an dem Feldzuge theilgenommen hatte, bekam nunmehr durch Fürstenstein den Wink, daß es an der Zeit sei, die Rückreise nach Cassel sofort zu bewerkstelligen. Als Jerome Abends 10 Uhr Reinhard und die Gesandten von Baiern und Holland — der preußische Gesandte hatte sich Krankheits halber bereits von Reichenbach nach Gera begeben, während der sächsische aus dem gleichen Grunde in Plauen hatte zurückbleiben müssen — verabschiedete, sprach er sich dahin aus, daß er gegen 2 Uhr den Angriff des Feindes erwarte. „Ich werde", erklärte er im napoleonischen Stile weiter, „vor ihm hermarschiren, das heißt, ich werde ihn in eine bereits ausgewählte Position zu locken suchen, wo ich mich dann gegen ihn wenden werde, und wo ich drei Tage gegen 20000, ja gegen 30000 Mann Stand halten kann!" Nach den bisherigen Proben, die er von seinem Feldherrngenie abgelegt hatte, war es doch offenbar ein Glück für ihn, daß er der Gefahr eines ernsten Zusammenstoßes mit dem Feinde nicht ausgesetzt ward. Nach eintägigem Aufenthalt in Schleiz trat er weiter den Rückmarsch auf Weimar zu an und traf hier am 15. Juli vom Feinde unbehelligt ein. Seine Truppen konzentrirte er um Erfurt. In dieser Gegend erreichte ihn die Nachricht von dem mit Oesterreich abgeschlossenen Waffenstillstand, und bereits am 19. Juli war er wieder in Cassel und stattete seinem kaiserlichen Bruder über das Ende seines Feldzuges in Sachsen und Franken schriftlichen Bericht ab.

Es half ihm wenig, daß er seine Maßregeln im günstigsten Lichte darzustellen, daß er seinen eiligen Rückzug mit der angeblichen Landung der Engländer an der Nordküste, die ihm auch von seinem Bruder, dem König von Holland, gemeldet war, zu rechtfertigen suchte, Napoleon war mit der Führung des X. Korps höchlichst

unzufrieden und zürnte heftig wegen Nichtbefolgung seiner Befehle. Jerome hatte, so war es des Kaisers Absicht gewesen, seine gesammte Macht in Dresden zusammenhalten sollen. Aber der Brief Champagny's an Reinhard vom 4. Juli von der Insel Lobau aus, in dem dieser Auftrag angedeutet war und der schon am 12. Juli in Plauen hätte eintreffen müssen, gelangte erst am 25. August in des Adressaten Hände, und als Jerome seines Bruders wiederholte Befehle aus Schönbrunn vom 17. Juli zugingen, da hatte dieser von Erfurt aus bereits den General Rewbell mit drei Regimentern Infanterie, einem Regiment Kürassieren und 16 Geschützen nach Hannover dirigirt, er selbst war mit seiner Garde nach Cassel zurückgekehrt, und auch Gratien, der seine holländische Division noch in Erfurt sammelte, hatte bereits anderweite Ordre.

Allein diese verkehrten Maßregeln Jeromes machten es dem Herzog von Braunschweig möglich, seinen Plan, sich durch das Königreich Westphalen nach der Nordsee durchzuschlagen, zur Ausführung zu bringen. Man muß gewiß den Muth und die Geschicklichkeit bewundern, mit dem der Welfe seinen Zug ins Werk setzte und zu Ende führte, aber dadurch wird ihm der Anstrich des Abenteuerlichen nicht benommen. Das hätte sich der Herzog nach Schill's Vorgang von vornherein selbst sagen können, daß es ihm nicht gelingen werde, eine Erhebung des Volkes in Westphalen zu Stande zu bringen. Ueberdies hatten die westphälischen Präfekten und Unterpräfekten das ihrige gethan, dem neuen Unheil, welches das Land bedrohte, zu begegnen. Die Kassen waren in Sicherheit gebracht, die Unterthanen wurden an den Eid der Treue erinnert, den sie dem König Jerome geleistet hatten; so lange sie dessen nicht entbunden seien, wären sie verpflichtet, ihrem Monarchen treu zu sein. So wiederholte sich denn, was Katt und Schill schon begegnet war. Als der Herzog am 26. Juli von Leipzig kommend in Halle einrückte, jubelte ihm der Pöbel zu, der bessere Theil der Bevölkerung verhielt sich passiv. Friedrich Wilhelm ließ seine Wappen anschlagen und eine Proklamation vertheilen. Auf seinem weiteren Zuge nach Norden stieß er am 29. Juli in Halberstadt auf das 5. westphälische Linienregiment, das Jeromes alter Schiffsgenosse, Meironnet, der zum Grafen von Wellingerode erhoben war, befehligte. Wie der General Michaud aus Magdeburg hinterher an den Kriegsminister

Clarke schrieb, hatte er ihm den Befehl gegeben, sich beim Anrücken der „Braunschweiger", so nannten sie sich selber, auf Magdeburg zurückzuziehen, aber der Drang, sich auszuzeichnen, habe den Grafen offenbar verführt, den Widerstand in Halberstadt zu versuchen. Gegen 6½ Uhr Abends traf der Herzog, von Quedlinburg kommend, mit den Seinen vor der Stadt ein. Ein Theil des 5. Regiments war ihnen entgegengezogen, die Thore der Stadt waren verrammelt, die Mauern stark besetzt. Aber die Artillerie, über welche die Braunschweiger verfügten, gab ihnen eine bedeutende Ueberlegenheit. Gegen 10 Uhr waren die Stadtthore in Brand geschossen und erstürmt. Das Gefecht entwickelte sich nun in den Straßen, Haus für Haus mußte genommen und vom Feinde gesäubert werden. Der Kampf dauerte vereinzelt bis gegen 7 Uhr Morgens fort, wo man die letzten Franzosen entwaffnete. An die 100 waren gefallen, weit über 200 auf beiden Seiten zusammengenommen verwundet. Dem westphälischen Obersten hatte man beim Beginn des Kampfes vergeblich Vorstellungen gemacht, daß die Stadt keine Festung sei und sich deshalb nicht halten könne. Er selbst ward verwundet und als Geißel mitgeführt und wurde erst später auf Jeromes Antrag beim Kaiser von England ausgewechselt. In der Stadt war an einzelnen Punkten während des Kampfes Feuer ausgebrochen, mehrere Bürger waren in dem Getümmel umgekommen. Eine Bekanntmachung des Herzogs von Oels hatte diejenigen, welche einen Westphälinger verbergen oder die bei ihnen befindlichen Gewehre nicht abliefern würden, mit Erschießen bedroht. Gegenvorstellungen gegen die Requisitionen — die Stadt mußte am nächsten Morgen die sämmtlichen Truppen, auch die Gefangenen, in vorgeschriebener Weise beköstigen — wurden mit den schlimmsten Drohungen abgewiesen. So konnten die Halberstädter nur froh sein, als die Braunschweiger am Mittag nach der stürmischen Nacht weiterzogen. Von dem 5. westphälischen Infanterie-Regiment schlossen sich an die 300 Soldaten dem Herzoge an, nur ein kleiner Rest, darunter jedoch eine größere Zahl Offiziere, kehrte nach Magdeburg zurück. Ueber Wolfenbüttel marschirte dann Friedrich Wilhelm mit seiner Schaar nach Braunschweig, in das er am 31. Juli seinen Einzug hielt. Es war ein kurzer Triumph, den er in der Residenz seiner Väter feierte. Der Präfekt beschwor ihn, die Stadt sofort wieder zu verlassen. Wohl hegte man die lebhaf-

testen Sympathien für den legitimen Erben des letzten unglücklichen Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand, aber die Furcht vor der Rache der Franzosen unterdrückte alle lauten Freudenbezeugungen. Reinhard stellt der Stadt Braunschweig nachher das Zeugniß aus, daß sie sich mit wunderbarer Klugheit benommen habe. Kein Einwohner hätte gegen seine Pflicht gefehlt, selbst das niedere Volk hätte sich keine Unordnungen zu Schulden kommen lassen. Auch der Herzog selbst habe große Mäßigung an den Tag gelegt und Niemanden kompromittirt. Zwar hatte er seine Unterthanen angeredet: „Braunschweiger, der Augenblick, eure Fesseln zu sprengen, ist erschienen! Ich komme als euer rechter Fürst, euch der Tyrannei zu entreißen, die euch zu Boden drückt; ich komme mit siegreichen Waffen, unterstützt von mächtigen Bundesgenossen, mit festem Vertrauen auf die treue Anhänglichkeit eines Volkes, das durch Treue und Biederkeit es so sehr verdient, wieder glücklich zu werden. . . . Greift zu den Waffen! . . . Aber vergeßt auch nicht der Pflicht des ruhigen Bürgers. . . . Ehret die jetzt angestellten Beamten und seid ihnen folgsam." Jedoch diese Proklamation ward ebenso wie sein Manifest vom 1. August, in dem er in Erinnerung an den Erbhuldigungseid Gehorsam für seine Befehle verlangte, sofort nach seinem Abzug von den Straßenecken wieder beseitigt. Schon liefen bedrohliche Nachrichten vom Anrücken feindlicher Streitkräfte ein. So sah er sich genöthigt, bereits am Nachmittag des 1. August die Hauptstadt seines Landes wieder zu verlassen, um dem General Rewbell, der von der Nordseeküste mit seiner Division zurückbeordert war, entgegen zu ziehen. Unmittelbar hinter der Stadt Braunschweig, beim Dorfe Oelper, kam es zum Zusammenstoß. Der Herzog nahm vor demselben eine Stellung ein, gegen die die Franzosen vergeblich anstürmten. Das 6. westphälische und Theile des 1. Linienregiments schlugen sich sehr schlecht, so daß die Braunschweiger einen Augenblick daran denken konnten, die Franzosen aus dem Dorfe hinauszuwerfen. Gelang das auch nicht, und mußte der Herzog seine Truppen wieder zurückziehen, so behauptete er doch seine anfängliche Stellung gegen die Uebermacht des Feindes bis zum Einbruch der Nacht. Aber seine Position mußte verloren gehen, sobald die Franzosen am nächsten Morgen den Angriff erneuerten und ihn womöglich so lange festhielten, bis ihm General Gratien aus dem Süden von Erfurt

kommend, in den Rücken fiel. Da half ihm die Unfähigkeit seines Gegners. Rewbell wich in der Nacht über die Ocker zurück, so daß der Herzog am 2. August früh Morgens ungehindert seinen Marsch auf Hannover fortsetzen konnte. Von der Bevölkerung überall wohlwollend aufgenommen und mit allem Nöthigen versorgt, gelangte die Schaar schnell an die Weser, und erst als die Braunschweiger die Brücke bei Nienburg über diesen Fluß hinter sich abbrachen, erschien auch die Avantgarde der vereinigten westphälischen Divisionen, zusammen über 8000 Mann stark. Der Major Korfes, der sich bereits in Sachsen glänzend hervorgethan hatte, übernahm es, mit einem kleinen Detachement von Husaren, Jägern und 2 Geschützen den Feind auf falsche Fährte zu leiten und hinter sich her auf Bremen zu locken, während das Hauptkorps der Braunschweiger über Delmenhorst nach Elsfleth marschirte und sich hier und in Brake am 7. August einschiffte, um sich auf das in hoher See wartende englische Geschwader, das Dörnberg vorauseilend darauf vorbereitet hatte, zu retten. Und auch Korfes gelang es noch, die See glücklich zu erreichen und die ihm anvertraute Abtheilung fast vollzählig dem Herzog wieder zuzuführen.

Also trotzdem Jerome mehrfach die Ueberzeugung ausgesprochen hatte, daß der Herzog von Braunschweig ihm nicht entwischen könne, hatte dieser mit großer Tapferkeit und Umsicht und dank vor Allem der Untüchtigkeit und den gegenseitigen Eifersüchteleien der französischen Generäle, aus denen auch Schill schon die größten Vortheile gezogen hatte, seine schwarze Schaar mitten durch die feindlichen Heere ans Ziel geführt. Zum dritten Male im Jahre 1809 hatte das X. Korps einen vollkommenen Mißerfolg aufzuweisen. Indem Napoleon seinem Bruder das Kommando über dasselbe anvertraute, hatte er den Wunsch gehegt, daß dieser es verstehen würde, unter im Ganzen günstigen Bedingungen seinen militärischen Ruhm zu begründen; er hatte gemeint, daß Jeromes Rathgeber ihm dazu verhelfen würden, denn so billig denkend war er doch noch, daß er bei dessen Jugend nicht große taktische Erfahrung voraussetzte. Aber es hatte sich herausgestellt, daß der junge König auch in der Wahl der Befehlshaber seiner Truppen unglücklich gewesen war, indem er den tüchtigsten General, den Kriegsminister Eble, zu Hause gelassen hatte. Gratien, d'Albignac, Rewbell, die sich gegenseitig mit miß-

günstigen Augen ansahen, traf zweifellos, wie Napoleon richtig voraussetzte, ein großer Theil der Schuld. Der unfähigste von diesen, Jeromes früherer Günstling Rewbell, erntete denn auch, weil er nach dem Gefecht bei Oelper anfänglich vorgehabt hatte, „unsere gute Stadt Braunschweig", die sich trefflich benommen, der Plünderung preiszugeben, den verdienten Lohn. Durch Kabinetsordre vom 5. August ward er abgesetzt. D'Albignac mußte Reinhard — ein recht heikler Auftrag — die volle Unzufriedenheit des Kaisers über sein militärisches Verhalten in Sachsen aussprechen, desgleichen Fürstenstein, daß dieser seinen Einfluß auf den König nicht in besserer und vernünftigerer Weise zur Geltung gebracht hatte. Aber auch der König bei seinem Eigensinn und seiner Launenhaftigkeit war nicht freizusprechen. Fürstenstein sowohl wie d'Albignac, der freilich nebenbei auch bereitwilligst seine kriegerische Unerfahrenheit zugestand, gründeten darauf vornehmlich ihre Entschuldigungen Reinhard gegenüber, und offenbar mit Recht, denn auch der gewissenhafte Simeon und der General Eble klagten wiederholt, daß der König nicht auf sie hören wolle. Ihr Einfluß auf den König sei nur ein sehr getheilter und zeitweiser; Alles hänge von dessen Willen ab, der durchaus absolut sei, ohne aber Beständigkeit und Festigkeit zu verrathen.

Selbstverständlich tadelte Napoleon auch die Mitnahme des gesammten diplomatischen Korps zu dem Zuge nach Sachsen, die, trotzdem Fürstenstein hinterher die Sache so darzustellen suchte, als ob es dem Ermessen der einzelnen Gesandten, resp. deren auftraggebenden Höfen, anheim gegeben wäre, zu folgen, auf ausdrücklichen Wunsch Jeromes ins Werk gesetzt war. Natürlich mußte das den Troß in unnöthiger Weise erhöhen; täglich bedurfte es zu dessen Fortschaffung 1500, nach anderer Angabe sogar 1800 Pferde, die die Bevölkerung liefern mußte. Und dabei hätte es Jerome noch gern gesehen, daß ihn auch der König von Sachsen auf seinem Siegeszuge begleitete; es verdroß ihn sehr, daß dieser sich weigerte, von Frankfurt a. M. wieder in sein Land zu kommen, so lange der Feind sich noch darin aufhielt. Die Requisitionen von Lebensmitteln und Futter, die nicht ohne Härte und Willkür beigetrieben wurden, drückten sowieso schwer auf das Land. Was Wunder, daß die Sachsen mehr mit ihren Feinden zufrieden waren, die auf strenge

Mannszucht hielten — auch der Herzog von Oels verhinderte, nachdem er sich von den Oesterreichern getrennt hatte, thunlichst alle Ausschreitungen und Gewaltthätigkeiten — als mit ihren angeblichen Befreiern. In Leipzig freilich war der Empfang, den man Jerome bereitet, von vornherein ein frostiger gewesen, trotz aller pomphaften Proklamationen, die er an das Volk erlassen. Dafür ward er dann in Dresden entschädigt, wo ihn die Bevölkerung mit Jubel begrüßte. Hier besuchte er das Theater, ließ am nächsten Tag ein Tedeum auf seinen siegreichen Zug hin feiern, hielt großen Cercle im Hotel Brühl und Besichtigung über die Truppen ab. Inzwischen führte der Feind seine glückliche Schwenkung aus, trieb erst den französischen General Junot an die Donau zurück, und würde auch noch Jerome von dort umkehrend über den Haufen gerannt haben, hätte dieser nicht schleunigst den Rückzug angetreten. „Es ist sicher", schreibt Küster am 23. Juli nach Berlin, „daß der Abzug des Königs und seiner Truppen aus Sachsen vollständig den Eindruck eines Rückzuges, bisweilen sogar der Flucht gemacht hat." Auch Reinhard giebt zu verstehen, daß er die Gründe für die mehrfache plötzliche Aenderung der Maßregeln während der Kampagne nicht begriffen. Dem König selbst war die Sache schließlich langweilig geworden, und er wollte schon seine „Promenade" in Sachsen sowieso abbrechen und nach Cassel zurückkehren, da kam ihm der Feind über den Hals, und gleichzeitig gab ihm die gemeldete Landung der Engländer in Hannover einen erwünschten Vorwand für seinen eiligen Aufbruch. Ob es ihm dabei doch noch möglich war, vielen seiner Soldaten die von ihm beim Beginn des Feldzuges für Auszeichnung vor dem Feinde gestiftete Kriegsmedaille — der Inhaber der goldenen sollte eine jährliche Pension von 100, der der silbernen eine solche von 50 Francs erhalten — zu verleihen, dürfte sich wohl nicht genau feststellen lassen.

Der Jugendlichkeit Jeromes muß man gewiß manches zu Gute halten. „Wäre ich statt 24 Jahre deren 30 alt", hatte er schon in Leipzig Reinhard gegenüber geäußert, „ich hätte die Expedition nach Sachsen gar nicht unternommen." Der Kaiser jedoch strafte ihn dessen ohngeachtet in der nächsten Zeit auf die für ihn denkbar empfindlichste Weise, durch vollständige Nichtachtung. An Stelle des X. Korps ward durch kaiserliche Ordre vom 11. August das unter

dem Herzog von Abrantes formirte VIII. Korps mit dem Schutze Sachsens betraut und Jerome somit seiner Stellung enthoben. Das erfuhr er erst durch dritte Hand. Vorstellungen, die er darauf hin erhob, blieben einstweilen ebenso unbeantwortet, wie alle übrigen Schreiben, die der König im Interesse seines Landes an den Kaiser richtete. Im Hinblick hierauf erwartete man vor allem, wie wir aus der Korrespondenz der Königin Katharina mit ihrem Vater ersehen, am Casseler Hofe mit größter Spannung offizielle Nachrichten über den Friedensschluß mit Oesterreich; man erhielt sie erst auf Umwegen durch König Friedrich von Württemberg. Ein Kourier, den Jerome an Napoleon nach Stuttgart geschickt hatte, war ohne Antwort zurückgekehrt. Das Gefühl, die Gunst seines kaiserlichen Bruders verscherzt zu haben, lastete zu Ende 1809 schwer auf ihm, und wie von einem drückenden Alp befreit muß er sich vorgekommen sein, als plötzlich in der Nacht vom 1. auf den 2. November ein Kourier Napoleons in Cassel eintraf, der ihn sofort nach Paris rief. Glaubte er doch, gute Hoffnungen für seine und seines Königreiches Zukunft an diese Reise knüpfen zu dürfen.

Viel war hier zu bessern, manche Schäden blieben zu heilen. Das Defizit im Staatsschatz war chronisch geworden, das Land ebenso erschöpft, als ob es den eigentlichen Schauplatz eines blutigen Krieges abgegeben hätte. Jerome ward gegen Ende des Jahres 1809 genöthigt, einen Theil seiner Truppen nach Hannover zu verlegen, weil er, wie er nur seiner Gemahlin beschämt einzugestehen wagt, nicht im Stande war, sie im eignen Lande zu ernähren. Die Bevölkerung, erbittert über die Lasten, die man ihr zumuthete, war noch schwieriger als in den Zeiten des allgemeinen Aufruhrs. Die Königin weist mehrfach nach ihrer Rückkehr Ende Juli 1809 nach Cassel in ihrer Korrespondenz auf ihre prekäre Lage unter den grollenden Unterthanen hin. Das Harz-Departement war das einzige gewesen, das beständig Ruhe gehalten hatte, weshalb ihm auch Anfangs September die Ehre der Anwesenheit Seiner Königlichen Majestät zu Theil wurde. Selbst das früher wegen seiner guten Gesinnung stets gerühmte Braunschweig zeigte sich jetzt, als Jerome dasselbe von Goslar aus kommend wieder besuchte, zurückhaltender. In Göttingen war es während der Reise des Königs durch die Brutalität eines Gendarmen, der zwar daraufhin versetzt, aber

gleichzeitig befördert wurde, zu einem neuen Studentenkrawall gekommen, der die Existenz der Universität insofern ernstlich bedrohte, als 400 Studenten dieselbe zu verlassen vorhatten. Der König ließ den Prorektor kommen und machte ihm deswegen Vorstellungen. Sie hatten den Erfolg, daß 6 Studenten, welche die Liste behufs einer Massenauswanderung verbreitet hatten, relegirt wurden. An die 100 Fremde reisten aus eignem Antriebe ab.

Am schwierigsten von allen Strichen, abgesehen von der wiederholt durch die falsche Nachricht von englischen Landungen aufgeregten Gegend von Osnabrück, blieb immer das ehemalige Kurfürstenthum Hessen. Wir gedachten bereits früher kurz einzelner nach Dörnberg's Aufstand ausgebrochener Unruhen, so in Carlshafen, im Werrathal. Noch im Juni hatte man in dem uns schon bekannten Homberg einen durchpassirenden, mit Gewehren und Pulver beladenen, Wagen angehalten, woraus man schließen mußte, daß das Feuer immer noch unter der Asche glimme. Und in Marburg kam es dann auch noch zu einer Erhebung ernsteren Charakters. Geleitet ward sie von dem pensionirten Obersten Emmerich, der vom amerikanischen Kriege her eine englische Pension bezog, und von dem Hofrath Heinrich Sternberg, Professor der Medizin an der Universität daselbst, einem unruhigen und nach Auszeichnung trachtenden Mann. Der Aufstand hatte ursprünglich in Gemeinschaft mit dem Dörnberg's, zu dem Emmerich Beziehungen unterhalten, stattfinden sollen, aber man war in Marburg zu spät benachrichtigt worden. Jetzt, als sich der König zur Vertheidigung seines Landes nach Sachsen begeben hatte, da wie es hieß, ein österreichisches Korps über Franken und der Herzog von Braunschweig durch Sachsen nach Westphalen einbrechen würden, hielt Emmerich die Zeit offenbar für günstig, den Versuch aufs Neue zu wagen, die Bevölkerung gegen die Fremdherrschaft unter die Waffen zu bringen. Lynker thut dem alten 70jährigen Haudegen doch wohl Unrecht, wenn er ihn bloß durch Abenteuersucht dazu bewogen werden läßt. Die Gerüchte hatten die Stärke der angeblich im Anmarsch begriffenen österreichischen und braunschweigischen Truppen zweifellos gewaltig übertrieben; die ängstlich in Westphalen geheim gehaltene Nachricht von der Niederlage Napoleons bei Aspern hatte weitgehende Hoffnungen rege gemacht, so daß Manchem der Augenblick gekommen erscheinen mochte. An einem

weiteren Blicke dürfte es freilich den Führern der Bewegung gefehlt haben; ob sie glaubten, wenn sie sich erst Marburgs bemächtigt hätten, dann um so sicherer ihre Fäden in die Ferne ausspinnen und das gesammte Hessen zum Abfall bringen zu können, wissen wir nicht. Vorläufig hatten sie nur eine Anzahl von unzufriedenen Bauern aus den nahegelegenen Dörfern Ockershausen, Kaldern und Sterzhausen an der Hand, mit denen sie in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni den Anschlag ausführten. Die Antheilnahme der Studenten, die Sternberg ins Geheimniß zu ziehen bestrebt gewesen war, an den Vorgängen, ist nicht bezeugt. Daniel Muth aus Ockershausen, Wendel Günther und Johannes Moog aus Sterzhausen, letzterer uns schon von der Insurrektion 1806 her bekannt, hatten es übernommen, die Bauern in ihren Ortschaften zu bearbeiten. Am Freitag vor dem 24. Juni, wo die ganze Gemeinde Sterzhausen zur Holzvertheilung im Walde versammelt gewesen, war Moog mit einer angeblichen Proklamation des Kurfürsten hervorgetreten, die ihm Professor Sternberg eingehändigt hatte. Alle ehemaligen Soldaten wurden darin zur Theilnahme aufgefordert. Der vertriebene Kurfürst werde in der Kürze zurückkehren; wer dann nicht dem Rufe gefolgt sei, werde als Feind des Landes betrachtet werden. Die beschwichtigenden Mahnungen des Maire hatten nichts gefruchtet. Viele Dorfbewohner folgten Moog am Abend des 23. Juni, einem Sonnabend, nach Marburg zu, wo ihrer Emmerich und die übrigen Theilnehmer der Verschwörung vor dem Thore warteten. Im Ganzen etwa 150 an der Zahl schlichen sie sich, von Emmerich geführt, durch die Thüre neben dem sogenannten Grünerthor in die Stadt hinein, entwaffneten die am Barfüßerthore Wache haltenden Gendarmen, bemächtigten sich der Gewehre derselben und rückten dann auf die Hauptwache am Markte, mit der sie ebenso verfuhren. Der Kommandeur der kleinen 110 Mann starken Abtheilung großherzoglich-bergischer Truppen, die hier stationirt waren, hatte sich beim ersten Ansturm durch das Elisabetherthor zurückgezogen, um die Straße nach Cassel zu decken, da er sich den Aufrührern nicht gewachsen glaubte. Aber über deren Zahl und Bewaffnung bald eines Besseren belehrt, kehrte er wieder zur Stadt zurück, und unterstützt durch die zum Theil geflüchtete Departementalgarde gelang es ihm schnell, die Bauern auf dem Markte zu überwältigen und zu entwaffnen. Die

Marburger Bürger hatten sich ebenso wie vorher die Casselaner der Bewegung gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Noch während des Tumultes hatte der Präfekt des Werradepartements in Marburg einen Courier nach Hanau an den Herzog von Valmy geschickt und um schleunige Zusendung eines Hülfskorps gebeten, für den Fall, daß sich derartige Auftritte wiederholen sollten. Als dies in der Stärke von über 1000 Mann, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, eintraf, war die Ruhe überall wieder hergestellt, so daß es schon nach wenigen Tagen unter Mitnahme der gefangenen Aufrührer wieder abrücken konnte. Letztere jedoch wurden nachher nach Cassel transportirt, Emmerich, Sternberg und einige gewesene Soldaten auf dem Forste erschossen, andere begnadigt. Die Untersuchung gegen die Insurgenten zog sich noch bis in das folgende Jahr hinein, weil mehrere derselben, darunter Moog, entkommen waren. Als man auch seiner 1810 habhaft geworden, ward er mit noch drei Anderen vom peinlichen Gerichtshof zu Marburg, zu dem es übrigens Schwierigkeiten hatte, die Geschworenen zusammenzubringen, zum Tode verurtheilt, aber zugleich der Gnade des Königs empfohlen, weil er durch Sternberg verführt worden sei.

Jerome, zur Zeit gerade in Sachsen, scheint sich nicht sonderlich über den Vorfall beunruhigt zu haben, da er sofort ausführlich über die Einzelheiten desselben unterrichtet war. Er gab daraufhin nach Cassel die nöthigen Weisungen behufs Unterdrückung des Aufstandes und Bestrafung der Theilnehmer an demselben. Größere Besorgnisse muß ihm nachher das Gerücht verursacht haben, daß Dörnberg, der sich bei den Schaaren des Herzogs von Braunschweig befunden hatte, ihn von Nordhausen aus überfallen wolle. Der gesammte Hof brachte in Folge dessen eine ängstliche Nacht auf Napoleonshöhe zu. Aber Dörnberg war währenddessen schon längst auf dem Wege nach England gewesen, um hier auf die Ankunft der Braunschweiger und ihre Einschiffung bei Bremen vorzubereiten.

Im Herbst 1809 tauchte auch Tempsky noch einmal wieder auf, nachdem er, wie ihm schuldgegeben wurde, vorher auch am Schill'schen Einfall Theil genommen hatte. Es hieß, daß er auf dem rechten Elbufer mit der Bildung einer neuen Insurgentenschaar beschäftigt sei. Linden mußte auf die Instruktion des Ministers des Innern hin energisch die Zerstreuung solcher Banden von der preußischen

Regierung verlangen. Sie wurde sofort zugesichert, ebenso die Auslieferung Tempsky's für den Fall, daß sich herausstellen sollte, daß er Westphale sei.

Mit dem Abzug Herzog Friedrich Wilhelms von Braunschweig, mit der Niederwerfung des österreichischen Widerstandes und nachdem es offenbar geworden war, daß vorläufig von Preußen gar nichts zu erwarten sei, hatte die Opposition im Königreich Westphalen allen festen Halt verloren. Die Versuche zur Befreiung des Landes von der Knechtschaft Napoleons hatten im Wesentlichen durch die Theilnahmlosigkeit der Bevölkerung so rasch im Keime erstickt werden können. Jerome hatte nur zu recht mit seiner Behauptung: „Der Deutsche ist kein Verräther.“ Sein gerader Sinn machte es ihm schwer, die Schleichpfade des Verschwörers zu wandeln. Dazu kamen seine Schwerfälligkeit und Nüchternheit in seinen ganzen Anschauungen, ja auch ein gewisser Grad von Indolenz, namentlich unter der städtischen Bevölkerung, die ihn nicht sofort begeistert in den Aufruf seiner Befreier mit einstimmen ließen. Sein Billigkeitsgefühl erkannte und würdigte auch an dem neuen Regimente manches Gute. Namentlich die Städter hatten fast durchweg die Erhebung ruhig mit angesehen, ohne sich ihr anzuschließen. Die Residenzstadt Cassel war in dieser Hinsicht bei dem Dörnberg'schen Aufstand den übrigen mit gutem Beispiel vorangegangen. Da ist es nun doch charakteristisch, daß sich die biederen Casselaner plötzlich im September 1809 durch folgenden Vorfall noch in förmlichen Aufruhr bringen ließen. Nach dem Beispiel Frankreichs und Hollands nämlich, wo sich die Errichtung von Nationalgarden zur Vertheidigung des Landes trefflich bewährt hatte, wollte Bercagny, der Chef der hohen Polizei, eine solche auch in Westphalen schaffen und hatte die Absicht, den König zu seinem Geburtstag mit dem bereits organisirten Institut zu überraschen. Bisher war nur ein Theil derselben gehörig bewaffnet und uniformirt gewesen, jetzt sollten für sämmtliche Mannschaften Uniformen angeschafft werden. Bercagny hoffte, das Geld dazu für die Aermeren durch eine Subskription aufzubringen, und versprach sich großen Erfolg von seiner Idee. Indessen die Bürgerschaft in Cassel wollte darauf nicht eingehen. Als der Maire sie versammelt hatte, um ihr Kenntniß von dem Vorhaben zu geben, protestirte sie aufs energischste dagegen,

und es kam zu einem regelrechten Straßentumult. Ja man forderte zu offener Empörung auf. Die Regierung stand daher von der Einführung der Uniformen ab und nahm auch von dem aufrührerischen Vorgang weiter keine Notiz.

Und als ob es an dieser Farce noch nicht genug gewesen wäre, durch welche auf die doch aus echt patriotischen Gesinnungen hervorgegangenen Erhebungen des Jahres 1809 zur Befreiung von der Fremdherrschaft hinterher leicht ein schiefes Licht fallen konnte, mußte man gegen Ende des Jahres einer angeblichen Verschwörung auf die Spur kommen, die sich schließlich als lediglich im Kopfe eines Halbverrückten ihren Ursprung habend herausstellte. Der Maireadjunkt Hermann Range aus Röllshausen im Kanton Treysa, der nebenbei die Schnapsbrennerei betrieb, hatte zwei Proklamationen im Namen des Kurfürsten verfertigt mit den Daten des 17. Novembers und 10. Dezembers und diese selbst vor die Hausthüren seiner Mitbürger gelegt oder auch auf andere Weise in der Schwalmgegend zu verbreiten gewußt. Daß man es mit Fälschungen zu thun hatte, war unschwer zu erkennen; die gänzlich unbeholfene Stilisirung der beiden Machwerke verrieth eine des Schreibens nicht gewohnte Hand. Bezeichnend waren sie für die im Volke vorhandene Stimmung insofern, als darin die Aufhebung aller Abgaben und Steuern durch den Kurfürsten zugesichert wurde. In ihrer sprachlichen Unbeholfenheit und der Naivetät des Inhalts sind sie wohl kaum einer auszugsweisen Mittheilung werth. Die Verhandlungen am Kriminalgericht zu Marburg, welche anfänglich massenhaft belastendes Material gegen Range zu Tage zu fördern schienen, nahmen allmählich doch einen anderen Verlauf und endeten schließlich damit, daß der Angeklagte auf das Gutachten zweier medizinischer Autoritäten hin für unzurechnungsfähig erklärt wurde.

So fanden die Freiheitsbestrebungen des Jahres 1809 in Westphalen mit dem Versuche eines Verrückten ihren Abschluß. Die Zeit war für eine erfolgreiche Erhebung noch nicht reif. Erst mußte das deutsche Volk noch tiefer sinken, noch Schlimmeres leiden, so daß Reinhard sogar nachher von ihm behaupten durfte: „Diese zerknickte und zersplitterte Nation hat durchaus nichts von sich selbst zu erwarten.“ Erst in Folge der preußischen Siege sollte das König-

reich Westphalen untergehen. Diesmal hatte es dem Ansturm von verschiedenen Seiten Trotz geboten. Aber froh konnte es seines Sieges nicht werden; hatten doch die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1809 nur dazu beigetragen, seine große finanzielle Noth noch zu vergrößern.

Achter Abschnitt.

Die Jahre 1810—1812.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1808 schließt fast jeder Brief, den Jerome an seinen kaiserlichen Bruder richtete, mit Klagen, welche seine und seines Königreiches finanzielle Noth nach den verschiedensten Richtungen hin beleuchten. Daß Napoleon wenig geneigt war, denselben ein williges Ohr zu leihen, braucht kaum erwähnt zu werden. Aber das Jahr 1809 hatte wirklich manche schwerwiegende Verluste gebracht. Die Neubildung mehrerer Regimenter, die im Beginn desselben bewerkstelligt war, hatte bedeutende Summen gekostet. Durch die zahlreichen Truppendurchzüge war das Land arg bedrückt worden. Von Katt und Schill waren nicht nur die baaren Einkünfte verschiedener Distrikte aufgehoben worden, die Aussaugung besonders des Saale- und Elbdepartements durch die Freischaaren und die diesen nachsetzenden noch schlimmer hausenden Franzosen ließ nachher die Erträgnisse aus diesen Gegenden langsamer und spärlicher in die öffentlichen Kassen fließen. Und auf keinem Gebiete im ganzen Königreich hatten bisher die wirklichen Einnahmen die Voranschläge erreicht. Der Sold für die Truppen war seit 2 Monaten im Rückstand. Von 2 200 000 Francs, die aus dem Verkaufe von Klostergut erzielt waren, hatte man nur 1 Million herausbekommen, da die größere Hälfte zur Deckung einer Anleihe hatte verwendet werden müssen, die Jerome bereits im Beginn des Jahres bei dem Banquier Jacobson gemacht hatte. Als der König nach Sachsen gegen den Herzog von Braunschweig ins Feld rückte, waren die Kassen leer, und er sah sich daher genöthigt, aufs Neue 70 000 Francs bei einem Juden aufzunehmen. Dann hatte auch der Durchzug des Herzogs

Friedrich Wilhelm von Oels durch Westphalen dem Lande schwere Schädigungen gebracht. Mehr als eine Million hatte er den Staatsschatz gekostet. War ihm doch bei Halberstadt ein ganzes Regiment zum Opfer gefallen, das ersetzt werden mußte. Vier neue Regimenter sollten außerdem noch formirt werden. Jerome schrieb am 20. September 1809 nach seiner Rückkehr aus dem Harz und Hannover, wohin er sich begeben hatte, um eventuell die Verpfändung der dortigen Bergwerke oder eine Anleihe in Hamburg einzuleiten, an Napoleon: „Die Noth im ganzen Königreich ist, da Niemand bezahlt werden kann, auf einen solchen Punkt gestiegen, daß, wenn Eure Majestät ihm nicht zu Hülfe kommt, es nicht zwei Monate mehr so fort gehen kann. Trotz aller Sorgfalt, die ich meiner Verwaltung zuwende, glaube ich nicht, daß es möglich ist, sie noch längere Zeit aufrecht zu erhalten. Ich bitte Eure Majestät, mir zu gestatten, daß ich mich nach Frankreich zurückziehe!“ Das hinderte ihn jedoch nicht, zu derselben Zeit das Geld in freigebigster Weise zu verschleudern. Nicht nur, daß er der Königin eben damals eine kleine Villa, von der es zweifelhaft war, ob sie jemals den Fuß hineinsetzen werde, für den enormen Preis von 100000 Thlr. kaufte, eines Tages, als er beim Banquier Jordis in dessen Landhaus gefrühstückt hatte, sagte er beim Hinausgehen aus demselben zum Gärtner des Banquiers: „Dies Haus gehört mir“, und der Kaufpreis ward auf 30000 Thlr. festgesetzt, während es höchstens den Werth der Hälfte dieser Summe hatte.

Die projektirte Anleihe, resp. der Versatz des Ertrages der Bergwerke, kam nicht zu Stande; man hatte auch bei dem an und für sich mangelnden Kredit den Banquier Jordis, einen Mann ohne Namen und Vermögen, zum Unterhändler gewählt. Und ebensowenig war die Sendung des Grafen von Bocholtz nach Paris, um hier die Geldnoth des Königreichs Westphalen klar zu legen, von Erfolg begleitet. Der Finanzminister Bülow, ohne dessen Wissen die beiden letzten Schritte geschehen waren, meinte, daß es das Beste wäre, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß Westphalen nur auf seine eignen Hülfsmittel angewiesen sein würde, wozu es freilich der ganzen Einsicht der königlichen Regierung bedürfe.

Da warfen die Gerüchte von den mächtigen Vergrößerungen des Königreichs einen Hoffnungsstrahl auch auf dessen trostlose

Finanzlage. Diese waren im Gefolge des Friedensschlusses mit Oesterreich sofort aufgetreten. Dohm berichtet im November 1809 aus Dresden, daß viele Leute daselbst glaubten, Sachsen werde wegen der Vergrößerung durch das Herzogthum Warschau einen Theil seines Landes an Westphalen abtreten müssen. Die Verlegung der westphälischen Truppen nach Hannover, obwohl sie zunächst, wie wir bemerkten, lediglich aus der Rücksicht erfolgte, die Lande Jeromes etwas zu entlasten, gab derartigen Gedanken bald eine andere Richtung. Ueber Hannover hatte Napoleon bisher eine endgültige Entscheidung nicht getroffen, wohl weil er immer noch hoffte, es beim Frieden mit England in die Wagschale werfen zu können. Jetzt entschloß er sich, dasselbe seinem Bruder Jerome zu geben, den er gegen Erwarten ganz plötzlich in den ersten Tagen des November nach Paris hatte rufen lassen. Die Königin Katharine war auf höhere Weisung hin ihrem Gatten etwa 14 Tage später nachgefolgt. Der gute Empfang, den Beide beim Kaiser fanden, machte leicht die ernsten Besorgnisse der letzten Monate vergessen. Der ansehnliche Zuwachs, welchen das Königreich Westphalen durch Hannover erhalten sollte, schien zugleich eine gesichertere Zukunft zu versprechen. Indem die Kunde von dem glücklichen Erfolge der Reise des Königspaares sehr bald sich unter der Bevölkerung Westphalens verbreitete, erwartete man hier die Rückkehr desselben auch mit größerer Zuversicht und lebhafteren Sympathien. Der König seinerseits wünschte die Reichsstände, die anfänglich auf den 1. Januar 1810 zusammenberufen waren, mit der freudigen Nachricht der definitiven Erwerbung Hannovers überraschen zu können. Napoleon jedoch wollte dieselbe aus Gründen der Politik noch geheim gehalten wissen, und so konnte Jerome bei Eröffnung der zweiten Session der Reichsstände, die doch erst am 28. Januar in dem nach dem Muster des Sitzungssaales des Gesetzgebenden Körpers in Paris in der Bibliothek zu Cassel neu hergerichteten Saale in Gegenwart von 76 Mitgliedern erfolgte, nur in allgemeinen Ausdrücken das ganz besondere Interesse des Kaisers für das Königreich betonen, wodurch diesem Vortheile von großer Wichtigkeit in Aussicht stünden. Indeß mit dem Bekanntwerden des durch den Grafen Fürstenstein mit dem Herzog von Cadore am 14. Januar 1810 in Paris abgeschlossenen Vertrages änderte sich Jeromes Ansicht über das freigebige Geschenk seines

erlauchten Bruders bald genug. Hiernach räumte Napoleon dem König von Westphalen das ehemalige Kurfürstenthum Hannover ein, aber mit Ausschluß eines noch näher zu bestimmenden Gebietes von 15 000 Einwohnern. Außerdem behielt sich der Kaiser ein Einkommen aus den Domänen des Landes in der Höhe von 4 559 000 Francs für Dotationen, auf 10 Jahre hin frei von allen Abgaben, vor. Daneben übernahm Westphalen die gesammte Landesschuld von Hannover, verpflichtete sich ferner, bis zur Beendigung des Seekrieges statt der bisherigen 12 500 Mann französischer Truppen 18 500, darunter 6000 Mann Kavallerie, zu unterhalten und sein eignes Kontingent von 12 500 auf 26 000 Mann mit 4000 Mann Kavallerie und 2000 Artillerie zu bringen. Dafür sollte dann bis zum 1. Januar 1811 die Stadt Magdeburg und die Citadelle in den vollen Besitz Jeromes übergehen, nur mit der Maßgabe, daß er den Taxwerth der ihm damit zugleich überlassenen Geschütze und Munition zu entrichten habe. Weiter ward die Abtragung der Kriegskontribution, die Westphalen noch an Frankreich schuldete, geregelt. Sie ward auf 16 Millionen abgerundet, die in Bons von 100 000 Francs getheilt und auf die außerordentliche Domänenkasse versirt wurden mit dem Zinsfuß von 5 Prozent und tilgbar mit einem Zehntel der Gesammtsumme in jedem Jahr. Endlich wurden dem Königreich noch 6 Dotationen mit einem Einkommen von 145 000 Francs jährlich zur Last gelegt, deren Auslieferung bisher von Jerome beanstandet war, und wovon nun auch noch die Rückstände mit 292 000 Francs nachgezahlt werden sollten. Westphalen erhielt zwar durch Hannover, ziehen wir das Herzogthum Lauenburg gleich ab, das dann als das eximirte Gebiet — obgleich es statt 15 000 Seelen eine Bevölkerung von 33 000 zählte — bezeichnet wurde, einen Gebietszuwachs von nahezu 500 Quadratmeilen mit 796 000 Einwohnern; und indem Jerome dadurch auch zum Herrn des unteren Stromgebietes zwischen Elbe und Weser wurde, gewann er für sein Land die Verbindung mit der Nordsee, zweifellos, hätte die Kontinentalsperre die dadurch in Aussicht stehenden Vortheile nicht zum größten Theil illusorisch gemacht, eine bedeutende Erwerbung.

Bei den Verhandlungen jedoch, die behufs Uebergabe Hannovers im Februar und März 1810 zwischen dem kaiserlichen Kommissar,

dem französischen Gesandten in Cassel, Reinhard, und den von Jerome dazu Bevollmächtigten Malchus, Hammerstein und dem Großjägermeister Hardenberg geführt wurden, sollte sich das Uebermaß der Verpflichtungen im Einzelnen, die dem Königreich zugleich mit der neuen Provinz aufgebürdet wurden, durch eine schärfere Auslegung der Bestimmungen des Vertrages erst in seiner ganzen Schwere herausstellen. Zu spät, nach geschlossenem Vertrage war Malchus nach Hannover geschickt, um sich über die Einkünfte des Landes zu orientiren. Nun erst erfuhr man, daß der aus den Domänen veranschlagte Ertrag, wovon Jerome nach Abzug der Dotationen noch 806 491 Francs übrig behalten sollte, keineswegs ausschließlich aus Domanialgütern floß. Darin waren auch die Einkünfte aus den Zöllen, Posten und anderen Titeln mit einbegriffen, und die Erhebung, die dann Bülow in Gemeinschaft mit Malchus anstellte, ergab, daß die Gesammtsumme noch hinter der für Dotationen angesetzten zurückblieb. Von der Schuld, die Hannover an Frankreich zu zahlen und die Westphalen nun mit zu übernehmen hatte, wußte man bei Beginn der Verhandlungen der Kommissare nicht einmal, ob sie eine oder 14 Millionen betrug; ebenso wenig kannte man die Höhe der alten Landesschuld Hannovers, die auf 70 Millionen angegeben wird. Dazu kam die gewaltig vermehrte Militärlast. Die im Berliner Vertrage dem Lande auferlegten 12 500 Mann französischer Soldaten kosteten so schon jährlich 10 Millionen, die man bisher — der Posten war gar nicht in den Etat aufgenommen — nur durch Veräußerung von Kirchengut aufgebracht hatte. Durch die Vermehrung der Truppenzahl wuchs diese Ausgabe mindestens um die Hälfte mehr an, und schon war die bisherige Hülfsquelle allzu stark in Anspruch genommen.

Die königliche Proklamation an die Unterthanen der neuen Landestheile ist vom 1. März datirt. Das Cessionsprotokoll ward nach längeren Verhandlungen am 11. März 1810 von den beiderseitigen Kommissaren unterzeichnet und darauf dem Herzog von Cadore übersandt, um durch diesen dem Kaiser zur Vollziehung unterbreitet zu werden. Aber Napoleon beanstandete dasselbe, einmal, weil bei dem Titel „Unterhaltung der französischen Truppen“ statt des Kriegsfußes, auf dem er dieselben gehalten wissen wollte, der Friedensfuß zu Grunde gelegt war, und zweitens, weil er die

Anwendung des Artikel 9 des Berliner Vertrages auf die hannoverschen Donatäre mißbilligte und vielmehr verlangte, daß die für dieselben bestimmte Summe von 4 559 600 Francs nicht nur für 10 Jahre ohne jeden Abzug garantirt, sondern daß auch nach deren Ablauf etwaige durch Anwendung der gewöhnlichen Gesetze auf die Dotationen eintretende Reduktionen wieder ersetzt werden sollten.

Eine weitläufige Korrespondenz entspann sich nun hierüber zwischen der kaiserlichen und der königlichen Regierung. Jerome trat mit Vorschlägen hervor, die auf eine völlige Aenderung des Vertrages abzielten, ohne daß jedoch Napoleon seinerseits dieselben in ernstliche Erwägung gezogen zu haben scheint. So wollte er, um die französischen Truppen von seinem Lande fernzuhalten, die westphälische Armee auf eine bestimmte Zahl bringen und sie dann völlig zu Frankreichs Verfügung stellen; oder aber er wünschte gegen Erlegung der jährlichen Dotationssumme in Baar in den Besitz der hannoverschen Domänen gesetzt zu werden. Seine Bemühungen nach dieser Richtung hin blieben ebenso erfolglos, wie die Fürstensteins, eine Napoleon genehme Redaktion des Protokolls zu Stande zu bringen. Am 19. Juli 1810 erschien das königliche Dekret über die Eintheilung Hannovers in drei Departements, das Nord-, das Niederelbe- und Aller-Departement, deren jedes wiederum in drei Distrikte getheilt war; aber die Verwaltung des Landes blieb einstweilen noch in den Händen der französischen Agenten. Das hinderte den König nicht, in den ersten Tagen des August eine Rundreise mit der Königin durch die neue Provinz anzutreten. Die Stimmung der Bewohner war dem neuen Regimente keineswegs günstig. Dem Kabinetsrath Patje, der bereits im Februar nach Cassel gereist war, um Hannover dem König zu Füßen zu legen, hatte nach seiner Rückkehr die Bevölkerung der Hauptstadt die Fenster eingeworfen. Die hannoverschen Deputirten, die am 14. März von Jerome in Audienz empfangen waren, sollten, wie uns freilich der preußische Gesandte in Cassel berichtet, kein Hehl daraus gemacht haben, daß sie der Vereinigung mit Westphalen widerstrebten. Sie hätten lieber den ungewissen Zustand noch ein halb Dutzend Jahre tragen und dann wieder unter ihre alte geliebte Dynastie kommen wollen, als mit dem kleinen schwachen Königreich vereinigt zu werden, das selbst vollständig erschöpft sei. Auf jeden Fall scheiterten die Versuche

Jeromes, den hannoverschen Adel in seine Dienste zu ziehen. Die früheren Minister des Königs von England, von Arenswald und von der Decken, weigerten sich, die angebotenen Aemter anzunehmen, und erschienen auch nicht bei Hofe; ebenso lehnte der Graf von Hardenberg, der Bruder des Großjägermeisters am westphälischen Hofe, unter einem durchsichtigen Vorwand die Ernennung zum Staatsrath ab. Bei der Huldigung am 15. August auf dem Altstädter Markt zu Hannover offenbarte sich ein geringer Enthusiasmus.*) Die hauptstädtische Bevölkerung, die sich auch schon im Juli 1809 durchaus franzosenfeindlich gezeigt und auf das Gerücht von der Landung der Engländer hin sich Excesse gegen die Beamten Frankreichs erlaubt und einzelne Häuser aus Freude über dies Ereigniß illuminirt hatte, trug eine große Kälte zur Schau. Auf dem Lande soll die Aufnahme des Königspaares eine freundlichere gewesen sein. Dem Kaiser gegenüber betont Jerome die Begeisterung, die er bei seinen und Frankreichs Truppen gefunden hatte, als er über sie an verschiedenen Orten, in Hannover, Verden, Lüneburg Revuen abgehalten. Und schon trug er sich mit großen Plänen, die physikalische Beschaffenheit des Landes zum Besten der Verkehrsverhältnisse auszunutzen. Ein Kanal zwischen Elbe und Weser, so schrieb er am 16. August an Napoleon, könne in drei Jahren fertiggestellt werden. Cuxhafen lasse sich, freilich mit einigen Kosten, in einen trefflichen Hafen umwandeln, der selbst Kriegsschiffen im Nothfall eine Zuflucht zu werden vermöge. Vielleicht, daß auf ähnliche Informationen hin, die er gewiß von Sachverständigen eingeholt hatte, ihm auch der Gedanke der Vereinigung der drei größten Ströme Deutschlands mit der Seine gekommen war, als dessen Vater ihn seine Gemahlin in ihren Memoiren mit Stolz rühmt. Die praktische Ausführung desselben sollte sehr bald zu schwerer Benachtheiligung des Königreichs Jeromes ausfallen, ungerechnet, daß er, als die unteren Stromgebiete der Elbe und Weser dann zu Frankreich geschlagen wurden, bereits eine Million für Bauten an den Mündungen derselben verausgabt hatte.

Man darf wohl annehmen, daß die Absicht des Kaisers, die Küstengebiete der Nordsee mit Frankreich zu vereinigen, um desto wirksamer seinen Feldzugsplan gegen England zur Ausführung zu

*) Vergl. (Meyer) Erinnerungen aus Hannover und Hamburg aus den Jahren 1803–1813 von einem Zeitgenossen. Leipzig und Hannover 1843. S. 81.

bringen, schon seit der ersten Hälfte des Jahres 1810 auf die Verschleppung der Verhandlungen wegen Uebergabe Hannovers an Westphalen eingewirkt hat. Nachdem Napoleon bereits im Juli Holland dem Kaiserreich einverleibt hatte, und, Späteres vorbereitend, im August seinem Bruder den Befehl gegeben hatte, die westphälischen Truppen von den Mündungen der Elbe und Weser zurückzuziehen, um französische dahin zu legen, damit eine strengere Ueberwachung der Küsten Platz greifen könne, da setzte der Senatsbeschluß vom 10. Dezember 1810 (veröffentlicht unter dem 13.) fest, daß ein Theil des Großherzogthums Berg, die Gebiete der Fürsten von Arenberg und Salm, das Fürstenthum Oldenburg und die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, alles Gebiet nördlich einer vom Einfluß der Lippe in den Rhein über Haltern, Telgte, die Weser unterhalb Minden bis zur Elbe bei Boitzenburg gezogenen Linie, zu Frankreich genommen werde. Damit mußte Jerome nicht nur die besten und werthvollsten Striche Hannovers wieder herausgeben, er verlor auch einen Theil des älteren Besitzstandes, Osnabrück und Minden; zum Ersatz erhielt er dafür nur Theile des Herzogthums Lüneburg.

Schon vorher hatte der Herzog von Cadore auf die Vorstellungen von Malchus hin, der im Oktober 1810 nach Paris geschickt war, um eine Entlastung des Königreichs Westphalen von dem Drucke der Soldzahlung für die französischen Truppen auszuwirken, ein paar Mal gedroht, man solle es nicht soweit treiben, daß Frankreich die mit Westphalen abgeschlossenen Verträge für gebrochen ansehen müsse. Auf diese Gerüchte hin hatte Jerome, um dem Unglück vorzubeugen, den Entschluß gefaßt, nach Paris zu reisen. An demselben Tage, an dem er über diese seine Absicht Napoleon Mittheilung gemacht, erhielt er den französischen Moniteur mit dem Senatsbeschluß vom 13. Dezember 1810. Indem er nunmehr die Reise, von der auch die Königin ebenso wie Fürstenstein und Simeon abgerathen, und die nach Mittheilung von Jeromes Schwester Pauline aus Paris im Augenblicke nicht opportun war, aufgab, schrieb er unter dem frischen Eindruck der niederschlagenden Nachricht an den Kaiser: „Entspricht es E. M. politischen Absichten, Westphalen mit dem Kaiserreiche zu vereinigen, so habe ich nur den einen Wunsch, davon sofort in Kenntniß gesetzt zu werden, um nicht in

die Lage zu kommen, Deren Maßnahmen, trotz des besten Willens, mich ihnen stets anzupassen, fortwährend zu durchkreuzen." Mitten im Winter siedelte er mit seinem Hofe am 30. Dezember nach Katharinenthal über, um seinen Gram und seine Verbitterung vor dem diplomatischen Korps zu verbergen.

Wenige Tage vorher hatte er Bülow nach Paris in besonderer Mission geschickt, damit er Napoleon über die Lage des Königreichs Aufschluß geben könnte, wozu sein Gesandter von Wintzingerode und ebenso der noch in Paris weilende Malchus nicht genügend informirt schienen. Zugleich sollte Bülow auch auf entsprechende Entschädigungen für die neuerlichen Verluste antragen. Dieser traf am 1. Januar 1811 in Paris ein und richtete am 10. ds. Mts. an den französischen Minister des Auswärtigen Champagny eine seine Sendung betreffende Note. Darin erhob er Protest gegen den Senatsbeschluß vom 13. Dezember 1810. Der Besitz Hannovers sei so legitim, wie der Westphalens überhaupt, denn er beruhe auf früheren Verträgen. Daß der Sold an die französischen Truppen noch nicht vollständig gezahlt wäre, sei kein Grund, jene für ungültig zu erklären. Und dann legte er die Schwere des Verlustes für Westphalen im Einzelnen dar. An Gebiet büße es 298 Quadratmeilen mit 590,206 Seelen ein, ungerechnet das bereits vorher in Abzug gebrachte Herzogthum Lauenburg. Der Ausfall an Einkünften ward auf 10 bis 11 Millionen Francs geschätzt, denn gerade die abzutretenden Striche gehörten zu den reichsten und blühendsten Hannovers. Verhängnißvoll müsse in Gemeinschaft mit dem französischen Handelssystem die Absperrung des Königreichs vom Meere werden. Nothwendig bedürfe daher Westphalen der Entschädigungen. Eine ganze Reihe wünschenswerther Gebietserwerbungen wurde dann namhaft gemacht, Erfurt mit der Grafschaft Blankenheim, die Niedergrafschaft Catzenelnbogen, um als Austauschobjekt mit Darmstadt und Nassau zu dienen, Waldeck, Lippe-Detmold, Schwarzburg, Sondershausen, Rudolstadt, Anhalt, Fulda und das Großherzogthum Frankfurt, selbstständige Fürstenthümer, die das Königreich Westphalen in sehr unliebsamer Weise durchsetzten und in seinem Verkehr einschränkten. Auf einzelne derselben hatte Jerome schon lange sein Augenmerk gerichtet. Bereits am 10. Januar 1810 hatte er Napoleon eine Karte von Westphalen vorlegen lassen, um diesem zu zeigen, wie

sein Königreich durch diese Enklaven zerrissen werde, und wie sehr diese den inneren Zusammenhang desselben störten. Außerdem ward von Bülow eine Reduzirung der französischen Truppen und freie Schifffahrt auf Elbe und Weser beantragt.

Die Audienz beim Kaiser aber sollte ihn nicht lange darüber im Zweifel lassen, wie wenig zu erwarten stand für seinen Herrn. Am Sonntag den 13. Januar, vor der Messe, wurde er empfangen. Napoleon, ihn mit einer leichten Bewegung des Kopfes fragend, ob er Bülow sei, fuhr dann fort: „Nun kommen sie aber mit dem Herzog von Cadore zum Abschluß! Weil sie das erste Mal nicht dazu gelangt sind, und weil ich mich über ihre Langsamkeit geärgert habe, habe ich ihnen Hannover genommen. Es gehört ihnen gar nicht und hat ihnen überhaupt niemals gehört. Wenn sie von Prinzipien reden wollen, werde ich ihnen auch von Prinzipien reden. Hannover ist niemals von England abgetreten worden, also kann es ihnen nicht gehört haben. Ich nehme es, weil ich es brauche.“ Lange darüber zu reden, sei zwecklos. Alles hänge schließlich von der Macht ab. „La force vous ne l'avez pas.“ Schließlich räth er Bülow nochmals, die Verhandlungen mit Champagny derart zu beschleunigen, daß sie vor Ablauf einer Woche zum Ziele kämen, sonst werde er die Sache einfach durch ein Dekret entscheiden. Mit dieser Aussicht ward Bülow entlassen, ohne überhaupt zu Worte gekommen zu sein. Beim diplomatischen Cercle einige Wochen später hatte sich der Kaiser gnädiger gegen ihn gezeigt und ihn sogar einer Anrede gewürdigt; zum Diner hatte man ihm einen ehrenvollen Platz angewiesen, Auszeichnungen, die selbst ein Mann wie Bülow nicht unterläßt, in seinem Bericht an den König mit besonderer Befriedigung hervorzuheben. Dabei aber kamen die Verhandlungen nicht weiter. Von französischer Seite war der Herzog von Dalberg als Kommissar ausersehen, aber ohne genügende Informationen — er besaß nicht einmal Bülow's Note — über den Gegenstand der Verhandlungen mitzubringen. Bülow erklärte schließlich, daß es gegen seine persönliche Ehre ginge, in dieser Weise weiter zu unterhandeln, und auf die Bemerkung des Herzogs von Cadore, man widerstehe dem Kaiser nicht ungestraft, erwiederte er, der König von Westphalen werde es nicht wie der König von Holland machen, und schlechte Verträge eingehen, die ihm schließlich die Krone kosten würden.

Jerome aber rieth Bülow zu vollständiger Unterwerfung unter den Willen des Kaisers, ein Verfahren, das in der augenblicklichen politischen Lage große Vortheile für ihn zur Folge haben könne. Denn bereits hatte ein kaiserliches Dekret vom 22. Januar 1811 die Vereinigung der fraglichen hannoverschen und westphälischen Gebiete mit dem Kaiserreich angeordnet. Nordhannover ward darin nicht als eine Cession Westphalens an Frankreich aufgeführt, sondern der südliche Theil von Hannover, der bei Westphalen blieb, als eine Kompensation für die verlorenen Osnabrücker Lande bezeichnet, der Vertrag vom 14. Januar 1810 somit einfach als nicht existirend angesehen.

In dem Vordergrund der Besprechungen Bülow's mit dem Herzog von Dalberg stand unausgesetzt die Frage nach der Unterhaltung der französischen Truppen. Napoleon, im Gespräche mit Champagny auf Baiern exemplifizirend, fand es unbegreiflich, daß, während diesem Lande die Unterhaltung von 50 000 Mann mit 6000 Mann Kavallerie und zahlreicher Artillerie nur 30 Millionen kostete, die 25 000 Mann westphälischer Truppen einen Aufwand von mehr als 20 Millionen erfordern sollten. Er empfiehlt daher, wie es ja in Deutschland überhaupt Brauch sei, zeitweise 3/4 des westphälischen Heeres zu beurlauben, da man so an dem einzelnen Mann das Jahr über 1/3 oder 1/4 des Soldes spare und überdies noch die nöthigen Kräfte für die Landwirthschaft zum Besten des Landes disponibel mache. Auf diese Weise werde das Königreich das Geld für Besoldung und Unterhaltung des französischen Militärs, dessen Zahl wieder auf 12 500 herabgesetzt werden sollte, aufzubringen leicht im Stande sein. Bülow aber verdiente sich durch die Mittheilung solcher Rathschläge schlechten Dank bei seinem königlichen Herrn. An eine Herabminderung der westphälischen Armee sei nicht zu denken. Jerome warf Bülow im März vor, der Spielball der französischen Bevollmächtigten zu sein, wodurch er die Würde seines Königs kompromittire; ja er soll zeitweilig beabsichtigt haben, Bülow durch Simeon zu ersetzen. Freilich hatte jener sich bei dem Herzog von Dalberg über die Finanzkalamität Westphalens offen geäußert: „Es würde ganz gut bei uns gehen, wenn die Umgebung des Königs einsehen wollte, daß ein kleines Königreich nicht den Luxus, die Repräsentation und die Ausgaben eines gewaltigen Kaiserreiches auf-

bringen könne.“ Gegen die Vorwürfe Jeromes verwahrte er sich aber in entschiedener Weise. Er erklärte rund heraus, er habe sich nicht zu dieser Mission gedrängt, seine Reise nach Paris vielmehr vom ersten Augenblicke an für unnütz und schädlich gehalten, was wir thatsächlich durch Reinhard's Korrespondenzen bestätigt finden.*) Ob er etwa Schuld sei an dem Verhalten des Kaisers dem König gegenüber? Wäre Westphalen weniger geachtet, seit er in Paris sei? Er habe absichtlich keine unzeitige Energie bei den Verhandlungen entwickeln wollen, weil das einer Arroganz gleichgekommen wäre und nur den Anschein hätte erwecken können, als wolle er sich persönliche Vortheile dadurch bei seinem Souverän erwerben. An Muth habe er es nicht fehlen lassen und sich Zwang genug anthun müssen, daß er nicht zu energisch auftrete. Dafür habe er Dank verdient und keine Vorwürfe. Die Folge davon war, daß er nun sehr gegen sein Erwarten die Weisung erhielt, die Verhandlungen auf der Basis der ursprünglichen Vorschläge Dalberg's wieder aufzunehmen, während er sich bisher gegen dieselben ablehnend hatte verhalten müssen. Aufs Neue gab er seinem Befremden über derartige Inkonsequenzen offenen Ausdruck. Vor zwei Monaten seien die Bedingungen so gut wie im gegenwärtigen Augenblicke gewesen; hätte man damals abgeschlossen, wären dem Lande manche Opfer, die man für das Militär hatte bringen müssen, erspart geblieben.

Aber bis zum letzten Augenblick sträubte sich Jerome noch gegen die bedingungslose Annahme des neuen Vertrages. Er wollte nur die Verpflegung der französischen Truppen übernehmen; deren Besoldung und Equipirung sollte Frankreich zur Last fallen. Da schloß Bülow, von Jerome abberufen, wie es scheint ohne spezielle Autorisation desselben, auf den von Napoleon selbst redigirten Entwurf Dalberg's hin bezüglich der Abtretung der Küstengebiete ab; die Ausfertigung und Auswechselung des Vertrages ward vorläufig noch sistirt. Westphalen mußte damit doch auch auf den größten Theil von Lüneburg verzichten, und wenn anfänglich von Ersatz im Herzogthum Lauenburg die Rede war, so wurde davon auf Veranlassung des Prinzen von Eckmühl wieder Abstand genommen. Als einziges Zugeständniß überließ der Kaiser seinem Bruder die noch nicht

*) Memoiren V, 82.

verschenkten reservirten Domänen in Westphalen, deren Erträge jedoch höchstens auf 300 000 Francs geschätzt wurden, und die Rückstände der Revenuen Hannovers, die sich im Maximum auf 3 Millionen beliefen. Gebietsentschädigung wurde nicht beliebt.

Bülow kehrte am 7. April von Paris zurück, von Napoleon mit dem Großkordon der Ehrenlegion ausgezeichnet. Was er schon seit längerer Zeit geahnt hatte, trat jetzt ein. Bereits im September 1809 hatte er Reinhard gegenüber geäußert: „Ich suche mich durchaus nicht auf meinem Platze zu behaupten, aber ich werde so lange bleiben, als der König mich halten will, weil ich bestimmt weiß, daß ich durch einen Schwachkopf oder einen Spitzbuben ersetzt werde.“*) Ob er schon damals eine bestimmte Persönlichkeit als seinen Nachfolger im Auge gehabt hat? Der König, offenbar gekränkt durch die freimüthigen brieflichen Aeußerungen seines Ministers, bereitete ihm einen sehr üblen Empfang. Bülow seinerseits hielt auch bei der persönlichen Begegnung wieder nicht mit seinen Anschauungen hinter dem Berge. Um König seiner Unterthanen zu sein, müsse Jerome sich ausschließlich als den Vizekönig des Kaisers betrachten. Möchte das neueste Abkommen auch einige Nachtheile bringen, es schlösse andererseits eine werthvolle Garantie des Bestandes des Königreichs in sich. Dieses verfüge zu seiner Existenz über die nöthigen Geldmittel, sie könnten aber freilich unter den schwierigen Umständen nur durch Sparsamkeit und straffe Ordnung aufgebracht werden. Jerome, ohne auf diese Bemerkungen einzugehen, warf Bülow Eingebildetheit und Selbstüberschätzung vor und beschuldigte ihn direkt, sich eine Partei gegen seine Regierung gebildet zu haben. Schon am 8. April erhielt Bülow seinen Abschied. Das Budget für 1811 war dem König bereits vorher, während der Abwesenheit des Finanzministers und ohne dessen Vorwissen, durch den Staatsrath Freiherrn von der Malsburg überreicht worden. Jetzt ward Malchus, bisher Generaldirektor des öffentlichen Schatzes, an Bülow's Stelle berufen.

Mit Bülow schied, wie Reinhard an mehr als einer Stelle seiner Korrespondenz hervorhebt, einer der fähigsten Köpfe aus dem westphälischen Ministerium aus. Schon hatte auch der tüchtige und

---

*) Revue 18, 361.

bei den Deutschen sehr beliebte Eble als Kriegsminister Anfangs 1810 seine Entlassung erbeten, hauptsächlich wohl, weil er zu wenig Unterstützung bei dem Könige fand, und einen schweren Stand gegenüber den Günstlingen desselben, dem Grafen von Bernterode und Anderen, hatte. Ebles interimistischer Nachfolger, der General d'Albignac, erwies sich sehr bald als gänzlich unfähig und ward durch Salha, der zum Grafen von Höne erhoben war, ersetzt. Malchus ist offenbar den Schwierigkeiten, mit denen der Finanzminister des Königs von Westphalen beständig zu kämpfen hatte, nicht in dem Maße gewachsen gewesen, wie Bülow; auch scheint er den Intriguen, die seit längerer Zeit gegen Bülow im Werke waren, nicht so ganz fern gestanden zu haben.

Bülow war den Franzosen am Hofe zu Cassel, Simeon und Eble ausgenommen, vom Augenblicke seines Eintrittes in das Ministerium an ein Dorn im Auge, und man suchte ihn auf alle Weise zu verdächtigen. Jollivet besonders verfolgte ihn mit bitterem Hasse, warf ihm allerhand Unregelmäßigkeiten in der Finanzverwaltung vor, und daß er die Verschwendungssucht des Königs, statt sie zu mäßigen, nur noch steigere; in kürzester Frist habe er sein verschuldetes Vermögen wieder frei zu machen gewußt. Am thätigsten, an Bülow's Sturze zu arbeiten, zeigte sich der Chef der geheimen Polizei, Bercagny. Er war es, der Jerome den Beweis zu liefern versprach, daß Bülow verrätherische Verbindungen mit dem Auslande unterhalte. Zu diesem Zweck hatte er bereits im Oktober 1809 ein Attentat auf die Privatkorrespondenz desselben ins Werk gesetzt. Durch einen Beamten der hohen Polizei und einen bestochenen Schreiber aus Bülow's Büreau sollten in dessen Abwesenheit seine Briefschaften durchgemustert werden. Dank aber vor allem dem geschickten Spiel von Bülow's Frau, fingen sich ihres Gatten Gegner in der eignen Falle. Bülow ertappte die Spione auf frischer That und verlangte nun vom König, der sich sehr entrüstet über den Vorfall äußerte, trotzdem er demselben nicht so ganz fern gestanden haben dürfte, Genugthuung. Sie ward ihm insofern zu Theil, als der schuldige Polizeikommissar Schalch des Landes verwiesen und Bercagny in seiner Stellung durch Bongars ersetzt wurde. Der Frau von Bülow aber, die sowieso wenig beim König in Gnade gestanden zu haben scheint, vergaß es dieser nicht, daß sie sich zu einem förmlichen Intriguenspiel

hergegeben, um ihres Mannes Widersacher zu entlarven; und schon damals hat man am Hofe Bülow's Entlassung ernstlich erwogen. Nun nach seiner angeblich mißlungenen Mission schien der Anlaß günstiger denn je. Seine Feinde hatten seine Abwesenheit trefflich ausgenutzt. Gleich nach Bülow's Abreise nach Paris war eine Anzahl erprobter Postbeamter, die sich seiner Protektion erfreut hatten, entfernt und durch gefügigere Subjekte ersetzt worden. Als Reinhard in dieser Zeit gelegentlich einmal für Bülow eintrat, erklärte der König in sehr bezeichnender Weise: „Abwesende haben immer Unrecht.“ Bercagny, der überall seine Leute hatte, um den Briefverkehr verdächtiger Personen zu überwachen, wollte inzwischen schwerbelastendes neues Material gefunden haben. Man war in den Besitz eines Briefes von Bülow's Generalsekretär Provençal gelangt, worin dieser, er war früher Geistlicher gewesen, seinen Chef als den „Messias und Retter Westphalens“ pries. Ein anderer Beamter der Finanzverwaltung, Sigismund, ein geborner Preuße, der aus Berlin wegen Schulden durchgebrannt war, sollte auf verrätherischen Verbindungen mit Berlin ertappt sein. Der Sekretär Horstmann, der Bülow nach Paris begleitet hatte, ward nach der Rückkehr von dort verhaftet, weil man in einem seiner unterschlagenen Briefe eine Stelle gefunden hatte: „Unsere Angelegenheiten in Berlin stehen gut.“ Bülow selbst wäre arretirt worden, so ging das Gerücht, wenn er nicht Großoffizier der Ehrenlegion gewesen wäre; denn nach den Aeußerungen des Königs sollte er geheime Korrespondenzen unterhalten haben, in denen er die detaillirtesten Nachrichten über den westphälischen Hof geliefert hätte. In Wahrheit aber vermochten ihn diese in keiner Weise zu kompromittiren, man hätte sich gewiß die Gelegenheit zu schärferen Maßregeln gegen ihn nicht entgehen lassen. So fiel er zum Theil gehässigen Anfeindungen zum Opfer. Der König ließ ihn fallen, weil er sich durch ihn in seinem Stolze beleidigt fühlte, trotzdem er zugestehen mußte, daß Bülow ein sehr begabter Mensch sei, der schwierig zu ersetzen sein würde. Noch einmal erhielt er sein Jahresgehalt von 60000 Francs als Gratifikation und außerdem eine Pension von 6000 Francs, mußte jedoch mit seiner im 7. Monat schwangeren Gattin seine Dienstwohnung sofort räumen. Man fand es für nöthig, während seines noch zweitägigen Aufenthaltes in Cassel sein Haus bewachen zu lassen; auch

auf seinen Gütern, wohin er sich zurückzog, umgab man ihn mit Spionen. Und als er im September 1812 nach Berlin gereist war, um seine dortigen Verwandten zu besuchen, war man in Cassel sehr entrüstet darüber, und Linden, dem Bülow einen Besuch gemacht hatte, um seine Anwesenheit in Berlin zu erklären, bekam von Fürstenstein förmliche Vorwürfe, daß er ihn empfangen. Vergebens war Reinhard wiederholt beim König für Bülow eingetreten, umsonst waren alle Gegenvorstellungen gewesen, die Simeon in seines Kollegen Interesse, als hätte es sich bei diesem um Umsturzpläne gegen das französische Regiment gehandelt, gemacht hatte. Der König ließ Simeon durch Fürstenstein sogar sagen: „Wenn er glaube, ihm seinen Rath geben zu müssen, er frage nichts darnach!“ In Folge davon sprach man zeitweilig auch vom Rücktritt des Justizministers.

Dahingegen wußten die feilen Agenten der Geheimen Polizei Jerome immer schlimmer gegen die Deutschen zu verhetzen. Zwar hatten sie ihn im Augenblicke der Gefahr bisher stets im Stiche gelassen, nie hatten sie ihn auf die richtige Fährte geleitet, trotzdem ward er immer aufs Neue wieder von den Verdächtigungen des gewissenlosen Bercagny eingenommen. Wohl machten sich auch antifranzösische Bestrebungen ganz naturgemäß im Lande geltend. Was es mit einer von der Königin in ihren Memoiren unter dem 29. Januar 1811 berichteten Verschwörung weiter auf sich hatte, an der unter Anderen zwei Offiziere der Garde betheiligt sein sollten, wissen wir nicht genauer. Ueber ein anderes Attentat auf das Leben des Königs, als dessen Urheber sich schließlich ein mehrfach bestrafter Dieb herausstellte, erfahren wir aus derselben Quelle. Von größerem Interesse sind die Vorschläge, mit denen der Kammerherr und Staatsrath von Scheele dem König persönlich gegenüber sich im Januar 1811 herauswagte. Eben damals, als die Abtretung der Elbe- und Weser-Mündungen von Westphalen verlangt wurde, eröffnete dieser Jerome, daß es ein Mittel gäbe, die Usurpationen Frankreichs abzuweisen, nämlich die Vereinigung der deutschen Regierungen untereinander behufs gegenseitiger Sicherstellung ihres Besitzstandes. Ein derartiger Bund bestehe im Geheimen schon und würde durch den Zutritt des Königs an Bedeutung gewinnen. In die Details desselben könne er noch nicht näher eingehen, der König aber möge ihn nur bevollmächtigen, auf seine Rechnung hin Unterhandlungen anzuknüpfen,

dann werde alles schon gut gehen. Scheele muß doch wohl von maßgebender Seite vorgeschoben sein; durch seine Eröffnungen sah er sich nachher genöthigt, den westphälischen Staatsdienst zu quittiren. Jerome, im ersten Augenblick betroffen durch die Mittheilung, gab sich dann den Anschein, als wolle er sich die Sache überlegen, berichtete aber darüber sofort an Napoleon. Er versäumte dabei nicht, zu betonen, daß wirklich schlimme Anschläge gegen Frankreich im Werke seien. Aber der Kaiser könne unter allen Umständen auf ihn und auf seine Truppen, deren Treue er sicher sei, zählen. Es war zu erwarten, daß der Kaiser zunächst eine genauere Erkundigung anempfahl, ob es sich bloß um unbestimmte Absichten als Ausfluß der allgemein feindseligen Stimmung oder um einen förmlichen Plan handle. Auf die Versicherungen von seines Bruders unwandelbarer Anhänglichkeit erwiederte Napoleon in demselben Schreiben vom 21. Januar 1811: „Ueberhaupt ist es nicht das erste Mal, daß ich aus Berlin und anderen Städten Deutschlands erfahre, daß man glaubt, Sie befolgten eine andere Richtung, als ich sie Ihnen angebe, was nur dazu angethan ist, Ihren Kredit und den Gang Ihrer Angelegenheiten zu schädigen.“

Es ist bittere Ironie, daß Napoleon an diese Gerüchte nur den Maßstab ihrer Schädlichkeit für Westphalen selbst legt. Er seinerseits war sich seiner Macht zu sehr bewußt, als daß er derartigen Regungen einer ihm wohlbekannten Opposition einstweilen ernstliche Beachtung geschenkt hätte. In anderer Beziehung noch interessant sind die Betheuerungen der unbedingtesten Ergebenheit durch Jerome gegenüber seinem kaiserlichen Bruder und „Vater“, wie er Napoleon des Oefteren anredet. Indem dieser seine Brüder und Schwäger mit den von ihm eroberten Ländern bedachte, leitete ihn dabei stets der Hauptgesichtspunkt, jene durch ihm ganz ergebene Vertreter für seine Zwecke in vollem Umfange nutzbar zu machen. Der Wunsch, seinen Angehörigen eine seiner eignen Machtstellung entsprechende angemessene Versorgung zu schaffen, sprach dabei erst in zweiter Linie mit. Das mußte auch Jerome wiederholt erfahren.

Der Ausgang des Feldzuges in Sachsen hatte Napoleon, wie wir sahen, sehr gegen seinen Bruder eingenommen. Dazu kam, daß Westphalen seine Verbindlichkeiten gegen Frankreich nicht erfüllte; auf Befehl Jeromes hatte die Amortisationskasse 1809 ihre Zahlungen

an den Kaiser wegen der rückständigen Kriegsentschädigung eingestellt. Dieser seinerseits traf nun in der Folgezeit Maßregeln, die die offenkundigste Rücksichtslosigkeit gegen Jerome enthielten und förmliche Eingriffe in dessen Herrscherrechte bedeuteten. Nicht nur, daß er ihm stillschweigend sein militärisches Kommando nahm, — ohne daß dem König von Westphalen eine offizielle Mittheilung gemacht wurde, ward mitten durch dessen Land auf Grund eines kaiserlichen Dekretes im August 1809 eine Duanenlinie gezogen und französische Beamte dorthin geschickt, um den Eingang englischer Waaren zu verhindern. Jerome hatte zum Mindesten erwartet, daß der Gesandte Frankreichs in Cassel beauftragt worden wäre, ihm davon Kenntniß zu geben. Er beschloß daraufhin, sich alles Ernstes den Befehlen seines Bruders zu widersetzen. Ein Zug von 300 Wagen mit englischen Waaren passirte noch zwischen dem 9. und 13. September 1809, geleitet von westphälischen Gendarmen und bewaffneten Bauern, die Duanenlinie. Die Folge davon war ein bündiger Befehl Champagny's an Reinhard, der westphälischen Regierung klar zu machen, wie nutzlos und nachtheilig jede Auflehnung derselben gegen die Errichtung der Duanenlinie sein würde; der Kaiser mache nur von seinem Rechte als Protektor der Rheinbundsstaaten Gebrauch. Jerome verharrte in seinem Widerstand. Reinhard's Gesandtschaftssekretär, Lefebre, der in dessen Abwesenheit eben in Duanenangelegenheiten denselben vertrat, mußte die heftigsten Ausbrüche der ärgerlichen Stimmung Jeromes über sich ergehen lassen. Er verlange, daß ein Vertrag deswegen geschlossen werde. „Sind Duanen nöthig, so sind sie es an den Grenzen, aber nicht im Inneren meiner Provinzen.“ Seinem Bruder zum Trotz dachte der König sogar daran, den ihm befreundeten Banquier Hainguerlot in Paris, mit dem ihm Napoleon jeden Verkehr untersagt hatte,*) in seine Dienste zu berufen. Die Entdeckung einer angeblichen Spionage Jollivet's, des Vertreters der französischen Finanzansprüche an Westphalen, im Oktober 1809 brachte ihn noch mehr in Harnisch. Ein von diesem bestochener Diener Jeromes sollte von seines Herrn Schreibtische Briefschaften entwendet haben; es stellte sich jedoch nachher heraus, daß auch hierbei wieder Bercagny seine Hand im Spiele gehabt hatte. Im

---

*) Revue 15, 401. not.

ersten Augenblicke aber hatte Jerome vom Kaiser die sofortige Abberufung Jollivet's verlangt. Als er auch darauf ohne Antwort blieb, erbat er sich unter dem 30. Oktober 1809 eine Erklärung von seinem Bruder, ob er sich überhaupt noch als Souverän oder als Unterthan zu betrachten habe. „Mein Herzenswunsch ist und wird immer sein, E. M. Unterthan zu sein; ich liebe weder die Deutschen noch Deutschland, ich bin durchaus Franzose." Und dann brachte er wieder Beschwerden darüber vor, in welch' verletzender Weise die Duanenlinie in seinen Grenzlanden eingeführt worden sei, was Napoleons eignen Versicherungen entgegen sei, wonach er in inneren Angelegenheiten seines Königreiches unabhängig sein sollte.

Da kam seine Berufung nach Paris im November 1809, und die persönliche Begegnung hob für eine Zeitlang das gespannte Verhältniß zwischen den Brüdern auf. Der König gab seiner Befriedigung über die Vereinigung Hannovers und Westphalens nach seiner Rückkehr in seine Lande beredten Ausdruck, und der Hof in Cassel feierte die Karnevalszeit 1810 glänzender denn in den vorangegangenen Jahren. Hierauf trat man in die kommissarischen Verhandlungen über den Vertrag vom 14. Januar 1810 ein, und als Jerome eingesehen, wie wenig begründet die Versicherungen seines Bruders waren, daß die Lasten, die Westphalen mit Hannover zugleich auferlegt wurden, nicht im Entferntesten an die großen Vortheile heranreichten, da begann wieder so ziemlich das alte Spiel. Jerome versuchte es zunächst am 28. Februar 1810 mit rein sachlichen Vorstellungen. Die Berechnungen der hannoverschen Domäneneinkünfte seien unzutreffend, das Frankreich vorbehaltene Herzogthum Lauenburg umfasse im Widerspruch mit dem Vertrage statt 15000 Seelen deren 33000, die für Westphalen festgesetzte Zahl französischer Truppen sei bereits überschritten. Es half ihm ebensowenig, daß er bei Gelegenheit der Hochzeitsfeierlichkeiten des Kaisers mit der Erzherzogin Marie Luise von Oesterreich mündlich seine Bitten dem Bruder vortrug. Napoleon wollte damals von Geschäften nichts wissen. Dann fiel die Flucht des Königs von Holland dazwischen, welche am Hofe in Cassel einen äußerst peinlichen Eindruck hinterließ. König Ludwig war durch Westphalen gereist. Bis Osnabrück, durch das er in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli gekommen war, hatte man seine Spur verfolgen können, von hier an war sie verloren.

Man vermuthete ihn anfänglich in Bad Nenndorf und war deshalb in Cassel in gewaltiger Aufregung; er war jedoch sofort nach Böhmen weiter gereist. Die Königin schreibt am 13. Juli über den Vorfall an ihren Vater:*) „Das Ereigniß erschüttert mich tief, nicht allein wegen der Hochachtung und Freundschaft, die mich mit meinem Schwager verbinden, sondern weil ich sehe, daß es für Niemand mehr auf dieser Welt ein sicheres Glück giebt. Wo bleibt heute die Garantie für die Könige?“ Und wenig Tage später, als sie des Gerüchtes erwähnt, daß auch der König von Spanien gedroht habe, abzudanken, wenn der Kaiser nicht einwillige, seine Truppen aus Katalonien zurückzuziehen, dieser ihm aber geantwortet habe: „Wenn Sie über die Pyrenäen kommen, lasse ich Sie erschießen!“ meinte sie: „Es ist sehr zu wünschen, daß derartige harte Antworten übertrieben sind, denn man wüßte ja, in welcher Stellung man sich auch auf dieser Welt befinden möchte, gar nicht mehr, worauf man sich verlassen könnte.“ Diese Gedanken spiegeln zweifellos auch die Besorgnisse des Königs wieder, der mit der ängstlichen Sorgfalt, die er für seinen Bruder in Briefen an den Kaiser an den Tag legte, gewiß auch die Befürchtung verband, daß über kurz oder lang ihn ein gleiches Schicksal treffen könne. Jeromes Unruhe wegen der Unkenntniß des Aufenthaltes des Königs Ludwig zerstreute Napoleon durch ein paar Zeilen vom 20. Juli, die man bei der zarten Rücksichtnahme auf Jerome, die sie uns auszudrücken scheinen, kaum anders als ironisch fassen darf.**) Denn thatsächlich kann man doch sonst davon wenig bemerken. Napoleon ließ es ruhig geschehen, ja ordnete es wahrscheinlich selbst an, daß seine Generäle im Gebiete Westphalens willkürlich die ihnen nothwendig erscheinenden Anordnungen trafen, daß sie sich herausnahmen, die westphälischen Beamten zu kommandiren, daß Jerome selbst behandelt wurde, „als wäre er der König von Preußen oder der Herzog von Mecklenburg“. Jerome hatte deshalb auch bereits im Februar 1810 die westphälischen Truppen nach Cassel gezogen, um die französischen Generäle nicht in Versuchung zu führen, eventuell auch seine Hauptstadt zu besetzen. Am 17. September desselben Jahres hatte er sich bei Napoleon beschwert, daß der General Boyer nicht nur Posten fran-

*) Schloßberger, Briefwechsel I 307.

**) So auch Du Casse, Memoiren IV 420.

zösischer Truppen von Sachsens Grenzen bis nach Cuxhafen hin habe aufstellen lassen, sondern sogar dem Steuerdirektor in Magdeburg ohne vorherige Anfrage bei ihm den Befehl ertheilt hätte, alle Kolonialwaaren in der Stadt zu inventarisiren. Dabei hatte er auf die nachtheiligen Folgen hingewiesen, die solche Vorkommnisse auf seine Unterthanen haben müßten, da diese in der That nicht mehr wüßten, zu wem sie gehörten.

Aber alle solche Klagen Jeromes fanden nur den einen Wiederhall bei seinem kaiserlichen Bruder, daß dieser ihm die schlechte Verpflegung und Unterhaltung seiner Truppen in Westphalen zum Vorwurf machte, daß er ihn wegen angeblicher Beeinträchtigung der Donatäre in Hannover, wegen Verletzung der Kontinentalsperre zur Rede stellte, mit einem Worte erklärte, Westphalen erfülle seine eingegangenen Verpflichtungen in keiner Weise. Wenn man kein Geld habe, brauche man kein Lager abzuhalten — dasselbe, im Herbst 1810 auf dem Forst bei Cassel errichtet, ward denn auch auf Napoleons Befehl wieder aufgelöst — und die westphälische Armee nicht unnöthiger Weise zu vermehren. Ueberdies seien die westphälischen Truppen die unzuverlässigsten unter denen der Rheinbundstaaten. Mit Verleihung großartiger Titel an die Kommandeure derselben sei nichts gewonnen. Der Anspruch Jeromes, ein Inspektionsrecht über das französische Armeekorps ausüben zu wollen, wurde mit napoleonischer Entschiedenheit zurückgewiesen. Und schon ward in einer Note Champagny's an den westphälischen Gesandten in Paris vom Oktober 1810 als die Folge aller dieser Beschwerden bezeichnet, „daß der Kaiser sich daraufhin für berechtigt halte, über die Zukunft Hannovers zu verfügen, wie die Politik Frankreichs es erheischen würde".

In welcher Weise dies geschehen sollte, hörten wir bereits; der französische Moniteur vom 15. Dezember that es kategorisch der Welt und auch erst König Jerome kund, eben als er im Begriffe stand, nach Paris zu reisen. Die Reise unterblieb nun, wie es scheint, zu des Königs Glück. Denn in den Verhandlungen, die Bülow in Paris wegen Hannovers zu führen beauftragt war, kehrte Napoleon, da dieselben sich durch Jeromes Widerstand länger und länger hinzogen, eine solche Gereiztheit heraus, daß er schließlich erklärte, wenn der König sich nicht mit ihm auseinandersetzen wolle,

werde er Westphalen wie Feindesland betrachten. Eben damals war es, daß der Kaiser Neuerungen in der Etiquette des westphälischen Hofes — Jerome hatte befohlen, daß die Damen des diplomatischen Korps stehen sollten, während er tanze — mit aller Schärfe tadelte, daß er verbot, daß Fürstenstein die Anrede „Cousin" von Seiten des Königs beigelegt werde. Eine Ordre Jeromes vom 19. Februar 1811, durch welche er seine persönlichen Adjutanten mit weitgehenden Vollmachten ausstattete und ihnen die höchsten militärischen Ehren bewilligte, mußte auf Napoleons Weisung hin zurückgenommen werden. Die Proklamation, welche der König an die Einwohner der westphälischen Gebiete, die zu Frankreich kommen sollten, unter dem 5. März gerichtet hatte, und die in der Hauptsache aus dessen eigner Feder stammte, hatte an mehreren Stellen das kaiserliche Mißfallen erregt. Die Worte derselben: „Ich trete Euch an S. M. den Kaiser der Franzosen ab" fand Napoleon ebenso unpassend, wie er es für anmaßend hielt, daß Jerome der Bevölkerung der fraglichen Gebiete dieselbe Liebe, Treue und Anhänglichkeit an den Kaiser und Frankreich ans Herz legt, die sie ihm bewiesen hätten. Auch die Entlassung Bülow's soll der Kaiser verurtheilt haben, sowie daß Jerome sich nicht deutschem Wesen mehr anzupassen suche. Solche Verweise verletzten Jerome in seiner knabenhaften Eigenliebe tief. Die Minister, insbesondere Fürstenstein, den Reinhard auffordern mußte, seinen Einfluß auf den König mit mehr Nachdruck geltend zu machen, erklärten sich bei dem Charakter des Königs dazu außer Stande. Reinhard sieht daher nur in dem Mittel Abhülfe, daß den Ministern des Königs für jeden einzelnen Fall von Meinungsverschiedenheit die Autorität S. M. des Kaisers zugesichert werde. Einem derselben, Reinhard denkt dabei an Simeon, der zwar ein etwas trockner Mensch sei, dem aber unter allen Ministern das reifste Urtheil und die größte Erfahrung zur Seite stehe, müßten zu diesem Zweck weitgehende Vollmachten ertheilt werden, von denen er dann in Gemeinschaft mit dem Gesandten Frankreichs im geeigneten Augenblicke Gebrauch zu machen habe. Dieser selbst erhielt in einer Unterredung mit dem König über die hannoversche Angelegenheit die eklatantesten Beweise von dem gesteigerten Eigenwillen Jeromes. Die Erklärung fand er in der Erwägung desselben, daß Napoleon seinen Bruder Ludwig der Laxheit beschuldigt hätte, weil dieser ihm einen

Theil seines Königreiches Holland gutwillig abgetreten. Aus diesem Grunde wies er alles Drängen seiner Minister zur Nachgiebigkeit mit der Erwiderung ab: „Sie wissen nicht, was sie sagen, ich werde nicht unterzeichnen; der Kaiser würde mich verachten!" „Der Kaiser liebt es, daß man Charakter zeigt", war die stete Wendung, mit der er seinen Trotz zu rechtfertigen suchte. Er unterzeichnete selbstverständlich doch — der neue Vertrag wegen Hannovers ist datirt vom 10. Mai 1811 — ebenso wie er auch ohne Weiteres dem Rufe des Kaisers nach Paris folgte, um der Taufe des Königs von Rom beizuwohnen, trotzdem ihn die Form der Einladung und daß darin seine Gemahlin, die Königin, übergangen war, stark gekränkt hatte. Und von Paris kam er nicht zufriedener zurück. Sein Bruder hatte ihn gleich den Ministern anderer auswärtigen Staaten antichambriren lassen, und von diesen hatte ihm nicht ein einziger seine Aufwartung gemacht, worüber er sein offenes Mißbehagen ausdrückte.

Bülow glaubte bei seinem letzten Aufenthalt in Paris die Bemerkung gemacht zu haben, daß der Kanal, durch welchen ungünstige Berichte über Westphalen an den Kaiser kämen, von dem Prinzen von Eckmühl, dem Marschall Davout, ausginge, der bei den Aussichten, die sich ihm auf den polnischen Thron eröffneten, in seinem Interesse auf eine Vereinigung des Königreichs Jeromes mit dem Kaiserreich hinarbeitete. Er räth deshalb seinem Herrn, Davout so wenig wie möglich Stoff zu Beschwerden zu geben. Aber sehr bald darauf schon im Mai 1811 wieder sah sich Jerome veranlaßt, gegenüber dem Prinzen für den Professor Villers in Göttingen einzutreten und seine schützende Hand über diesen zu halten.*) Und Davout's Verhalten forderte auf Schritt und Tritt den Protest des Königs von Westphalen heraus. Bald hatte dieser einen seiner Agenten nach Cassel geschickt, ohne ihn unter irgend einem Titel bei Hofe beglaubigen zu lassen, bald erlaubte er sich Uebergriffe in die Herrscherrechte Jeromes, reiste in Westphalen umher, ohne den König davon zu benachrichtigen, und behandelte die westphälischen Beamten, so in Braunschweig wegen unbedeutender Straßenexcesse, mit Härte. Im April 1811 ließ er kurzer Hand einen westphälischen Postmeister verhaften. Ja er ging noch weiter. Im Mai 1811 schrieb er an

*) Vergl. Briefwechsel zwischen Goethe und Reinhard S. 108.

den westphälischen Kriegsminister Grafen von Höne, wenn der König nicht innerhalb 14 Tagen Magdeburg verproviantire, werde er die Stadt rançonniren lassen; und in Magdeburg selbst hatte er bei Gelegenheit erklärt, daß er absichtlich die Unterthanen des Königs „aufs Korn nehme", um bei ihnen den Wunsch, mit Frankreich vereinigt zu werden, hervorzurufen.

Solche Nachrichten hielten Jeromes Besorgnisse dauernd wach, daß sein Königreich demnächst in Frankreich aufgehen werde, und wiederholt bat er sich auch im Laufe des Jahres 1811 von seinem Bruder Erklärungen aus, welche Absichten dieser bezüglich Westphalens Zukunft hege. Wieder blieb er ohne Antwort darauf. Hingegen fand der Kaiser stets wieder etwas Neues an ihm zu tadeln, so, daß er dem Kronprinzen von Schweden Pferde zum Geschenk gemacht hatte. „Schweden", schrieb Napoleon am 3. November 1811 aus Düsseldorf, „führt sich schlecht auf, und es ist jeden Augenblick möglich, daß wir mit demselben in Krieg leben werden." Uebrigens hat ein Geschenk von Pferden immer den Anstrich einer Huldigung. Jerome versuchte, dem Vorgang eine möglichst harmlose Deutung zu geben, verschwieg aber, daß er bei Anwesenheit des Prinzen von Pontecorvo in Cassel im Juli 1811 diesem 200 000 Francs abgeborgt hatte. Erst der bevorstehende Ausbruch des Krieges mit Rußland erfüllte den König von Westphalen wieder mit froherer Zuversicht. Hoffte er doch an Land und Leuten nicht nur reichlich für die letzten Verluste entschädigt zu werden, er gedachte auch seine militärische Befähigung für ein höheres Kommando darzuthun und sich damit seines Bruders Wohlwollen dauernder zu begründen.

Bereits am 3. Dezember 1811 hatte Napoleon Jerome die Frage vorgelegt, wie viel Mann er zur Besetzung Schlesiens nöthig haben würde, welche festen Plätze dort zu nehmen wären. Jerome beeilte sich daraufhin, umgehend seine Vorschläge einzuschicken. Bemerkungen, die er bei dieser Gelegenheit gemacht zu haben scheint, daß dazu die westphälischen Truppen allein nicht ausreichten, hatte Napoleon in dem Sinne gedeutet, als ob auf das westphälische Armeekorps kein Verlaß wäre. Wenn die Deutschen nicht mehr Anhänglichkeit an ihn hätten, so sei das ausschließlich sein Fehler. Gegen solche Vorwürfe verwahrte sich der König aufs energischste. „Ich rechne vollständig auf ihre Treue", schrieb er zurück, und

gleichzeitig erbot er sich, dafür gegebenen Falles den Beweis zu erbringen. Der Kaiser gab ihm dann Vorschriften über die Ausrüstung seiner Truppen; er solle Alles in der Stille vorbereiten. Morio als Kommandeur des westphälischen Korps wies er zurück; auch fand er es nicht für räthlich, den Prinzen von Hessen-Philippsthal, einen Verwandten des entthronten Fürstenhauses, zum Hofmarschall zu ernennen.

Jeromes vorher schon mehrfach lautgewordener Wunsch, eine Armee zu kommandiren — am 4. Juli 1811 hatte er selbst seinen Bruder darum gebeten, und Senft berichtet darüber bald darauf nach Berlin — ward in der That erfüllt. In den Märztagen 1812, als Jerome auf die Einladung seines Bruders incognito nach Paris gereist war, wurde ihm neben den Hauptzügen des Feldzugsplans gegen Rußland näher bekannt gegeben, was er selbst für eine wichtige Rolle in diesem Kriege zu spielen haben werde. Jerome ward zum Führer des rechten Flügels der großen Armee ernannt und vereinigte unter seinem Kommando außer seinem eigenen westphälischen Armeekorps, dem VIII., zu dessen Befehlshaber an Stelle Vandammes, mit dem der König sofort bei Beginn des Feldzuges in Zwistigkeiten gerieth, nachher Tharreau bestimmt ward, das V. polnische unter dem Fürsten Poniatowski, das VII. sächsische unter dem General Reynier, und das IV. Kavalleriekorps unter Latour-Maubourg, im Ganzen etwa 80 000 Mann und 7000 Pferde. Er sollte Polen schützen, was am sichersten durch Vernichtung des ihm gegenüberstehenden russischen Korps unter dem Fürsten Bagration erreicht werden könnte. Die detaillirtesten Instruktionen waren ihm von Napoleon gegeben, und dieser leitete auch weiterhin im Großen die Bewegungen des rechten Flügels der Armee vom Hauptquartier aus. Jeromes Aufgabe war es demnach, Stärke und Stellung des Gegners auszukundschaften und daraufhin seine Maßregeln im Einzelnen zu treffen. Daß er es in dieser Beziehung habe fehlen lassen, deutet bereits eine Depesche aus dem Hauptquartier zu Wilna vom 3. Juli an. Es wird ihm eine lebhaftere Verfolgung Bagrations und Unterhaltung einer geregelten Verbindung mit dem Hauptquartier zur Vorschrift gemacht. Napoleon aber gab seinen Unwillen über die verfehlten Operationen des rechten Flügels in den schärfsten Ausdrücken zu erkennen, und beauftragte am 5. Juli Berthier, seinem

Bruder zu schreiben, „daß es unmöglich sei, schlechter vorzugehen, als er es gethan habe, daß der ganze Vortheil seiner Unternehmungen und die schönste Gelegenheit, einen entscheidenden Schlag zu führen, durch Jeromes Schuld vereitelt sei". Eine geheime kaiserliche Ordre vom 6. Juli an den Prinzen von Eckmühl, der in Gemeinschaft mit Jerome operiren sollte, ernannte daher Jenen auch für den Fall der vollständigen Vereinigung beider Armeen zum Oberanführer derselben.

Man wird wohl kaum, wie es der Herausgeber der Memoiren Jeromes versucht, die strategischen Maßnahmen des Königs als die bestmöglichen hinstellen dürfen; daß aber die Behandlung, die ihm sein Bruder nunmehr zu Theil werden ließ, ihn aufs heftigste erzürnen mußte, liegt auf der Hand. War es doch auch gerade der Marschall Davout, der zum Vollzieher der Strafbefehle des Kaisers ausersehen war, dessen Animosität gegen den König von Westphalen wir bereits bemerken konnten, mit welchem Jerome gleich beim Beginn des Krieges unliebsame Auseinandersetzungen gehabt hatte. Die Art und Weise aber, wie Davout sich dieses Pfeiles gegen den ihm persönlich verhaßten König bediente, erregte selbst Napoleons offene Mißbilligung. Am 14. Juli nämlich, nachdem sich Jeromes und Davout's Armeen derart genähert hatten, daß in kürzester Frist ein gemeinsames Vorgehen erfolgen konnte, und der König zu diesem Zweck aus seinem Hauptquartier zu Neswy an den Marschall nach Minsk einen Adjutanten abgeschickt hatte, um das Nöthige zu verabreden, erhielt er statt aller Antwort die ihm bisher verheimlichte Ordre des Kaisers vom 6. Juli in Abschrift. Jedoch erst auf dem Schlachtfelde, wenn beide Feldherren sich vereint zum entscheidenden Schlage gegen den Feind anschickten, hatte, so war es Napoleons Absicht gewesen, die Ordre in Kraft treten sollen. Jerome reichte noch am 14. Juli Abends sein Entlassungsgesuch ein, forderte Davout zur Uebernahme des Kommandos auf und unterrichtete seine Untergenerale über den Wechsel in demselben. Vergebens, daß der Prinz von Eckmühl, seinen Fehler einsehend, Jerome dringend bat, den Oberbefehl zu behalten, umsonst, daß ihn Napoleon wiederholt zum Bleiben aufforderte. Bereits am 16. Juli hatte der König mit seiner Garde du Corps und einigen Kompagnien Garde Neswy verlassen; am 30. Juli war er in Warschau eingetroffen, von wo er am 7. August die Rückreise nach Cassel antrat.

Die Spannung, wie sie die ruhmlose Promenade des Königs in Sachsen 1809 hervorgerufen, trat nun wieder in gleicher Schärfe zwischen Napoleon und Jerome hervor; wieder wie damals strafte Ersterer seinen Bruder durch Nichtachtung. Erst als der Kaiser nach dem unglücklichen Ausgang des russischen Feldzuges der Hülfe Westphalens wieder bedurfte, da forderte er den König am 23. Dezember 1812 mit der trocknen Bemerkung: „Von der westphälischen Armee existirt nichts mehr bei der großen Armee!“ auf, ihm mitzutheilen, was er bisher zur Ergänzung seiner Truppen gethan, wie viel er sonst zu leisten vermöchte. Hatte er doch auch in dem letzten Kriege anders über die westphälische Armee urtheilen gelernt. Unter Junot's Führung hatte sich dieselbe in der Schlacht an der Moskwa ausgezeichnet und schon hier bedeutende Verluste erlitten. So lebhaft aber auch Jerome jetzt wieder danach verlangte, in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe des Jahres 1813 zu einer höheren Anführerstelle berufen zu werden, Napoleon wollte ihn nur zum Divisionskommandeur machen, und auch das nur, wie wir aus einer Ordre an Berthier vom 31. Juli 1813*) erfahren, unter der Bedingung, daß er das Verkehrte seines Verhaltens im vergangenen Jahre wirklich einsehe und sich den Befehlen aller kommandirenden Marschälle der Armee unterwerfe. So mußte denn Jerome das über seinen Bruder und dessen Staatenbildungen hereinbrechende Schicksal, durch das auch er des Thrones beraubt wurde, thatenlos in seinem Lande erwarten. Es vermag uns nicht gerade für ihn einzunehmen, daß er dann, da er als vertriebener König von Westphalen vom Kaiser doch keine Förderung mehr zu erhoffen hatte, sich für berechtigt hielt, auch dessen billigen Wünschen zu trotzen. Entgegen den ausdrücklichen Befehlen Napoleons kehrte er im November 1813 auf französischen Boden zurück und nahm mit der Königin Katharine zunächst seinen Aufenthalt bei seinem Bruder Joseph in Mortefontaine, dann in Meudon und darauf in dem Schloß Stains bei Saint-Denis. Umsonst suchte daher auch Jerome noch zuletzt im November 1813 bei Napoleon um eine Audienz nach, vergebens legten sich die Kaiserin Marie Luise und sein Bruder Joseph für ihn ins Mittel, erst kurz vor der Schlacht bei Waterloo wurde er wieder zu Gnaden aufgenommen und zum Kommandeur der 6. Division ernannt.

*) Revue 20, 374.

Zum ersten Mal bei diesem letzten und ernstesten Zerwürfniß zwischen Napoleon und Jerome war es, daß auch die Königin Katharine von der vollen Ungnade des Kaisers mitbetroffen wurde. Ihr Verhalten in Paris zu Ende 1813 und der Ankauf des Schlosses Stains gegen seinen ausdrücklichen Befehl hatten seinen ganzen Zorn erregt. Früher hatte er ihr gegenüber stets eine so zarte Rücksichtnahme an den Tag gelegt, wie er sie nur gegen wenige Menschen geübt hat. Als sie im August 1807 in Paris eingetroffen war, um mit Jerome vermählt zu werden, hatte sie am Kaiser den liebevollsten Beschützer gefunden, der sie in ihrem Schmerze über den Abschied aus dem Vaterhause zu trösten wußte. Gern ließ er sich auch in späterer Zeit noch gelegentlich ihre Gesellschaft gefallen, und sie allein mit ihrem Gemahl ward ausersehen, den Kaiser auf seiner Hochzeitsreise zu begleiten. Im Mai 1812 folgte sie dem Rufe Napoleons nach Dresden, während Jerome bereits zur Großen Armee abgereist war, und präsentirte sich hier als Regentin des Königreichs. Es scheint doch auch, daß sie mehrfach eine günstige Wirkung auf das Verhältniß ihres Gemahls zu dessen gestrengen Protektor ausgeübt hat. Napoleon hat ihr auch noch in der Verbannung ein liebevolles Andenken bewahrt. Bekannt ist ja seine Aeußerung über sie: „Durch ihr treffliches Verhalten 1815 hat diese Prinzessin sich mit ihren eignen Händen in das Buch der Geschichte eingeschrieben.“ Sie hatte sich geweigert, trotz des heftigsten Drängens ihres gestrengen Vaters, ihren Gemahl in den Tagen der Demüthigung und des Unglücks zu verlassen. In der That ein glänzender Zug ihres Charakters, der uns veranlassen muß, in mancher anderen Beziehung gegen sie nachsichtiger zu sein.

Hätte die Königin die Energie und das Geschick besessen, größeren Einfluß auf das Verhalten ihres fast um 2 Jahre jüngeren Gemahls zu gewinnen, es hätte zweifellos zum Glück des Königreichs Westphalen ausschlagen müssen. Aber schüchtern und bescheiden, wie sie war, ging sie ganz in Verehrung und Liebe zu ihrem Gemahl auf. Beständig war sie in ängstlicher Sorge um ihn. Hatten ihr Regierungsgeschäfte oder Angelegenheiten der großen Politik den König entführt, so wartete sie mit Spannung auf seine Rückkehr. Die Furcht, daß er doch einmal einem Attentat zum Opfer fallen könnte, — Jerome ward häufiger mit Drohbriefen beehrt — raubte

ihr die nächtliche Ruhe. Als im Dezember 1811 der Oberstallmeister Morio von der meuchelmörderischen Kugel eines seiner Diener dahingerafft wurde, glaubte sie im ersten Augenblick nicht anders, als daß ihrem Gemahl ein Unglück passirt. Und wie sie sich in Dresden 1812, wo sie gehofft hatte, ihren lieben Jerome vor dem Beginn des Krieges noch einmal zu umarmen, getäuscht sah, da konnte sie selbst in Gegenwart des Kaisers die Thränen nicht zurückhalten. Auffällig ist, daß sie über die Unbeständigkeit ihres Gatten, Dank freilich der Umsicht ihrer Jugendfreundin und engsten Vertrauten, der Palastdame Baronin von Otterstadt, bis zu deren Ausscheiden aus dem Dienst im September 1812, nahezu in völliger Unkenntniß geblieben sein soll,*) trotzdem die galanten Abenteuer Jeromes Niemand sonst am Hofe und in Cassel ein Geheimniß sein konnten. Mit geradezu rührender Naivität klagt sie an mehr als einer Stelle ihrer Memoiren darüber, daß ihr bislang immer noch das Glück versagt sei, Mutter zu werden. Freilich quälte sie dabei auch der Gedanke, es möchte ihre Unfruchtbarkeit den Grund zu ihrer Scheidung von Jerome abgeben. „Ich weiß, daß das edle Herz meines Gemahls an so etwas nicht denkt, aber er, der ganz Europa regiert, wird er ihn nicht auf die eine oder andere Weise zwingen, unsere Verbindung zu lösen?“ Schon als sie in Paris bei der Scheidung des Kaisers zugegen sein mußte, soll diese Ceremonie in Erinnerung daran, daß ihr eigner Gemahl bereits einmal sich von seiner angetrauten Gattin habe scheiden lassen müssen, einen tiefen Eindruck auf sie gemacht haben. Empfindsam und ernsthaft zugleich liebte sie es, in der Einsamkeit des nach ihr benannten Schlosses Katharinenthal, wo sie sich mit großer Vorliebe aufhielt, bisweilen Betrachtungen über die Vergänglichkeit dieser Welt, über die Nichtigkeit der irdischen Freuden anzustellen. Aber immer aufs Neue wieder ward sie in den Strudel der bunten Vergnügungen des Hofes hineingezogen. Keine Gelegenheit zu prunkenden Festlichkeiten wurde hier unbenutzt gelassen. Besonders beliebt waren die Maskenbälle in der Karnevalszeit, da sie am Besten geeignet waren, das Liebesspiel Jeromes mit fremden Schönen zu verbergen. Im Sommer wurden kostspielige Gartenfeste auf Napoleonshöhe und dem heutigen

*) Revue 21, 106.

Schönfeld bei Cassel veranstaltet, oder man erfreute sich an Truppenrevüen, die überhaupt mehr den Zweck gehabt zu haben scheinen, militärische Schaustellungen abzugeben, als Uebungen für den Ernstfall des Krieges. Zu Ehren der Anwesenheit der Kaiserin-Mutter im August und September 1811 in Cassel war wieder ein Lager auf dem Forste errichtet worden, in dem die höchsten Herrschaften einen ganzen Tag verweilten. Bei der Ankunft der Mutter des Königs hatte die Garde Spalier bilden müssen, Triumphbogen waren erbaut. Auch Madame Lätitia hegte für die Gattin ihres Lieblings Jerome eine besondere Zuneigung. Sie beschenkte sie bei ihrem Aufenthalt in Cassel reichlich, wofür dann die Sammlungen des früheren kurfürstlichen Museums mit Gegengeschenken herhalten mußten.*) Ueberhaupt ließ sich die Königin den Luxus, den ihr Gemahl für sie aufwand, ganz gern gefallen, trotzdem auch sie die traurige Lage ihrer Landsleute stets vor Augen hatte. Für die Ausstattung des ihr von Jerome geschenkten Landhauses verbrauchte sie noch die Summe von 60 000 Francs.

Wir hören nicht, daß es der Königin gelungen wäre, sich die Herzen der Unterthanen durch ein leutseliges Wesen zu gewinnen. Ihre Furchtsamkeit und Zurückhaltung ließen sie selten in nähere Berührung mit der Bevölkerung des Landes kommen. Und trug auch die Zeit ihrer Regentschaft, die sie auf Befehl Napoleons für die Dauer der Abwesenheit Jeromes im russischen Kriege übernehmen mußte, durchaus das Gepräge der Milde, sie war zu kurz, um sichtbare Folgen zu hinterlassen. Sie hatte sich anfänglich nur mit Widerstreben dazu verstanden, fand sich dann aber doch „mit charmanter Ernsthaftigkeit“ in ihre Aufgabe. Es lag ihr ob, alle Aktenstücke zu zeichnen, soweit sie nicht zur Veröffentlichung im Gesetzbulletin kamen. Simeon mußte ihr stets Vortrag halten über die Arbeiten des Ministerraths, deren Resultate dann an den König gingen. Dem Ministerrath waren für die Dauer der Regentschaft noch Bongars und Pichon, der Generalintendant des öffentlichen Schatzes, zugetheilt. Anfänglich hatte die Königin mehrfach über Simeon Klage zu führen, daß er zu eigenmächtig handle und ohne sie den Ministerrath zusammenberufe. Jerome untersagte das. Selbst

*) Vergl. Zeitschrift für Hess. Geschichte N. F. IX. 290. not. Eines hessischen Gelehrten (Völkels) Lebenserinnerungen . . . Herausg. von A. Duncker.

in das Labyrinth der westphälischen Finanzen wagte es die Regentin in mehreren Briefen an ihren Gemahl hinabzusteigen. Sie trat mit großer Wärme für die Vorschläge Pichon's, entgegen denen des Finanzministers Malchus, ein; sie wußte des Ersteren Eifer und Geschicklichkeit nicht genug zu loben und schlug ihn direkt zum Finanzminister vor. Malchus hatte nämlich mit seinem Rücktritt gedroht, freilich nicht im Ernste. Der König behielt ihn, trotzdem er sich bei den Domänenverkäufen, bei welchen sein eigner Bruder als Käufer auftrat, in der Oeffentlichkeit diskreditirt hatte, denn er fürchtete Pichon's unbegrenzten Ehrgeiz. Die Ministerkrisen lagen gerade während der Regentschaft der Königin förmlich in der Luft. Wolfradt, der Minister des Inneren, sollte gleichfalls demissioniren wollen, wenn Leist, der Nachfolger Johannes' von Müller, an seine Stelle zu treten bereit wäre. Erwähnung verdient, daß gerade damals die Ernennung Bercagny's zum Präfekten von Magdeburg erfolgte, an Stelle des suspendirten und nachher zum Staatsrath beförderten Herrn von Schulenburg-Embden. Wie die Königin durch ihren Vertrauten, Bongars, wissen wollte, hätte der Minister des Inneren den bisherigen Generalsekretär in Magdeburg, einen Preußen, zum Präfekten machen wollen. Bei dieser Gelegenheit ist es, daß sie die Haltung der Minister insgesammt, die gegen die Besetzung dieses Postens durch Bercagny gewesen waren, in sehr entschiedener Weise tadelt. Die geborne deutsche Prinzessin hält sich für verpflichtet, den König darauf aufmerksam zu machen, daß es höchste Zeit für ihn sei, mit aller Strenge darauf zu sehen, daß diese Herren endlich in französische Bahnen einlenken lernten, „denn sie marschiren nicht genug in unserm System". Nach solchen Aeußerungen dürfen wir uns freilich nicht wundern, wenn die Königin Katharine auch für das Auftreten Stein's nicht das mindeste Verständniß bekundet, und bei Gelegenheit ihrer Anwesenheit in Nassau im Juli 1811 ihr Erstaunen darüber ausdrückt, daß der Besitzer so glücklicher Güter diese habe hingeben können, bloß um sich das Vergnügen „des Intriguirens" zu gönnen. Jerome ließ ihr übrigens auf ihre obige Aufforderung die bezeichnende Mahnung zukommen, sich, was er ebenfalls beständig angestrebt, ja vor dem Schein zu hüten, als gebe sie irgend einer Nationalität, weder den Deutschen noch den Franzosen, den Vorzug, eine Auffassung von den Pflichten des Königs

von Westphalen, die freilich wenig mit der in Uebereinstimmung steht, wie sie Reinhard einmal als nothwendig ausspricht: „Der König muß sich bewußt werden, daß er über ein deutsches Volk herrscht; er muß demselben Achtung zollen, weil dadurch sein eigner Ruhm theilweise bedingt wird; er muß es lieben, weil dieses Volk geneigt ist, seine Person zu lieben.“*)

In der Nacht vom 11. auf den 12. August war Jerome, während er ursprünglich seiner Gemahlin geschrieben hatte, daß er erst am 18. ds. Mts. zurückkehren werde, unvermuthet auf Napoleonshöhe eingetroffen. Am folgenden Morgen verkündete der Donner der Kanonen den Bewohnern der Hauptstadt die glückliche Ankunft Seiner Majestät. Der Kammerherr Graf von Oberg war ihr vorausgeeilt und brachte für den westphälischen Moniteur die betrübende Nachricht mit, „daß die Gesundheit S. M. durch die Unbeständigkeit des Klimas gelitten hat, welches Allerhöchstdero Rückkehr nothwendig gemacht und S. M. genöthigt hat, sich einige Tage zu Warschau aufzuhalten. Wir haben erfreulichst zu hoffen, daß die Gesundheit S. M. bald wiederhergestellt sein wird“. Im Uebrigen wurde den Herausgebern des Moniteur ausdrücklich eingeschärft, keine Neuigkeiten politischer Natur zu bringen, die nicht im Armeebulletin ständen. Napoleon hatte die obige Art der Motivirung der Rückkehr des Königs vorgeschrieben, um jeden Eklat zu vermeiden, und die Königin brachte sie auch ihrem Vater gegenüber vor. Die wahre Veranlassung kennen wir schon. Jerome wollte den eigentlichen Grund für die ihm von seinem Bruder widerfahrene Behandlung in Folgendem sehen: „Ich glaube“, schrieb er Anfangs August aus Warschau an seine Gemahlin,**) „daß der Kaiser mir ursprünglich den polnischen Thron hat geben wollen, den ich aber keineswegs für mich ersehne, und daß er dann neuerdings seine Ansicht geändert hat; da ich nun die Polen kommandirte, war es ihm unangenehm, mich an dem Platze zu sehen, wo ich war und wo ich ihm sehr nützlich gewesen bin.“ Ende 1809 hatte er übrigens ganz anders über den polnischen Königsthron gedacht und mit Wärme und förmlicher Begeisterung von dem Lande gesprochen.***)

*) Memoiren IV 298.

**) Revue 20, 372.

***) Memoiren IV 315.

Auf das westphälische Armeekorps soll die plötzliche Abreise seines Königs einen tiefen Eindruck gemacht haben; die Truppen, schreibt General von Ochs an Fürstenstein, wären ganz konsternirt gewesen, was bei der Liebe und Anhänglichkeit an den heiß geliebten Souverän durchaus natürlich sei.

Die Königin hatte ihrer Umgebung trotz der ernstesten Mahnungen Jeromes ihren Herzenskummer über die Abreise ihres Gemahls aus dem Felde durch ihre tiefe Niedergeschlagenheit und Trauer verrathen. Als ihr damals der Hofmarschall aus Anlaß der bevorstehenden Wiederkehr ihres Hochzeitstages ein kleines Hoffest in Vorschlag brachte, war sie statt aller Antwort in heftige Thränen ausgebrochen. In ihr Tagebuch hat sie in diesen Tagen die trübsten Gedanken über ihre Zukunft niedergeschrieben. Erst mit der Rückkehr des Königs fand sie die Fassung wieder.

Jerome wußte sich leichter über sein Mißgeschick zu trösten. Schon wenige Tage nach seiner Rückkehr machte er mit dem Hofe einen kleinen Ausflug nach den Salinen von Allendorf und dem Meißner, dem Mont Blanc Westphalens, wie ihn die Königin Katharina nennt, wozu nicht weniger als 244 Wagen aufgeboten waren. Am 22. August ward der Jahrestag der Vermählung des Königspaares in Schönfeld durch ein prächtiges Gartenfest mit Illumination gefeiert, dessen Kosten sich auf 10 000 Thlr. beliefen. Daran schloß sich eine Botfahrt auf der Fulda nach Münden, die Malchus mit Geschick arrangirt hatte, ferner Festlichkeiten in Hofgeismar und Carlshafen. Von Carlshafen aus fuhren Jerome und Katharina zu Schiff die Weser hinab, besuchten den Bischof von Corvey in seiner Residenz und besichtigten das alte Hameln. Hierauf wandten sie sich nach Braunschweig, wo das herzogliche Schloß und die Sammlungen desselben bewundert wurden. Großmüthig übernahm der König die Zinsen von jährlich 48 000 Francs, welche die zum Neubau des Schlosses gemachte Anleihe erforderte, auf seine Civilliste. Unterwegs hatte man an verschiedenen Orten die Fabriken besichtigt, freigebig Gaben an die Armen vertheilt, überall war man glücklich über des Königs Anwesenheit. Die wechselnden Eindrücke der Feste und Reisen sollten diesem helfen, die Langeweile vertreiben und die bitteren Empfindungen der letzten Ereignisse verwischen.

„Seit seiner Rückkehr“, so berichtet Reinhard am 26. Oktober 1812 an Bassano, der Champagny inzwischen ersetzt hatte, „ist der König unruhig und schwankt zwischen dem Verlangen, zu handeln, und dem Prinzip des Abwartens hin und her, und ich muß sagen, daß diese Unruhe bis jetzt noch nichts Gutes hervorgebracht hat.“ Diese Bemerkungen beziehen sich in erster Linie auf den Wechsel, der sich in den obersten Verwaltungsbehörden des Königreiches vorbereiten sollte. Der Generalintendant des öffentlichen Schatzes, Pichon, wurde Knall und Fall entlassen. Man sprach davon, daß Malchus, der zur Zeit von Allen am höchsten in Gunst stand, einstweilen sämmtliche Portefeuilles mit Ausnahme des Auswärtigen in seiner Hand vereinigen werde, man machte Salha zum Großstallmeister, den General Chabert zum Kriegsminister; der ebenernannte Intendant des öffentlichen Schatzes, Dupleix, sollte dann schon wieder durch Brugnieres, einen Bruder des Sekretärs des Königs, ersetzt werden.

Bei der kritischen Lage der Finanzen des Königreichs, die sich von Tag zu Tag ungünstiger gestaltete, mußten Aenderungen in den leitenden Persönlichkeiten oder auch schon die Gerüchte von einem bevorstehenden Wechsel in dem wichtigsten Ressort doppelt nachtheilig wirken. Zweifellos waren die Zeiten, in denen Bülow noch an der Spitze des Finanzministeriums gestanden hatte, die relativ besten gewesen. Freilich hatte auch er der Ebbe im Tresor nicht immer steuern können. Schon bei der Reise des Königs nach Paris im November 1809 hatte man aus allen Kassen das Geld zusammentragen müssen, um deren bedeutende Kosten zu bestreiten. Der Vorwurf trifft Bülow wohl auch nicht ganz mit Unrecht, daß er der Verschwendungssucht seines königlichen Herrn nicht immer mit der ganzen Energie entgegenzutreten suchte. Aber dessen Eigenwillen gegenüber war es für die Minister auch sehr schwer, Stand zu halten. So vermochte Bülow, ganz abgesehen von andern großartigen Luxusausgaben, wohl nicht zu verhindern, daß 1810 für 100 000 Francs Gold aufgekauft wurde, um daraus Jeromesd'or schlagen zu lassen, die zu Geschenken auf des Königs Huldigungsreise nach Hannover dienen sollten. Ein kostspieliges Vergnügen bei den theuren Goldpreisen, das aber im nächsten Jahre wiederholt wurde. Daher wurde trotz des Zuwachses durch Hannover in Folge

der übermäßig großen Militärlast die Geldverlegenheit im Königreich immer drückender. Man suchte auf verschiedene Weise Abhülfe. Mit dem 1. Dezember 1810 wurden mit Rücksicht auf die schwierige Lage alle Stifter, Kapitel, Abteien und Klöster, mit Ausnahme der Schulstiftungen und des für weibliche Angehörige von Mitgliedern des Ordens der westphälischen Krone reservirten Stifts Wallenstein, aufgehoben und deren Güter mit den Staatsdomänen vereinigt. Von demselben Datum ist das Dekret behufs Aufnahme einer neuen Zwangsanleihe von 10 Millionen zu 4%. Es wurde auch mit dem Sparen probirt. Im Januar 1811 wurden gegen 80 Pferde aus dem königlichen Marstall verkauft und dementsprechend eine Anzahl der Stallmeister und Reitknechte aus dem Dienst entlassen. Natürlich geschah das dann auch am unrechten Orte. Eben damals wurde der Bau aller öffentlichen Bauten sistirt, oder richtiger gesagt, die Arbeiter strikten wie 1809 bei den Straßenbauten, weil sie keinen Lohn mehr erhielten. Und man beeilte sich durchaus nicht, die rückständigen Forderungen derselben zu befriedigen, man ließ es auf einen förmlichen Eklat ankommen. Die in der von Jerome neu projektirten Straße eben angefangenen Häuser, die der König auf öffentliche Kosten zu bauen unternommen hatte, um der Wohnungsnoth abzuhelfen, weil seine Aufmunterung zu privater Unternehmungslust nichts gefruchtet hatte, blieben somit unvollendet liegen.

Es charakterisirt die Unsicherheit der Situation sehr treffend, daß mit Bülow's Entlassung die westphälischen Obligationen sofort um 15% fielen. Ein finanzieller Bericht Reinhard's vom 7. Mai 1811 an den Herzog von Bassano klärt uns im Einzelnen über die prekäre Lage auf. Im Frühjahr 1811 hatte der Fürst von Eckmühl kategorisch die kriegsgemäße Verproviantirung der Festung Magdeburg verlangt. Fürstenstein bezeichnet schon diese Forderung als den Gnadenstoß für die westphälischen Finanzen. Denn bereits beim Ansatz des Budgets für 1811 hatte sich ein Defizit von 14 Millionen herausgestellt, das nach Pichon's Rechnung aber sicherlich auf 18 Millionen steigen mußte. Dazu kamen 9 Millionen Rückstände von 1810, im Ganzen also nicht weniger als 27 Millionen Defizit für das Ordinarium von 1811. Zunächst nahm man zum dritten Mal seine Zuflucht zu einer gezwungenen Anleihe auf Grund der Listen von 1808, die man auf 8 Millionen veranschlagte. Wer

nicht zahlen wollte, sollte des Landes verwiesen werden. Die Interessen der öffentlichen Schuld, die der Amortisationskasse zur Last fielen, betrugen 10 Millionen. Malchus schlug vor, diese zu verkapitalisiren, Pichon wollte die Amortisationskasse mit diesem Betrage auf die Nationaldomänen versichern und Coupons bis zu deren Verkauf ausgeben; im ungünstigsten Fall verlören die Interessenten etwa 20% dabei. Das Haus Godefroi in Hamburg zeigte sich geneigt, eventuell Domänen bis zum Werthe von 5 Millionen anzukaufen; die Verhandlungen zogen sich aber in die Länge.

Einem solchen Zustand der Finanzen gegenüber, meint Pichon, wäre es Sache des Königs, sich Einschränkungen aufzuerlegen. Eine Armee von 30 000 Mann zu unterhalten, sei unmöglich. Der König erklärte zwar, der Kaiser verlange das, aber dem war in der That nicht so. Jerome jedoch verminderte trotzdem sein Truppenkontingent nicht. „Er gleicht", wie sich Reinhard darüber ausläßt, „in dieser Beziehung einem Spieler, der Alles auf eine Karte setzt, die ihn entweder reich machen oder ruiniren muß. Einmal beim Spiel, glaubt er sich verpflichtet, den Einsatz verdoppeln zu müssen." Und er verlor auch diesen im russischen Kriege vollständig. Aber schon vorher hatte er seine Partie nahezu aufgegeben. In Folge der beständigen Vorhalte, die ihm Reinhard im Auftrage des Kaisers machen mußte, betrachtete er Westphalen als für ihn verloren, und in diesem Gedanken wirthschaftete er toll darauf los. „Der Thronsaal ist eingestürzt", hatte er mehrfach mit trüben Ahnungen für die Zukunft nach dem Schloßbrand in Cassel am 24. November 1811 bedeutungsvoll geäußert. Aber trotz des großen materiellen Schadens, den ihm dieser gebracht hatte, und den freilich auch die Bewohner der Residenzstadt durch erzwungene Geldgeschenke einigermaßen zu ersetzen suchen mußten, warf er eben damals das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus. Für das Begräbniß Morio's, dessen Tod in den Dezember 1811 fiel, wurden 20 000 Francs verausgabt, dessen Wittwe erhielt Geschenke im Werthe von 50 000 Francs. Dem reichbegüterten Grafen von Bocholtz wurden zum Ankauf eines Hauses und der Ausstattung desselben 100 000 Francs verehrt, dem Grafen von Loewenstein zu dem gleichen Zweck 80 000 Francs. Malchus erhielt 20 000 Francs in Baar und 100 000 Francs in Obligationen, und selbst der zweite Chirurg des Hofes, mit dem

Jerome nie ein Wort gesprochen hatte, bekam 100 000 Francs, damit er eine angemessene Rente zu verzehren habe. „Der Mann war wie aus den Wolken gefallen.“

Die verzweiflungsvolle Stimmung des Königs theilte sich auch dem Publikum mit und erst gar der Beamtenwelt. Unordnungen und Korruption rissen in erschreckender Weise in allen Zweigen der Verwaltung ein, wofür Reinhard hauptsächlich Malchus, in gewissem Sinne aber auch Pichon verantwortlich macht, der, seitdem er das schönste Ministerpalais in Cassel bezogen hatte, Stillschweigen beobachtete. Besonders in den unteren militärischen Verwaltungsämtern war die Unredlichkeit außerordentlich groß geworden. Jeder wollte noch vor dem Zusammenbruch des Königreichs oder einem bevorstehenden Regentenwechsel auf die Seite schaffen, soviel er konnte. Und dazu gaben die Rüstungen zum russischen Kriege reiche Gelegenheit. Denn schon begann die große Armee sich zum Theil für den Feldzug gegen Rußland in Westphalen zusammenzuziehen. Diese Truppen mußten vom Lande verpflegt und unterhalten werden. In förmlicher Verzweiflung schrieb der König daher am 11. Januar 1812 an den Kaiser: „Es sind jetzt 20 832 Mann französischer Truppen und 11 127 Pferde in Westphalen. Die Kosten dafür betragen, den Unterhalt und den Sold der vertragsmäßig dem Lande zur Last fallenden 12 500 Mann ungerechnet, monatlich 782 392 Francs. Der öffentliche Schatz ist beim besten Willen außer Stande, für die nächsten Monate diese Summe aufzubringen; die französischen Truppen müssen also auf eigne Hand ihren Unterhalt suchen, da Kontributionen nicht mehr eingetrieben werden können. . . . In Sachsen, Lippe, Anhalt findet man nicht einen Soldaten, meine armen Unterthanen sehen alle bei sich zusammenströmen. Ich verlange nur strikte Gerechtigkeit.“ Aber sie ward ihm nicht zu Theil. Der Antrag auf einen Zuschuß von 400 000 Francs für die französischen Truppen ward rundweg abgeschlagen. Reinhard erhielt wegen Uebermittlung desselben einen derben Verweis; dem König wurde angedeutet, daß es vollständig in seinem Belieben stehe, vom westphälischen Königsthron herabzusteigen.

Zu diesen das Land schwer drückenden Lasten kamen nun noch die Kosten für die Erhöhung der Stärke der westphälischen Armee auf 30 000 Mann, wovon etwa 23 000 Mann an dem russischen

Feldzuge theilnahmen, 16 000 das VIII. Armeekorps bildend, die übrigen andern Verbänden angeschlossen; 6000 Mann blieben zum Schutz des Königreichs im Lande zurück.

Unter solchen Umständen begreift es sich, daß sich für die ersten 6 Monate des Jahres 1812 allein schon ein Defizit von 30 Millionen herausstellte. Zunächst wurde daher die Abtragung der ersten Serie der erzwungenen Anleihe, desgleichen der französischen Schuld sistirt, die Bezahlung der Zinsen der öffentlichen Schuld suspendirt. Die Ausgaben für das Kriegsdepartement wurden auf Rechnung gegen 6% Zinsen genommen, die Etats sämmtlicher Ressorts, soweit es anging, beschnitten. Dann aber rechnete man besonders wieder mit den Erträgnissen der Domänenverkäufe, trotzdem der Zeitpunkt zur Veräußerung kaum ungünstiger sein konnte. Erst sollte die Herrschaft Barby für 1 Million unter den Hammer kommen, statt dessen wurden Zehnten in demselben Betrage verkauft, der jedoch nur langsam und auch nicht in der veranschlagten Höhe einging. Immerhin hoffte man auf diese Weise und mit Hülfe der Ersparnisse, die man durch die Abwesenheit der französischen und westphälischen Truppen erzielte, am Schluß des Jahres das Defizit auf 10 Millionen herabmindern zu können. Freilich wurden die Aussichten für die Zukunft dadurch nicht besser. Die Schuld des Königreichs betrug 140 resp. 160 Millionen. Die westphälischen mitsammt den hannoverschen Domänen schätzte man auf 74 Millionen, ihr Verkaufswerth betrug aber unter den damaligen Umständen kaum 36 Millionen. Und davon war bereits die Hälfte in Bons und Obligationen verausgabt. So blieben für die nächste Zeit höchstens 18—20 Millionen, und wenn man so fort wirthschaftete, war man nothwendig in zwei Jahren auch mit diesem letzten Fonds am Ende. Pichon weissagte im Mai 1812 den Staatsbankerott als schon für den kommenden 1. Juli unvermeidlich. Das Unglück wollte es, daß diese schlimme Krise auch gerade in die Zeit der Abwesenheit Jeromes fallen mußte, während überdies noch der Minister der Finanzen, Malchus, und der Generalintendant des öffentlichen Schatzes, Pichon, in schlechtem Einvernehmen standen und eine Vereinbarung über die Mittel zur Abhülfe erschwerten. „Sie sind", wie sich die Königin ausdrückt, „wie Hippokrates und Galen, der Arzt Tant mieux und der Arzt Tant pis; aber indem man zuwartet bei den beiden einander ent-

gegenstehenden Meinungen, stirbt der arme Kranke des Todes." Pichon erklärte, keine Zahlungsanweisungen mehr annehmen zu können, und sah nur in der Erhöhung der Abgaben ein Mittel, aus dieser üblen Lage heraus zu kommen. Auf solche und andere Vorschläge, die Jerome durch die Königin und den Ministerrath übermittelt wurden, antwortete dieser zunächst mit dem Auftrag an den Hofmarschall, für die Beamten des Hofstaates Geschenke im Werthe von je 2400 Francs für die Kammerherrn, von 1800 für die Edelleute, von 6—800 für die Offiziere und Pagen anzuschaffen. Mit dem Kaiser in Dresden über den trostlosen Zustand der westphälischen Finanzen zu sprechen, sei, so meint Jerome Katharina gegenüber, nicht räthlich, weil diesem jetzt die Angelegenheiten Europas zu sehr am Herzen lägen. Am Schlusse des Krieges werde er sie schon entschädigen!

Einstweilen ward, ohne daß dazu, der Konstitution gemäß, die Zustimmung der Reichsstände eingeholt wäre, durch königliches Dekret die Grundsteuer von 18 auf 20 Prozent erhöht. Die Nummer 146 des westphälischen Moniteur vom Juni 1812 brachte die Ankündigung einer neuen erzwungenen Anleihe von 5 Millionen, ferner Dekrete betreffend die Erhöhung der Biersteuer, einen Zuschlag von 5 Centimes auf einen Franc Grundsteuer zur Bezahlung der Gehälter der Maires, zur Errichtung von Gefängnissen und Bestreitung der Miethe für die Amtslokale der Friedensrichter. Wieder ein anderes Dekret ordnete die Kapitalisirung aller rückständigen Interessen der öffentlichen Schuld an. Und was man vorher als den Bankerott des Staates bezeichnet hatte, die Herabsetzung derselben auf ein Drittel des Nominalbetrages, ward ebenfalls im Staatsrath beschlossen und der betreffende Entwurf dem König zur Unterschrift übersandt. Sie erfolgte von Polen aus mit dem Datum des 28. Juni 1812. Dadurch wurde auch festgesetzt, daß die Zinscoupons ebenfalls nur mehr mit einem Dritttheil ihres Nominalwerthes realisirbar sein sollten. Zugleich ward verfügt, daß alle rückständigen Ausgaben der Rechnungsjahre 1808—1811 mit Bons zu bezahlen seien.

Aber trotz selbst der gewaltsamsten Mittel keine dauernde Abhülfe; das Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme ließ sich nicht mehr herstellen. Der Königin schickte Jerome am 6. Juli eine Anweisung auf monatlich 100 Jeromesd'or für außerordentliche

Ausgaben; sie sollte die 100 000 Francs, die sie in Paris angelegt hatte, nicht angreifen. Und selbst im Felde, trotz der drückenden Finanznoth, beschäftigte ihn der Gedanke an den Neubau des Schlosses in Cassel. Die von Moulard ihm übersandten Pläne zum Wiederaufbau des abgebrannten Schlosses verwarf er, statt dessen gedachte er, das auf 8—10 Millionen veranschlagte neue Palais lieber in die Königsstraße zu verlegen.

Die Rückkehr des Königs aus dem Felde vermochte an der Finanznoth seines Reiches absolut nichts zu bessern. Es bedurfte im Gegentheil aufs Neue bedeutender Summen, um ihn durch kostspielige Vergnügungen über seinen verlorenen Kriegsruhm zu trösten. So mußte denn Malchus, obgleich der Staatsschatz durch den Ausfall der Unterhaltungskosten für die in Rußland weilenden und nachher zum größten Theil aufgeriebenen Truppen an die 10 Millionen sparte, in seinem im Dezember 1812 vorgelegten Budget für das folgende Jahr im Voranschlag schon mit einem Defizit von 10 Millionen allein für die laufenden Ausgaben rechnen. Die kommenden Ereignisse aber sollten jede Vorausbestimmung der gesammten Ausgaben für den Staat als werthlos erweisen.

Die Unruhe, die Jerome seit Wiederaufnahme seiner friedlichen Regententhätigkeit beherrschte, äußerte sich auch bei anderen Gelegenheiten durch eine unzeitgemäße Neuerungssucht. Inwieweit der erwähnte Besuch beim Bischof von Corvey dazu die Veranlassung gewesen ist, ist nicht ersichtlich, kurz, der König ging damals ernstlich damit um, Cassel zu einem Erzbischofssitz zu erheben. Diesen sollte der Fürstbischof von Corvey einnehmen, ein Domkapitel aus gewesenen Kanonikern von Paderborn und Hildesheim gebildet und die Martinskirche zum Dom umgewandelt werden. Bei Napoleon fand dieser Plan die entschiedenste Mißbilligung; es sei wenig rathsam und unter den gegenwärtigen Umständen geradezu verkehrt, eine solche Umwandlung der protestantischen Hauptkirche in eine katholische vorzunehmen, ließ er an Reinhard schreiben. „Derartige Maßregeln", war in sehr bezeichnender Weise hinzugesetzt, „darf man nicht einmal in gewöhnlichen Zeiten ergreifen, ohne sie vorher lange und reiflich überlegt zu haben, und es ist stets sehr gefährlich, religiöse Fragen zu berühren." Der angedrohten kaiserlichen Note, das Projekt zu verhindern, bedurfte es jedoch dann nicht. Bemerkt zu werden

verdient, daß im Ministerrath Malchus der einzige war, der sich in dieser Angelegenheit auf die Seite des Königs stellte.

Kam auf diese Weise der Hof und die Bevölkerung in Cassel um eine prächtige Gelegenheit zu festlichem Gepränge, man war auch mit geringeren Anlässen zufrieden. Zunächst fand am 1. Oktober 1812 die Einweihung des neuen Lyceums und der Bürgerschule in der Residenz statt. Leist ließ sich dabei vernehmen, es sollte der Unterricht von Oberflächlichkeit und Vielwisserei zum Ernst und zur Gründlichkeit zurückgeführt werden. Neben genauer Bekanntschaft mit dem Geist und der Sprache der griechischen und römischen Klassiker, mit Mathematik, Geschichte und der französischen Sprache, sei auch durch den Unterricht des Lyceums die Fertigkeit der klaren, bündigen Gedankendarstellung zu erstreben. Außer der Bürgerschule mit Deutsch, Französisch 2c. sollten in Cassel nur noch die 7. sogenannten Freischulen, die jüdische und die katholische Schule, bestehen bleiben. Dem neuen Lyceum waren die Einkünfte des alten überwiesen und außerdem ein Zuschuß der Stadt für dasselbe in Ansatz gebracht. Denn für Unterrichtszwecke hatte der Staat ebensowenig etwas übrig, wie für die Kunstinstitute. Wie es dem Museum und der Bibliothek in Cassel während den 7 Jahren der Fremdherrschaft ergangen ist, das sieht man am Besten aus des Oberhofraths Völkels Lebenserinnerungen aus der Zeit des Königs Jerome.

Nach Müller's Tod war, wie bemerkt, Professor von Leist zum Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts ernannt worden. Er war nicht im Stande, das den Universitäten Rinteln und Helmstedt drohende Schicksal abzulenken. „In Erwägung, daß eine Anzahl von Universitäten und anderen Unterrichtsanstalten, welche in einem zu großen Mißverhältniß mit der Bevölkerung und den Hülfsquellen des Königreichs steht, in vielfachen Rücksichten für die Wissenschaften und das wahre Interesse des Ganzen eher nachtheilig als vortheilhaft ist", wurden sie durch königliches Dekret (10. Dezember 1809) vom 1. Mai des folgenden Jahres ab für aufgehoben erklärt, zugleich mit dem Pädagogium zu Klosterbergen bei Magdeburg und dem Seminar Riddagshausen bei Braunschweig. Das Collegium Carolinum in Braunschweig ward durch die daselbst errichtete Militärschule ersetzt. Die Einkünfte der aufgehobenen Anstalten sollten an die drei noch gebliebenen Landesanstalten fallen, wurden aber nachher

auch in anderer Weise verwendet. Ebenso war bestimmt, daß die Professoren in Rinteln und Helmstedt von den drei anderen Universitäten zu übernehmen oder mit vollem Gehalt zu pensioniren seien. Göttingen erhielt zu dem 1809 neuerbauten Gewächshaus 1810 eine neue Sternwarte, Marburg ward mit der Bibliothek der aufgehobenen Deutschordenscommende Lucklum bei Wolfenbüttel beschenkt. Schlimm war für die Weiterentwicklung der Universitäten, daß das geistige Leben an denselben in enge Fesseln gelegt wurde. Nicht nur, daß alle Verbindungen unter Studirenden untersagt waren, die Furcht vor freiheitlichen Bestrebungen in der Studentenschaft erweckte ein ungeschicktes Spionirsystem, dem zahlreiche Opfer in Halle und Göttingen fielen. Unter Anderen wurde an letzterem Orte ein Studiosus Westphal ganz plötzlich wegen angeblicher verbrecherischer Umtriebe aufgegriffen und ins Gefängniß nach Cassel transportirt; er erlangte erst auf Verwendung des preußischen Gesandten die Freiheit wieder. Auch auf Jean Paul fahndete man, nachdem er aus Halle vor der hohen Polizei geflüchtet war. Die Klagen des alten Heyne über die veränderten Zustände kennen wir. So mag denn auch für Friedrich August Wolf nicht bloß der Geldpunkt entscheidend gewesen sein, als er zu verstehen gab, daß er nicht gewillt sei, die Professur Heyne's, der 1811 gestorben war, in Göttingen zu übernehmen. Reinhard schreibt über ihn an Goethe am 5. März 1813: „Da die magnifike Berliner Universität ihm 3000 Thlr. trägt, während in Göttingen das Maximum nur auf 5—6000 Francs steigt, so hat man nicht gewagt, ihm Anträge zu machen. Uebrigens ist Manches von Heyne's Stelle schon in Münze ausgegeben; auch glaubt man, man würde an Wolf nur seinen Ruf, nicht aber seine Thätigkeit für Göttingen gewinnen."

Von der niedrigen Schmeichelei gegenüber dem König Jerome, deren sich damals sehr viele Professoren bedienten, haben wir schon Proben erhalten. Bei jeder Gelegenheit wurde der Landesherr in überschwenglichen Ausdrücken gepriesen. Professor Mitscherlich in Göttingen feierte ihn an seinem Geburtstage 1810 als den „zweiten Stifter" der Universität. Als am 3. September 1811 die marmorne Büste Jeromes im großen Auditorium zu Marburg aufgestellt wurde, erklärte Professor Bauer, der über die Vorzüge der Staatsverfassung und Verwaltung des Königreichs Westphalen

redete: „Unvergeßlich wird dieser Tag in den Annalen Marburgs sein.“

Der König hatte nämlich seine in Marmor gehauene Büste 1811 in sämmtliche Departements geschenkt; sie ward hier in den Hauptstädten unter großartigen Feierlichkeiten und den üblichen Lobreden in geeigneten Räumen, meist den Sälen der Präfektur, aufgestellt. Der Hauptstadt des Königreichs ward auch noch die Ehre zu Theil, ein Standbild des allgewaltigen Protektors desselben aufzunehmen. Dasselbe war durch ein königliches Dekret vom 25. Februar 1810 beschlossen worden. Ursprünglich zur Ausführung in Bronze bestimmt, hatte es dann Chaudet nach seinem eignen Modell im Palais des gesetzgebenden Körpers in Paris in Stein gemeißelt.*) Es wurde auf dem Königsplatz vor dem in der Mitte desselben befindlichen Springbrunnen aufgestellt. Die Enthüllung am 12. November 1812 gestaltete sich zu einer großartigen Feier der Residenz, an der die Spitzen der Staats- und Kommunalbehörden theilnahmen. Die Nationalgarde hatte in weitem Kreise um das Denkmal Aufstellung genommen. Festessen beschlossen die Feier. Minister Wolfradt feierte den Kaiser als den Gründer des Staates, als den Gesetzgeber, der einzig mit dem Glück der überwundenen Völker beschäftigt sei. „Was für glänzende Hoffnungen knüpfen sich an diese erhabenen Züge! Um sein Werk zu vollenden und zu befestigen, hat er uns ein anderes Selbst, seinen geliebten Bruder, unseren tief verehrten Monarchen gegeben.“ Noch sei freilich die Zeit der Ernte nicht gekommen. Aber Jerome sei zum Heil Westphalens geboren, ihm würden Ordnung, Einigung und Ruhe verdankt!

Es war die Ruhe des Grabes, in dem die nationale Selbstständigkeit der im Königreich Westphalen vereinigten Deutschen gebettet war. Schwerer und immer schwerer lastete seit dem Jahre 1809 der Druck der Fremdherrschaft auf dem unglücklichen Lande. Wenn Reinhard am 16. Februar 1810 an Goethe schreibt: „Es geht nun bei uns einen recht hübschen und ziemlich ordentlichen Gang, und unsere Olla potrida von Königreich kann mit der Zeit ein recht schmackhaftes Gericht werden“, so straften ihn seine eignen amtlichen Berichte sehr bald Lügen. Damals freilich konnte auch Baron Leist

*) Vergl. Memoiren IV, 74 f., wodurch die Angabe Duncker's, Ztschr. für Hess. Gesch. N. F. IX 298 not., theilweise berichtigt wird.

in der beim Schlusse der Reichsstände gehaltenen Rede des Lobes kein Ende finden über das Glück, das dem verbesserungsuntüchtigen Deutschland durch „den Impuls von außen" gekommen war. Und dabei pries er, und das ja auch nicht mit Unrecht, die Reform der Gesetzgebung und des Gerichtswesens. „Aber der Verfassungsurkunde und des Napol. Codex ungeachtet, was und wie unendlich viel blieb nicht in Rücksicht der Gesetzgebung dem Eifer, der Thätigkeit, den Einsichten und der Weisheit unseres vielgeliebten Königs vorbehalten!" Freilich von nun an nahezu Alles, denn die Reichsstände wurden nach der Session im Jahre 1810 nicht wieder einberufen. Nach dem damals gemachten Versuch derselben, das Land vor übermäßigem Steuerdruck zu bewahren, hielt es Jerome in der Zukunft für besser, die Steuerschraube aus eigner Machtvollkommenheit stärker anzuspannen. Gelinde gesagt, war es in mehr als einer Hinsicht eine großartige Schönfärberei, daß Leist auch noch das durch „die einsichtsvolle und thätige Mitwirkung" der Reichsstände zu Stande gekommene Finanzsystem als auf den dauerhaftesten Grundlagen beruhend bezeichnet hatte.

Man darf jedoch Jerome die Anerkennung nicht versagen, daß er in gewissem Sinne ein offenes Auge für die von Tag zu Tag zunehmende finanzielle und wirthschaftliche Noth seines Königreichs hatte, und daß er bis zum letzten Augenblick durch energische Remonstrationen die namentlich mit der Aussicht auf den russischen Krieg und auf den Entscheidungskampf von 1813 sich stetig steigernden Auflagen, mit denen seine so schon hartbedrückten Unterthanen immer mehr überbürdet wurden, abzuwehren trachtete. Nur für seine Person wollte er sich keine Einschränkungen gefallen lassen. Aber mit allen Kräften hatte er der Einführung der Duanenlinien widerstrebt. War bei dieser Gelegenheit die Verletzung seiner persönlichen Eitelkeit durch Napoleon das Hauptmotiv seiner ablehnenden Haltung gewesen, er erwog doch auch, daß die Unterbrechung nahezu jeden Verkehrs mit dem Auslande seinem Reiche schwere Schädigungen bringen mußte. Und dazu kam noch die Willkür und Gewinnsucht der französischen Duanenbeamten, die sich diese bei der Beschlagnehmung der fremdländischen Waaren zu Schulden kommen ließen. Es sollen, wie Fürstenstein einmal in einer Beschwerde ausführt, Fälle vorgekommen sein, daß die Beamten die konfiszirten Waaren verkauften, um sie dann wieder zu konfisziren und aufs Neue zu verkaufen.

Im Juli 1811 war Reinhard speziell zu dem Zweck nach Braunschweig geschickt, um während der dortigen Sommermesse durch besondere Agenten den Handel mit verbotenen Waaren überwachen zu lassen. Alle englischen Ursprungs mußten beschlagnahmt werden, auch ohne Rücksicht darauf, daß sie ein preußisches Certifikat trugen. In Folge des Dekrets vom 26. September 1810 loderten bald aller Orten in Marburg, Cassel, Hannover, Halberstadt die Scheiterhaufen auf, auf denen die ausländischen Waaren öffentlich verbrannt wurden.

Weit empfindlicher aber als die Kontinentalsperre traf gerade die nördlichen Gegenden des Königreichs die seit 1810 bedeutend vergrößerte Militärlast. Die französischen Generäle, besonders der Marschall Davout, bemühten sich, dieselbe durch eine beispiellose Härte und förmliche Brutalität, die sie an den Tag legten, noch drückender zu machen. Braunschweig wurde davon schwer betroffen. Schon bei früheren Gelegenheiten, unter anderen bei der Ermordung eines französischen Kapitäns Gagnemaille im Jahre 1811, sollte die Feindseligkeit der städtischen Bevölkerung gegen die Franzosen offen zu Tage getreten sein. Die Stadt, deren gute Gesinnung Reinhard von früher her aus eigner Anschauung kannte, und die er nicht genug zu loben wußte, bezeichnete er später als das westphälische Moskau. Der Umschwung in der Stimmung hing auch hier zweifellos mit der allgemeinen Bedrückung zusammen. Da kam es denn Ende Januar 1812 zwischen den Soldaten des von Davout als Ehrenwache für den auf der Durchreise erwarteten Kaiser zurückgelassenen französischen Detachements und Angehörigen eines westphälischen Regiments zu einer Schlägerei, bei welcher der westphälische Oberst hatte Generalmarsch schlagen lassen. Weil das in Braunschweig auch im Falle einer Feuersbrunst geschah, waren die Einwohner ebenfalls auf die Straßen geeilt, und der auf solche Weise angesammelte Janhagel ließ es sich einfallen, die französischen Offiziere mit Schneebällen zu bewerfen. Der Fürst von Eckmühl glaubte nun ein Exempel statuiren zu sollen und dekretirte auf die Meldung von den Vorgängen, daß sofort 5000 Mann und 1100 Pferde als Exekutionstruppen von Magdeburg nach Braunschweig verlegt würden, und daß eine französische Militärkommission zur Bestrafung der Uebelthäter eingesetzt werde. Dank jedoch den sofortigen energischen Maßregeln Jeromes wurde das verhütet. Dieser sandte seinerseits alsbald den

General von Ochs nach Braunschweig behufs Bildung einer westphälischen Kommission. Außerdem wurde der Präfekt Henneberg, dessen Unentschiedenheit man die Exzesse zuschrieb, durch den Präfekten des Fuldadepartements, von Reimann, ersetzt, so daß schon nach wenigen Tagen Davout in die Zurückziehung des einen französischen Regiments, das bereits einmarschirt war, einwilligte, trotzdem der Kaiser seine harten Maßregeln von vornherein gebilligt hatte. Freilich erwuchsen der Stadt auch so schon empfindliche Nachtheile, denn gerade während der Hauptwoche der Braunschweiger Messe hatten auf Befehl Davout's die Thore der Stadt geschlossen gehalten werden müssen.

Furchtbar aber hatten Hannover und Magdeburg durch die andauernde französische Einquartierung gelitten. Ein nur einigermaßen wohlhabender Bürger in Hannover mußte schon für den Unterhalt der ihm zugewiesenen Soldaten allein monatlich 3—400 Francs aufwenden, während in Magdeburg von der Besatzung von 12000 Mann 7000 beständig der Einwohnerschaft zur Last lagen, gegen eine unter den damaligen Umständen gar nicht in Betracht kommende Vergütung von 25 Centimes auf den Kopf und für den Tag. Dazu hatte Hannover den Verlust der Vortheile einer Residenzstadt zu beklagen, Magdeburg, daß es in Folge des Duanengesetzes seine Bedeutung als Handelsstadt völlig eingebüßt hatte. Daher auch der geheime Widerstand des Präfekten des Elbdepartements gegen alle Maßnahmen des kaiserlichen Kommissars der Niederlage der Kolonialwaaren in Magdeburg, der diesen schließlich im Juli 1811 zu offenen Beschwerden in Paris veranlaßte, die zur Folge hatten, daß der Graf von Schulenburg-Embden auf Reinhard's Vorstellungen hin suspendirt und nachher, wie wir sahen, durch Bercagny ersetzt wurde. Wie weit der Wohlstand in Hannover zurückgegangen war, beweist der Umstand, daß Leute, die vorher ein Vermögen von 400000 Francs besessen hatten, sich jetzt, wie Reinhard selbst zugeben muß, genöthigt sahen, ihr Leinen und ihre Bettwäsche zu v erkaufen um den kärglichsten Lebensunterhalt zu beschaffen. Häuser, die sonst einen Werth von 40000 Francs hatten, wurden für 6000 los geschlagen. Viele Hauseigenthümer, in Magdeburg sowohl wie in Hannover, verließen einfach ihr Besitzthum, weil sie die übermäßigen Steuern nicht mehr aufbringen konnten. Und zudem hatte die Niederlegung der Vorstädte in Magdeburg viele Einwohner obdachlos gemacht,

die vergeblich auf Entschädigung von Seiten der westphälischen Regierung warteten, so daß Reinhard diese ausdrücklich noch Bercagny's Fürsorge bei Antritt seines neuen Amtes empfehlen zu sollen glaubte.

Handel und Industrie lagen vollständig darnieder. Wohl gewährte man einzelnen Zweigen, so der Rübenzuckerfabrikation in Magdeburg und Halle, Unterstützung, aber den allgemeinen Nothstand konnte sie ganz und gar nicht heben, wenngleich der Moniteur in seinem pomphaften Stil behauptete, daß die Erfindung des Rübenzuckers an den Ufern der Themse eine größere Bestürzung erregt habe, als die Nachricht von der Zerstörung eines Geschwaders je hervorzubringen vermocht hatte. „Die zahlreichen Aufmunterungen, welche der König den Fabriken in seinen Staaten bewilligt, müssen den Eifer derselben, um dessen Allerhöchsten liberalen Absichten zu entsprechen, verdoppeln." Aber was man auf der einen Seite gab, nahm man auf der anderen zwei- und dreifach, und so war natürlich von dem Eifer, sich auf neue Unternehmen einzulassen, nirgends etwas zu spüren. Selbst in Cassel, das als Residenz des Hofes ohne Zweifel noch am günstigsten von allen Städten Westphalens gestellt war, hatte Jeromes Aufforderung zu privater Bauthätigkeit, um der hier recht empfindlichen Wohnungsnoth abzuhelfen, nichts gefruchtet, trotzdem den Eigenthümern sowohl wie den Besitzern von neuerbauten Häusern durch Dekret vom 12. März 1810 auf 10 Jahre hinaus Befreiung von der Grundsteuer zugesichert worden war.

Das Zutrauen in den Bestand des Königreichs nahm von Tag zu Tag ab und dementsprechend wuchs die Mißstimmung der Bevölkerung. Sie offenbarte sich stärker mit der Aussicht auf neue kriegerische Verwickelungen. Der preußische Gesandte in Cassel berichtet uns aus dem Dezember 1811, daß man am Hofe aus Furcht vor Ausbrüchen der Unzufriedenheit der Unterthanen jede Nacht drei gesattelte und aufgezäumte Pferde für Jerome und 6 für den Wagen seiner Gemahlin, ferner ein Piket der Garde zum Schutz des Königspaares in Bereitschaft hielt. Jerome schildert den Zustand des Königreichs am 5. Dezember 1811 mit folgenden Worten: „Die Gährung ist auf dem Höhepunkt, man nährt die kühnsten Hoffnungen und hegt sie mit Begeisterung, man hält sich das Beispiel Spaniens vor, und wenn der Krieg ausbricht, werden alle Gegenden zwischen Rhein und Oder den Heerd einer allgemeinen Insurrektion

bilden." Dann auf den Ursprung derselben eingehend, führt er aus: „Die Hauptursache dieser gefährlichen Bewegungen ist nicht allein der Haß gegen die Franzosen und der Unwille gegen das Joch der Fremdherrschaft, sie liegt noch weit mehr in den unglücklichen Zeiten, in dem gänzlichen Ruin aller Klassen, in dem übermäßigen Druck, den die Abgaben, die Kriegskontributionen, der Unterhalt der Truppen, die Durchzüge der Soldaten und die unausgesetzt sich wiederholenden Belästigungen aller Art ausüben. Es sind Ausbrüche der Verzweiflung von den Völkern zu besorgen, die nichts mehr zu verlieren haben, weil man ihnen Alles genommen hat." Das gesteht der Bruder des großen Völkerbeglückers selbst ein! Und doch ließ sich in den nächsten zwei Jahren immer noch etwas aus der verzweiflungsvollen deutschen Bevölkerung herauspressen, immer neue Wege fand man zur Beschaffung von Geldmitteln, war darüber auch schon längst die Konstitution, die man einst den in dem Königreich Westphalen vereinigten deutschen Ländern als das kostbarste Geschenk, als das heiligste Vermächtniß des einzigen Friedenbringers hingestellt hatte, zu Grunde gegangen.

Während der Abwesenheit des Königs in Rußland befürchtete man aufs Neue Volkserhebungen; Bongars wollte die Gewißheit haben, daß Dörnberg als polnischer Jude verkleidet wieder im Lande und zwar in der Werragegend sei. Die Lebensmittelnoth, die hier im Frühjahr 1812 sich fühlbar machte, und die Aussicht auf eine schlechte Kartoffelernte hatten in diesen Strichen die Erregung der Gemüther mächtig gesteigert.

Aber das Maß der Leiden mußte erst voll werden. Als der Kredit des Staates und das Vertrauen in das französische Regiment gänzlich geschwunden waren, nachdem die Bevölkerung auch ihr letztes Hab und Gut für die neuen Kriegsrüstungen hatte beisteuern müssen, da erst nahte der Tag der Befreiung durch die Verbündeten des Ostens. Der Aufruf König Friedrich Wilhelms III. an sein Volk fand in Westphalen, das viele seiner ehemaligen getreuen Unterthanen barg, einen mächtigen Wiederhall. Endlich kam für Preußen die Stunde der Wiedervergeltung auch für alles das, was es von der Eifersucht und Mißgunst des feindlichen Nachbars in den verflossenen Jahren zu leiden gehabt hatte.

Neunter Abschnitt.

Das Ende. 1813.

Die Besorgniß, daß er sich eines Tages doch einmal eines Angriffes von Seiten Preußens zu versehen haben könnte, hielt bei Jerome gleichen Schritt mit dem Verlangen, sein Königreich auf Kosten dieses Staates derart zu vergrößern, daß er demselben für die Zukunft durchaus überlegen wäre. Welch herausfordernden Ton er bei Gelegenheit des Schill'schen Zuges König Friedrich Wilhelm III. gegenüber anschlug, hörten wir oben. Noch am 6. Juli 1809 hatte er aus Chemnitz während der sächsischen Kampagne durch einen besonderen Kourier alarmirende Nachrichten über Berlin und Königsberg an Napoleon gesandt. Aber Preußen that ihm einstweilen den Gefallen nicht, seine Existenz aufs Neue voreilig aufs Spiel zu setzen. So mußte sich denn der König von Westphalen zur Anbahnung eines nachbarlichen Verhältnisses mit dem preußischen Staate bequemen. Bemerkt zu werden verdient, daß im ersten Almanach des Königreichs Westphalen von 1810 Preußen noch hinter die Rheinbundstaaten und Holland gesetzt war.

Der Berliner Hof war seit dem August 1810 durch den Baron Senfft von Pilsach in Cassel vertreten, der am 26. d. M. zugleich mit dem abgehenden Küster von Jerome in Audienz empfangen war. Reinhard berichtet über Senfft im April 1812: „Dem Minister von Preußen fehlt es weder an Erfahrung noch an diplomatischem Takt. Er zeigt stets ein honigsüßes Gesicht, aber es gab eine Zeit, wo er als händelsuchender Mensch galt. Das Unglück seiner Regierung hat ihn bescheiden gemacht. Durch seine peinliche Sparsamkeit, die seltsam mit seinem bisweilen prahlerischen Auftreten kontrastirt,

macht er sich lächerlich." Uebrigens wußte sich Senfft mit dem Minister Frankreichs in Cassel recht gut zu stellen. Hingegen läßt ihm der König von Preußen mehrfach seine Unzufriedenheit über sein Verhalten ausdrücken. Bald hatte er sein Land der westphälischen Regierung gegenüber nicht energisch genug vertreten, bald einzelnen politischen Begebenheiten nicht die gewünschte Aufmerksamkeit gewidmet. Linden schreibt schon 1810 aus Berlin, daß man Senfft sicher pensioniren würde, wenn man nicht die doppelten Kosten scheute; so unzufrieden sei man mit ihm.

Die Auseinandersetzung wegen des streitigen Gebietes um Magdeburg und der Schulden der abgetretenen preußischen Landestheile, wollte gar nicht recht in Fluß gerathen. Die kommerziellen Maßregeln Westphalens Preußen gegenüber gaben Veranlassung zu vielfachen Reibereien. Erst nach jährigen Verhandlungen kam am 11. Juni 1811 die Konvention zwischen beiden Reichen zum Zwecke der Einsetzung einer Liquidationskommission der gegenseitigen Forderungen zu Stande, und dieser folgte am 24. Juni die Uebereinkunft wegen Auslieferung von Vagabunden und Landstreichern. Jerome wünschte auch wegen der massenhaften Desertionen aus Westphalen nach Preußen einen Kartellvertrag behufs Auslieferung der Deserteure zu schließen, aber so oft auch Senfft gegenüber dieser Antrag zur Sprache gebracht wurde, und trotzdem man des französischen Ministers Fürsprache in die Wagschale zu werfen suchte, preußischerseits zeigte man sich im wohlverstandenen eignen Interesse stets abgeneigt, darauf einzugehen. Nur soviel gab man zu, daß die westphälischen Amnestieerlasse für Deserteure in preußischen Zeitungen veröffentlicht wurden. Die westphälische Regierung sann auf Rache, ein Versuch, der aber kläglich und ungeschickt genug ausfiel. Im Januar 1812 nämlich mußte Linden Briefe, die in Cassel von der Polizei fabrizirt waren, und in denen zur Desertion aufgefordert wurde, an westphälische Soldaten auf die Post in Berlin geben. Die Adressaten aber, die Falle merkend, lieferten die Schreiben an ihre Vorgesetzten ab. Senfft unterrichtete Reinhard sofort von diesem Intriguenspiel. Daß aber Linden noch die Unverschämtheit besaß, wegen dieser Briefe bei Hardenberg Vorstellungen zu erheben, rief naturgemäß den lebhaftesten Unwillen König Friedrich Wilhelms III. hervor, der einfach durch seinen Minister die Vorzeigung der Originale fordern ließ. Und

Fürstenstein entblödete sich nicht, Reinhard vorzulügen, dieselben seien wirklich nach Berlin geschickt. Hinterher entschuldigte man sich dann damit, Jerome sei selber durch den Betrug getäuscht worden.

Vor allem aber war man am westphälischen Hofe ungehalten darüber, daß Preußen durch seine nachgiebige Haltung im bevorstehenden russischen Kriege die langgehegten Eroberungsgelüste wieder einmal durchkreuzte. In ihren Memoiren hatte die Königin noch im September 1811 die leise Hoffnung ausgesprochen, daß sich der verhaßte Nachbar doch zu unbesonnenen Schritten hinreißen lassen würde. Die Allianz, welche am 24. Februar 1812 zwischen Frankreich und Preußen geschlossen war, rief eine förmliche Bestürzung in Cassel hervor. So glaubte man denn seine Augen wieder nach einer anderen Richtung wenden zu sollen. Als die Nachrichten von dem siegreichen Vordringen des Kaisers in Rußland im September eintrafen, hielt man den Zeitpunkt schon für gekommen, seine Wünsche gehörigen Ortes vorzubringen. „Die glorreichen Erfolge S. K. M.", schreibt Fürstenstein am 28. September 1812 an Bassano, „scheinen demnächst einen Frieden herbeiführen zu sollen, der die Ruhe des Kontinents für lange Zeit feststellen wird." Das Schicksal der verschiedenen europäischen Mächte werde nunmehr definitiv bestimmt werden und dabei auch der Rheinbund die Aufmerksamkeit des Kaisers in Anspruch nehmen, zumal in Folge der mehrfachen Aenderungen, die er seit seiner Schöpfung erhalten, eine Neugestaltung nöthig geworden sei. Bei dieser Gelegenheit hoffe der König auch für all die Opfer, die er im Interesse der Politik des Kaisers gebracht habe, entschädigt zu werden. „Westphalen bedarf noch der letzten Hand seines Schöpfers." Die verschiedenen Enklaven und Grenzgebiete, Waldeck, Lippe, Anhalt, Schwarzburg und die sächsischen Herzogthümer verhinderten die Centralisation der Regierung des Königreichs; es wird daher deren Einverleibung aufs Neue in Vorschlag gebracht.

Aber es kam anders. Die Vernichtung der großen Armee auf den Eisfeldern Rußlands bereitete die Erhebung Preußens und Deutschlands vor. Man hätte es auch am Casseler Hofe gern gesehen, wenn das York'sche Korps ebenfalls von dem Schicksal der westphälischen und der übrigen rheinbündischen Truppen betroffen worden wäre. Die Kapitulation von Tauroggen erregte hier begreiflicher Weise ziemliche Sensation. Napoleon hatte nur zu recht

gehabt, als er am 23. Dezember 1812 unmittelbar nach seiner fluchtartigen Rückkehr aus Rußland an Jerome schrieb: „Alles scheint auf eine entscheidende Wendung für das kommende Frühjahr hinzudeuten!“

Damit war für Westphalen zugleich das Signal zu neuen Rüstungen gegeben, die von dem Lande noch einmal die schwersten Opfer forderten. „Lassen Sie mich wissen“, schloß der Kaiser gleich an die obige Bemerkung an, „was Sie zur Neubildung Ihrer Kadres gethan haben, in wie weit Sie zur Kompletirung Ihrer Artillerie und Kavallerie beitragen können, was Sie für die Verproviantirung und Armirung von Magdeburg aufzubringen im Stande sind“. Doch im weiteren Verlauf des Krieges fragten Napoleon und seine Generäle schon nicht mehr, was Westphalen noch wirklich zu leisten in der Lage war; die von den Unterthanen des Königs Jerome aufzubringenden Lieferungen wurden einfach ausgeschrieben und im Falle der Nichtgewährung mit dem Exekutionswege gedroht. Und dabei fiel dem Lande außer der Verproviantirung von Magdeburg aufs Neue der gesammte Unterhalt der zahlreich durchmarschirenden und in demselben Stellung nehmenden französischen Truppen zur Last, während gleichzeitig die gänzliche Neuformirung der westphälischen Armee nöthig geworden war. Denn von den nach Rußland ausgerückten 23 000 Mann waren nur 280 Offiziere und 2000 Mann wieder in die Heimath zurückgekehrt, das Kriegsmaterial, Gewehre und Kanonen nahezu völlig vernichtet.

Napoleon erläuterte unter dem 24. Januar 1813 die Lieferungen für Magdeburg des Näheren; die Festung sei bis zum 1. März mit Lebensmitteln und Fourage für 15 000 Mann und 2000 Pferde auf ein Jahr zu versehen. Davon sollte Frankreich die Hälfte der Kosten tragen. Vergeblich sträubte sich Jerome dagegen, zu diesem Zwecke den Weg der Requisition einschlagen zu sollen. Napoleon antwortete auf seine Vorstellungen am 12. März in längerer Auseinandersetzung, daß ein solches Verfahren einmal Kriegsbrauch sei; gleichzeitig spielte er wiederum den Eifer der übrigen Rheinbundstaaten gegenüber dem Westphalens aus. Bereits hatte denn auch ein königliches Dekret vom 15. Februar 1813 die Verproviantirung von Magdeburg verfügt; das erforderliche Getreide sollte in natura geliefert werden. Ein anderes Dekret vom 20. März schrieb eine

außerordentliche Steuer für Kriegszwecke aus, nämlich die Hälfte der Personalsteuer eines Jahres mehr, desgleichen den halben Satz der letzten gezwungenen Anleihe, ferner $^1/_{20}$ des Gehaltes von 2500 Francs an aufwärts und von dem Einkommen von Gemeinden und Etablissements von 10 000 Francs Kapitalwerth und höher, Quoten, die in 5 Terminen vom 25. April bis zum Jahresschluß eingezogen werden sollten. Dazu kamen noch Zuschläge von je 12 und je 5 Centimes auf den Franc Personalsteuer zur Verpflegung der französischen Truppen. Aber das Land war schon zu erschöpft durch die bisherige systematische Aussaugung; die Kassen blieben leer, es ging nichts ein. Der Ertrag der gesammten Einnahmen für die erste Hälfte März überstieg noch nicht 500 000 Francs. Die Leute würden sich lieber erschießen lassen als ihr letztes Stückchen Brot hergeben, äußerte Jerome zu Reinhard. In förmlicher Verzweiflung schrieb er daher ein über das andere Mal an Napoleon um eine Geldunterstützung. An Mehraufwand für die französischen Truppen in dem Jahre 1812 beanspruchte Westphalen gegen 2 resp. 4 Millionen. Vorläufig erhielt der König im April als Abschlag eine Summe von 500 000 Francs angewiesen, wovon aber im Juni nur die Hälfte ausgezahlt wurde. Malchus' persönliche Vorträge über die Finanzlage bei Napoleon in Mainz im April 1813 hatten ebensowenig Erfolg, so sehr dieser auch dem Kaiser durch sein energisches Auftreten zu imponiren suchte.

Inzwischen aber waren schon Anfangs März feindliche Streifkorps von Russen und Preußen unterhalb Magdeburgs über die Elbe gesetzt und begannen von hier aus in raschen und mit beispielloser Kühnheit ausgeführten Reiterangriffen Westphalen und das französische Gebiet an der Nordsee zu beunruhigen. Als erste Beute des Königreichs Westphalen war bereits am 27. Februar der Gesandte Jeromes in Berlin, Baron von Linden, mit dem früher ebenfalls in Westphalen thätigen französischen Legationssekretär Lefevre in Baumgartenbrück an der Havel südwestlich von Potsdam den Russen in die Hände gefallen. Er wurde im Mai in das Innere von Rußland transportirt. Am 16. März erließ der russische General Wittgenstein, der zum Oberbefehlshaber der verbündeten preußischen und russischen Kriegsmacht in den Marken ernannt war, einen Aufruf an die Bewohner Westphalens. Um sich nicht den Anschein zu

geben, als erkenne man ein Königreich Westphalen überhaupt an, wurden, indem man dessen Bewohner zur Erhebung gegen die Franzosen aufforderte, gerade nicht zum Vortheil der Bündigkeit des Aufrufs, alle 26 ehemaligen Gebiete namhaft gemacht, aus denen es zusammengesetzt war. Im April richtete Friedrich Wilhelm III. an seine früheren Unterthanen jenseit der Elbe in seiner biederen Art ermahnende Worte, die darin gipfelten: „Ergreift das Schwert, bildet Eure Landwehr und Euren Landsturm nach dem Vorbild Eurer hochherzigen Brüder, die ich mit gerechtem Stolze meine Unterthanen nenne."

Doch das wäre nur möglich gewesen, wenn sich in den einzelnen Gegenden einflußreiche Persönlichkeiten gefunden hätten, die Muth und Ansehen genug besaßen, die Organisation der Volksbewaffnung kräftig durchzuführen. Und auch dann würde die Anwesenheit des französischen Militärs im Lande und der vorläufige Bestand des westphälischen Regiments immer noch ein großes Hinderniß geblieben sein für eine wirksame Erhebung der Bevölkerung. Denn die russischen und preußischen Reiterschaaren waren meist ebenso schnell verschwunden, wie sie erschienen waren, und nach deren Abzug drohte den Aufständischen die furchtbare Rache der Franzosen. Die Grausamkeit, mit der die Gegenden der Nieder-Elbe und Weser, besonders die Einwohner von Lüneburg, durch die französischen Generäle Vandamme, Davout u. A. für ihren Anschluß an die Russen und Preußen unter Tettenborn, Wittgenstein, Czernitscheff und Dörnberg bestraft wurden, mochte von vornherein an anderen Orten niederschlagend wirken. Die Proklamation des Vizekönigs Eugen vom 4. April, der mit seinem Korps Magdeburg schützte, bedrohte Jeden mit dem Tode, der sich irgend einer Handlung, eines Briefwechsels oder irgend eines anderen Schrittes schuldig machen würde, die Feinde Frankreichs und seiner Verbündeten zu begünstigen.

Gerade aber aus den ehemals preußischen Gebieten, besonders dem Elb- und Saaledepartement, hatte man schon seit dem Jahre 1812 mannigfache Belege für die gewaltige Gährung, die unter der Bevölkerung gegen das westphälische Gouvernement bestand. Der Kommissar der geheimen Polizei in Tangermünde berichtet am 18. Februar 1812, daß man sich dort vielfach Arndt's Schriften „Europa und Germanien" und den „Geist der Zeit" aus

dem Preußischen zu verschaffen gewußt habe; sie seien in allen Bibliotheken zu haben. Und ebenso aus dem Saaledepartement wußten die Polizeioffizianten verschiedene Persönlichkeiten als verdächtig zu denunziren. Von einem Fabrikant Dilley aus Halle wurde schon im November 1811 gemeldet, daß er die Kupfer des Herzogs von Oels, Schill's und anderer „Konspirateurs" habe stechen und in Hannover auf den Markt bringen lassen. Strenge Theaterzensur handhabte man in Halle und Halberstadt; die Aufführung einzelner Stücke von Kotzebue und auch von Schiller wurde untersagt, „wegen ihrer schädlichen Anspielung auf den öffentlichen Geist". „Die Zeiten" von Professor von Voß in Halle erhielten im April 1812 durch Bongars zunächst ein Verbot auf einen Monat; ihr Herausgeber sollte polizeilich überwacht werden.

Mit der Ankunft der Verbündeten kam es daher in diesen Gegenden auch hier und da sofort zu offenem Abfall. Davout berichtet unter dem 9. Mai an Berthier*): „Ueberall habe ich gefunden, daß unsere Feinde mit Begeisterung aufgenommen worden sind, und daß von Einwohnern sowohl wie von Behörden die westphälische Kokarde herabgerissen, mit Füßen getreten und durch die preußische ersetzt worden ist." Die westphälischen Behörden seien, wie man aus aufgefangenen Briefen genau wisse, durch einen „Insurrektionschef des Landes Braunschweig" und andere Leute, welche den Untergang der Franzosen wünschten, auf die kommenden Ereignisse vorbereitet. Celle sei von Bourcier auf die ausgesprengte Nachricht hin geräumt, daß 8000 Russen im Anmarsch seien; die Einwohner hätten dann den Feind, der aber bei weitem nicht so stark war, selbst herangeführt. Halle war von Bülow am 2. Mai erobert worden, mußte jedoch bald darauf wieder aufgegeben werden. Der Maire der Kommune Poplitz bei Halle, ein Herr von Krosigk, der preußischer Offizier gewesen war, ging im Juni offen zum Feinde über, unbekümmert um die Gefahr der Konfiskation seiner Güter, die in Westphalen lagen.

Die persönliche Anwesenheit des gewaltigen Imperators übte freilich an einzelnen Orten den alten Zauber aus. Der Kantonmaire Kleemann zu Cönnern berichtet, daß Napoleon daselbst am

*) Correspondance du maréchal Davout etc. par Ch. de Mazade. Paris 1885, tom. IV, 84.

14. Juli, Abends 1/26 Uhr, unter lautem Jubel des Volkes und des Militärs angekommen sei. Der Kaiser war in das Haus dieses Maires getreten und hatte sich sehr gnädig gezeigt. Um 8 Uhr wurde die Reise fortgesetzt. „Bei der Abreise wurde ein allgemeiner Ausbruch der Freude über die Zufriedenheit S. K. M. mit uns eine nothwendige Folge, und wird übrigens dieser Tag für Cönnern immer höchst merkwürdig und rückerinnernd sein."

Seinen Unwillen über das Verhalten der Einwohner und Studenten von Halle, die die Preußen mit Jubel empfangen und sich ihnen schaarenweise angeschlossen hatten, hatte Napoleon während seines Aufenthaltes daselbst am 13. Juli gegenüber den Behörden der Stadt und den Vorstehern der Universität offenen Ausdruck gegeben. Er werde, hatte er gedroht, eine Anzahl Bürger erschießen lassen, der Stadt eine starke Kontribution auferlegen, 15000 Mann Soldaten dort einquartieren, und wenn sich dann der Geist der Bevölkerung noch nicht bessern sollte, den Befehl geben, die Stadt an allen 4 Ecken anzuzünden. Die Studenten, die es wagten, gegen ihn die Waffen zu ergreifen, werde er verjagen, und deren Lehrer sämmtlich absetzen, wie er es schon einmal gethan habe.

In der That wurde durch Dekret König Jeromes vom 15. Juli 1813 die Universität wegen ihres Betragens „bei den in der Nachbarschaft der Stadt vorgefallenen Ereignissen und des mit einem wissenschaftlichen Vereine so wenig verträglichen Geistes aufgehoben". Die Einkünfte, die Bibliothek, welche einstweilen geschlossen und unter Siegel gelegt wurde, und eventuell auch die Professoren, sollten auf Marburg und Göttingen vertheilt werden.*) Vor der Uebersiedelung der Studenten aber auf eine andere westphälische Universität suchte man sich zu schützen. Am 3. August bittet der Polizeikommissar Mertens in Göttingen seinen Kollegen in Halberstadt, ihm die verdächtigen Hallenser Studenten zu bezeichnen, die möglicher Weise nach dort kommen wollten. Im Mai des Jahres rühmt der Moniteur noch die Ruhe in Göttingen. Mitten in dem im ganzen übrigen Deutschland wiederhallenden Waffengetöse folge man hier unter dem Schutze eines mächtigen Armes und in der größten Stille

*) Vergl. hierüber Dittenberger: De universitatis Halensis rebus inde ab anno 1806, usque ad annum 1814, S. IX im Vorlesungsverzeichniß der Universität Halle für das Wintersemester 1887/88.

dem gewöhnlichen Laufe der Arbeiten. Der Semesterwechsel sei ohne Störung vor sich gegangen; über 100 neue Studenten seien angekommen.

Man vermochte jedoch auch hier die hochfluthende Begeisterung für die nationale Sache, die gerade die Herzen der deutschen akademischen Jugend damals durchbebte, nicht auf die Dauer einzudämmen. Der Präfekt des Leinedepartements berichtet aus dem Oktober 1813, daß die Studenten allerhand Unfug in Göttingen trieben, so daß er sich veranlaßt gesehen, den Befehl zu geben, die Thore der Stadt um 10 Uhr Abends zu schließen.

Ueber die Zustände und die Stimmung der Bevölkerung im Leinedepartement bei Annäherung der feindlichen Armeen sind wir etwas ausführlicher durch Akten der dortigen Präfektur unterrichtet. Im April schreibt der Minister des Inneren an den Präfekten Delius: „Der König ist davon benachrichtigt, daß Uebelgesinnte, um Unruhen zu stiften und die Gemüther zu entmuthigen, das Gerücht von Seinem demnächstigen Abzug aus der Hauptstadt und sogar dem Königreich verbreiten. S. M. beauftragt mich, diese alarmirenden Neuigkeiten zu dementiren. Es ist Sein Wille, daß Sie darüber die Bewohner Ihres Departements beruhigen.“ Jetzt, da sich die westphälischen und die heranmarschirenden französischen Truppen anschickten, den Feind aus dem Lande zu treiben, denke der König an keinen Rückzug. „Der König wird weder seine Hauptstadt, noch seine getreuen Unterthanen verlassen; er wird fortfahren, über sie zu wachen und sie zu schützen.“ . . . Aber bereits hatte sich der Feind am 18. April in der Nachbarschaft, im Harzdepartement, gezeigt. Doch konnte der Präfekt noch am 21. April seiner Regierung mittheilen, daß die Einwohner seines Departements sich durchweg ruhig verhielten, während aus benachbarten Departements gemeldet werde, daß einzelne Beamte ihre Posten verlassen hätten. Die Stadt Nordheim soll sogar zu Ehren der zu ihrem Schutz herbeieilenden französischen Regimenter illuminirt haben, nicht, wie es geheißen, zur Begrüßung der erwarteten Russen.

Längs der Weser traf man Vorkehrungen, dem Feinde den Uebergang über diesen Fluß durch Wegschaffung resp. Vernichtung aller Kähne und Fähren von Höxter bis Minden zu erschweren. Zunächst aber wurden dadurch nur die Anwohner dieses Flusses aufs

empfindlichste geschädigt, denn die Duanenbeamten, die diese Maßregel auszuführen hatten, benutzten dieselbe zugleich, um Geld von den Leuten zu erpressen. Gegen Darreichung von Geschenken hatten sie an einzelnen Orten die Benutzung der Fähren wieder gestattet. Schließlich wurden sie auch an andern Orten wieder freigegeben, die Lokalbehörden aber persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß man sie nicht von den Feinden mißbrauchen lasse.

Aber die Unruhen nahmen doch auch im Leinedepartement mehr und mehr zu, so daß der Präfekt Delius in einer Verfügung vom 5. Oktober eingehende Verhaltungsmaßregeln anzugeben sich genöthigt sah. „Viele Deserteurs, Versprengte und Vagabunden, welche den Namen von Soldaten zu ihrem strafbaren Unternehmen mißbrauchen, beunruhigen die Einwohner des Departements. Unruhige, dem Pöbel angehörige Menschen, denen nie mit gesetzlicher Ordnung gedient ist, scheinen in mehreren Gemeinden die jetzigen Umstände zur Befriedigung ihrer höchst gefährlichen Leidenschaften benutzen zu wollen." Da keine Gendarmerie mehr vorhanden, müßten die Einwohner selbst für Ruhe und Sicherheit sorgen, und es werden daher die Maires aufgefordert, in den Dörfern Tag- und Nachtpatrouillen anzuordnen und in den Städten die Bürgergarden einzurichten. Zum Dienst seien sämmtliche Hauseigenthümer und die Königlichen Beamten aller Klassen, besonders Forst- und Steuerbeamten verpflichtet. Nach einem Appell an das Pflichtgefühl der Maires fährt er fort: „Nicht darum bin ich standhaft in der Wahrung meiner Administration geblieben, um Zeuge zu sein, wie gesetzlose Willkür die gute Ordnung ungestraft anfeindet. Ich werde mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften zur Erhaltung derselben wirken und zähle auf den treuen Beistand aller rechtlichen Einwohner, denen die Sicherheit ihrer Person und ihres Eigenthums am Herzen liegt. Es ist hier nicht von politischen Ansichten die Rede. Meine Forderungen beschränken sich auf dasjenige, was unter allen Umständen jedem Ruhe liebenden Bürger als höchstes Bedürfniß erscheinen muß." Schließlich fordert er die Prediger auf, ihren Einfluß geltend zu machen. Sie sollten auch seine Verordnung am nächsten Sonntag von der Kanzel herab verkünden.

Trotzdem kam es aller Orten, in Silberborn, Rühle, Bodenwerder u. a. zu tumultuarischen Auftritten. Am 19. Oktober erklärte

der Kantonsmaire von Grone und Weende dem Präfekten einfach: „Wenn Sie hier nicht zu helfen wissen, weiß ich nicht, wie es mit den Geschäften ferner werden soll.“ In Göttingen war den Vorschriften des Präfekten gemäß die Bürgergarde formirt. Zu ihr wurden, wie es scheint, nicht ohne Widerstreben auch die Universitätsprofessoren herangezogen, dagegen waren Studenten prinzipiell ausgeschlossen.

In der Hauptstadt des Königreichs war die Bürger- resp. Nationalgarde schon durch Dekret vom 1. Mai 1813 neu organisirt worden. Sie sollte aus drei Bataillonen Infanterie und einer Kompagnie zu Pferde bestehen. Alle tauglichen Einwohner der Stadt vom 20. bis 60. Jahr waren dienstpflichtig; es lag ihnen die Besetzung der Thore und Posten und die Unterhaltung geregelten Patrouillenganges außerhalb der Stadtmauern ob. Nachher, in der Zeit zwischen der ersten und zweiten Besetzung Cassels durch die Russen, sollte die Nationalgarde in die wirksamste Thätigkeit treten.

Der Hof Jeromes sah seit Beginn des Jahres 1813 den kommenden Ereignissen mit bangen Ahnungen entgegen. Bereits im Januar waren im Schlosse des Nachts Arbeiter thätig, um die werthvollsten Gegenstände zum Versandt fertig zu machen. Sie wurden im Frühjahr bei Annäherung des Feindes nach Frankreich transportirt. Die Aufstände im Großherzogthum Berg Anfangs Februar riefen ängstliche Besorgnisse in Cassel hervor. Ein Detachement von einigen 100 Mann wurde nach der Westgrenze des Königreichs geschickt, kam jedoch bald wieder zurück. In der Stadt waren Nachts doppelte Wachen ausgestellt, Patrouillen gingen beständig nach der Grenze und zwei Thore wurden fortwährend geschlossen gehalten. Die durchpassirenden westphälischen Truppen wurden aufs schärfste kontrollirt.

Nach außen hin suchte man dagegen seine Niedergeschlagenheit zu verbergen und besonders dem Vertreter Preußens, dem Legationsrath von Mettingh gegenüber, ließ man es sich angelegen sein, die Hülfsquellen Frankreichs und seiner Verbündeten als unerschöpflich hinzustellen. Bei der übertreibenden und prahlerischen Art, mit der man das that, fühlte man jedoch, wie Mettingh bemerkt, den Mangel an Vertrauen auf die Zukunft nur zu sehr heraus. Mettingh, früher in Königsberg, hatte Senfft, der im Dezember 1812 auf

unbestimmte Zeit auf Urlaub ging, trotz lebhaften Widerstrebens von diesem Zeitpunkt ab vertreten müssen. Seine Thätigkeit fand denn auch sehr bald eine starke Einschränkung, denn bereits im März 1813 war der Postverkehr zwischen Cassel und Berlin gänzlich unterbrochen. Am 20. April erhielt er von Hardenberg die Weisung, seine Pässe von der westphälischen Regierung zu verlangen, aber er ward nun als Geißel für Linden in Cassel zurückbehalten. Die Erbitterung gegen Preußen stieg in der Umgebung Jeromes von Tag zu Tag. Man behauptete hier nachher sogar, die Russen, welche den westphälischen Gesandten gefangen genommen hätten, seien verkleidete Preußen gewesen. Mettingh ward auf Schritt und Tritt beobachtet und gegen jeden Verkehr abgeschlossen. Aber die zahlreichen Anhänger Preußens in Cassel bekundeten ihm doch ihre Sympathien, trotzdem sie wußten, daß man sich ihm nicht ungestraft nähern durfte. Seiner Regierung vermochte er freilich direkt kaum noch irgendwie nützlich zu sein, da auch seine Korrespondenz aufs strengste überwacht wurde.

Die Proklamation Friedrich Wilhelms III. an seine früheren linkselbischen Unterthanen hatte auch der westphälische Moniteur mit einer abgeschwächten Nachahmung der Pariser Glossen dazu gebracht. Der Nürnberger Korrespondent, der sie im Wortlaut abgedruckt hatte, war in Westphalen beschlagnahmt worden.

Das Eintreffen der Russen vor Berlin und die völlige Räumung der Hauptstadt Preußens durch die Franzosen hatte zur Folge, daß Jerome jetzt durch Reinhard seinen Wunsch um so dringender wiederholen ließ, daß Napoleon der Königin Katharina gestatten möge, sich nach Frankreich zu begeben. Als er zum ersten Mal bei seinem Bruder darum gebeten hatte, hatte er dabei den Vorschlag gemacht, auch seinerseits Cassel verlassen zu wollen und sich in Magdeburg inzuschließen, um dieses wichtige Bollwerk Westphalens zu halten Die Abreise der Königin nach Frankreich hatte der Kaiser bereits unter dem 2. März zugestanden, aber erst für den Fall, daß der Kaiser Alexander oder der General Kutusoff, sei es in Berlin, sei es in Dresden eingezogen sein würden. Der Plan Jeromes bezüglich Magdeburgs hingegen wurde mit der Motivirung abgelehnt, in einem Monat würde der Feind doch wie weggeblasen sein. Nun reiste die Königin aber schon am 9. März von Cassel ab, ohne daß bereits das Gros der feindlichen Armee in Dresden oder Berlin

eingetroffen war. Daher empfing zwar der Kaiser seine Schwägerin in liebenswürdiger Weise am 18. März in Trianon und gestattete, daß sie dann nach Meudon übersiedeln durfte; Jerome jedoch bekam einen schriftlichen Verweis, daß er den Befehl seines Bruders nicht wörtlich genommen hatte.

Uebrigens wurde die Gefahr für Cassel schon sehr bald eine ernstliche. Während von der unteren Elbe aus die Russen Mitte April bereits bis nach Hannover vorgedrungen waren, hatte gleichzeitig ein anderes Korps südlich von Magdeburg und dem Harz einen Vorstoß nach Westen gemacht. Ihm war der General und Flügeladjutant des Königs, von Hammerstein, der fähigste unter den deutschen Offizieren der westphälischen Armee, der in Rußland die Kavalleriebrigade des VIII. Korps mit Auszeichnung geführt hatte, entgegengeschickt, um das Harzdefilee zu halten. Er nahm Stellung in Heiligenstadt mit dem Füsilier-Regiment Königin, dem 4. leichten Infanterie-Bataillon, 8 Eskadrons der zwei neugebildeten Husaren-Regimenter, 4 Eskadrons Chevauxlegers und einer Batterie. Das zweite Regiment wurde nach Eschwege detachirt und hiervon eine Kompagnie mit einer starken Kavalleriepatrouille nach Wanfried gegen Mühlhausen hin vorgeschoben. General von Zandt sollte die nördliche Straße auf Cassel in Münden am Zusammenfluß der Fulda und Werra decken. In Cassel blieben außer den Gardegrenadieren nur ungeübte Rekruten zurück. Gerade am Osterfest (18. April) liefen nun hier vom General Hammerstein beunruhigende Meldungen ein. Eine Rekognoszirungspatrouille, bestehend aus 2 Eskadrons Chevauxlegers, die gegen Nordhausen vorgeschickt war, hatten die Russen unter Landskoy bei Ebersdorf überfallen und zum größten Theil gefangen genommen; bei Duderstadt wurde ein westphälisches Jägerdetachement auseinander gesprengt. Je näher der Feind anrückte, um so schlechter wurde die Haltung der jungen westphälischen Truppen. Eine große Zahl desertirte oder riß einfach aus. Der Kommandeur der Departementalkompagnie in Heiligenstadt, Oberst Maurillon, hatte am 18. April, wie es scheint, ohne Vorwissen Hammersteins die Stadt unter Mitnahme der dortigen Behörden geräumt. Er wurde wegen dieser voreiligen Maßregel abgesetzt. Doch hatte auch Hammerstein zeitweilig an den Rückzug gedacht.

Inzwischen war ein anderes feindliches Streifkorps, geführt vom preußischen Major von Hellwig, von Eckartsberga aus vormarschirt. Nach einem 20stündigen Ritt hatte dieser am 13. April in der Frühe 1400 Mann bairischer Infanterie mit 300 Pferden und 6 Geschützen in Langensalza überrumpelt, zahlreiche Gefangene gemacht und 5 Geschütze und 3 Munitionswagen weggenommen. Dann streifte er von hier aus bis zur Werra vor, und hob in Wanfried am 18. April, Abends 10 Uhr, die eine Kompagnie und eine Eskadron Husaren, die zur Deckung des Werraüberganges hierhin verlegt waren, auf.*) Gewaltige Bestürzung daraufhin am Casseler Hofe. Es wurde ernstlich erwogen, ob es nicht angezeigt sei, daß der König seine Residenz sofort verlasse. Jerome fürchtete, der Feind möchte ihm die Rückzugslinie über Marburg und Gießen abschneiden. Am 1. Ostermorgen hatte er an den Kommandanten der in Gießen sich bildenden Division, den General Teste, geschrieben und um schleunige Zusendung von 6 Bataillonen gebeten. Am Ostermontag soll, wahrscheinlich in Folge der Kunde des Ueberfalls von Wanfried, die Verwirrung unter den Franzosen und dem diplomatischen Korps in Cassel, wie Mettingh mittheilt, ihren Höhepunkt erreicht haben. In der Nacht zuvor war der König im Ueberrock durch die Stadt gegangen, in der sich eine lebhafte Erregung bemerkbar gemacht hatte. Viele französische Familien waren abgereist. Die einheimische Bevölkerung hatte sich jedoch durchaus ruhig verhalten. Man war fest überzeugt, daß der Hof ebenfalls Cassel räumen würde.

Aber der Vormarsch der französischen Divisionen über Eisenach und Weimar nöthigte die russischen und preußischen Reiterschaaren, die keine Infanterie hinter sich hatten, sehr bald zum Rückzug, und bereits am 21. April konnte der General Hammerstein den Vormarsch auf Artern an der Unstrut zu antreten. Am 22. kam General Teste, freilich mit nur 2 Bataillonen zu je 600 Mann, in Cassel an. Die Bildung verschiedener neuer Regimenter ward in dem Lager auf dem Forst vor Cassel in Angriff genommen. Aber es fehlte an Geld, die Truppen zu besolden, und ebenso an Lebens-

*) Specht: Das Königreich Westphalen und seine Armee im Jahre 1813. Cassel 1848. S. 84. not. Nach Memoiren VI, 310 hätte Jerome bereits am 18. April davon Kunde gehabt, daß der Feind an Wanfried vorbeimarschirt sei.

mitteln für dieselben. Die Desertion erschwerte die Reorganisation der westphälischen Armee in erheblichem Maße. Der Moniteur behauptete zwar fortwährend, daß es kein Land gäbe, wo die Konskription schneller von Statten ginge und die Desertion seltener wäre. Jetzt aber brachen die Konskribirten zu Hunderten aus dem Lager aus, trotz der schärfsten Strafmandate und trotz aller Abschreckungsversuche, die man durch Erschießen von wieder eingefangenen Deserteuren auf dem Kratzenberg vor Cassel anstellte. Hammerstein hatte in den 8 Tagen, wo er in Heiligenstadt gelegen hatte, an die 2000 Mann durch Desertion verloren.

Den Geist der Bevölkerung in dem von den Russen überschwemmten Harzdepartement lobte Jerome hinterher als ausgezeichnet, nur die Haltung des Präfekten sei eine verdächtige gewesen, was jedoch bei einem Bruder des Grafen von Bülow nicht Wunder nehmen könne. Der frühere Finanzminister des Königreichs Westphalen war gerade in jenen Tagen auf seinem Gute Essenrode bei Braunschweig verhaftet und durch eine starke Abtheilung westphälischer Gendarmen und französischer Kürassiere mit Weib und Kind nach Cassel eingebracht worden. Eben am 1. Ostertag wurde er, von Gendarmen in Civil eskortirt, durch die Straßen der Stadt geführt, selbst mit dem Orden der Ehrenlegion geschmückt. Seine Korrespondenz mit dem Minister von Hardenberg in Preußen sollte ihn nach Jeromes Aeußerung als „einen übelgesinnten, gefährlichen und intriganten Menschen und Feind des gegenwärtigen Systems" erwiesen haben. Es bestand die Absicht, ihn zunächst in der Löwenburg auf Wilhelmshöhe zu interniren; später sollte er nach Frankreich abgeführt werden.

Jeromes Muth wuchs mit der vorläufigen Beseitigung der Gefahr eines feindlichen Angriffes auf Cassel allmählich wieder. Er bat den Kaiser, an der nächsten Schlacht theilnehmen zu dürfen; dieser aber hielt es für besser, daß er in seiner Residenz bleibe. Die Schlacht bei Lützen (2. Mai) wurde in Cassel am 5. Mai bekannt und als ein großer Sieg gefeiert; doch die Begeisterung verrauchte sehr bald. Selbst die aus diesem Anlaß angesagten Hoffestlichkeiten wurden wieder abbestellt. Trafen doch auch von den verschiedensten Seiten wieder beunruhigende Meldungen ein. Ein englisches Korps von 900 Mann war Anfangs Mai in Cuxhafen

gelandet. Czernitscheff mit zahlreicher russischer und preußischer Reiterei befand sich immer noch auf dem linken Elbufer. Am 23. Mai erlag bei Cönnern unweit Halle ein französisches Reiterregiment, das der General Poinsot von Hannover nach Leipzig führen wollte, dem Angriff der Russen. In Halberstadt, wo schon einmal im August 1809 ein westphälisches Regiment von dem Herzog von Braunschweig vernichtet war, hatte Czernitscheff am 29. Mai den General von Ochs mit einem Bataillon Infanterie, 14 Geschützen und zahlreichem Artilleriepark überrascht und gefangen genommen. Die Division Teste, welche am 22. Mai von Cassel nach Magdeburg abgerückt war, und am 29. noch 8 Stunden von Halberstadt entfernt gewesen war, kam erst hier an, als die Russen ihre Beute in Sicherheit gebracht hatten. Schon bereitete man sich in Cassel auf die Kunde hiervon auf einen erneuten feindlichen Anschlag vor. Auf den Rath des zum Gouverneur der Residenz erhobenen Generals Allix wurde Hammerstein, der, nachdem seine zur großen Armee gestoßene Division an die verschiedenen französischen Korps vertheilt war, ohne Kommando hatte zurückkehren müssen, mit den in Cassel noch verbliebenen geringen Resten der neugebildeten westphälischen Armee, nämlich 2 Bataillonen Infanterie, 100 Kürassieren und 6 Geschützen wieder nach dem Harzdefilee vorgeschickt. Außerdem sandte Jerome im Juni dem General Dombrowsky, der die Bildung einer polnischen Division um Frankfurt betrieb, die Ordre, von Hersfeld, wo der linke Flügel dieser Truppe stand, sich weiter nordöstlich zu ziehen, und forderte ihn selbst auf, zur Empfangnahme weiterer Befehle nach Cassel zu kommen. Dadurch wurde der Vormarsch der Division um mehr denn eine Woche aufgehalten, und wenn auch Napoleon gegen die Maßregel an und für sich nichts einzuwenden hatte, so tadelte er aufs entschiedenste, daß Jerome sich herausgenommen, in seinem, des Kaisers, Namen Befehle zu geben. Als er nachher Ende August unter ähnlichen Umständen den General Lemoine aus Minden zum Schutze des Königreichs Westphalen citiren wollte, erhielt dieser durch Berthier strikten Befehl, in Minden zu bleiben, dort seine kleine Division einzuexerziren und sich nur gegebenen Falls zum Schutze Magdeburgs bereitzuhalten.

Auch noch während der ersten Zeit des Waffenstillstandes nämlich waren vereinzelte russische Korps auf dem linken Elbufer

zurückgeblieben, und sowie die Feindseligkeiten auf beiden Seiten wieder begannen, eröffneten diese aufs Neue und mit größerem Nachdruck und besserem Erfolge ihre Angriffe auf das Königreich Westphalen.

Jerome bereiste im Juni die von der feindlichen Invasion am schwersten betroffenen Departements der Ocker, Elbe und Saale. Es ist ein trauriges Bild, das er seinem Bruder von dem Zustand derselben entwirft. „Ich bin genöthigt", schreibt er am 16. Juni von Braunschweig aus an den Kaiser, „auf die Beitreibung der Kontributionen von den Einwohnern zu verzichten, denn diese verlassen ihre Wohnungen und tödten sich selbst, da sie außer Stande sind, für ihre eignen nothwendigsten Bedürfnisse zu sorgen." Von Braunschweig begab sich der König über Halle nach Dresden zur Zusammenkunft mit Napoleon. Hier verblieb er vom 22. Juni bis in die ersten Tage des Juli. Ueber die Verhandlungen, die daselbst geführt wurden, sind wir im Einzelnen nicht unterrichtet. Die späteren Korrespondenzen und Maßnahmen lassen Manches davon errathen. Der Wunsch Jeromes, eine Oberbefehlshaberstelle in der Armee zu erhalten, blieb abermals unerfüllt. Die Bedingungen, unter denen ihm sein Bruder die Theilnahme am Kriege gestatten wollte, kennen wir bereits. Jerome in seiner Eigenliebe hielt diese offenbar für unter seiner Würde. Aber neue Opfer mußte Westphalen bringen. Alle disponiblen Truppen sollten zur großen Armee stoßen, dafür aber die bisher versprengten westphälischen Kontingente vereinigt und unter den Befehl eines vom König zu ernennenden Generals gestellt werden. Ferner sollte eine französische Truppe, bestehend aus einem Regimente Husaren zu 1000, einem Regimente Infanterie zu 2000 Mann und einer Kompagnie Artillerie, zum Schutze des Königs gebildet werden. Als deswegen die westphälischen Minister Weiterungen erhoben, entschied Napoleon die Sache einfach durch ein Dekret; es kam aber nur zur Formirung des Garde-Husarenregiments, Hieronymus Napoleon, zu der 600 französische Konskribirte der jüngsten Jahrgänge aus Mainz in Cassel eintrafen.

Wie berechtigt das Mißtrauen in die Anhänglichkeit der westphälischen Truppen an das französische Regime insgesammt war, zeigte demnächst der Abfall der beiden westphälischen Husarenregimenter, die von dem Obersten von Hammerstein und dem Major

von Pentz kommandirt wurden. Sie gingen bei Reichenberg in Schlesien in der Nacht vom 22. auf den 23. August gleich nach Ablauf des Waffenstillstandes zu den Oesterreichern über. Der moralische Eindruck, den das Bekanntwerden dieses Vorfalls in Westphalen hervorrief, war ein bedenklicher, wenn sich gleich daraufhin nun die verschiedenen westphälischen Regimenter gemüßigt sahen, den König in Adressen ihrer Ergebenheit zu versichern. Eine immerhin bedeutsame praktische Folge war neben der Aufhebung des Stammes der beiden Regimenter — was davon in Westphalen zurückgeblieben war, wurde à la suite der Armee gestellt — die Entlassung des Generals von Hammerstein, des Bruders des zum Feinde übergegangenen Husarenobersten.

Die Lage des Königs Jerome wurde immer unbehaglicher. Gegen den Kaiser, seinen Bruder, war er mißgestimmt, weil dieser ihm einen seiner Würde entsprechenden Posten in der Armee verweigerte, weil er ihm fortgesetzt jede Unterstützung zur Aufbesserung seiner ruinirten Finanzen abschlug. Dahingegen verlangte im Juli der neue Gouverneur von Magdeburg, Graf Lemarois, neue Requisitionen für diese Festung und drohte, die Einkünfte sämmtlicher umliegender Departements mit Sequester belegen zu wollen, wenn seine Forderungen nicht uneingeschränkt und schleunigst befriedigt würden.

Jerome hatte wieder die Sommerresidenz auf Napoleonshöhe bezogen und lebte hier ziemlich zurückgezogen. Selbst Reinhard bekam ihn seiner Angabe nach in drei Monaten nicht zu sehen.*) Bei dieser Gelegenheit führt dann der französische Gesandte weiter aus: „Der König scheint sich aufs Neue in einem seiner Anfälle des Mißbehagens zu befinden, in denen er, sich seiner apathischen Stimmung hingebend, Zerstreuung in Vergnügungen sucht, deren Geheimniß nicht derart gewahrt wird, daß sie nicht einen unangenehmen Eindruck auf die Oeffentlichkeit hervorbrächten.“ Die Prinzessin von Löwenstein kam noch jeden

---

*) Revue 21, 333. Dies Bulletin Reinhards, das Du Casse mit dem Datum des 2. Juni abdruckt, dürfte doch wohl einer späteren Zeit, ich vermuthe, dem Anfang September angehören. Denn am 20. Mai a. a. O. S. 334 giebt Reinhard selbst an, daß er den Sommerausflügen von Napoleonshöhe aus beigewohnt habe. Auch die Beziehung auf das Hülfskorps in Minden, die Eingangs des Bulletins sich findet, weist auf einen spätern Termin als Juni.

Sonntag trotz ihrer vorgeschrittenen Schwangerschaft nach Napoleonshöhe gefahren und verließ Jerome erst wieder am folgenden Tage. Ernste Arbeit und stille Ergebenheit, meint Reinhard, würden besser über die augenblicklichen Schwierigkeiten, an denen man doch theilweise selbst die Schuld trage, hinweghelfen. Aber man nehme gute Rathschläge mit eifersüchtigem Argwohn auf und wolle die Wahrheit nicht hören. Und indem dann Reinhard das Endergebniß seiner fünfjährigen Beobachtungen am westphälischen Hofe feststellt, glaubt er mit tiefer Bekümmerniß eingestehen zu müssen, daß sich hier Alles, „die Grundsätze der Verwaltung, die Fähigkeiten, die Einsicht und besonders aber die Sittlichkeit immer mehr verschlechtert hat". Von ganz besonderem Interesse ist der Bericht Reinhards über eine Unterredung, die er mit dem König kurz vor dem 22. September gehabt hat.*) Bereits war der Feind wieder auf dem linken Elbufer, und es ging das Gerücht, daß ein ganzes Armeekorps auf die Hauptstadt des Königreichs heranrücke. Jerome hatte sich von Napoleon Verhaltungsmaßregeln erbeten für den Fall, daß der Feind seine Residenz bedrohe. Da sie ausblieben, wandte er sich an Reinhard um Auskunft, was dieser in einer solchen Situation für das Angemessenste halte. Reinhard war natürlich für den Rückzug, sobald die Gefahr drohend werden sollte. „Aber", fiel der König mit sehr entschlossener Miene ein, „wenn ich es nun machte, wie die kleinen Fürsten, wenn ich bliebe? Meine Absicht ist zu bleiben!" „Eure Majestät würde sich dann der direkten Gefahr aussetzen", replizirte der französische Gesandte. „Ohne Zweifel würde es nöthig sein", bemerkte der König, „daß der Feind mit meinem Bleiben einverstanden wäre."

Danach ist doch nicht zu leugnen, der Gedanke durch den Anschluß an die Verbündeten möglicherweise seinen Königsthron zu retten, ist damals schon Jerome gekommen. Mochte er auch schließlich auf Reinhards anders lautende Vorstellungen hin sich zustimmend verhalten, dieser selbst fand doch das Gespräch bemerkenswerth genug, es Wort für Wort dem Herzog von Bassano mitzutheilen. Mit Betrachtungen über den loyalen Charakter Jeromes disputirt man solche Absichten desselben nicht hinweg. Ob sie mit den bekannten

*) Revue 21, 337; über das Datum vergl. S. 354.

Vorschlägen Czernitscheffs, der König möge sich den Verbündeten anschließen, in Zusammenhang stehen? Jerome behauptete später, offenbar mit Beziehung auf seinen Briefwechsel mit diesem russischen General,*) daß man ihm das Anerbieten gemacht habe, in Cassel zu bleiben; er habe es aber abgelehnt. Es wäre interessant, wenn sich feststellen ließe, in wie weit derartige Anträge von russischer Seite ernst gemeint gewesen sind, ob Czernitscheff damit den direkten Weisungen des Kaisers von Rußland folgte. Charakteristisch wäre das Angebot der Bundesgenossenschaft dem Bruder Napoleons gegenüber für Alexander immerhin.

Indem nun aber Jerome durch seinen Flügeladjutanten dem russischen General antworten ließ: „König durch die Siege Frankreichs und für Frankreich, werde er, der Bruder des Kaisers, sich auch nur unter dem Schutze der siegreichen Schlachten desselben zu behaupten wissen", hatte er vergebens auf das Waffenglück Napoleons gebaut. Noch vor dem großen Entscheidungskampf bei Leipzig mußte er vor dem Ansturm eben Czernitscheffs am 28. September 1813 zum ersten Mal aus der Hauptstadt seines Reiches weichen, während seine zweite Residenz Braunschweig bereits am 25. desselben Monats von dem preußischen Oberstlieutenant von der Marwitz eingenommen war.**)

Wäre man nicht durch einen aus Helsa, einem Dorfe drei Stunden von Cassel, glücklich entkommenen Kourier noch rechtzeitig gewarnt gewesen, Jerome wäre womöglich selbst überrascht worden, trotzdem er bereits am 24. September wußte, daß starke feindliche Reiterabtheilungen auf Cassel im Anzug seien. Vergebens wurde der Herzog von Valmy von dem König um Unterstützung gebeten; unter Berücksichtigung der früheren Vorkommnisse glaubte dieser die Hülfe versagen zu müssen. General Bastineller, der an der Werra die Rückzugslinie auf Frankfurt decken sollte, wich, statt, wie ihm befohlen, auf die Hauptstadt sich zurückzuziehen, vor dem Feind

---

*) Memoiren VI, 214—215.

**) Vergl. über diese Ereignisse und die letzten Tage des Königreichs Westphalen überhaupt die ausführliche Schilderung von Specht, S. 97 ff., die in Einzelheiten ergänzt und berichtigt wird, durch die von Duncker herausgegebenen Aufzeichnungen Völkels, Ztschrft. für Hess. Gesch. N. F. IX, S. 291 ff. S. außerdem Memoiren VI und Revue Bd. 21.

immer mehr südlich aus, und indem seine Unentschlossenheit das Vertrauen seiner Truppen von Tag zu Tag verminderte und die Zahl der Desertionen vermehrte, mußte er es schließlich erleben, daß ihm von seinem an die 1500 Mann starken aus verschiedenen Waffengattungen gemischten Korps bei seiner Ankunft in Friedberg in Oberhessen noch 40 Mann einschließlich der Offiziere übrig geblieben waren.

Jerome hatte Cassel, da die Russen Miene machten, oberhalb der Stadt über die Fulda zu setzen, schon am Morgen des 28. September verlassen und war mit dem größten Theil seiner Truppen zum Frankfurter Thor hinausgezogen, in der Hoffnung, hier demnächst den General Bastineller anmarschiren zu sehen. Aber dieser erschien aus dem schon berührten Grunde nicht. Und das Verhalten des Königs selbst, dessen Befehle und Gegenbefehle sich mannigfach kreuzten, übte einen nachtheiligen Einfluß auf seine Soldaten aus. Manche erklärten in offener Auflehnung gegen ihre Vorgesetzten, den Franzosen fernerhin nicht mehr dienen zu wollen. Mit nur noch 180 Mann im Ganzen konnte er am 29. September in Marburg einziehen; von hier aus setzte er seine Reise direkt nach Wetzlar fort, wo er übernachtete und Bericht an Napoleon über das Geschehene erstattete. Dann ging es weiter nach dem Rheine zu. Im Gebiete der Grafen von Nassau, auf Schloß Montabaur nahm er zunächst Wohnung und siedelte darauf nach Coblenz über. Hier sammelten sich allmählich die Minister seines Königreiches um ihn. Die auswärtigen Gesandten von Baden, Hessen und Sachsen waren an den fürstlichen Hof von Waldeck geflüchtet, nur der Minister Württembergs hatte sich auf direkte Weisung seines Königs, mit der Erklärung, daß seine Mission als beendet angesehen werde, sofort nach Stuttgart zurückbegeben.

Inzwischen hatte der Gouverneur von Cassel, General Allix, am 30. September Abends 7½ Uhr auf energisches Drängen der städtischen Bevölkerung, die nunmehr aufs lebhafteste für die Russen Partei nahm und die französischen Soldaten selbst theilweise entwaffnete, die Kapitulation der Hauptstadt unterzeichnen müssen. Die Russen rückten am 1. Oktober in die Stadt ein und bestellten einen militärischen Kommandanten. General Allix mit den geringen Resten des französischen Husarenregiments zog auf Marburg zu ab, wo er

am 2. Oktober eintraf und Halt machte. Aber Czernitscheff mußte sehr bald vor den aus Frankfurt anmarschirenden französischen Bataillonen den Rückzug antreten. Bereits am 7. Oktober war General Allix wieder in Cassel und ließ dessen Bewohner noch einmal die ganze Willkür und Härte des französischen Regimentes fühlen. Die Zustände wurden erst wieder etwas erträglicher, als der König am 16. Oktober ebenfalls in seine Residenz zurückkehrte und den Eifer seines Generals hauptsächlich auf Reinhards dringende Vorstellungen hin mäßigte. Der Empfang, der Jerome in seiner Residenz bereitet worden, war ein recht kühler gewesen. Die Minister nahmen ihre Thätigkeit wieder auf, mit Ausnahme Simeons, der in Coblenz seine Entlassung erbeten hatte und direkt nach Frankreich zurückgekehrt war. Aber ungeachtet aller Proklamationen, meint Wilhelm Grimm,*) herrschte doch das Gefühl, daß das Königreich nicht mehr bestehe, und dies sei vielleicht noch das einzige gewesen, das man von beiden Seiten getheilt habe. Denn daß General Allix für sein despotisches Auftreten nach dem Abzug der Russen ein eignes Anerkennungsdekret erhielt, mit einer Dotation bedacht und zum Grafen von Freudenthal erhoben wurde, war gewiß nicht im Sinne der städtischen Bürgerschaft, auch nicht des friedlichsten Theiles derselben. „Sodann theilte der König", so berichtet uns ebenfalls W. Grimm, „noch mehreren das Ritterkreuz mit und machte Ernennungen zu bedeutenden Posten, die aber fast alle nicht angenommen wurden. Selbst das Großkommandeurkreuz gab er noch als das Köstlichste, was er besäße; weniger Köstliches wurde auf fast hundertundfünfzig Wagen allmählich fortgefahren."

Man kann sich des Gefühles nicht erwehren, daß Jerome hauptsächlich eben zu dem Zweck noch einmal wieder nach Cassel zurückgekehrt ist, um das aus den Schlössern und den Museen mitzunehmen, was von den früheren Transporten einstweilen zurückgeblieben war. Waren doch im Laufe des Jahres 1813 nicht nur aus Cassel, sondern auch aus dem Schlosse zu Braunschweig, dessen Ausschmückung auf Kosten der Stadt neu erfolgt war, ferner aus der Gallerie zu Salzdahlen die werthvollsten Gegenstände nach Frankreich in Sicherheit gebracht. Später in ihre Heimath zurückgekehrte und hier

*) Kleinere Schriften, herausg. von Hinrichs, I. 529.

gerichtlich vernommene Hofbediente des Königs wollten wissen, daß Jerome lange vor der Katastrophe 19 Millionen in Frankreich angelegt und davon dann nachher in Meudon sein glänzendes Leben fortgesetzt habe. Hier wurden auch noch unter Anderm die feinen Damastgedecke mit dem hessischen Wappen in Gebrauch genommen, während man es für gut befunden, das überflüssige Silberzeug einschmelzen zu lassen.

Als nach dem Sieg der Verbündeten am 18. Oktober Westphalen von dem Korps des russischen Generals St. Priest aufs Neue überschwemmt wurde, räumte Jerome zum zweiten Male seine Residenz vor dem Feinde und gab damit seinen Königsthron preis. Am 26. Oktober früh Morgens 6 Uhr ritt er von Napoleonshöhe fort und schlug, ohne Cassel noch einmal zu berühren, den Weg über Arolsen, Arnsberg und Elberfeld nach dem Rheine zu ein. Die spärlichen Ueberbleibsel der westphälischen Armee, in der Mehrzahl Franzosen, unter dem Kommando des Kriegsministers Grafen von Höne, bildeten sein Gefolge auf der Reise, das dann in Köln gänzlich aufgelöst wurde, nachdem es schon unterwegs durch Desertionen selbst der Offiziere arg zusammengeschmolzen war.

Doch Jerome gab keineswegs sofort alle Hoffnungen auf, demnächst wieder in sein Königreich zurückzukehren. Noch aus Köln schrieb er an seine Gemahlin: „Ich bin hier bei bestem Wohlsein und mit einer guten Dosis Muth und Hoffnung angekommen. Das Glück ist ein Weib, sagt man; es hat uns für einen Augenblick verlassen, aber wir werden es wieder zurückführen. Nur Geld fehlt uns.“ Soviel jedoch, um sein glänzendes Leben, an das er von Cassel her gewöhnt war, wenn auch nunmehr auf einen kleineren Kreis beschränkt, fortzusetzen, scheint er auf französischem Boden vorgefunden zu haben.

Wir erwähnten bereits, daß Jerome gegen Napoleons ausdrücklichen Befehl im November 1813 nach Frankreich zurückkehrte. Alle Anstrengungen aber, sich hier seinem kaiserlichen Bruder zu nähern, schlugen in Folge dessen fehl. Da ist er denn, als er Bonapartes Stern immer mehr dem Untergang sich zuneigen sah, auf den Gedanken gekommen, jetzt den Versuch ernstlich zu wagen, ob er nicht von den verbündeten Mächten sein Königreich durch die Fürsprache seines Schwiegervaters, des Königs von Württemberg,

zurückerlangen könne. Wie die Königin Katharina in einem Brief vom 7. Dezember 1813 an ihren Vater versichert, wäre es freilich mit Kenntniß und Bewilligung des Kaisers Napoleon geschehen, daß ihr Gemahl diesen Schritt gethan hätte. Möglich, daß ihm dieser Vollmacht gegeben, zu thun, was ihm beliebe. Oder war er von der Aussichtslosigkeit eines derartigen Versuches von vornherein überzeugt? Die förmlich naive Auffassung von der damaligen politischen Lage, wie sie sich in dem Schreiben Jeromes vom 8. Dezember 1813 an König Friedrich*) kundgiebt, wird er wohl schwerlich getheilt haben.

Indem Jerome einleitend bemerkt, daß ihn die Ereignisse gezwungen hätten, bei Annäherung der Verbündeten sein Königreich zu verlassen, fährt er fort: „So peinlich mir auch dieser Rückzug war, meine Eigenschaft als französischer Prinz, als Bruder des Kaisers, und die Lage, in der ich mich befand, indem ich mich allen kriegführenden Parteien gegenübergestellt sah, ließen mir in jenem Augenblicke keine Wahl. Ich hoffe, daß die Verbündeten dem Rechnung tragen werden."

Hierauf auf das staatsrechtliche Verhältniß seines Königreiches übergehend, führt er aus: „Das Königreich Westphalen ist gebildet worden mit Zustimmung Rußlands und Preußens und wurde von allen damals mit Frankreich im Kriege stehenden Mächten anerkannt. Alle von diesen ausgehenden offiziellen Aktenstücke haben seinen Bestand anerkannt, und ich vermag in der That nicht einzusehen, inwiefern in dem Krieg der Verbündeten mit Frankreich meine Eigenschaft als französischer Prinz auf die Frage der Erhaltung meines Königreiches von Einfluß sein könnte, selbst in dem Fall, daß der Friede zu Veränderungen in der politischen Gestaltung Deutschlands Veranlassung gäbe; sie zu unterschreiben, würde ich durchaus kein Bedenken tragen. Ich schmeichle mir, daß meine freimüthige Art, zu denken und zu handeln, die allen Herrschern Deutschlands zur Genüge bekannt ist, für diese die Garantie sein muß von der Aufrichtigkeit meiner Anhänglichkeit an Alles, was zur Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands für nöthig erachtet werden wird, die eben dadurch auch für Frankreich von größerem Interesse werden könnte."

---

*) Schloßberger, Briefwechsel II, 92 ff.

Daß zu diesem Zweck einige Grenzverschiebungen in seinem Königreich nothwendig werden würden, versichert er, vollkommen einzusehen. Er will sie willig zugestehen in der Erwartung, daß man ihn an anderer Stelle dafür schadlos halten werde. Durch einen Appell an das Vaterherz König Friedrichs, dem es doch vor Allem um die Sicherstellung der Zukunft seiner Tochter zu thun sein müsse, sucht er dann sein angebliches gutes Recht auf die Wiederherstellung seines Thrones noch zu stützen.

Als Antwort hierauf kam die Aufforderung König Friedrichs an seine Tochter, sich von Jerome scheiden zu lassen. Gäbe dieser gutwillig dazu seine Zustimmung, dann wolle sich sein Schwiegervater bei den verbündeten Fürsten mit allen Kräften für ihn verwenden, um ihm eine seiner Würde entsprechende Stellung zu sichern. Diese Vorschläge scheiterten bekanntlich an dem heroischen Widerstand, den Katharina der Trennung von ihrem Gemahl entgegensetzte. Und hatte Jerome einst, als König Ludwig von Holland freiwillig seiner Würde entsagte, geäußert: Er kenne nichts zwischen dem Thron und dem Tod; man müsse aufhören zu leben, wenn man aufhören müsse zu regieren! — er mußte auch das jetzt, seines Königreichs für immer verlustig erklärt und aus Frankreich ausgewiesen, in der Verbannung lernen.

In Westphalen waren die Russen und Preußen bei ihrem Einrücken überall als Befreier begrüßt worden. Indem aber nun auch der langverhaltene Grimm gegen die westphälischen Behörden und Beamten zum Durchbruch kam, machte er sich aller Orten in heftiger Verfolgung der Steuerbeamten, Geheimpolizisten und Gendarmen bemerkbar. Es bedurfte erst der energischsten Maßregeln, um die erregten Gemüther zu beschwichtigen und förmliche Krawalle zu verhüten.

In Cassel war bereits am 30. Oktober der Kurprinz von Hessen in feierlichem Aufzug eingeholt worden. Am 21. November kam auch der alte Kurfürst wieder in seine Residenz zurück und mit ihm die alte Zeit. In Hannover hatten die Königlichen Geheimen Räthe die Regierung aufs Neue übernommen, und für den Herzog von Braunschweig, der sich noch in England aufhielt, ergriff ein Abgeordneter desselben vorläufig Besitz vom Lande. Bald war Alles, was äußerlich an den Hof und das Regiment des Königs „Morgen wieder lustik" erinnern konnte, ausgetilgt.

In um so schlimmerem Andenken stand es in der Erinnerung der Zeitgenossen fest. Wilhelm Grimm schreibt am 15. Dezember 1813 an Arnim*): „Schwerlich hat an einem Hofe eine solche fortlaufende Intrigue geherrscht, wie an dem westphälischen, Einer suchte den Anderen zu stürzen, und es mögen wenige Beispiele sein, daß Jemand sich längere Zeit durch in einer Würde erhalten konnte; diejenigen, die sich am eifrigsten und aufrichtigsten für den König bemühten, schickte er selber fort, und doch glaubte er ohne Einfluß zu regieren: er hatte keinen beständigen Günstling, aber was schlimmer ist, das Amt desselben war immer von einem Anderen verwaltet und kam immer in neue Hände."

Und kein Deutscher wird sich überhaupt je für das Königthum Jeromes von Napoleons Gnaden erwärmen können. Nachdem es 7 Jahre lang in den Ländern desselben darunter und darüber gegangen hatte, da kehrten für dieselben, in erster Linie für Hessen, die früheren verbrauchten Zustände zurück. Aber ein neuer Geist war in die Köpfe der Bevölkerung eingezogen, der sein Entstehen nicht zum Wenigsten der französischen Revolution und der theilweisen Verwirklichung der Ideen derselben in dem Königreich Westphalen verdankte. Das Nationalitätenprinzip, mit dem Napoleon so oft sein frevelhaftes Spiel getrieben, sollte von nun an auch in Deutschland kräftigere Wurzel schlagen. Preußen, mit den Hohenzollern an der Spitze, das sich von allen deutschen Staaten als das lebenskräftigste Element in den Stürmen der französischen Fremdherrschaft erwiesen hatte, ward gewürdigt, dessen mächtigster Träger zu werden. Und gerade die Hauptländer des ehemaligen Königreichs Westphalen, Hannover und Hessen, sie mußten ihm nach 50 Jahren dazu dienen, im deutschen Norden die erweiterte Grundlage für die Errichtung des langerstrebten „Deutschen Reiches deutscher Nation" abzugeben. Von dieser Erwägung ausgehend, könnte man vielleicht das Königreich Westphalen, freilich durchaus im Widerspruch mit den eigentlichen Absichten seines Schöpfers, als ein vorbereitendes Experiment auf Deutschlands Einigung bezeichnen.

*) A. a. O. S. 535.

In gleichem Verlage ist ferner erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

DIE BAU- UND KUNSTDENKMÄLER DER RHEINPROVINZ.

BESCHRIEBEN UND ZUSAMMENGESTELLT IM AUFTRAGE UND MIT UNTERSTÜTZUNG DES PROVINZIALVERBANDES DER RHEINPROVINZ.

ERSTER BAND:

REGIERUNGSBEZIRK COBLENZ

VON

DR. PAUL LEHFELDT,

PRIVATDOZENT AN DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE ZU BERLIN.

50 Bogen gross 8°.

Ladenpreis: broschirt in elegantem Umschlag 12 Mark; — gebunden in solidem Halbfranz-Einband 15 Mark.

Auf 788 Seiten ist der Bezirk kreisweise (13 Kreise, 611 Ortschaften), in alphabetischer Reihenfolge bearbeitet. Dem Bande ist am Schlusse ein ausführliches, alphabetisch geordnetes Ortsverzeichniss beigegeben.

Die Kölnische Zeitung schreibt in Nr. 10 des Jahrgangs 1887:

Eine für unsere Provinz, zugleich aber auch für die ganze Kunstwelt höchst werthvolle Veröffentlichung ist das im Auftrage der Provinzialverwaltung von Dr. Paul Lehfeldt in Berlin herausgegebene, bei L. Voss & Cie., königl. Hofbuchdruckern in Düsseldorf, erschienene Sammelwerk „Die Bau- und Kunstdenkmäler der Rheinprovinz", dessen erster, den Regierungsbezirk Coblenz in sich schliessender Band uns vorliegt. Die Aufgabe des Verfassers war eine für den Kunstfreund eben so mächtig anregende und reich belehrende als den höchsten Fleiss bedingende. An letzterm hat es Lehfeldt nicht fehlen lassen. Grosses und Kleines, in die Kunst- und Volksgeschichte tief Eingreifendes und nur dem Spezialisten Wichtiges, alles ist mit gleicher Sorgfalt namhaft gemacht, in seiner geschichtlichen Stellung und seiner künstlerischen Artung knapp, aber völlig kennzeichnend erklärt und daran urkundliches und literarisches Quellenmaterial in reicher Fülle geknüpft. So weit dabei kritische Urtheile in Betracht kommen, sind dieselben einfach, besonnen, von ernstem Bemühen nach Sachlichkeit getragen. In hohem Maasse erfreut waren wir über eine Bemerkung der Vorrede, in welcher der Verfasser sein Bestreben, „tendenzlos" zu sein, betont und mit einer leider seltenen Ehrlichkeit und Unparteilichkeit zugesteht, dass, wenn auch der Schwerpunkt der rheinischen Kunstforschung auf dem Boden der altrömischen und der fränkisch-romanischen Kunstweise liegt, doch der Spätgothik ein reicher Quell von künstlerischer Schönheit, zumal in der Kleinkunst, entspringt, welche für die deutsche Renaissance zu dankenswerther Erbschaft wurde . . . Mit grosser Spannung sehen wir der Vollendung dieses höchst bedeutenden, in höchstem Maasse nationalen Werkes entgegen.

Buch-

ER

NG

em

rt-
ist
ss

st
n
l.
t-
z
r
n
d
n
r